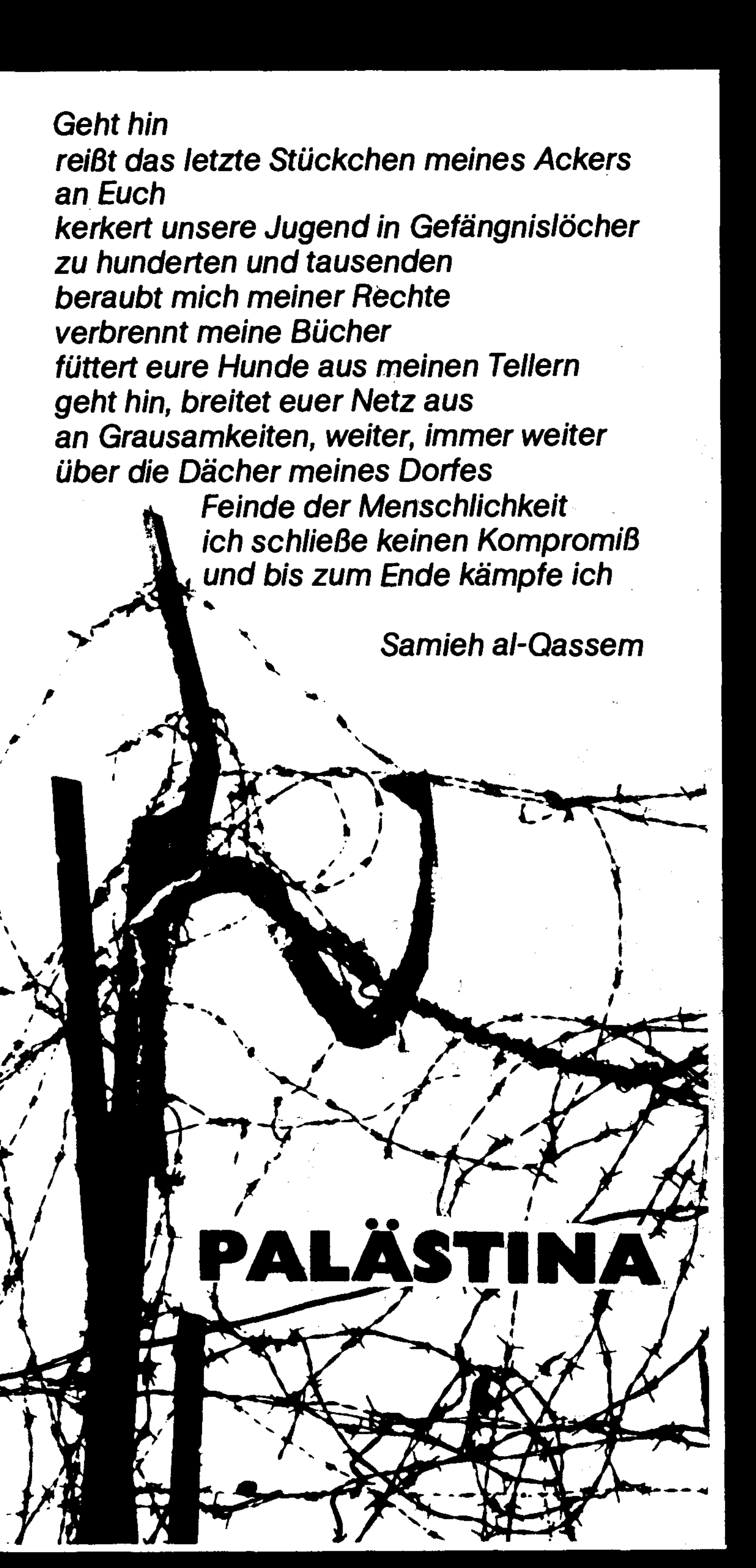
Geht hin
reißt das letzte Stückchen meines Ackers
an Euch
kerkert unsere Jugend in Gefängnislöcher
zu hunderten und tausenden
beraubt mich meiner Rechte
verbrennt meine Bücher
füttert eure Hunde aus meinen Tellern
geht hin, breitet euer Netz aus
an Grausamkeiten, weiter, immer weiter
über die Dächer meines Dorfes
Feinde der Menschlichkeit
ich schließe keinen Kompromiß
und bis zum Ende kämpfe ich

Samieh al-Qassem



PALÄSTINA

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 - 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Benedikt Fehr, Walter Hättig, Stefan Helming, Horst Hüncker, Uli Kieser, Christopher Knauth, Werner Kobe, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Maier, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Raili Salmela, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Georg Wacker, Peter Weber, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon: 0228/282619
Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,– DM).

Schweiz: SFR 35,– (bzw. 25,–)
Österreich: ÖS 260 (bzw. 190)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60 DM)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60 DM),
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,– DM (bzw. 49,– DM)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40 DM).

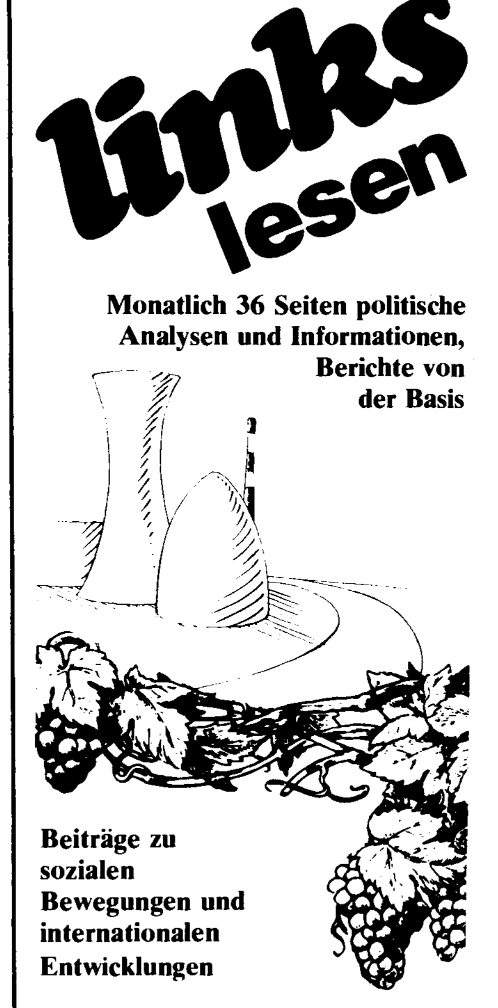
Einzelpreis: DM / SFR 4,– // ÖS 30,–

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe: 1. Februar 1983



Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



NACHRICHTEN UND BERICHTE



Obervolta

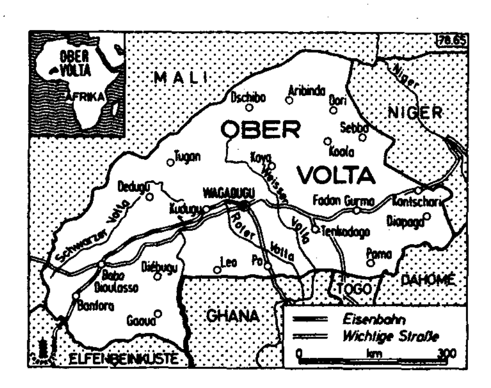
Putsch im Armenhaus

Der Putsch, der am 7.11.1982 in Obervolta stattgefunden hat, ist bereits der dritte seit der Unabhängigkeit im Jahre 1960. 1966 war es ein General, 1980 ein Oberst und jetzt ist es eine Gruppe von jungen Hauptleuten und Unteroffizieren, die geputscht haben. Die Rechtfertigungen für die verschiedenen Putsche blieben jedesmal die gleichen – Korruption und Unfähigkeit des jeweiligen Vorgängers. Ebenso gleich blieb aber auch die grundsätzliche Situation im Lande: Obervolta war und ist eines der ärmsten Länder der Welt. Auch nach dem letzten Putsch dürfte sich nicht viel ändern. Die neuen Machthaber verstehen sich zwar als „links", doch es bestehen erhebliche Zweifel, ob sie diesen vagen Begriff auch wirklich inhaltlich auszufüllen willens und fähig sein werden.

Nach dem Kommunique der Putschisten zu urteilen, dürfte ein repressiveres und korrupteres Regime als das des am 7.11.82 gestürzten Oberst Saye Zerbo kaum noch vorstellbar sein: von „Verrätern" und einer „abenteuerlichen Politik" ist da die Rede, von „schrankenloser Bereicherung", der „Unterdrückung der fundamentalsten Grundrechte" und „Schikanen gegenüber der Arbeiterklasse". Nun läßt sich die ehemalige Regierung Zerbo sicher nicht mit der Elle eines fortschrittlichen Demokratieverständnisses messen – repressive Maßnahmen, wie etwa die Beschneidung des Streikrechts, hat es gegeben und auch Fälle von Korruption waren nicht gerade selten – doch verglichen mit anderen afrikanischen Ländern wie etwa Zaire oder Uganda war das politische Klima in Obervolta auch unter Zerbo immer noch recht freizügig.

Es sieht daher ganz so aus, als sei die harte Sprache der neuen Machthaber weniger auf eine realistische Analyse der Situation zurückzuführen als darauf, daß man hier einfach auf die Standard-Argumentation zurückgegriffen hat, die in Afrika nach einem Putsch inzwischen schon zur Regel geworden ist.

Dieser Verdacht wird erhärtet, wenn man sich daran erinnert, daß vor zwei Jahren die gleichen rhetorischen Floskeln schon einmal zu hören waren, nämlich als es darum ging, den Putsch zu rechtfertigen, durch den Zerbo gerade selbst seinen Vorgänger gestürzt hatte. Sogar die Institutionen, die den 1982 wie 1980 gleichermaßen verkündeten „Neubeginn' in die Wege leiten sollen, unterscheiden sich im Grunde kaum. Nur, was heute „Comite provisoire de salut du peuple – CPSP" heißt (Provisorischer Ausschuß für das Wohl des Volkes) nannte sich damals „Comite de redressement pour le progres national – CMRPN" (Ausschuß für den nationalen Fortschritt).
Die Charakterisierung Zerbos als eines üblen Unterdrückers muß zudem umso mehr mit Skepsis aufgenommen werden, als er bei seinem Machtantritt vor zwei Jahren noch ein ausgesprochen populärer Mann gewesen war, hatte sich sein Putsch doch gegen einen Staatschef gerichtet, den General Sangoule Lamizana, der zu diesem Zeitpunkt offensichtlich am Ende war. Lamizana war 1966, ebenfalls durch einen Putsch, an die Macht gekommen und hatte das Land während seiner langen Amtszeit durch die Wechselbäder von insgesamt vier Militär- und Zivilregierungen geführt, die alle unter seiner Aufsicht standen.
Der liberale Führungsstil mit dem Lamizana dabei vorging – so waren der freien Entfaltung der Parteien und vor allem der Gewerkschaften so gut wie gar keine Schranken gesetzt – begründete zwar den Ruf Obervoltas als eines „demokratischen Musterlandes", an der mißlichen Lage des Landes als eines der ärmsten des ganzen Kontinents konnte er jedoch nichts ändern. Im Gegenteil, statt das liberale Klima zu nutzen, um sich der wahren Probleme des Landes anzunehmen, ergingen sich die zahlreichen Parteien und Gewerkschaften zunehmend in fruchtlosen Querelen und egoistischen Eifersüchteleien, während in der Verwaltung Korruption und allgemeiner Schelndrian immer mehr um sich griffen. Auf dem Land brachten die sich gegenseitig das Wasser abgrabenden Parteien Unruhe in die Dorfgemeinschaften und Stimmkäufe führten zu einer „Kommerzialisierung" der Gesinnung, die heute noch – etwa bei Entwicklungsprojekten – ihre negativen Auswirkungen zeigt.



Die politische Sterilität ging schließlich so weit, daß die Nationalversammlung in den beiden letzten Jahren vor dem Putsch Zerbos nicht mehr zuwege brachte als zwei Gesetze: eine Diätenerhöhung für die Abgeordneten und Krediterleichterungen für Autokäufer! Je mehr sich Lamizanas Liberalität als

ausgesprochene Führungsschwäche herausstellte, desto schlimmer wurde die Situation. Nachdem ihm schließlich auch die Gewerkschaften offen ihre Unterstützung entzogen und zu einem Generalstreik aufgerufen hatten, griff die Armee unter Oberst Saye Zerbo ein und stürzte Lamizana in einem unblutigen Putsch.

Der Vorgänger der heutigen Machthaber: starke Worte, magere Taten

Doch schon bald sollte sich zeigen, daß Zerbos starken Worten – die alte Regierung habe das Land an den „Rand des Abgrunds gebracht", ein „radikaler Neubeginn" sei fällig etc. – nur magere Taten folgten. Etwa unermüdliche, aber folgenlose Reisen in die entlegendsten Dörfer oder die Verfügung, daß in der Hauptstadt Ouagadougou während der Dienststunden der Behörden die Bars und Restaurants zu schliessen hätten, um so die allgemeine Disziplin heraufzusetzen. Das groß angekündigte Regierungsprogramm ließ hingegen auf sich warten und was dann fünf Monate nach



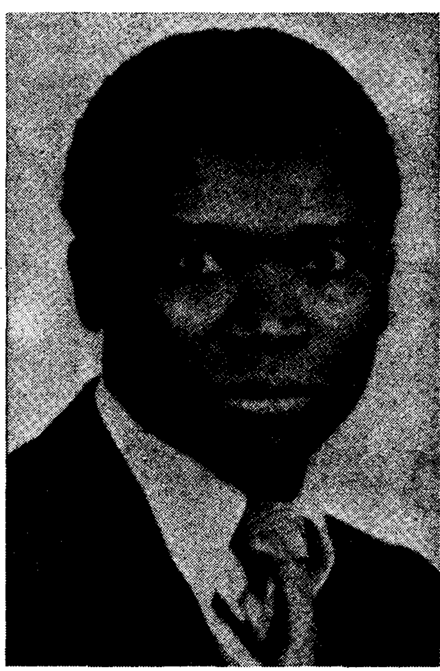
Der alte...

dem Putsch schließlich verkündet wurde, war nichts weiter als eine Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen. „Unser politisches Credo", so Zerbo, „läßt sich bündig in drei Punkten zusammenfassen: nationale Einheit, wirtschaftlicher Fortschritt, soziale Gerechtigkeit"...
Doch nicht nur auf dem programmatischen Feld, sondern auch auf dem des politischen Taktierens sollte sich Zerbo als unfähig erweisen. Jedenfalls brachte er es innerhalb kurzer Zeit fertig, alle wichtigen politischen Gruppen gegen sich aufzubringen: die Gewerkschaften, weil er deren Streikrechte beschnitt und den militantesten der insgesamt fünf Dachverbände verbot; die früher gegen Lamizana gerichteten Oppositionspolitiker, weil er sie nicht, wie sie sich es vorgestellt hatten, an der Macht beteiligte; die jüngeren Offiziere, weil sie ihn für zu „weich" hielten – so wurden ihrer Meinung nach die korrupten Praktiken der alten Regierung nicht mit der gebotenen Härte geahndet. Die Glaubwürdigkeit der Regierung Zerbo brach zusehends zusammen, die Stimmung in der Bevölkerung wechselte von anfänglichem Enthusiasmus zu Enttäuschung und Desinteresse. „Wir sind mit unserer Geduld am Ende" verbreitete darauf der wichtigste und radikalste Gewerkschaftsverband CSV und in einem offenen Brief sprach er der Regierung das Vertrauen ab. „Es hat sich nichts geändert..., so wird Obervolta nicht weiterkommen" endete der Brief.
Ein erneuter Putsch wurde in Ouagadougou daher schon seit längerer Zeit für möglich gehalten – die Ereignisse des 7. November kamen mithin für kaum noch jemanden als eine Überraschung. Das einzige was vielleicht überraschte, war die Tatsache, daß die hauptsächlich aus Hauptkeuten und Unteroffizieren bestehenden Putschisten sich offenkundig als „links" verstehen. Das gilt sowohl für den neuen „starken Mann", den erst vierzigjährigen Militärarzt Jean-Baptiste Ouedraogo als auch für die übrigen Mitglieder des CPSP. Ouedraogo ist möglicherweise allerdings nur eine Art Kompromißkandidat zwischen dem „links-gemäßigten" und dem „links-radikalen" Flügel des CPSP.
Als der eigentliche starke Mann könnte sich vielleicht bald der der letzteren Richtung angehörende Hauptmann Thomas Sankara herausstellen, ein Mann, der aus seiner Bewunderung für Jerry Rawlings in Ghana nie ein Hehl gemacht hatte.

Welche Bedeutung solchen Begriffen wie „links" oder gar „links-radikal" in einem Land wie Obervolta allerdings überhaupt beigemessen werden kann, ist indessen mehr als unklar.

Obervolta – das Armenhaus des Kontinents

Das Binnen- und Sahelland Obervolta gehört zu den ärmsten Ländern Afrikas, ja, sogar zu den fünf ärmsten Ländern der ganzen Welt: seine etwa 6 Millionen umfassende, zu 90% auf dem Land lebende Bevölkerung verfügt über ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von rund 115 Dollar (BRD: 7380 Dollar), der jährliche Haushalt entspricht mit knapp 200 Millionen Dollar in etwa dem Budget einer mittleren deutschen Großstadt. Auf dem übervölkerten Mossi-Plateau im Zentrum drängt sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung, während der zum eigentlichen Sahel gehörende Norden immer wieder von Dürrekatastrophen heimgesucht wird. Die Bodenproduktivität sinkt ständig, während sich die Menschen um jährlich 2,8% vermehren. Die Ernährung ist in guten Jahren zwar prinzipiell gesichert, doch aufgrund der schlechten Infrastruktur und schwerer Mängel im Vermarktungssystem (Spekulation!) herrscht in den klimatisch benachteiligten Regionen eine Situation chronischer Unterernährung, zeitweilig sogar ausgesprochenen Hungers. Es ist zudem zu befürchten, daß diese Situation sich in Zukunft eher noch verschlechtern wird: da die meisten Familien mit Holz kochen (müssen, weil andere Energieträger nicht verfügbar oder zu teuer sind), werden die geringen Waldbestände Obervoltas immer weiter abgeholzt, mit der Folge, daß die Versteppung von Jahr zu Jahr weiter fortschreitet.
Auch die Situation auf dem Gesundheitssektor ist katastrophal. 41 Jahre



...und der neue „starke Mann"

in der Stadt und 32 auf dem Land beträgt die mittlere Lebenserwartung und über 100.000 Menschen sind bereits Opfer der Flußblindheit geworden, einer Krankheit, die die gesamten, an sich sehr fruchtbaren Flußtäler des Landes praktisch unbewohnbar gemacht hat.
Zu einem der schwerwiegendsten Probleme gehört schließlich die Abwanderung der jungen Männer in die wirtschaftlich besser florierenden Länder, wie vor allem die Elfenbeinküste oder Gabun. Zur Zeit wird geschätzt, daß von den 6 Millionen Voltaern zeitweilig 1–1,5 Millionen jenseits der Landesgrenzen leben.

„Linke" Politik in Obervolta?

Wie vor diesem Hintergrund eine spezifisch „linke" Politik eigentlich auszusehen hätte, welchen Spielraum sie überhaupt haben könnte, ist in der Tat nicht einfach zu sagen und wurde auch von den Putschisten bisher nicht deutlich gemacht. Denn die Situation der allgemeinen Armut birgt ja immer wieder die Gefahr in sich, daß alle noch so gut gemeinten und noch so progressiven Programme schließlich doch wieder im Gestrüpp persönlicher oder gruppenbezogener Egoismen landen: sobald der „revolutionäre" Elan der ersten Wochen vorbei ist, werden die Bürokraten zwangsläufig wieder den Staatsapparat als Selbstbedienungsladen ansehen, aus dem sie erst einmal sich und ihre Großfamilie versorgen, werden sich die Politiker wie eh und je weniger als Sachwalter eines abstrakten „Gemeinwohls" sehen denn als Vertreter ihrer jeweiligen lokalen oder regionalen Klientel.
Zudem ist auch nicht recht klar, wer der eigentliche soziale Träger einer wie auch immer gearteten „linken" Politik sein sollte. Die große Masse der Bauern sicher nicht. Für sie ist „Politik" ohnehin etwas, was sich nur in der Stadt abspielt, weit über ihren Köpfen. Was sie interessiert ist nicht der papierene Streit um „rechts" oder „links", sondern die Frage, ob der nächste Regen kommt oder nicht.

Und die Gewerkschaften? Die „Arbeiterklasse", die sie vertreten, macht gerade 0,7% der Gesamtbevölkerung aus und abgesehen davon, daß die meisten ihrer 45.000 Mitglieder ohnehin dem „Selbstbedienungsladen Staatsdienst" angehören, sind sie in 100 Einzelgewerkschaften und 5 Dachverbände heillos zersplittert.
Als einigermaßen sinnvoll ist im Augenblick eigentlich nur eine Politik vorstellbar, die sich weniger in hochtrabenden Verlautbarungen erschöpft – und seien sie noch so radikal – sondern die endlich einmal die dringlichsten Probleme des Landes energisch a n p a c k t.
Das würde vor allem bedeuten: die forciert vorangetriebene Aufforstung, die Schaffung eines für die Bauern attraktiven und gerechten Vermarktungssystems, aber auch die längst überfällige Koordinierung der ausländischen Entwicklungshilfe, die sich Obervolta aufgrund seines liberalen politischen Klimas offenbar zu ihrem Experimentierfeld erkoren hat und mit ihren zahllosen Missionen und Organisationen mehr Konfusion als wirkliche Hilfe anrichtet.

Vor allem aber müßte eine solche realistisch zu nennende Entwicklungspolitik das sterile Ghetto städtischen Politgezänks verlassen, in dem sich immer nur die gleichen priviligierten Akteure – Gewerkschaften, Politiker und Militär – um die staatlichen Futtertröge drängen, und endlich den so häufig beschworenen „Dialog" mit den ländlichen Massen aufnehmen. „Dialog", das hieße allerdings in erster Linie, den Bauern endlich einmal zuzuhören, ihre wahren Bedürfnisse kennenzulernen und die in Obervolta durchaus hoffnungsvollen Ansätze zur Selbsthilfe konsequent zu unterstützen, ohne sie aber gleich wieder bevormunden zu wollen. Ob die neuen Machthaber in Obervolta dazu willens und fähig sein werden, wird sich erst noch herausstellen müssen. Zweifel scheinen da durchaus angebracht, denn eine Politik, deren Ziel eine „Entwicklung von unten" ist, würde in letzter Konsequenz natürlich bedeuten, daß die Eliten, seien sie nun zivile oder militärische, rechte oder linke, zu einem guten Teil schlicht überflüssig werden würden.

fbt

Quellen:
„blätter des iz3w", Nr. 93, Mai 1981
Jeune Afrique, 17.11.82
Afrique-Asie, Nr. 283, November 1982
Le Monde, 16.4., 9.11., 13.11., 17.11.82
Liberation, 8.11., 9.11., 10.11.82
NZZ, 27.6., 3.7., 9.11.82
Mannheimer Morgen, 3.7.81



Mittelamerika

Honduras oder Nicaragua — wer rüstet offensiv?

Die folgende Kurzdokumentation faßt einige wichtige Informationen über die aktuelle militärische Bedrohung Nicaraguas aus folgenden zwei Quellen zusammen:
Dok. 1 John H. Buchanan (Lt-Col., ret.): Prepared Statement before the Subcommittee on Interamerican Affairs, Committee on Foreign Affairs, US House of Representatives, September, 21st, 1982, Washington D.C.
Dok. 2 (Documentation on Honduran Based Military Equipment and Operations against Nicaragua), Managua Sept. 1982
Gegen Materialkosten können die Dokumente in voller Länge über das Informationsbüro Nicaragua (Friedrichstr. 10, 56 Wuppertal 1) bezogen werden.

Buchanan (Oberstleutnant a.D.der US-Marine, jetzt im privaten Centre for Developement Policy, Washington, tätig) untersucht in seinem Bericht vor dem Subkomitee für interamerikanische Angelegenheiten des US-Abgeordnetenhauses (Dokument 1) die von der Reagan-Regierung verarbeitete These von der beschleunigten, die gesamte Region destabilisierenden Offensivrüstung Nicaraguas. Diese These stützt sich entscheidend auf die CIA-Zahlen von „25 T-55 Panzern sowjetischer Bauart", die Nicaragua besitzen soll.

Buchanan analysiert die technischen und logistischen Möglichkeiten einer hypothetischen strategischen Offensive Nicaraguas gegen Honduras mit dem Ziel Tegucigalpa. Daraus ergibt sich die völlige Absurdität einer solchen Hypothese. Unterstützt von 12 Schützenpanzerwagen, die Nicaragua besitzt, könnten 25 T-55 eine Offensivtruppe von ganzen 96 Mann gen Honduras tragen, unter schwierigsten Geländebedingungen und mit Panzern, die nach Buchanans Einschätzung von ihrer Ausstattung und Zuverlässigkeit her Operationen in größere Tiefen gänzlich ausschließen. Die nicaraguanische Luftwaffe könnte mit ihren höchstens 5 dafür einsetzbaren Kampfflugzeugen einer solchen hypothetischen Offensive keinerlei geeignete Luftunterstützung geben. Daher schlußfolgert Buchanan:

„Meine Einschätzung der nicaraguanischen militärischen Stärke lässt mich annehmen, daß die Möglichkeiten der Sandinisten von der Reagan-Regierung bewusst übertrieben wurden . . . Man kann nur schließen, daß die Reagan-Regierung die Tatsachen verzerrt, um Geheimoperationen, mit denen die Sandinisten gestürzt werden sollen, und eine bisher nie dagewesene militärische Aufrüstung von Honduras zu rechtfertigen."

Auf der anderen Seite sieht die Lage ganz anders aus. Buchanan bestätigt ohne Umschweife die von nicaraguanischer Seite schon mehrfach geäußerte Einschätzung, daß Honduras die bei weitem stärkste und bestgerüstete Luftwaffe der Region besitzt. Er nennt 20 Super Mystere B2 Kampfbomber, 10 F-86 Sabre Düsenkampfbomber, 5 A-37B Dragonfly Bomber, 24 T-28 Trojan kampfeinsatzfähige Trainer-Bomber, 3 RT-33-A Aufklärungsflugzeuge, 23 Transporthubschrauber und weitere diverse Transport-, Trainings- und andere Flugzeuge älterer Bauart. Dieser Flotte steht auf nicaraguanischer Seite keine nur im geringsten gleichwertige Luftwaffe gegenüber.

Buchanan warnte jedoch davor, aus dem Mangel an hochwertiger Offensivrüstung auf nicaraguanischer Seite die Schlußfolgerung zu ziehen, daß ein Angriff der honduranischen Streitkräfte auf nicaraguanische Ziele zum Spaziergang würde. Er geht nämlich davon aus, daß Nicaragua seit Anfang 1982 mit sowjetischer Hilfe ein wirksames, dreifach gestaffeltes Luftabwehrsystem aufgebaut hat: zunächst Gürtel mit SA-6 („Gainful") Boden-Luft-Abwehrraketen, dann über das Land verteilte 57 mm Antipanzergeschütze, die auch zur Flugabwehr eingesetzt werden können, und schließlich leichte, tragbare SA-7 („Grail") infrarotgesteuerte Flugabwehrraketen.

Er gibt den honduranischen Falken und ihren US-Beratern zu bedenken, daß im israelisch-arabischen Krieg 1973 40% der Verluste der israelischen Luftwaffe auf das Konto der SA-6 Batterien gingen, obwohl die Israelis unvergleichlich viel besser gerüstet und trainiert waren als die Honduraner, und jene über neueste US-Elektronik verfügten, von denen er vermutet, daß die Honduraner sie weder haben, noch bekommen werden.

So kommt Buchanan zum Schluß, daß Nicaragua im Gegensatz zur offiziellen US-Propaganda und anders als Honduras zwar keine Offensivrüstung betreibt, dagegen aber genügend Defensivkapazitäten aufgebaut hat, um einer honduranischen Luftoffensive widerstehen zu können.

US-Militärunterstützung für Honduras

Das in Managua erstellte Dokument 2 geht auf die durch die US-Hilfe forcierte Aufrüstung in Honduras zwischen Juli 1979 und Sommer 1982 ein. Dabei stechen folgende Daten besonders hervor: Die Truppenstärke stieg um 50% von 14 240 auf 21 400, die Zahl der Marinebasen um 100% von 2 auf 4, die der Kriegsschiffe um knapp 70% von 9 auf 15, Luftlandebahnen um 100% von 5 auf 10, Helikopter um 200% von 7 auf 21 usw. Die haushaltsmäßig ausgewiesene US-Militärhilfe für Honduras stieg dabei von 3 Mill. Dollar 1980 über 5,5 Mill. 1981 auf 10,6 Mill. Dollar 1982. Dazu kommen zusätzlich 21 Mill. Dollar für den Ausbau der Militärflughäfen und eine nicht genauer genannte Summe für den Ausbau der Marinebasen Caratasca und Puerto Castilla.

Im Rahmen der technischen Hilfe erhöhten die US-Streitkräfte die Zahl ihrer Militärausbilder von 40 im Februar 1982 auf über 100 im August, die in insgesamt 32 spezialisierten mobilen Ausbildungsgruppen arbeiten. Ein reger Besuchsverkehr hochrangiger US-Offiziere in Honduras wird dokumentiert, darunter unter anderem am 11.2.81 der Besuch des Chefs des US-Kommandos Süd, Generalleutnant Wallace Nutting, am 29.1.82 des Logistikchefs des Kommandos Süd und im August 82 des Kommandeurs der Atlantikflotte, Admiral Harry R. Train.

Die Anzahl und Intensität der von den honduranischen und US-Streitkräften einzeln oder gemeinsam durchgeführten, gegen Nicaragua gerichteten Manöver und der See- oder Luftraumverletzungen zu Spionagezwecken stieg seit 1981 sprunghaft an: Im Oktober 81 gemeinsames Luft-See-Landemanöver „Falcon View", im Juli 82 gemeinsames Manöver „Combined Deployment" im Grenzgebiet zu Nicaragua mit dem Resultat einer Verstärkung der honduranischen Truppenkonzentration im Grenzgebiet (fortgesetzt im September 1982). Neben Spionageflügen der US-Luftwaffe über Nicaragua (insbesondere durch U-2 Flugzeuge) zählt die Dokumentation eine Reihe von Fällen auf, in denen US-Kriegsschiffe in nicaraguanische Territorialgewässer eindrangen: Am 27.2.82 der Zerstörer USS Caron, am 15.4.82 der Zerstörer USS Coontz, am 7.6.82 die Fregatte USS Trippe, am 17.8.82 der Zerstörer USS Sruance.



Zeitungsleser in Managua „Der CIA und seine Absichten"

Diese Aktionen wurden durch den Aufbau von Operationsbasen der Ex-Somoza-Gardisten im honduranischen Grenzgebiet zu Nicaragua ergänzt (mit 19 Mill. Dollar von den USA finanziert), deren Aktionen von 1980 bis 1982 im Einzelnen dokumentiert sind. Summarisch ergibt die Zählung 88 Infiltrationen in nicaraguanisches Gebiet während dieses Zeitraums, 96 Angriffe auf Grenzposten und 78 Angriffe auf nicaraguanische Patrouillen. Dabei wurden auf nicaraguanischer Seite insgesamt 374 Personen getötet.

Angriffspläne gegen Nicaragua

Nach Informationen der New York Times vom 8. Juli 1982 plante der Chef des honduranischen Militärs, Oberst Alvarez, schon im Juli einen Luftangriff auf Puerto Cabezas, wurde aber vom US-Außenministerium zurückgepfiffen (vgl. Instituto Historico Centroamericano, Envio 16, Oktober 1982). Das Problem der USA scheint darin zu bestehen, eine internationale politische Lage herbeizuführen, in der eine offene, forcierte honduranische Intervention in Nicaragua diplomatisch als legitim verkauft werden kann. Da hätte ein zu frühes Losschlagen durch Alvarez einiges Porzellan zerschlagen können.

Jedoch mehren sich die Hinweise darauf, daß sich im Winter 82/83 die Lage zuspitzen könnte. OstLt, a.D. Buchanan berichtet in seinem Report vor dem Subkomitee des US-Abgeordnetenhauses, daß er bei seinem Besuch in Honduras während des Frühsommers 82 von honduranischen Offizieren häufig die Auffassung gehört habe, daß es im Dezember 82 zu einem Krieg mit Nicaragua kommen werde, weil dann der Rio Coco niedrig stünde und daher der Zeitpunkt für einen „Angriff der Nicaraguaner" günstig sei. Buchanan stellt dagegen fest, daß zwar ab Mitte Dezember die Trockenperiode beginnt, der Rio Coco aber erst im späten April zurückgeht. Er versteht daher den Hinweis der honduranischen Offiziere so, daß ab Mitte Dezember ideales Wetter für Luftangriffe herrscht, und fragt sich: „Vielleicht ‚erwarten' die honduranischen Militärs deswegen im Dezember einen nicaraguanischen Angriff."

Diese Vermutung Buchanans wird durch andere Hinweise abgestützt. Am 15./16. Oktober 82 meldete die Washington Post, daß die Reagan-Regierung grünes Licht für eine geballte Aggression gegen Nicaragua im Dezember gegeben habe. Dazu sollen die etwa 6000 ehemaligen Nationalgardisten Somozas, in Nicaragua einfallen, die honduranische Armee soll logistische Unterstützung geben (und — wenn Buchanans Vermutung richtig ist — Luftunterstützung). Durch eine Reihe gemeinsamer Manöver der honduranischen und der US-Streitkräfte bisher ungekannten Ausmaßes im honduranischen Hinterland soll Nicaragua von Gegenaktionen abgeschreckt und eine sprunghafte Eskalation angedroht werden.

Nachbemerkung: Die vom 5. bis 11. Dezember 82 geplanten Manöver im Miskitogebiet mit dem indianischen Namen Aguasara wurden kurzfristig abgesagt. Ein in der Newsweek erschienener Artikel über den „geheimen Krieg gegen Nicaragua" und zunehmender innenpolitischer Druck in den USA lassen scheinbar eine so offene Verwicklung in eine militärische Aggression in Mittelamerika augenblicklich nicht zu. Dies beeinträchtigt jedoch nicht die vorherige Analyse.

(Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal)

Bitte bezahlt



das Abo !

Danke



Protestaktion

Solidaritätskomitees mit Mittelamerika haben am 2.12.1982 die Parteibüros der CDU in Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Aachen und Münster besetzt sowie das Konsulat von Guatemala in West-Berlin.
Anlaß dieser bundesweiten Aktion war die neue Mittelamerika-Politik der CDU/CSU–FDP-Regierung und deren Absicht, die vor zwei Jahren gesperrten Entwicklungshilfegelder in Höhe von 27,3 Mio. DM an die Junta von El Salvador zu zahlen, den deutschen Botschafter wieder dorthin zu entsenden sowie die Entwicklungshilfe für Nicaragua von 20 Mio. DM auf 5 Mio. DM zu kürzen.
In einer Presseerklärung teilten die Besetzer außerdem folgendes mit:
–„In El Salvador, Guatemala und Honduras werden die Widerstandsbewegungen mit Waffen von Heckler & Koch (teilweise über Drittländer wie Israel eingeführt) bekämpft.
– In Guatemala wird mittels deutscher Entwicklungshilfe und -experten im Rahmen von Infrastrukturmaßnahmen in reichen Rohstoffgebieten, und der Hilfe von deutschen Konzernen wie der Hochtief-AG und Lahmeyer AG (deren Hauptanteilseigner jeweils die Rheinisch-Westfälische Elektrizitäts-AG ist, Betreiber von zahlreichen AKWs, der DWK und des schnellen Brüters von Kalkar), das dortige Regime gestützt.
– Hondurische Offiziere werden in der Bundeswehr ausgebildet.
– Mit deutschen Hilfsgeldern werden in Honduras Flüchtlinge ins Landesinnere umgesiedelt und gegen diese Menschen Repressionsmaßnahmen ausgeübt.
– In Costa Rica und Guatemala wird das Fahndungssystem mit Computern von Siemens aus Argentinien und mit Unterstützung von argentinischen Beratern, die von deutschen Kriminalexperten ausgebildet sind, perfektioniert.
– In Honduras wurden mit BRD-Krediten aus Steuergeldern und BKA-Hilfe die Fahndungsmethoden modernisiert."
Von der Bundesregierung fordern die Besetzer den Stop der Entwicklungshilfe an El Salvador, Guatemala und Honduras, den Abzug honduranischer Offiziere aus der Bundesrepublik sowie den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den drei Ländern.

Bolivien

Ende der Militärherrschaft?

Die Nachricht wird mit Gelassenheit aufgenommen: Bolivien hat (schon wieder einmal) ein neues Staatsoberhaupt. Allenfalls könnte die Tatsache irritieren, daß der neue Mann nicht durch einen Putsch an die Macht gelangt ist. Anfang Oktober wurde Hernán Siles Zuazo, der Führer des Oppositionsbündnisses UDP, vom zuvor einberufenen Kongreß zum bolivianischen Staatspräsidenten gewählt. Er ist damit übrigens der vierte Präsident seit Juli 1980 bzw. der zehnte seit Juli 1978. Und da Bolivien als das politisch instabilste Land auf dem lateinamerikanischen Kontinent gilt, scheint diesem erneuten Machtwechsel keine außergewöhnliche Bedeutung oder gar ein historisches Gewicht zuzukommen. Die Wahl Siles Zuazos und die vorausgegangenen Ereignisse und Auseinandersetzungen, die schließlich zum Rückzug der Militärs aus der Regierung führten, fanden in der bundesdeutschen Presse denn auch eine vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit, ganz im Gegensatz etwa zur Berichterstattung während und nach dem Militärputsch vom Juli 1980, mit dem die damals schon anstehende Machtübernahme durch den Wahlsieger Siles Zuazo verhindert und das vorläufig finsterste Kapitel der jüngeren bolivianischen Geschichte eingeleitet wurde.



Dabei könnte es durchaus sein, daß der wenig spektakuläre Machtwechsel vom Herbst 1982 eines Tages als bedeutender historischer Einschnitt zu werten sein wird: nämlich als das Ende einer nur von kurzen Zwischenspielen unterbrochenen 18-jährigen Militärherrschaft. Denn immerhin kommt mit Siles Zuazo zum ersten Mal seit 1964 wieder ein Präsident an die Macht, der sich auf die demokratische Legitimation durch das bolivianische Volk berufen kann. Die Frage allerdings, ob der Rückzug der Militärs von Dauer sein wird oder ob es sich lediglich um einen vorübergehenden, von taktischen Überlegungen bestimmten Schachzug handelt, kann zum jetzigen Zeitpunkt niemand beantworten. Gerade im Falle von Bolivien ist Vorsicht geboten, wenn es um Spekulationen über die politische Zukunft des Landes geht. Sicher ist allenfalls, an welchen Fragen sich das politische Schicksal der neuen Regierung entscheiden wird: wie lange wird die politische Einigkeit zwischen Parteien, Gewerkschaften bis hin zum Unternehmerverband, die jetzt die Wahl von Siles Zuazo möglich gemacht hat, halten? Wie wird die neue Regierung, wenn überhaupt, mit dem wirtschaftlichen Chaos fertig werden, das die Militärs hinterlassen haben? Werden die zur harten und antidemokratischen Linie zählenden Militärs ihrer eigenen Entmachtung tatenlos zusehen? Wird es der neuen Regierung gelingen, den im Interesse der Kokainmafia agierenden paramilitärischen Gruppen und den alt- und neofaschistischen Zirkeln ein Ende setzen?

Chronologie des Machtwechsels

Daß die Militärs keineswegs freiwillig und aufgrund eines demokratischen Läuterungsprozesses den Rückzug in die Kasernen antreten würden, war schon im Juli deutlich geworden, als sich die Vertreter der harten Linie innerhalb des Militärs erneut durchsetzen konnten und die Ablösung von General Torrelio durch General Guido Vildoso Calderón erfolgte. Unter den Gründen, die dann zwei Monate später die Regierung Vildoso dennoch in die Knie zwangen, dürften vor allem die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise, die nach wie vor fehlende außenpolitische Rehabilitierung des Militärregimes und schließlich der zunehmende Widerstand und Protest immer größerer Teile der Bevölkerung ausschlaggebend sein.

Die Protestbewegung, die sich kurz vor dem Sturz der Militärs im September immer mehr zu einem allgemeinen Volksaufstand und zu einer totalen Lähmung des Wirtschaftslebens ausweitete, läßt sich zurückverfolgen bis zum November 1981, als bei einem Streik der Bergarbeiter die Forderung nach Wiederherstellung der politischen Freiheiten und nach einer allgemeinen Amnestie für politische Gefangene erhoben wurde. Streiks, Demonstrationen und andere Protestformen nahmen in den ersten Monaten dieses Jahres weiter zu, insbesondere nach der Verkündigung drastischer Wirtschaftsmaßnahmen durch die Regierung des zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Generals Torrelio. Am 1. Mai fanden im ganzen Land Demonstrationen unter dem Motto ‚Für Brot und Freiheit' statt. Zwischen April und Juni sah sich die Regierung Torrelio dann, unter dem Druck der Öffentlich-

keit, gezwungen, erste Zugeständnisse zu machen: im Rahmen einer sogenannten ‚demokratischen Öffnung' wurden für April 1983 Wahlen angekündigt, und das von seinem Amtsvorgänger verhängte Verbot von Parteien und Gewerkschaften wurde aufgehoben. Gleichzeitig erfolgte der Erlaß einer eingeschränkten Amnestie, und die politische Autonomie der Universitäten, die ebenfalls nach dem Putsch von 1980 abgeschafft worden war, wurde wieder hergestellt — eine Maßnahme übrigens, die vor allem durch den Hungerstreik der Studenten von La Paz erkämpft worden war. Die Regierung erklärte sich bereit, in einen ‚dialogo' mit den Parteien, Gewerkschaften und den Unternehmern über die Form der demokratischen Öffnung einzutreten. Was noch Monate vorher undenkbar gewesen wäre, nämlich die Forderung nach Einberufung des 1980 gewählten Kongresses, wurde plötzlich öffentlich diskutiert. Der im peruanischen Exil lebende Wahlsieger von 1980, Hernán Siles Zuazo, wurde von verschiedenen Seiten aufgefordert, seine Bereitschaft und seinen Anspruch zur Übernahme des Präsidentenamtes deutlich zu machen. Er selbst lehnte diese Lösung jedoch ab und plädierte seinerseits für die Anberaumung von Neuwahlen. Dahinter stand die Befürchtung, eine von ihm geführte und auf der Basis des Wahlergebnisses von 1980 gebildete Regierung würde zu schwach sein, um die schweren Probleme lösen zu können, die nach einer Machtübernahme anstehen würden. Siles Zuazo konnte sich von Neuwahlen ein weitaus besseres Wahlergebnis erhoffen. Seine Haltung stieß jedoch auf Kritik aus den eigenen Reihen und führte zu Spannungen innerhalb des von ihm angeführten Wahlbündnisses UDP.

Der bolivianische Unternehmerverband, der aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Situation ebenfalls für einen Rücktritt der Militärregierung plädierte, brachte einen anderen Vorschlag in die öffentliche Diskussion: die drei Wahlsieger von 1980, nämlich Siles Zuazo, Victor Paz Estenssoro und Hugo Banzer Suarez sollten, so wurde gefordert, eine Notstandsregierung bilden (Gobierno de Emergencia).

Es zeichnete sich also in den Sommermonaten eine Entwicklung ab, die eindeutig auf eine Ablösung der Militärs von der politischen Führung hindeutete. Erwartungsgemäß meldeten sich die kompromißlosen Widersacher gegen jegliche Form der demokratischen Öffnung aus den Reihen der Militärs zu Wort. Torrelio geriet wegen seiner Zugeständnisse, die ihm als Führungsschwäche ausgelegt wurden, ins Zentrum der Kritik rechter Militärkreise, und diese konnten im Juli dann seine Ablösung durch General Guido Vildoso durchsetzen. Es war der letzte Versuch, mit einem Vertreter der harten Linie an der Spitze des Staates die sich abzeichnende Entwicklung abzuwenden. Zu diesem Zeitpunkt hatte die wirtschaftliche Krise jedoch bereits einen Punkt erreicht, an dem eine Umkehr der Ereignisse nicht mehr zu erwarten war. Im Juli beteiligten sich zum ersten Mal auch Unternehmerverbände an Protestkundgebungen gegen die wirtschaftliche Situation. Es gab Hungermärsche in allen größeren Städten. Als dann die Regierung Vildoso ein wirtschaftliches Notstandsprogramm verkündete — nach ‚bewährtem' Muster des internationalen Währungsfonds —, geriet der öffentliche Protest aus allen Fugen. Am 16. September fanden sich in La Paz 80.000 Menschen zusammen, um gegen die neuen Wirtschaftsmaßnahmen zu protestieren und den Rücktritt zu Militärs zu fordern. Der Gewerkschaftsdachverband COB (Central Obrera Boliviana) rief — auf Druck der gewerkschaftlichen Basis, die sich längst mit Streiks, Protestkundgebungen und Straßenblockaden selbständig gemacht hatte — zum unbefristeten Generalstreik auf, der im ganzen Land befolgt wurde. In einer schleunigst einberufenen Krisensitzung der militärischen Führung fiel dann die hartumkämpfte Entscheidung, dem Druck nachzugeben und der Einberufung des 1980 gewählten Kabinetts zuzustimmen. Damit und mit der schließlich doch noch erreichten Zustimmung von Siles Zuazo, die neue Regierung zu bilden, war der Weg frei für die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen. Die wenige Tage später veröffentlichte Erklärung des Wahlgerichtshofes, wonach das Wahlergebnis vom Juli 1980 rechtskräftig sei, war da nur noch eine Formsache.

Die neue Regierung

Man erinnere sich: am 29. Juni 1980 fanden zum dritten Mal innerhalb von zwei Jahren Wahlen in Bolivien statt, und sie endeten zum dritten Mal mit einem Sieg des Wahlbündnisses UDP und seines Präsidentschaftskandidaten Silos Zuazo, dieses Mal sogar noch eindeutiger als bei den beiden vorausgegangenen Wahlen, nämlich mit knapp 39 % der Stimmen. Da die absolute Mehrheit jedoch nicht erreicht wurde, hätte der Präsident nach dem bolivianischen Wahlgesetz vom gleichzeitig neugewählten Kongreß bestimmt werden müssen, wobei Siles Zuazo auf eine sichere Mehrheit rechnen konnte. Zu dieser Wahl kam es jedoch nicht mehr, denn am 17. Juli 1980 putschten sich General García Meza und seine rechtsradikalen Schergen an die Macht, um Bolivien ‚vom marxistischen Krebs' zu befreien und die ‚Wiederherstellung einer funktionsfähigen Demokratie' in Angriff zu nehmen (beides Originalton). Wie diese ‚funktionsfähige Demokratie' aussehen sollte, ist inzwischen hinlänglich bekannt.

Erst jetzt, mehr als zwei Jahre später, konnte der damals gewählte Kongreß zusammentreten und in seiner ersten Sitzung Siles Zuazo zum Präsidenten wählen (zur Stimmenverteilung im Kongreß siehe nebenstehenden Kasten). Schon vorher hatte der bei den Wahlen von 1980 auf den zweiten Platz verwiesene Victor Paz Estenssoro Siles Zuazo die Unterstützung der von ihm angeführten MNR-H (Historischer Flügel der National-Revolutionären Bewegung) bei der Wahl im Kongreß zugesichert. Ähnliche Aussagen gab es von seiten der PS-1 (Sozialistische Partei) und von den Christdemokraten. Damit erreichte Siles Zuazo bei der Wahl am 5. Oktober 113 von 146 gültigen Stimmen. Zum Vizepräsidenten wurde, ebenfalls erwartungsgemäß, Jaime Paz Zamora gewählt (118 von 147 gültigen Stimmen), der Führer der zweitstärksten Gruppierung im Wahlbündnis UDP.

Aufs Wohl des Volkes

BRASILIA, 2. Dezember (AFP). US-Präsident Ronald Reagan hat sich am Mittwoch bei einem Trinkspruch im Präsidialpalast zu Brasilia gleich zweimal in seinem Gastgebervolk geirrt. Er hob sein Glas und trank auf „Präsident Figueiredo und das Volk Boliviens". Als er seinen Irrtum bemerkte, entschuldigte er sich damit, daß er ja direkt dorthin weiterreisen würde. Das war wieder falsch, denn nicht Bolivien, sondern Kolumbien wird die zweite Etappe seiner Lateinamerika-Tournee. Sein Stab versicherte daraufhin, der Präsident habe „Das Volk von Bogota" gemeint. Reagan aber ließ sich nicht beirren: Unerschütterlich hob er wieder sein Glas und forderte seine Tischgenossen auf, mit ihm „auf Präsident Figueiredo, das Volk Brasiliens und den Traum von Demokratie und Frieden hier in der westlichen Hemisphäre" zu trinken. Diesmal war es richtig.

(FR vom 3.12.82)

Ergebnisse der Wahlen vom 29. Juni 1980:

Partei	% der gültigen Stimmen	Sitze im Abgeordnetenhaus	Sitze im Senat	Sitze im Kongreß
UDP[1]	38,74	47	10	57
MNR[2]	20,15	34	10	44
ADN[3]	16,83	24	6	30
PS-1[4]	8,71	10	1	11
Sonstige	15,57	15	—	15
Gesamt	100,00	130	27	157

Diese eindeutigen Mehrheiten besagen jedoch nicht, daß die neue Regierung auch weiterhin mit der gleichen Unterstützung im Parlament rechnen kann. Am ehesten wird Siles Zuazo wohl auf die Mitarbeit der Sozialisten und der Christdemokraten rechnen können, während die beiden großen Fraktionen MNR und ADN (rechtsorientierte, nationaldemokratische Bewegung unter dem ehemaligen Präsidenten Hugo Banzer) ihre abwartende Haltung vermutlich bald aufgeben und auf Konfrontationskurs gehen werden. Aber vielleicht noch entscheidender als die Kräfteverhältnisse im Parlament wird die Frage sein, wie sich die Gewerkschaftsbewegung mit ihrem einflußreichen und mächtigen Dachverband COB verhalten wird, zumal die neue Regierung eine wirtschaftliche Situation vorfindet, die ihr keinen Spielraum für Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung läßt. Die COB hat auch jetzt ihre seit jeher praktizierte parteipolitische Unabhängigkeit betont. Andererseits kann man davon ausgehen, daß sich die Gewerkschaftsführung der Risiken bewußt ist, die mit einem frühzeitigen Scheitern der UDP-Regierung verbunden wären.

Siles Zuazo hat jedenfalls den Gewerkschaften größere Mitbestimmungsrechte bei wirtschaftlich bedeutsamen Entscheidungen zugesichert, und er hat auch bei der Zusammenstellung seines Kabinetts versucht, den verschiedenen Interessengruppen gerecht zu werden: 7 Ministerämter werden von seiner eigenen Partei, der MNR-I, besetzt, die MIR von Paz Zamora stellt 6 Minister, und die Kommunistische Partei PCB als dritter Bündnispartner in der UDP erhielt die Ministerien für Arbeit und Bergbau. Ungewöhnliche Entscheidungen waren die Vergabe eines Ministeramtes an die Christdemokraten — offensichtlich in der Absicht, sich die Unterstützung dieser Partei im Parlament zu erhalten — und die Besetzung des Verteidigungsministeriums mit einem pateiunabhängigen Zivilisten.

Zu den ersten Maßnahmen der neuen Regierung gehörte die Auswechslung der gesamten militärischen Führungsspitze durch Vertreter des verfassungstreuen Flügels. Die Drahtzieher der kriminellen Machenschaften, die in den letzten Jahren die wirtschaftliche Ausblutung des Landes betrieben haben, haben sich teilweise nach Argentinien abgesetzt. Die UDP-Regierung hat erklärt, zu ihren wichtigsten innenpolitischen Zielen gehöre die Bekämpfung des Drogenhandels und die Eindämmung des Rechtsextremismus, wahrscheinlich nicht gerade ein leichtes Unterfangen. Der härteste Brocken für die neue politische Führung ist jedoch zweifellos die wirtschaftliche Lage.

Zur wirtschaftlichen Situation

Mit einer stolzen Auslandsschuld von inzwischen rund 4 Mrd. Dollar gehört Bolivien zu jenen Ländern, die wirtschaftlich praktisch stehend k.o. sind, da die Exporteinnahmen nicht mehr ausreichen, um die fälligen Auslandsschulden abzuzahlen. Nachdem schon im vergangenen Jahr Umschuldungsverhandlungen mit den Gläubigern geführt werden mußten, da das Land in Zahlungsverzug zu geraten drohte, konnte jetzt im September ein fälliger Kredit in Höhe von 4o Mio. Dollar nicht mehr zurückgezahlt werden. Daß es zu dieser Zahlungsunfähigkeit gekommen ist, ist sicherlich auf die katastrophale Wirtschaftspolitik der vergangenen zwei Jahre zurückzuführen, aber auch auf die mangelnde Kreditwürdigkeit der mit dem Kokainhandel eng verfilzten Militärs. Vor allem die USA und auch die EG hatten neue Kredite davon abhängig gemacht, daß ein überzeugendes Konzept zur Bekämpfung des Drogenhandels vorgelegt wird. Das Gegenteil war jedoch der Fall: während der Kokainhandel in diesen zwei Jahren einen enormen Aufschwung nahm und nach Schätzungen der US-Drogenbehörde DEA (Drug Enforcement Agency) ein jährliches Handelsvolumen von 1,5 Mrd. Dollar erreichte, gingen die Einnahmen aus dem ‚offiziellen' Export ständig zurück. Der Export von Bergbauprodukten, die den größten Teil der Einnahmen für Bolivien ausmachen (ca. 70 %), erbrachte 1981 nur noch 556 Mio. Dollar; im Vorjahr waren es noch 641 Mio. Dollar.

Für die Lage auf dem Binnenmarkt hatte diese Entwicklung katastrophale Auswirkungen: zwischen Februar und September zeigte die bolivianische Währung einen Verfall um rund 1000 (tausend!) Prozent. Man braucht kein Wirtschaftsexperte zu sein, um sich vorzustellen, welche Konsequenzen der drastische Währungsverfall auf die Lebenshaltungskosten hatte. Brot wurde zum Luxusgegenstand und war im Juli schließlich überhaupt nicht mehr zu bekommen, während Kuchen und Torten reichlich angeboten wurden. Im Juli mußten die Banken ihre Schalter schließen, weil sie nicht mehr über ausreichende Barmittel verfügten. Der Volkszorn entlud sich in zahlreichen Protestkundgebungen und Hungermärschen und wurde noch genährt durch Meldungen, wonach die staatliche Zentralbank kurz vor der Abwertung des bolivianischen Peso im Februar umfangreiche Dollarverkäufe aus staatlichen Reserven an hohe Regierungsfunktionäre und Militärs getätigt hatte — eine Manipulation, die allerdings auch schon bei früheren Abwertungen üblich war.

Die neue Regierung übernimmt also eine (er)drückende Hypothek. Immerhin kann sie mit einem größeren Vertrauensvorschuß bei neuen Umschuldungs- und Kreditverhandlungen mit ausländischen Regierungen und Banken rechnen. Als ersten Schritt zur Bewältigung der Krise hat Siles Zuazo Anfang November ein wirtschaftliches Notstandsprogramm verkündet, das Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel, Benzin, Energie und öffentliche Verkehrsmittel vorsieht. Außer einer 30-prozentigen Lohnerhöhung und der Festsetzung eines Mindestlohnes wurde eine erneute Abwertung des bolivianischen Peso verfügt. Insofern unterscheiden sich diese Maßnahmen kaum von den Sanierungskonzepten der Vorgängerregierungen. Allerdings wurden gleichzeitig auch Vorkehrungen für eine Devisenkontrolle und für Importbeschränkungen getroffen. Dies und die Verstaatlichung der seit langem umstrittenen Elektrizitätsgesellschaft ‚Bolivian Power' deuten darauf hin, daß ein neuer wirtschaftspolitischer Wind weht. Siles Zuazo hatte noch vor seiner Wahl zum Präsidenten darauf hingewiesen, daß es 1956, also vor Beginn seiner ersten Präsidentenschaft, eine ähnlich schwierige wirtschaftliche Situation gegeben habe — zwischen 1950 und 1956



Sichergestellte Droge: Grundlage der Staatsfinanzen

waren die Lebenshaltungskosten fast um das 40-fache angestiegen — und daß die von ihm damals getroffenen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung beigetragen hätten. Ob dieser Hinweis auf seine damalige Entscheidung klug war, darf bezweifelt werden: zumindest die Gewerkschaften werden sich noch daran erinnern, daß die erwähnten Stabilisierungsmaßnahmen, die auf einem von dem US-amerikanischen Experten Jackson Eder ausgearbeiteten Konzept basierten, zu einer weitgehenden Preisgabe der ursprünglichen wirtschaftlichen Ziele der bolivianischen Revolution führten und für das Auslandskapital vorteilhafte Bedingungen schafften, während gleichzeitig der Einfluß der Gewerkschaften zurückgedrängt wurde.

Schwere Zeiten für europäische Faschisten

Eine weitere Klimaänderung zeichnet sich nach dem Machtwechsel schon jetzt deutlich ab: den alten und neuen europäischen Faschisten, die in Bolivien schon seit Jahren ein sicheres Refugium fanden und die sich in aller Öffentlichkeit ihrer Mitarbeit am Unterdrückungsapparat der Militärdiktaturen rühmen konnten, bläßt nun ein kalter Wind entgegen. Der bekannteste Fall ist der des Alt-Nazis und Kriegsverbrechers Klaus Barbie, der in Bolivien seit 1951 unter dem Namen Klaus Altmann unbehelligt lebt. Bisherige Auslieferungsersuchen von seiten der Bundesrepublik und Frankreich wurden in den siebziger Jahren, damals noch unter der Regierung des Diktators Banzer, mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. Man weiß längst, warum: die einschlägigen Kenntnisse von Barbie (bekannt auch als der ‚Schlächter von Lyon') wurden von Banzer und seinen Nachfolgern geschätzt und gebraucht. Seine Mitarbeit im bolivianischen Geheimdienst DIN und seine aktive Beteiligung beim Putsch von García Meza ist jetzt erneut bestätigt worden. Barbie ist zweifellos die zentrale Figur in der bolivianischen Faschistenkolonie ‚Novios de la Muerte'. Er selbst pflegte in La Paz ständig enge Kontakte mit den Rauschgiftgenerälen im Präsidentenamt und im Innenministerium, er war, neben seinen offiziellen Geschäftstätigkeiten, auch an Waffengeschäften und Devisenschiebereien beteiligt.

(Seine Rolle als Kontaktmann im internationalen Waffenhandel ist besonders interessant, so daß sogar die Israelis sich die guten Verbindungen von Barbie zur Abwicklung von Waffengeschäften zunutze machten und dafür offensichtlich bereit waren, seine Nazi-Vergangenheit zu ignorieren.)

Nach der Machtübernahme von General Vildoso im Juli wurde er persönlich im Präsidentenpalast empfangen. Seit Mai liegt der bolivianischen Regierung nun ein neues Auslieferungsersuchen der deutschen Justiz vor, und nach dem Wechsel stehen die Chancen gut, daß dem Antrag dieses Mal entsprochen wird. Barbie hat sich offensichtlich inzwischen nach Argentinien abgesetzt, jedenfalls gibt es über seinen derzeitigen Aufenthaltsort widersprüchliche Informationen. Zusammen mit Klaus Barbie waren auch die Neonazis Joachim Fiebelkorn und der Italiener Pier Luigi Pagliai an dem Putsch von 1980 beteiligt. Fiebelkorn hatte vor wenigen Monaten in der bundesdeutschen Presse Schlagzeilen gemacht. Die italienische Justiz hatte ihn der Mitbeteiligung am Bombenanschlag von Bologna am 2. August 1980 beschuldigt und von der Bundesrepublik seine Auslieferung beantragt. Fiebelkorn stellte sich daraufhin selbst den Behörden und wurde auch kurze Zeit später freigelassen. Sein Alibi: genau in jener Zeit habe er sich in Bolivien aufgehalten (Datum des Putsches: 17. Juli!). Dagegen scheint die Mittäterschaft des Italieners Pagliai am Attentat von Bologna sicher zu sein. Nach dem Attentat hatte auch er Unterschlupf in Bolivien gefunden. In einem Interview mit der italienischen Zeitschrift ‚Panorama' hatte Luigi Pagliai noch eine Reihe weiterer Namen genannt, die zum harten Kern der Faschistengruppe in Bolivien gehören, darunter hauptsächlich Deutsche. In ihrem Treffpunkt, der Kneipe ‚Bavaria' in Santa Cruz, wurden unter der Hakenkreuzfahne die Terroraktionen geplant, mit denen sich die ‚Verlobte des Todes' am Putsch der Kokainmafia beteiligten. Mit der Frage der Auslieferung von Pagliai braucht sich die bolivianische Regierung übrigens nicht mehr zu beschäftigen. Er ist in einem römischen Krankenhaus an seinen schweren Verletzungen verstorben.



Klaus Barbie in La Paz

Die Umstände seines ‚Abtransportes' aus Bolivien sind höchst interssant und würden jedem Agentenroman zur Ehre gereichen: am Nachmittag des 11. Oktober, während die Nation gebannt der Antrittsrede von Siles Zuazo lauscht, landet eine Maschine der Luftgesellschaft ‚Alitalia' mit einem angeblichen Defekt in La Paz. Die Maschine startet um 2o Uhr des gleichen Tages mit dem schwerverletzten Luigi Pagliai an Bord nach Rom. Kurz vorher hatte der US-amerikanische Botschafter Corr bei den Flugbehörden für die 11.000 Dollar gebürgt, die Alitalia als Landegebühren entrichten muß. Die Verletzungen von Pagliai rührten von einer Schießerei, die seiner Festnahme in La Paz vorausgegangen war. Ob er nun von der bolivianischen Polizei oder von den italienischen Geheimdienstbeamten, die sich nachweislich an Bord der Alitalia-Maschine befanden, verhaftet wurde, darüber gibt es widersprüchliche Aussagen. Sollte die bolivianische Regierung hier ‚Amtshilfe' geleistet haben, so dürften die übrigen Freunde von Pagliai gewarnt sein. Es ist zu erwarten, daß sie sich, sofern noch nicht geschehen, ins Ausland ab setzen werden, und da bietet sich vor allem Argentinien an, wo vielleicht schon jetzt die entmachteten Generäle zum Sammeln blasen. jüli (Quellen: Monitor-Dienst, NfA, Le Monde, Liberation, Presencia, TAZ)

Anmerkungen zum bolivianischen Wahlsystem:

Nach dem Wahlgesetz von 1966 besteht das Zweikammer-Parlament (Congreso) aus der ‚Camara de Diputados' (130 Abgeordnete) und dem ‚Senado' (27 Senatoren). Nach dem gültigen Wahlmodus wird der Präsident direkt gewählt, jedoch nur, wenn er die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen kann. Erreicht keiner der Kandidaten 50 % der Stimmen, so wird der Präsident vom neuen Parlament in einer Stichwahl ermittelt. Die Abgeordneten und Senatoren werden nach den Ergebnissen in den einzelnen (insgesamt neun) Departments gewählt; und zwar erhält die Partei oder das Wahlbündnis des Kandidaten, der im betreffenden Department gewonnen hat, 80 % der entfallenden Abgeordnetensitze und zwei Drittel der Senatorensitze. Jedem Department stehen drei Senatoren zu; die Zahl der Abgeordneten richtet sich nach der entsprechenden Einwohnerzahl. Da viele Wahlberechtigte in Bolivien Analphabeten sind, gibt es für die jeweiligen Parteien verschiedenfarbige Wahlzettel. Insgesamt waren am 29. Juni 1980 2.004.327 Bolivianer wahlberechtigt, wovon 74,3 % von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten.

Anmerkungen:

1) Die UDP (Unidad Democrática y Popular) ist ein Wahlbündnis zwischen den drei Parteien MNR-I (eine linke Abspaltung der MNR unter Führung von Ex-Präsident Hernán Siles Zuazo), MIR (Movimiento de la Izquierda Revolucionaria, 1971 aus den linken Christdemokraten hervorgegangene Bewegung unter Jaime Paz Zamora) und PCB (Partido Comunista Boliviano)
2) MNR: es handelt sich hier um den Restbestand der ursprünglichen ‚National-Revolutionären Bewegung', unter deren Führung 1952 die bolivianische Revolution erfolgte und die zwischen 1952 und 1964 die Regierung stellte. Der Kern der sogenannten ‚historischen' MNR unter Führung des ehemaligen Präsidenten Victor Paz Estenssoro hat sich jedoch stärker nach rechts entwickelt, und es existiert inzwischen eine kaum mehr überschaubare Zahl von Abspaltungen, die jeweils noch das Kürzel ‚MNR' in ihrer Parteibezeichnung führen.
3) ADN (Acción Democrática Nacionalista): ein Sammelsurium rechtsorientierter militärischer und ziviler Kräfte unter der Führung des ehemaligen Militärdiktators Hugo Banzer Suarez
4) PS-1: Sozialistische Partei, deren profilierter Führer Marcelo Quiroga Santa Cruz bei dem Putsch von 1980 ermordet wurde; verfolgt einen unabhängigen Kurs mit wachsendem Erfolg

Seerecht

Wettlauf um die Rohstoffe der Meere

Nach insgesamt fast neunjähriger Verhandlungszeit seit 1973 ging mit der Verabschiedung einer internationalen Seerechtskonvention („Draft Convention of the Law of the Sea") durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen die 3. UN-Seerechtskonferenz, eine der größten Konferenzen der Menschheit überhaupt, am 30. April 1982 in New York zu Ende.
Am 10. 12. 1982 unterzeichneten 119 Delegationen die UN-Seerechtskonvention in Jamaika. Verweigert haben die Unterschrift die BRD, die USA, Großbritannien, Belgien und Italien.
Der steigende Rohstoffhunger der Industriestaaten und die raschen Fortschritte in der Entwicklung von Meerestechnologien ließen den Zeitpunkt einer anarchischen Ausbeutung des letzten „herrschaftsfreien" Raumes der Erde (durch multinationale Konzerne) immer näher rücken. Die UNO hatte daher bereits 1970 die Ozeane jenseits der damals geltenden nationalen Hoheitsgewässer zum gemeinsamen Erbe der Menschheit („Common heritage of mankind") erklärt.
Das Ziel der 3. UN-Seerechtskonferenz war deshalb die Schaffung einer neuen Völkerrechtlichen Ordnung für die Weltmeere. Das Ergebnis war der Versuch einer gerechten Aufteilung von ca. 70 Prozent der Erdoberfläche, die Abgrenzung von Wirtschafts- und Hoheitszonen, die Vereinbarung von Fischerei- und Schiffahrtsrechten, insbesondere jedoch die Verteilung der immensen Rohstoffvorkommen (Erdöl, -gas und Manganknollen) in und auf dem Meeresboden.

Konferenzergebnisse

Aus der Fülle des 320 Artikel, 9 Anhänge und 5 Resolutionen umfassenden Konventionstextes lassen sich zusammenfassend folgende sechs wichtige Ergebnisse herauskristallisieren:

1) Küstenstaaten können ihre Territorialgewässer künftig auf 12 Seemeilen ausdehnen; ausländische Schiffe besitzen das Recht auf friedliche Durchfahrt.
2) Jenseits der 12 Seemeilen-Zone wird sowohl zivilen als auch militärischen Schiffen (auch U-Booten) freie Durchfahrt, Flugzeugen ungehinderte Überflugrechte gewährleistet.
3) Meerengen und Meeresstraßen behalten internationalen Status, Schiffe (auch Kriegsschiffe) jeder Nationalität erhalten auch hier weiterhin ungehinderte Durchfahrt.
4) Jeder Küstenstaat erhält eine 200 Seemeilen breite exklusive Wirtschaftszone, die bis auf 350 Seemeilen erweitert werden darf, wenn vorgelagerte Festlandsockel sich über die Wirtschaftszone hinaus erstreckt (damit fallen ca. 80 Prozent aller nutzbaren Fischbestände und rund 80 – 90 Prozent der Öl- und Gasvorkommen im Offshore-Bereich, das ist küstennaher Bereich, an die Küsten- und Inselstaaten).
5) Die Ausbeutung strategisch wichtiger mineralischer Rohstoffe (Mangan, Nickel, Kobalt und Kupfer) auf dem internationalen, das heißt keiner nationalstaatlichen Souveränität unterstehenden Tiefseeboden soll unter Aufsicht einer UN-Meeresbodenbehörde kontrolliert werden.
6) Maritime Konflikte sollen künftig friedlich durch einen Internationalen Seegerichtshof geschlichtet werden.

Zwei wichtige Teilbereiche der 3. UN-Seerechtskonferenz sind dabei von überragender politischer Bedeutung: die Errichtung einer 200 Seemeilen-Zone und die Regelungen des Tiefseebergbaus.

200-Seemeilen-Wirtschaftszone

Hoheitszonen von 200 Seemeilen Breite hatten einige lateinamerikanische Länder (Chile, Peru, Ecuador, Costa Rica) bereits in den 50er und 60er Jahren proklamiert, um ihre reichen Fischgründe vor dem Zugriff ausländischer Fischfangflotten (Japan, Sowjetunion, USA, Kanada) zu schützen.
Durch die allgemeine Einführung einer 200-Seemeilen-Wirtschaftszone werden

jetzt ca. 35 Prozent der gesamten Weltmeeresfläche nationalisiert, durch die 350 Seemeilen-Festlandsockelzone sogar über 40 Prozent (!). Neben der Proteinversorgung durch den Weltfischfang in Höhe von gegenwärtig rund 70 Mio. Tonnen kommt der 200 Seemeilenzone auch insofern eine wichtige Bedeutung zu, als sich hier schätzungsweise zwischen 80 und 90 Prozent der Welterdölreserven befinden, deren Wert sich auf etwa 20 – 30 Billionen US-Dollar belaufen. Der jährliche Produktionswert des innerhalb der 200 Seemeilen-Zone geförderten Offshore-Öls beträgt rund 140 Mrd. US-Dollar. Nutznießer dieser Regelung sind in erster Linie jene Staaten, die über lange Küstenlinien verfügen. Erste (z. T. militärische) Konflikte um rohstoffreiche Küstengewässer haben bereits stattgefunden:

Argentinien/Chile (Erdöl im Beagle-Kanal), Türkei/Griechenland (Erdöl in der Ägäis), VR China/Vietnam (Erdöl der Paracel-Inseln im südchinesischen Meer) sowie der Streit mehrerer EG-Staaten um Fischfangquoten in der Nordsee (Island, GB, BRD und Dänemark).

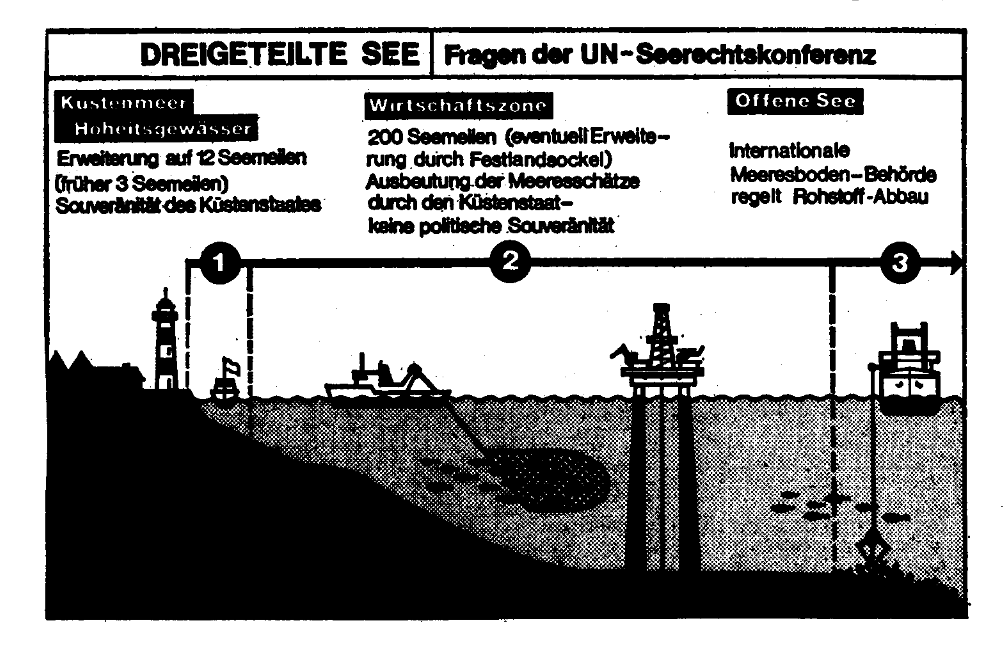
Zu den großen Gewinnern zählen nur etwa 10 Staaten, allen voran die USA, die aufgrund ihrer günstigen Lage (Pazifik- und Atlantikküste, Golf von Mexiko) einschließlich der Hawaii- und anderer Pazifikinseln eine Wirtschaftszone von insgesamt rund 15 Mio. qkm Fläche(!) erhalten. Neben weiteren kapitalistischen Industriestaaten wie Frankreich (frz. Polynesien, Karibikinseln), Großbritannien (Karibik- und Pazifikinseln, Falkland etc.), Australien, Neuseeland, Kanada und Japan werden unter den Entwicklungsländern lediglich die sogenannten „Schwellenländer" Indonesien und Brasilien größere Meeresflächen für sich verbuchen können. 10 von insgesamt 140 Staaten verfügen damit über ca. 50 Prozent der Wirtschaftszonen der Weltmeere. Die geographisch benachteiligten Länder (Binnenstaaten und Länder mit kurzen Küsten) dagegen gehen leer aus. Zu ihnen zählen jedoch keineswegs nur Entwicklungsländer, sondern auch Industriestaaten wie die BRD, der infolgen ihrer kurzen Küste seit 1971 nur ein 36 000 qkm großes Seegebiet auf dem Festlandsockel der Nordsee zusteht.

Tiefseebergbau

Als harter Kern der Auseinandersetzungen hatte sich auf der UN-Seerechtskonferenz zunehmend der Tiefseebergbau herausgeschält. Das Interesse multinationaler Rohstoffkonzerne richtet sich dabei insbesondere auf Manganknollen-Lagerstätten des Meeresbodens. Manganknollen haben etwa die Größe von Kartoffeln und bestehen aus unterschiedlich hohen Konzentrationen von Mangan, Kupfer, Nickel und Kobalt — Metalle, die unter anderem als unentbehrliche Stahlveredler in der Rüstungsindustrie Verwendung finden.

Da die Ausbeutung dieser marinen Rohstoffquellen hohe Investitionssummen in Größenordnungen von einigen 100 Mio. US-Dollar voraussetzt, haben sich seit 1974 meherer multinationale Rohstoffkonzerne wie Kennecott, Rio-Tinto-Zinc, BP, US-Steel, Union Minière, Metall und Preussag AG zu Konsortien zusammengeschlossen (vgl. Übersicht in blätter des iz3w Nr. 98/Dezember 1981, S. 18), um die Manganknollenfelder, deren Metallgehalte die Vorkommen auf dem Festland um ein Vielfaches übersteigen, zu erforschen und gemeinsam eine Tiefseebergbau-Technologie zu entwicklen.

In der technologischen Entwicklung führt zur Zeit das OMI-Konsortium (Ocean Managment Inc.), an dem zu je 25 Prozent der Nickel-Multi INCO (Kanada), das US-Unternehmen SEDCO, Deep Ocean Mining (Japan) und die Arbeitsgemeinschaft meerestechnisch gewinnbarer Rohstoffe (bestehend aus den BRD-Firmen Metallgesellschaft, Salzgitter und Preussag AG) beteiligt sind. Unter strengster Geheimhaltung gelang es dem OMI-Konsortium, eine Förderanlange im Pazifik unter realen Bedingungen in über 3000 m Tiefe erfolgreich zu testen. Sie entwickelten das sogenannte CLB-Verfahren (Continious Line Bucket System), bei dem eine Art Schürfkübel an einer über zwei Schiffen laufenden Seilschleife über den Meeresboden gezogen werden.



Drei weitere von US-Multis geführte Tiefseebergbau-Konsortien (Kennecott, Ocean Mining, Ocean Minerals) experimentieren mit einem riesigen „Staubsauger", der die Manganknollen aufsammelt und durch ein Förderrohr an die Meeresoberfläche transportiert. Das französische Unternehmen AFERNOD schließlich entwickelte eine Art ferngelenktes Last-U-Boot, das zwischen Meeresboden und Frachtschiff pendeln soll. Die Entwicklungsphase der Tiefseebergbau-Technologie scheint im wesentlichen abgeschlossen zu sein, mit dem großindustriellen Einsatz ist etwa gegen Ende der 80er Jahre zu rechnen.

Schon heute gilt es als sicher, daß sich künftige Meeresbergbauaktivitäten multinationaler Rohstoffkonzerne auf den Nord-Pazifik konzentrieren werden: innerhalb der Clarion-Clipperton-Zone zwischen der US-Insel Hawaii und der kalifornischen Küste wurden in einem 200 Kilometer breiten und 1000 Kilometer langen Gebiet in 2000 – 5000 m Tiefe reichhaltige Manganknollen entdeckt, die nach Angaben von Industrievertretern zu profitablen Bedingungen gefördert werden könnten.

Seit Anfang der 70er Jahre läßt sich beobachten, daß multinationale Rohstoffkonzerne ihre Investitionen aus Entwicklungsländern zunehmend in sog. „sichere" Gebiete (Kanada, Australien und Südafrika) verlagert haben, da die hier herrschenden politischen Rahmenbedingungen ihre Profite nicht durch Kartellbildungen und Nationalisierungsmaßnahmen gefährden. Im Rahmen des bisher gültigen Meeresvölkerrechts hätte sich die Ausbeutung mariner Rohstoffe vom Tiefseeboden in einem „eigentumslosen" Gebiet der Weltmeere jenseits nationaler Hoheitsgewässer vollzogen und hätte damit den Interessen der beteiligten Multis hinsichtlich ihres stets geforderten „sicheren" Investionsklimas in geradezu idealer Weise entsprochen.

Die Industrieländer, selbst an einer störungsfreien Rohstoffversorgung interessiert, forderten deshalb auf der 3. UN-Seerechtskonferenz als Interessenvertreter der Großindustrie einen ungehinderten, privatwirtschaftlichen Abbau der Manganknollen vom Tiefseeboden. Die BRD z.B. ist zu praktisch 100 Prozent von Importen an Mangan, Kupfer, Nickel und Kobalt abhängig. Eine „anarchische" Ausbeutung der marinen Rohstoffquellen würde jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit (in unterschiedlichem Ausmaß) den Rückgang der Exporterlöse für Mangan, Kupfer, Nickel und Kobalt auf den Weltrohstoffmärkten zur Folge haben. Nach Vorstellungen der „Dritten Welt" soll daher eine UN-Behörde mit weitgehenden

Produktions- und Verteilungskompetenzen die Ausbeutung der Manganknollen jenseits nationaler Hoheitsgewässer international kontrollieren und eine gleichberechtigte Beteiligung der Entwicklungsländer garantieren.

UN-Meeresbodenbehörde kontrolliert Tiefseebergbau

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen der 3. UN-Seerechtskonferenz stand daher die Frage nach Struktur und Entscheidungsbefugnissen der von den Entwicklungsländern geforderten UN-Meeresbodenbehörde („Authority"), die ihren Sitz in Kingston/Jamaika erhalten wird. Das Lösungsmodell, auf das man sich in zähen Verhandlungsrunden schließlich einigte, unterscheidet sich dabei von seiner Konstruktion her grundsätzlich von anderen UN-Organisationen: ein Veto-Recht (Sicherheitsrat) oder überwältigende Stimmenmehrheiten aufgrund hoher Kapitaleinlagen (IWF, Weltbank) für die kapitalistischen Industrieländer wurden von den Vertretern der „Dritten Welt" abgelehnt. Neben dem herkömmlichen organisatorischen Dreigliederungsschema Versammlung, Rat und Sekretariat wird die UN-Meeresbodenbehörde über ein Sonderorgan, dem UN-Enterprise (= Unternehmen) verfügen, welches neben den multinationalen Rohstoffkonzernen selbst-unmittelbar für die Entwicklungsländer am Meeresbergbau teilnehmen soll.

Neben dem Sekretariat, das als organisatorische Koordinationsstelle dient, ist das höchste Organ die Vollversammlung, in der alle Mitgliedstaaten der Seerechtskonvention stimmberechtigt sein werden. Im Rat der UN-Meeresbodenbehörde werden die nach einem bestimmten geographischen Schlüssel gewählten 36 Mitglieder die eigentlich wichtigen Entscheidungen treffen (z.B. über die Vergabe von Abbau-Lizenzen auf dem Tiefseeboden). Je nach Bedeutungsgrad des Verhandlungsgegenstandes sollen dabei unterschiedliche Abstimmungsprozeduren gelten. Zur Schlichtung maritimer Konflikte schließlich sieht die UN-Seerechtskonvention die Errichtung eines internationalen Seegerichtshofes vor, der seinen Sitz in Hamburg erhalten soll. Allerdings besitzt der UN-Seegerichtshof keine großen Kompetenzen: seine Schiedssprüche gelten nur dann als verbindlich, wenn sich streitende Nationalstaaten ausdrücklich seiner Rechtsprechung unterwerfen. Mit der Wahl Hamburgs zum Sitz des UN-Seegerichtshofes ist wohl auch u.a. der Versuch der „Dritten Welt" zu sehen, die Bundesrepublik zur Unterzeichnung des Konventionstextes zu bewegen.

Wie soll Tiefseebergbau funktionieren?

Nach den Vorstellungen der Entwicklungsländer muß jeder am Manganknollennabbau interessierte Antragsteller (private oder staatliche Unternehmen) der UN-Meeresbodenbehörde zwei Abbaugebiete gleicher Größe (von je max. 150.000 qkm) und Qualität (Reichhaltigkeit an Manganknollen) angeben, von denen die Behörde dem Bewerber ein Feld zuteilt. In dem anderen vorgeschlagenen Meeresbergbaufeld darf nur das UN-Enterprise oder ein Unternehmen aus der „Dritten Welt" tätig werden.

Technologietransfer

Da dem UN-Enterprise zunächst sowohl die finanziellen als auch die technologischen Mittel fehlen werden, um selbst Tiefseebergbau betreiben zu können, muß sich jeder Antragsteller gleichzeitig verpflichten, die zu verwendende Technologie auf Wunsch dem UN-Unternehmen oder einem Entwicklungsland zu sog. „fairen kommerziellen" Bedingungen zur Verfügung zu stellen (Technologietransfer als Zugangsvoraussetzung für Tiefseebergbau). Nach Aufnahme des Tiefseebergbaus durch private oder staatliche Rohstoff-Konzerne müssen diese Konzessionsgebühren an die UN-Meeresbodenbehörde zahlen.

Produktionsbeschränkungen gegen Preisverfall

Um einen Preisverfall ihrer Rohstoffe zu verhindern, haben die Landproduzenten der im Meeresbergbau künftig geförderten Metalle (z.B. Zambia, Zaire, Chile — aber auch Kanada und Australien) erfolgreich Produktionsbeschränkungen durchsetzen können. Dabei soll z.B. die marine Nickelproduktion auf ca. 60 Prozent des Zuwachses des Weltnickelverbrauchs begrenzt werden. Ähnliche Regelungen sollen für die Koppelprodukte Mangan, Kobalt und Kupfer gelten. Kommt es zu einem Preisverfall dieser Rohstoffe auf dem Weltmarkt, soll die UN-Meeresbodenbehörde aus ihrem Fond, der sowohl aus Mitgliedsbeiträgen der Mitgliedsstaaten als auch den Gebühren und den durch das UN-Enterprise erzielten Gewinnen aus dem Tiefseebergbau besteht, Ausgleichszahlungen an betroffene rohstoffexportierende Länder leisten.

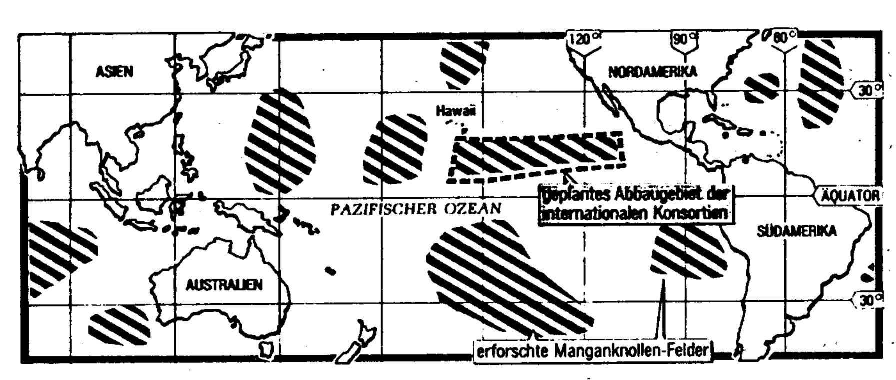
Vor Aufnahme des Meeresbergbaus (vermutlich nicht vor 1990) sollen die Verwaltungskosten der UN-Meeresbodenbehörde und des Un-Seegerichtshofes in geschätzter Höhe von rund 45 Mio. US-Dollar jährlich durch die Mitgliedsbeiträge der Vertragsstaaten der UN-Seerechtskonvention aufgebracht werden. Darüberhinaus soll schließlich 15 Jahre nach Aufnahme des Tiefseebergbaus eine Überprüfungskonferenz stattfinden, die ggf. die Regelungen der Konvention ändert.

Strategie kapitalistischer Industrieländer

Die Forderungen der Entwicklungsländer hinsichtlich des Tiefseebergbaus stießen bei den multinationalen Rohstoff-Konzernen auf starken Widerstand. Diese forderten die westlichen Regierungen auf, außerhalb der UN-Verhandlungen nationale Gesetze für den Tiefseebergbau zu erlassen. Auf Druck der US-amerikanischen Bergbau-Lobby zog US-Präsident Reagan im Frühjahr 1981 sogar die US-Delegation auf der 3. UN-Seerechtskonvention zurück und forderte als Bedingung für die Unterzeichnung der Seerechtskonvention durch die USA:

- ungehinderten Abbau der Manganknollen durch westliche Multis ohne Rücksichtnahme auf die Landproduzenten,
- Abschaffung des Zwangstransfers von Technologie an die UN-Meeresbodenbehörde,
- Veto-Recht für westliche Industrieländer im Rat der UN-Meeresbodenbehörde, Zulassung zu Organen der Behörde soll wirtschaftliche Interessen und finanzielle Beiträge wiederspiegeln,
- keine Änderungen der UN-Seerechtskonvention gegen den Willen westlicher Industrieländer.

Diese Forderungen wurden von den Vertretern der „Dritten Welt" abgelehnt.



Um die Interessen der kapitalistischen Bergbauindustrie durchzusetzen, verabschiedeten die Parlamente der USA, der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens bereits 1980 und 1981 nationale Tiefseebergbau-Gesetze, die es interessierten Multis ermöglicht, ab 1. Januar 1988 Manganknollen vom Meeresboden zu schürfen, falls bis zu diesem Zeitpunkt innerhalb der UNO keine für die Industrieländer „annehmbaren" Ergebnisse (auflagenfreier Tiefseebergbau!) erzielt werden sollten.

Investitionsschutz für Multis

Angesichts diese Alleingangs westlicher Industrieländer einigten sich die Konferenzteilnehmer auf einen Kompromiß, um die UN-Seerechtskonvention schließlich doch noch verabschieden zu können: neben der Errichtung der UN-Meeresbodenbehörde zur Durchsetzung des „Common heritage"-Prinzips, garantiert die Seerechtskonvention in einer Investitionsschutzklausel den bereits bestehenden 4 westlichen Tiefseebergbau-Konsortien so-

wie je einem staatlichen Unternehmen Japans, Frankreichs, Indiens und der Sowjetunion die vorzeitige Zuweisung je eines Meeresbergbaufeldes von maximal 150.000 qkm Fläche unter Aufsicht einer Vorbereitungskommission, die die UN-Meeresbodenbehörde bis zum Inkrafttreten der UN-Seerechtskonvention funktionsfähig machen soll. Nach Inkrafttreten der Konvention dürfen diese Felder auch exklusiv ausgebeutet werden — vorausgesetzt, daß die Länder der staatlichen Unternehmen und alle Heimatländer der multinationalen Konsortien die UN-Seerechtskonvention unterzeichnet und ratifiziert haben.

Das Abstimmungsergebnis auf der 11. Sitzung der 3. UN-Seerechtskonferenz in New York am 30. April 1982 verdeutlichte die unterschiedlichen Interessenlagen insbesondere westlicher Industriestaaten: Die Konvention fand gegen

- 4 *Nein-Stimmen* (USA, Israel, Türkei und Venezuela),
- 17 *Enthaltungen* (fast alle EG-Staaten, Spanien, Sowjetunion, alle osteuropäischen Staaten mit Ausnahme Rumäniens, Thailand und die Mongolische VR),
- die *Zustimmung* von 130 Staaten (einschließlich Japans, Frankreichs, Kanadas und Australiens).

Überhaupt verliefen die Konfliktformationen auf der 3.UN-Seerechtskonferenz keineswegs entlang des althergebrachten „Nord-Süd"-Gegensatzes. Die Industriestaaten waren ebenso wie die Entwicklungsländer der „Gruppe 77" in rohstoffreiche und rohstoffarme Länder, in geographisch benachteiligte und in Küstenstaaten zersplittert.

Interessenwidersprüche zwischen Industrieländern

Da die westlichen Industriestaaten in recht unterschiedlicher Weise von mineralischen Rohstoffimporten abhängig sind, ergeben sich dadurch z.T. erhebliche Interessenwidersprüche zwischen kapitalistischen Staaten (z.B. EG und USA).

Unter den Befürwortern der UN-Seerechtskonvention befinden sich einerseits rohstoffreiche Industrieländer wie Kanada, Australien und Norwegen (Öl in der Nordsee!), die allesamt an stabilen Preisen ihrer Rohstoffexporte gleichermaßen sehr interessiert sind. Aber auch die beiden rohstoffarmen Länder Japan und Frankreich sind am Inkrafttreten der UN-Seerechtskonvention durchaus interessiert, erhalten sie doch durch die Schaffung der 200 Seemeilen-Zone große Meeresgebiete zur exklusiven Nutzung hinzu, durch die insbesondere Frankreich infolge seiner noch immer in neokolonialer Abhängigkeit gehaltenen Inseln im Pazifik in die Lage versetzt wird, Manganknollen innerhalb seiner nationalen Hoheitsgewässer auszubeuten.

Aus Protest gegen die bevorzugte Behandlung multinationaler Rohstoffkonzerne durch die UN-Seerechtskonvention bei der Vergabe von Meeresbergbaufeldern enthielten sich sowohl die Sowjetunion (sie verabschiedete am 17. April 1982 ein nationales Tiefseebergbau-Gesetz) als auch alle sozialistischen Staaten Osteuropas mit Ausnahme Rumäniens bei der Abstimmung der Konvention ihrer Stimme.

Ihre Entschlosssenheit, die Multis unter Mißachtung der UN-Vereinbarungen Tiefseebergbau betreiben zu lassen, brachten die USA, die BRD, Frankreich und Großbritannien mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck: am 2. September 1982 unterzeichneten sie in Washington einen „Mini"-Seerechtsvertrag, in dem sie ihre nationalen Tiefseebergbau-Gesetze gegenseitig anerkannten und Absprachen über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten bei identischen und überlappenden Ansprüchen auf Meeresbergbaufeldern zwischen ihren Multis trafen. Es ist zu erwarten, daß z.B. auch die Niederlande und Belgien diesem Abkommen beitreten werden, um die Interessen der in ihren Ländern beheimateten Multis zu wahren.

Sollten die USA (wie es der Nationale Sicherheitsrat der USA am 29. Juni 1982 unter Vorsitz von US-Präsident Reagan beschlossen hat)und andere kapitalistische Industrieländer Westeuropas (Brd, GB, NL, Belgien) die UN-Seerechtskonvention nicht unterzeichnen und ratifizieren, so wäre nicht nur die Finanzierung der UN-Meeresbodenbehörde gefährdet, sondern insgesamt der Versuch der Dritten Welt, dem ungehinderten Raubbau der Manganknollen durch multinationale Rohstoffkonzerne einen Riegel vorzuschieben, de facto zum Scheitern verurteilt.

Der Handlungsspielraum multinationaler Konzerne in der „Dritten Welt" ist zunehmend durch Kartellbildungen und Nationalisierungsmaßnahmen eingeengt worden. Darüberhinaus haben sich die Entwicklungsländer in den letzten Jahren keineswegs auf die bloße Durchsetzung von (unverbindlichen) Resolutionen im Rahmen von UN-Verhandlungen beschränkt — in einigen Teilbereichen (Rohstoffabkommen, Stabilisierung von Exporterlösen ect.) konnten beste Erfolge erzielt werden. Ohne Zweifel stellt auch die UN-Seerechtskonferenz einen wichtigen Teil der Forderungen nach der Errichtung einer Neuen Weltwirtchaftsordnung (NWWO) und damit der Auseinandersetzung um globale Machtverhältnisse dar. Ob es jedoch zu einer friedlichen Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse zugunsten der „Dritten Welt" kommen wird, bleibt angesichts des derzeitigen Widerstandes der Industrieländer fraglich.

Auf die Einschränkung ihrer expansiven Kapitalinteressen durch das OPEC-Kartell und den Sturz des Schah im Iran haben die westlichen Industrieländer verstärkt mit militärischen Lösungen reagiert. Im Falle einer akuten Gefährdung ihrer Rostoffversorgung aud der „Dritten Welt" wird auf militärische Blitzaktionen zurückgegriffen. Dies illustrieren Beispiele wie die Landung französicher Fallschirmtruppen in der Provinz Shaba (Zaire) im Jahre 1978, um die Kobaltproduktion wider unter die Kontrolle Belgiens und Frankreichs zu bringen und insbesondere der Aufbau einer sog. „schnellen militärischen Eingreiftruppe" der Rapid Deployment Force der USA (vgl. blätter des iz3w Nr. 105, November 82, S. 21 ff).

Wilfried Arz
Demetrios Domenikos

Literatur zum Thema

1) R. Anand, *The legal regime of the sea-bed and the developing countries*, New Delhi 1976
2) Jack N. Barkenbus, *Deep seabed resources*, New York 1979
3) Barry Buzan, *Seabed politics*, New York/Washington/London 1976
4) Friedensanalysen für Theorie und Praxis Nr. 11, *Schweerpunkt: Kampf um die Weltmeere*, Frankfurt/M. 1980
5) Evan Luard, *The control of the seabed*, London 1974
6) Öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages am 7. Dezember 1977 zum Thema: *„Probleme der Dritten UN-Seerechtskonferenz unter besonderer Berücksichtigung des Meeresbodenbergbaus"*, Bonn 1978
7) Alphons Studier (Hrsg.), *Seerechtskonferenz und Dritte Welt*, München 1980
8) Wolfgang Graf Vitzthum (Hrsg.), *Die Plünderung der Meere – Ein gemeinsames Erbe wird zerstückelt*, Frankfurt/M. 1981
9) Klaus Dieter Wolf, *Die Dritte Seerechtskonferenz der Vereinigten Nationen*, Baden-Baden 1981
10) Matthias Tomczak, *Das Ende der imperialistischen Seeherrschaft naht*, Frankfurt/M. 1977

BRD

Wende in der Entwicklungspolitik?

Die Wende in Bonn bescherte auch dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) einen neuen Herrn. Gemäß des ausgehandelten Parteienproporz darf die CSU den Entwicklungshilfeminister in der konservativ-liberalen (Übergangs-)Regierung Kohl / Zimmermann / Genscher stellen. Strauß' Wahl fiel auf Jürgen Warnke, bisher nur als Fachmann für Zonenrandförderung sowie als Vorsitzender des handelspolitischen Beirats des Bundestages in Erscheinung getreten.
Werden sich die reaktionären Vorstellungen der CSU nun auch in der Entwicklungspolitik durchsetzen, einem politischen Feld, welches sich in der Vergangenheit durch weitgehenden Konsens aller Bundestagsparteien auszeichnete? Welche Veränderungen der Bonner Politik gegenüber der Dritten Welt sich abzeichnen, versucht dieser Artikel zu untersuchen. Notgedrungen kann diese Frage aufgrund der erst kurzen Regierungszeit nur sehr schlaglichtartig beleuchtet werden.

Der 5. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung, mit dessen Erstellung das BMZ noch unter der Leitung von Rainer Offergeld (SPD) begonnen hat, ist unter der CSU-Regierung gründlich überarbeitet worden. „Einem ministeriumsinternen Begleitschreiben an Minister Warnke zufolge unterscheidet sich der neue Entwurf von dem bisherigen insbesondere durch:

- ‚eine Relativierung der Bedeutung des im Nord-Süd-Gefälle als solchem liegenden Konfliktpotentials und einer stärkeren Betonung der Ost-West-Dimension von Konflikten in der Dritten Welt,
- einen Verzicht auf kritische Anmerkungen zur Dritte-Welt-Politik der USA,
- eine weitgehende Vermeidung von Aussagen zu den Problemen im südlichen Afrika (Konfliktrandstaaten und Befreiungsbewegungen) . . .' " (FR 29. 11. 82).

Im Schlepptau der USA

„Länder, die sich auf die sowjetische Politik eingelassen hätten, könnten ‚natürlich nicht die bevorzugten Partner' für die Entwicklungspolitik der Bundesregierung sein. Man werde vielmehr die ‚legitimen außenpolitischen Interessen' im Auge haben. In den Problemen Mittel- und Südamerikas werde die neue Bundesregierung den ‚Stellenwert' der USA berücksichtigen. Der CSU-Politiker begründete dies unter anderem mit der amerikanischen Schutzfunktion für Berlin " (Generalanzeiger, 6. 11. 82).

In der Mittelamerikapolitik läßt sich das Einschwenken deutscher Entwicklungs- und Außenpolitik auf die Linie der USA bereits deutlich machen. So erwägt das Auswärtige Amt wieder einen Botschafter nach El Salvador zu entsenden (FR 9. 11. 82). Eine wahrhaft aberwitzige und reaktionäre Erwägung der neuen Bundesregierung angesichts der Situation in El Salvador und der Tatsache, daß international die Befreiungsbewegung FDR von einer Reihe von Regierungen (darunter auch Frankreichs) als legitime Vertreterin des salvadorianischen Volkes anerkannt wird.
Derzeit ist noch unklar, ob die Entwickungshilfe für El Salvador wieder aufgenommen wird. Unter der sozialliberalen Regierung waren 27,6 Mio DM, die für El Salvador bestimmt waren, gesperrt worden. Das BMZ teilte Anfang Dezember mit, gegenwärtig werde noch geprüft, ob und in welcher Höhe eine Freigabe dieser Mittel erfolgen könne. Damit rückte das BMZ von bisherigen Äußerungen ab, die Freigabe der Mittel sei durch Warnke bereits angeordnet worden (Bad. Zeitung 7. 12. 82, FR 7. 12. 82).

Menschenrechtskampagne Warnkes

Zu Guatemala meldet sich die zweite Riege zu Wort. Karl Lamers, CDU-Bundestagsabgeordneter, fordert die Einstellung aller Waffenlieferungen an Guatemala. „Eine Erhöhung der US-Militärhilfe wäre ‚fatal, vor allem wegen der Konsequenzen in der deutschen öffentlichen Meinung'." (FR 5. 11. 82). Lamers hat recht, anhand der El Salvador- und Guatemala-Politik der USA und der neuen Bundesregierung läßt sich die beginnende Menschenrechtskampagne Warnkes leicht als das entlarven, was sie tatsächlich ist: als Mittel zum Zwecke, die Dritte Welt durch das Raster des Ost-West-Konfliktes zu pressen.

„Die bessere Verwirklichung der Menschenrechte in der Dritten Welt hat Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke als ein wichtiges Ziel der neuen Bundesregierung bezeichnet. Bei allem Respekt vor gewachsenen Zuständen werde die neue Bundesregierung Länder, die sich um Reformen und den Aufbau pluralistischer Verhältnisse bemühen, ‚bevorzugt als Partner annehmen'." (FR 3. 11. 82). Als erstes Land scheint Warnkes ‚Menschenrechtskampagne' Nicaragua zu treffen „wo nach vorliegenden Informationen" — so Warnke — „bestimmten Indianern ‚ernste Verletzungen ihrer Menschenrechte zugemutet werden und schlimme Sachen geschehen'. Wenn dies richtig sei, werde das ‚sicher eine Zurückhaltung unsererseits bei direkter staatlicher Entwicklungshilfe zur Folge haben' " (Stuttgarter Zeitung 27. 10. 82).

Diese Zurückhaltung läßt sich bereits jetzt feststellen. Die neue Bundesregierung hat die Haushaltsansätze für Mittel der Ent-

Presseerklärung

Die Vereinigung von Mitarbeitern des Deutschen Entwicklungsdienstes e. V. protestiert energisch dagegen, daß die bisher gesperrten DM 27,5 Mio. Entwicklungshilfegelder von dem neuen Minister Warnke an El Salvador gezahlt werden sollen und darüberhinaus auch die Vergabe weiterer Gelder für 1983 erwogen wird.

Die Vereinigung fordert, daß diese Entscheidung aus folgenden Gründen rückgängig gemacht wird:

1. Die Leistungen gehen überwiegend an die einheimische Wirtschaft und Projekte im Rahmen der ‚Landreform', damit also in die Hände der Regierung, die nicht im geringsten in der Lage ist, durch gründliche Reformmaßnahmen die völlig bankrotte Wirtschaftsstruktur El Salvadors zu beseitigen, sondern sich statt dessen auf einen endlosen Bürgerkrieg gegen die Mehrheit der politischen Opposition im Land konzentriert;

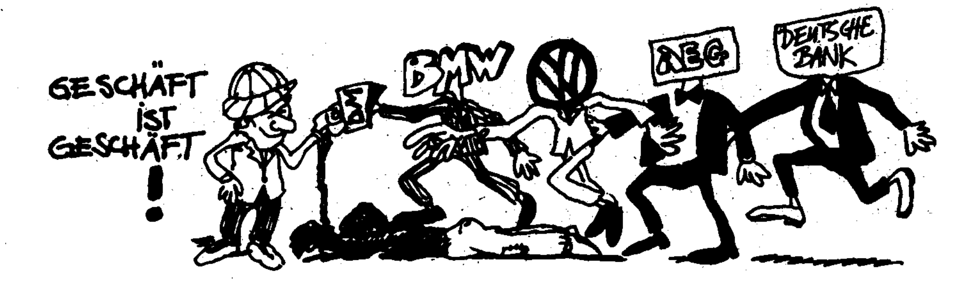
2. jede Hilfe für diese Regierung bedeutet eine Absage an eine wirkliche Entwicklung durch Reformen und eine Verlängerung des menschlichen Elends;

3. die Entscheidung von Minister Warnke stellt einen ebenso einfallslosen wie gefährlichen Rückfall in die Zeiten des kalten Krieges und eine offensichtliche Entscheidung dafür dar, die Ausdehnung der Ost-West-Spannungen auf die Dritte Welt aktiv zu unterstützen;

4. eine finanzielle Unterstützung dieser Regierung hat fatale Folgen für das Ansehen der bundesdeutschen Entwicklungshilfe bei der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder, deren anders geartete Haltung zu den Konflikten in Mittelamerika in Bonn offensichtlich nicht mehr zur Kenntnis genommen wird.

Der auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik unerfahrene zuständige Minister hat sich schlecht beraten lassen.

wicklungspolitik bei 26 Ländern reduziert. Von einem der höchsten Reduzierungsbeträge ist Nicaragua betroffen, die für dieses Land vorgesehenen Mittel sollen um 15 Mio.DM gekürzt werden. Ebenfalls betroffen: Mozambique (15 Mio.DM), Simbabwe (10 Mio.DM) und Benin (20 Mio.DM) (Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 25. 11. 82)



Jegliche Zurückhaltung hat die Bundesregierung in der Türkei-Frage aufgegeben. Die vom Bundestag eingefrorene Wirtschaftshilfe in Höhe von 400 Millionen DM soll nach Genschers Willen freigegeben werden. Bei einem Besuch in Ankara bescheinigte der neu-alte Außenminister der türkischen Militär-Junta, daß sie künftig auf die Wahrung der Menschenrechte achten werde. Eingehandelt hat Genscher für die 400 Millionen Wirtschaftshilfe einen Verzicht der türkischen Militärs auf die Freizügigkeitsregelung im EG-Assoziierungsabkommen (FR 22. 11. 82). Nach diesem Abkommen sollten auch die türkischen Bürger das Recht erhalten, sich in jedem beliebigen Staat der EG niederzulassen, ein Recht, welches mit Ausnahme der Griechen allen EG-Staatsbürgern zusteht.

Aus dem BMZ sind keine Verlautbarungen zur Situation der Menschenrechte in der Türkei zu hören gewesen. Stattdessen begibt sich die Union auch hier auf ihren liebsten Nebenkriegsschauplatz: Haushaltslücken. Statt über die Situation in der Türkei zu reden, wird bemängelt, daß die eingefrorenen Türkei-Millionen anderweitig ausgegeben wurden (vgl. FAZ 12. 11. 82).

Menschenrechtsverletzungen wieder großgeschrieben werden dagegegen in Uganda. Anläßlich eines Besuches ugandischer Parlamentarier unterstrich der CDU-Entwicklungshilfeexperte und neue parlamentarische Staatssekretär Köhler die Besorgnis der Bundesregierung über Menschenrechtsverletzungen in Uganda (Süddeutsche Ztg., 1. 11. 82).

Fazit: Menschenrechtskampagnen nur dort, wo es sich gegen fortschrittliche Regierungen richtet wie in Nicaragua oder bei Ländern von geostrategischer Bedeutungslosigkeit wie Uganda, was sich nebenbei bemerkt auch geradezu anbietet, da die Greuel-Taten Idi Amins noch im öffentlichen Bewußtsein sind. Werden jedoch die außenpolitischen Interessen der USA oder ‚des Westens' berührt, wird geschwiegen.

Südafrika-Politik

Auch in der Unterstützung des Apartheidregimes in Südafrika hat sich die neue Bundesregierung der US-amerikanischen Linie angeschlossen und dabei auch die Gefahr einer politischen Isolierung in Kauf genommen. Sie war neben der Reagan-Administration und der Regierung Thatcher die einzige, die in der UN-Vollversammlung gegen die Forderung gestimmt hat, daß der Internationale Währungsfonds einen Kredit an Südafrika verweigert. Dieser trotz des Votums der UN-Vollversammlung gewährte IWF-Kredit an Südafrika von mehr als einer Milliarde US-Dollar hilft dem Apartheid-Regime aus den finanziellen Schwierigkeiten, die nicht zuletzt durch die Aggressionsfeldzüge gegen Angola enstanden sind (Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 8. 11. 82).

Während die Schmidt-Genscher-Administration sich bemühte, die starke wirtschaftliche, wissenschaftlich-technologische (Atomtechnologie) und militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und dem Apartheidregime herunterzuspielen, scheinen die Konservativ-Liberalen zu ihrem Bündnispartner im Südatlantik zu stehen. Martin Grüner, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsministerium, erklärte vor der deutsch-südafrikanischen Handelskammer in Pretoria, Bonn sei zum weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Südafrika bereit (FR 9. 11. 82).

Neue Projekt-Politik

Über einen großen finanziellen Handlungsspielraum für die geplante verstärkte Förderung von Projekten in der Landwirtschaft und im Sektor alternativer Energiequellen (Generalanzeiger 6. 11. 82) verfügt das BMZ zur Zeit

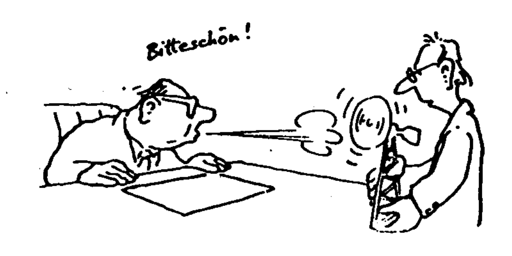


nicht. Die eingegangenen Verpflichtungen bei internationalen Organisationen im Rahmen multilateraler Hilfe und bei bilateralen Hilfszusagen übersteigen den Etat des BMZ schon heute. Für die nächsten zehn Jahre fehlen im Entwicklungshilfeetat, so Warnke, voraussichtlich insgesamt 2,3 Milliarden DM, um allen eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Durch Kürzungen bei der bilateralen Kapitalhilfe möchte Warnke den Handlungsspielraum für sich genauso zurückgewinnen, wie durch Einsparungen bei Zahlungen an internationale Organisationen.

Als erster bekam den Drang Warnkes nach „Bewegungsspielraum" der EG-Entwicklungshilfekommissar Pisani zu spüren. Bei der Ministerkonferenz Anfang November stieß der EG-Plan, im Anschluß an den 1984 auslaufenden 2. Lomé-Vertrag einen unbefristeten Rahmenvertrag der EG mit den AKP-Staaten (den mit der EG assoziierten afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten) abzuschließen, auf den Widerstand des neuen Bundesministers (FR 9. 11. 82).

Den gewonnen Bewegungsspielraum will das BMZ bei künftiger Projektvergabe nutzen: Stärker als bisher werden solche Projekte berücksichtigt, die zu Aufträgen an BRD-Firmen und zu Importen aus der BRD führen werden. Wenn mehrere Projekte zur Auswahl stünden, werde Warnke sich bevorzugt für solche entscheiden, die zu Bestellungen in der Bundesrepublik führen. Der Gesichtspunkt der Exportförderung spielte bei der Vergabe der Entwicklunghilfe immer eine bedeutende Rolle; auch ein Vergabeland wie die Bundesrepublik, das nur einen kleinen Teil seiner Mittel einer formellen Lieferbindung unterwirft, hat ausgedehnte Möglichkeiten, durch informelle Lieferbindung zu erreichen, daß die vergebenen Mittel in Form von Aufträgen an die eigene Industrie zurückfließen. Neu ist allerdings, daß dies in offiziellen Äußerungen zum Vergabekriterium erhoben und damit die Diskussion um die Lieferbindung neu belebt wird. Dieses Reizwort hört Warnke allerdings gar nicht gern. Aber angesichts steigender Arbeitslosigkeit in der BRD messe die Bundesregierung „beschäftigungswirksamen Maßnahmen in der Entwicklungspolitik besonderes Gewicht" bei (Welt 5. 11. 82, FR 3. 12. 82).

wo



Ausländer

„Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins ...“ Zum Ausländerkongreß der CDU

Für einen Augenblick wirkten die ansonsten lächelnden Gesichter auf dem CDU-Podium wie versteinert: unter kräftigem Beifall und im Licht zahlreicher Fernsehkameras hatte der Spanier Felix Rodriguez wohl allzu heftig am christlichen Lack der Union gekratzt: eine Partei, die sich nur auf das politisch Machbare und Opportune beschränke, solle sich doch bitteschön das „C“ im Namen wegstreichen. Diskussionsleiter Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, fing sich als erster: er sei Herrn Rodriguez außerordentlich dankbar für seine deutliche Sprache — allein, es gäbe ja auch noch andere Meinungen, man habe sich schließlich zu einem Austausch zusammengefunden. Das Ganze bildete den Auftakt eines Kongresses mit dem Thema „Ausländer in Deutschland — für eine gemeinsame Zukunft“, zu dem die CDU Ende Oktober nach Bonn geladen hatte und der durch den Regierungswechsel eine unerwartete Brisanz bekam. Der große Saal im Adenauer-Haus war denn auch mit ca. 600 Teilnehmern bis auf den letzten Platz gefüllt. Gekommen waren neben viel CDU-Prominenz Professoren, Unternehmer, Sozialarbeiter, Ausländerberater, Vertreter von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, ausländischen Botschaften, eine Handvoll Schüler und erfreulich viele Ausländer selber. Während alle noch in das Studium der Tagungsunterlagen vertieft saßen, dranden plötzlich die bitteren Worte von Felix Rodriguez durch den Saal: „Es gibt keine gemeinsame Zukunft! Deutschland will keine Ausländer!“ Ein Dialog über Partnerschaft, multikulturelle Gesellschaft und Integration bleibe sinnlos, solange die Schizophrenie nicht beseitigt sei, daß die BRD bei 4,5 Millionen Ausländern immernoch kein Einwanderungsland sein wolle . . .

Der starke Beifall, den Rodriguez erhielt, und die hastige Reaktion der Tagungsleitung markierten gleich zu Beginn das Feld der Auseinandersetzung. Während die CDU das Treffen angesetzt hatte, um sich angeblich über ihre künftige Ausländerpolitik klar zu werden, nutzten viele Teilnehmer die Chance, ihren Zorn oder ihre Besorgnis über die Situation der Ausländer einmal öffentlich los zu werden.

Von Politikerseite wurde viel Bekanntes erklärt: es müsse mehr für die Integration der „unter uns“ lebenden Ausländer getan werden, andererseits habe die Integrationsfähigkeit unseres Staates aber doch bald ihre Grenze erreicht. Die Rückkehr der Ausländer in ihre Heimat sei allerdings sicherlich nicht zu erzwingen.

Die Ausländer beklagten vor allem, daß die schlechte Arbeitsmarktlage, die aufenthaltsrechtliche Unsicherheit und die neuen Maßnahmen der Bundesregierung ein Klima der Unsicherheit und Angst unter den Ausländern schaffen, das ihnen eine langfristige Lebensplanung unmöglich macht. Die wachsende Fremdenfeindlichkeit der Deutschen stellt eine große Belastung dar, viele Ausländer fühlen sich unter Druck gesetzt, ihre kulturellen Eigenheiten aufgeben und durch völlige Assimilation zu Deutschen werden zu sollen.

Unter der rigiden Ausländerpolitik leiden im übrigen nicht nur Türken oder Menschen aus der sog. Dritten Welt: ein Cartas-Mitarbeiter machte duetlich, daß von Wohnraumerlassen, Ausweisung wegen geringfügiger Delikte, Schikanen der Ausländerbehörde und Polizeirazzien in Unterkünften ausländischer Arbeitern beispielsweise auch Italiener stark betroffen seien. Die Anzahl der Italiener in der Bundesrepuplik habe in jüngster Zeit um 23 000 abgenommen. Felix Rodriguez: „Der Rechtsstatus für die Personen aus EG-Ländern (ist) anders . . . als der für Personen aus Nicht-EG-Ländern. Es gibt aber Mittel und Wege, auch Personen, die sich auf Rechtssicherheit berufen können, dazu zu bewegen, Deutschland zu verlassen . . .“

Auf Aggressionen schließlich stoßen nicht selten auch Deutsche, die sich für Ausländer einsetzen: so mußte eine Kasseler Sozialarbeiterin, die arbeitssuchende Ausländer zu Vorstellungsgesprächen begleitete, sich des öfteren von Personalchefs die Frage gefallen lassen, ob mit ihrem Privatleben etwas nicht in Ordnung sei, daß sie es nötig habe, sich mit „solchen Leuten“ abzugeben . . .

Mit derartigen Mißständen soll nun, glaubt man den Worten Heiner Geißlers, die „menschliche Ausländerpolitik“ der CDU aufräumen. Die Ausländerfrage ist Bestandteil eines „Dringlichkeitsprogramms“ der neuen Regierung. Die drei zentralen Elemente des Programms heißen: Integration der bereits hier lebenden Ausländer, Zuzugsbegrenzung und Hilfe für freiwillige Rückkehr.

„Die Grundwertbindung unserer Politik verpflichtet uns zur sozialen Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in unserer Gesellschaft . . . Integration heißt für uns nicht Assimilation . . ., sondern soll ein möglichst spannungsfreies Zusammenleben von Ausländern und Deutschen ermöglichen. Integration, wenn sie gelingen soll, stellt an Ausländer und Deutsche hohe Anforderungen . . .“

Aber: „Die Integration, wie wir sie wollen, ist nur möglich, wenn die Zahl der bei uns lebenden Ausländer nicht unkontrolliert weiter zunimmt. Die Bundesregierung wird daher den Anwerbestop für ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten beibehalten . . . Deshalb ist es auch grundsätzlich wichtig, daß der Familiennachzug begrenzt wird . . .“(Heiner Geißler in seiner Eröffnungssprache).

Meinungsverschiedenheiten in der CDU

Wenn diese Aussagen auch relativ eindeutig erscheinen, so offenbarte die zweitägige Debatte doch tiefe Meinungsverschiedenheiten in den Reihen der CDU selbst. Das Spektrum reichte von der Propagierung einer „multikulturellen Gesellschaft“ bis zu der Behauptung, die Ausländer würden die Wiedervereinigung Deutschlands verhindern — wobei sich die Scharfmacher im Saal mit ihren Untergangsvisionen deutlich in der Minderheit befanden. Ein offenes Wort sprach vor allem Dr. Jürgen Schilling, ehemals Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, indem er Friedrich Naumann zitierte: „Entweder wir sind Wölfe, oder wir sind Lämmer. Entweder wir wollen herrschen, oder wir wollen liebend leiden.“ Das bedurfte keiner weiteren Erläuterung mehr. Schillings Bild von der schleichenden Orientalisierung der mitteleuropäischen Großstädte, die Rede von der Vergreisung der deutschen Bevölkerung, vom sich selbst entfremdenden Volkskörper, der sich „kosmopolitisch verströme“, fanden im Saal nur wenig Anklang. Selbst von einem Redakteur der ansonsten recht faschistenfreundlichen türkischen Zeitung „Tercüman“ mußte sich Schilling herbe Kritik gefallen lassen . . . Da half auch Alfred Dreggers Appell nicht viel, man müsse endlich einmal die Interessen der Deutschen formulieren. Er blieb damit ebenso allein wie der baden-württembergische Innenminister Roman Herzog mit seiner Frage, ob wir uns denn zu allen anderen Problemen auch noch einen Vielvölkerstaat in Mitteleuropa aufhalsen müßten.

Hochkonjunktur hingegen hatten bei dieser Tagung die „sozialen Modelle“. Anerkennung fand etwa der Personalleiter der Firma Hoechst für die ausländerpolitischen Verdienste seiner Firma: Sprachkurse, Wohnungspolitik, berufliche Bil-



dung, Eingliederung ausländischer Jugendlicher, Beratung, Unfallverhütung, Förderung von Ausländervereinen — und das alles schon seit über 20 Jahren! Zustimmung auch, als Handwerk und Industrie darauf hinwiesen, daß bereits in 10 oder 15 Jahren sich ein ernsthafter Mangel an Nachwuchskräften bemerkbar machen werde — umso wichtiger, den jungen Ausländern schon heute eine Chance zu geben! Das „Berliner Modell" schließlich, daß der Berliner Sozialsenator Ulf Fink vorstellte, beeindruckte viele Kongreßteilnehmer, weil die Stadt Berlin besonders in den Bereichen Kultur, Selbsthilfeinitiativen und Frauen aktiv werden will. So sollen Alphabetisierungs- und Deutschkurse, Beratungsstellen und Kulturangebote für türkische Frauen, Jugendwohngemeinschaften und türkisch-deutsch-gemischte Mädchengruppen künftig vorrangig gefördert werden — eine Sache, um die Berliner Frauengruppen und Sozialarbeiterinnen jahrelang gekämpft haben. In Berliner Schulen wird Türkisch als zweite, teilweise auch als erste Fremdsprache angeboten. Künftig soll muslimischer Religionsunterricht an Berliner Schulen möglich sein — wobei „politisch extreme Richtungen", etwa die türkischen Korankurse, aus den Schulen ferngehalten werden sollen. Vorrang haben ferner verschiedene Formen der Kulturarbeit mit Ausländern, die Förderung von Selbsthilfegruppen und Ausländerinitiativen — sie sollen 1983 10 Mio DM an Zuschüssen für ihre Arbeit erhalten —, sowie Maßnahmen speziell für die „Ausländerballungsgebiete" in Berlin.

Merkwürdige Koalitionen

Können sich die Ausländer von der CDU also Gutes erwarten? Noch ist nich eindeutig auszumachen, welche der beiden Tendenzen siegen wird — in der Bundesregierung sind die Kräfteverhältnisse wohl doch etwas anders als während der Tagung in Bonn. Immerhin: sollten sich die Leute vom Schlage Ulf Finks durchsetzen, könnte das für eine Reihe von hier lebenden Ausländern durchaus Verbesserungen bedeuten. Unter Umständen wird es in Zukunft merkwürdige Koalitionen geben: Berliner Feministinnen gemeinsam mit Ulf Fink gegen die Unterdrückung türkischer Frauen und Mädchen . . . Oder Frankfurter Sozialarbeiter mit der Firma Hoechst für eine bessere Zukunft ausländischer Jugendlicher . . . Wer angesichts dieser Perspektive Licht am Horizont sieht, sollte sich vorher vielleicht doch noch klar machen, daß die Medaille zwei Seiten hat: auch für die „Progrssiven" unter der CDU ist unbestritten, daß Anwerbestop und Begrenzung des Familiennachzugs (Senkung der Altersgrenze von 16 auf 6 Jahre) sein müssen, daß das Asylrecht weiter verschärft werden soll und Integration der Ausländer langfristig nur als Einbürgerung zu denken ist. Ulf Fink: „Als Angelpunkt seiner Ausländerpolitik betrachtet der Berliner Senat die Aufforderung an die ausländischen Mitbürger, sich zu einer definitiven Entscheidung durchzuringen, ob sie auf Dauer in Deutschland bleiben und sich hier integrieren oder aber endgültig in ihre Heimat zurückkehren wollen." Also: wer zurück will, soll bitte gleich gehen, für den Rest läßt sich vielleicht etwas tun. Aber nur für Integrationswillige und -fähige! Der Verdacht liegt nahe, daß es bei administrativen Maßnahmen bleiben wird, über die sich in der CDU alle einigermaßen einig sind, während reale Verbesserungen für die Ausländer nicht garantiert werden, weil man sich darüber erst untereinander verständigen muß (von der Frage der Finanzierbarkeit einmal ganz abgesehen).

Ähnliche Skepsis scheint in der Frage der Rückkehrförderung angebracht: hier konnte man sich als Zuhörer(in) nur wundern, wie sehr in den Diskussionen die türkischen Arbeitnehmergesellschaften in aller (Politiker) Munde waren und als „interessantes Reintegrationsmodell" durchweg Lob einheimsten, ohne daß man sich jedoch der Mühe unterzogen hätte, Bedingungen und Chancen dieses „Modells" anhand vorliegender Erfahrungen genauer zu bestimmen. Dieses Vorgehen ist auch insofern erstaunlich, als in den Debatten vielfach appeliert wurde, man dürfe in der Rückkehrförderung auch „erhebliche finanzielle Anstrengungen nicht scheuen. Gerade im Hinblick auf die Türkei sollte man in diesem Zusammenhang die strategische Bedeutung dieses Landes für das westliche Bündnis und die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland im Auge behalten: Beides sollte man nicht durch Kleinlichkeit an der falschen Stelle aufs Spiel setzen." Auch das ist Ulf Fink.

So stellt sich die Marschroute allmählich etwas deutlicher heraus. Sofern möglich, eine „menschliche Ausländerpolitik" für die „Integrationsfähigen" nach innen. Und nach außen ganz sicher eine Politik der Rückführung und Abschottung. Eine „Katastrophe" gab es schon während der Tagung. Just zur Stunde, als man im Adenauer-Haus das Modell Berlin goutierte, beschloß das Bundeskabinett die Einführung der Visumspflicht für Ausländer und der Transit-Visumspflicht für Flüchtlinge aus Eritrea bzw. Äthiopien. Die Tagungsteilnehmer erfuhren davon aus der Zeitung. Zu dieser Frage waren sie nicht um ihre Mienung gebeten worden. Zufall? Auseinanderklaffen von Wort und Tat? Eher doch wohl symptomatisch für die Entschlossenheit, mit der „klare Verhältnisse" geschaffen werden sollen. Und wenn sich die Tagungsteilnehmer noch so sehr empörten: „Wir können die Probleme der Welt nicht hier lösen." Sollen die Flüchtlinge und Hungerleider doch sehen, wo sie bleiben. Wir jedenfalls marschieren mit der CDU sicher, sozial und frei in die achtziger Jahre. Und ein paar besonders integrationsfähige Ausländer dürfen ja vielleicht mit.

sh

Beschluß des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 27. 5. 1982 — A 13 S 641/81

Leitsatz des Gerichts:
Folter und sonstige körperliche Mißhandlungen im Zuge von Polizei- oder Strafverfolgungsmaßnahmen verletzten die Menschenwürde. Aber nicht jeder Verstoß gegen das Gebot, die Menschenwürde zu achten, ist asylrechtlich relevant. Entscheidend ist, von welchen Motiven der Staat sich dabei leiten läßt. Werden linksgerichtete Kurden, gegen die wegen des Verdachts ermittelt wird, ein Staatsschutzdelikt begangen zu haben, gefoltert oder sonst mißhandelt, so liegt hierin in aller Regel keine politische Verfolgung im Sinne des Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG. Denn Folter und Mißhandlungen sind in der Türkei ein allgemeines Phänomen, von dem nicht bloß politisch aktive Kurden betroffen sind (im Ergebnis ebenso wie HessVGH, Urteil vom 2o. 11. 1981 — InfAuslR 1982, 98).

Sachverhalt: Der Kläger ist türkischer Staatsangehöriger und Mitglied der KAWA, nach Auffassung des Senats ‚eine kurdische Untergrundorganisation, die auf die Schaffung eines unabhängigen marxistischen kurdischen Staates hinarbeitet und den Einsatz von Waffengewalt als eines der Kampfmittel zur Erreichung dieses Zieles ansieht'. Der Senat geht davon aus, daß der Kläger im Falle einer Rückkehr in die Türkei damit rechnen muß, in ein Strafverfahren auf der Grundlage der türkischen Staatsschutzbestimmungen verwickelt zu werden. . . .

Der Kläger hatte mit seinem Asylbegehren in beiden Instanzen keinen Erfolg. Die Revision wurde vom VGH nicht zugelassen, inzwischen aber vom Bundesverwaltungsgericht.

Aus den Gründen:

„Falls der Kläger wegen seiner aktiven Beteiligung für die KAWA in ein Strafverfahren verwickelt wird, läßt sich — worauf er mit Nachdruck hinweist — die Möglichkeit nicht gänzlich von der Hand weisen, daß er im Zuge der Ermittlungen festgenommen und während der Haft einer Behandlung unterzogen wird, die durch Foltermerkmale gekennzeichnet ist. Einer Vielzahl von Berichten läßt sich nämlich entnehmen, daß der Katalog der in türkischen Polizeistationen und Haftanstalten angewandten repressiven Maßnahmen das Mittel der körperlichen Mißhandlung nicht von vornherein ausschließt. Daß er das Phänomen der Folter trotz des in Artikel 14 Abs. 3 der Verfassung ausgesprochenen Verbots in der Türkei gibt, wird auch von höchst offizieller Seite nicht grundsätzlich in Abrede gestellt. Sprecher des Militärregimes haben mehrfach öffentlich zu den unter diesem Aspekt gegen die Polizeiorgane und die Strafverfolgungsbehörden erhobenen Vorwürfen Stellung genommen. Selbst Staatschef Evren hat in einem Interview gegenüber dem Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel' (Ausgabe Nr. 49 vom 19. Oktober 1981) eingeräumt, daß Übergriffe vorkommen.

Etwaige Folterpraktiken, denen der Kläger im Falle einer Verwicklung in ein Strafverfahren unterworfen würde, könnte indes nicht als politische Verfolgung klassifiziert werden. . . . Die den Beteiligten auszugsweise zugänglich gemachte Schrift der Gefangenenhilfsorganisation amnesty international ‚Folter und Todesstrafe in der Türkei' enthält zahlreiche Beispiele von Angriffen auf die körperliche Unversehrtheit, die diese Merkmale erfüllen. Es werden Praktiken beschrieben, die den Betroffenen, der zu einem Geständnis gepreßt oder sonst gefügig gemacht werden soll, körperlichen Qualen aussetzen und zum bloßen Handlungsobjekt herabwürdigen.

Fraglich ist jedoch, ob die in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Folterungen und Mißhandlungen überhaupt als Verfolgung dem türkischen Staat zugerechnet werden können. Verfolgungsmaßnahmen, für die einzelne staatliche Funktionsträger verantwortlich sind, haben asylrechtliche Bedeutung nur dann, wenn der Staat, in dessen Namen sie getroffen werden, sie anregt, unterstützt, billigt oder tatenlos hinnimmt. Gerade dies bestreitet die türkische Staatsführung ganz energisch. Nach ihrer Darstellung handelt es sich um Einzelfälle, die durch das Merkmal mißbräuchlicher Ausnutzung der den Sicherheitskräften eingeräumten Amtsbefugnisse gekennzeichnet sind. . . .

Aus der etwaigen Feststellung allein, daß der türkische Staat derartige Eingriffe in ein asylrechtlich geschütztes Rechtsgut billigend in Kauf nimmt, erwächst indes noch kein Anspruch des in dieser Hinsicht gefährdeten Asylbewerbers auf Asylgewährung. . . . Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG schützt nicht jeden, der in seiner Heimat Gefahr läuft, einer menschenunwürdigen Behandlung ausgesetzt zu werden. Im asylrechtlichen Verfahren müssen diejenigen Beeinträchtigungen unberücksichtigt bleiben, die die Bewohner des Heimatstaates ohne Rücksicht auf ihre Rasse, Nationalität, Religion, soziale Herkunft oder politische Gesinnung allgemein hinzunehmen haben, mögen sie im Lichte des deutschen Grundgesetzes betrachtet auch mit der Menschenwürde unvereinbar sein (vgl. BVerfGE 54, 341, 357). . . . Bezogen auf die vom Kläger geäußerten Befürchtungen bedeutet dies, daß eine Anerkennung als Asylberechtigter nur dann in Betracht kommt, wenn in der Türkei aus politischen Gründen gefoltert und mißhandelt wird. Dies würde nur dann zutreffen, wnn Folter und Mißhandlung mit dem Ziel eingesetzt würden, das Opfer wegen dessen politischer Überzeugung oder in dessen Eigenschaft als Angehöriger einer bestimmten sozialen Gruppe, Rasse, Religion oder Nationalität zu treffen. Werden Kurden als Mitglieder einer Organisation, die, wie die KAWA, unter Einsatz von Waffengewalt die Schaffung eines autonaomen Kurdistan auf marxistisch-leninistischer Grundlage anstrebt, in polizeiliche oder strafrechtliche Ermittlungen verwickelt und werden sie hierbei unmenschlich behandelt, so erklärt sich eine etwaige Mißhandlung jedoch nicht allein daraus, daß sie kurdischer Volkszugehörigkeit sind und sich zu einem politischen Programm bekennen, das von offizieller Seite als gegen die staatliche und völkische Einheit der Türkei gerichtet bekämpft wird. Vielmehr ist die Folter in der Türkei ein allgemeines Phänomen, von dem nicht bloß linksgerichtete Kurden betroffen sind.
t der Entwicklungspolitik unerfahrene zuständige Minister hat sich schlecht beraten lassen.

„. . . muß die weitere Zuwanderung von Ausländern wirksam begrenzt werden!"

Ausländerpolitische Beschlüsse seit 1980 und leider ohne Ende

Familiennachzug:
Bereits unter der sozialliberalen Koalition wurde der Nachzug von Familienangehörigen erschwert:

- Als Familienangehörige gelten nur minderjährige Kinder und Ehegatten.
- Jugendliche dürfen nur noch bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres in die Bundesrepuplik kommen. Die CDU will diese Altersgrenze auf 6 Jahre senken!
- Ausländische Kinder dürfen nicht zu einem allein lebenden Elternteil in die Bundesrepuplik ziehen. Ausnahmen sind Halbwaisen oder Kinder von Geschiedenen und Ledigen.
- Familienangehörige von Studenten oder Werkvertragsarbeitnehmern dürfen diesen nicht mehr „nachziehen".
- Der Nachzug zu Ehepartnern, die als Kind von Ausländern eingereist oder hier geboren sind, ist nur möglich, wenn die Ehepartner mindestens 8 Jahre in der BRD gelebt haben, über 18 sind und die Ehe seit mindestens einem Jahr besteht (Baden-Württemberg verlangt sogar drei Jahre).
- Der Nachzug wird nur gestattet, wenn ausreichender Wohnmraum vorhanden ist. (In Baden-Württemberg müssen pro Person 12 m² Wohnfläche nachgewiesen werden. Dieser Nachweis ist für jede nachzugsberechtigte Person zu erbringen, auch wenn diese im Herkunftsland bleibt). Zudem muß der Familienunterhalt gesichert sein, dh. es muß ein ungekündigtes Arbeitsverhältnis bestehen. Die Genehmigung wird verweigert, wenn Sozial- oder Jugendhilfe in Anspruch genommen werden könnte.



Paul Geiersbach

Bruder, muß zusammen Zwiebel und Wasser essen!

Eine türkische Familie in Deutschland

Die Familie Yorulmaz in Deutschstadt. Paul Geiersbach, der über lange Zeit in engem Kontakt mit der Familie Yorulmaz stand, läßt ihre Mitglieder in langen Gesprächen und Interviews selbst zu Wort kommen. Seine Kommentare beschränken sich auf die notwendigsten Verständnishilfen. So entsteht ein umfassendes Bild über die Lebensbedingungen und Konflikte einer türkischen Arbeiterfamilie in der Bundesrepublik.

Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn
280 S., DM 24,—

Asylrecht:

- Ebenfalls die SPD/FDP-Regierung brachte das Asylgestz zu Fall: seit dem 1. August 1982 kann Asylsuchenden die Einreise verweigert werden, wenn sie auf dem Weg über ein drittes Land in die Bundesrepublik kommen. Angeblich sollen sie dann bereits in diesem dritten Land Schutz vor Verfolgung gefunden haben. Die Rchtsmittel gegen ablehnende Bescheide wurden erheblich eingeschränkt, die Mitwirkungspflicht des Asylbewerbers sehr verschärft.
- Die Anerkennungsquote ist auf weniger als 10% gesunken. Anerkennungsbescheide werden von der Bundesregierung angefochten.
- Unterbringung in Sammellagern ist in einigen Bundesländern üblich bzw. obligatorisch. Während 2 Jahren (Baden-Württemberg: für die gesamte Dauer des Asylverfahrens) besteht ein Arbeitsverbot. Sozialhilfeleistungen erfolgen oft in Naturalien. Für den Erhalt von Taschengeld ist oft tägliche Meldung erforderlich. Trotz Arbeitsverbot können die Asylbewerber als Sozialhilfeempfänger zu gemeinnütziger Arbeit zwangsverpflichtet werden.
- Entgegen anderslautenden Behauptungen werden etwa Afghanen kaum noch als Asylbewerber anerkannt! Ebenso erkennen einige Gerichte Folter nicht mehr als Asylgrund an! Die CDU will das Asylrecht weiter verschärfen, um „Mißbrauch" auszuschließen.

Visumszwang:
Schon 1980 — also bereits unter der sozialliberalen Regierung — wurde der Visumszwang für Angehörige aus folgenden Ländern eingeführt: Afghanistan, Äthiopien, Ghana, Sri Lanka, Indien, Bangla Desh, Pakistan und Türkei. Leute, die aus diesen Ländern in die Budesrepublik einreisen wollten — also im Prinzip auch Asylbewerber — mußten sich schon vor der Einreise ein Visum von der deutschen Botschaft in ihrem Land besorgen. Afghanen umgingen diesen Zwang oft durch Zwischenlandung in der Bundesrepublik, wo sie im Transitraum des Flughafens Asyl beantragten. Aus diesem Grund wurde für Afghanen die Transitvisumspflicht eingeführt.

Verschärfung der Visumspflicht:
Als hätte das alles nicht bereits ausgereicht — die Zahl der Asylbewerber sank von 107000 (1980) auf 49400 (1981), in Baden-Württemberg gar um 90% — beschloß das CDU/FDP-Kabinett am 20. Oktober 1982 die Einführung der Visumspflicht für alle Ausländer, die sich nicht zum Zweck der Erwerbstätigkeit länger als 3 Monate in der BRD aufhalten wollen. Ausnahmen sind Staatsbürger der EG-Staaten, der Schweiz, Österreichs, Spaniens und der USA. In Kraft treten wird die neue Regelung voraussichtlich am 1.Januar 1983. Betroffen sind vor allem ausländische Studienbewerber sowie Familienangehörige, die länger als 3 Monate zu Besuch kommen wollen. Ebenfalls von der CDU-Regierung eingeführt: Transitvisumspflicht jetzt auch für Äthiopier (d.h. de facto für Flüchtlinge aus Eritrea!)

PALÄSTINA

Die vorliegende Artikelreihe ist eine Reaktion auf das neuerliche Auflodern des Palästina-Konflikts im Libanonkrieg im Sommer 1982. Seit Gründung des Staates Israel vor 34 Jahren war dies der 5. Krieg, in dem sich Israelis und Araber gegenüberstanden. Es ist zu befürchten, daß dies nicht die letzte Auseinandersetzung war.

Unversöhnlich stehen sich zwei nationale Ansprüche gegenüber: „Eretz" Israel und das Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung in ihrer Heimat Palästina. Keiner der beiden Kontrahenten erkennt den anderen als politischen Gegner an. Die ganze Region steht im Schatten dieses nicht endenden Konflikts.

Den Vorschlägen, die es in den letzten Jahren von allen Seiten zur Lösung gegeben hat, ist eines gemeinsam: Keiner spricht sich nachdrücklich für das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat in Palästina aus.
Die Debatte um den Nahost-Konflikt wird weltweit geführt. Auch bei uns in der BRD. Unter Konservativen, wie unter Linken. Gerade bei uns ist die Diskussion von einer schweren historischen Hypothek belastet. Dies lähmt eine Auseinandersetzung mit dem Problem immer wieder in besonderer Weise.
Ein Beispiel dafür ist unsere Gruppe bzw. unsere Zeitung selbst: Trotz zweier ernsthafter Anläufe (zuletzt 1978) haben wir es erst im 12. Jahrgang unserer Zeitschrift geschafft, über die aktuelle Berichterstattung hinaus etwas Ausführliches zu diesem so bedeutsamen Problembereich zu schreiben.
Trotzdem oder gerade deshalb ist der Versuch einer kritischen Beurteilung dessen, was in Palästina geschieht, für die westdeutsche Linke unerläßlich. Eine Beurteilung, die auch hier – wie bei jeder anderen internationalistischen Arbeit – das Unabhängigkeits- und Selbstbestimmungsrecht der Völker als obersten Maßstab anlegt.
Information soll der vorliegende Themenblock bieten und zur Auseinandersetzung anregen. Aus Platzgründen wird er in zwei Teilen erscheinen:

Der erste Teil wird von einem Artikel zur Entstehung des Konflikts eingeleitet. Der Artikel verzichtet auf eine chronologische Darstellung, die er einer eingefügten schematischen Zeittafel überläßt, zugunsten einer Orientierung auf die Frage, wie es zu der Konstellation zweier konkurrierender Ansprüche auf Palästina kommen konnte und wie es möglich war, die Palästinenser in ihre bis heute andauernde Defensivsituation zu manövrieren.

Die daran anschließende Analyse erarbeitet die Entwicklung und Bedeutung des Zionismus als politischer Struktur des Staates Israel. Die Aufhebung dieser Struktur wird als Voraussetzung für eine politische Lösung des Konflikts im Sinne der Gleichheit beider Volksgruppen dargestellt.

Der Artikel „Israel nach dem Libanonkrieg" betont die Kontinuität der israelischen Politik der letzten Jahre, die auf die Annektion der besetzten Gebiete Westbank und Gazastreifen abzielt und auf die militärische und politische Zerschlagung der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, die den nationalen Anspruch der Palästinenser verkörpert. Er beschreibt aber auch die Entwicklung einer breiten Oppositionsbewegung in Israel als Reaktion auf den brutalen Überfall der israelischen Streitkräfte auf den Libanon – eine Oppositionsströmung, die aus dem bisherigen Konsens über die Politik der Stärke ausbricht und politische Lösungen des Konflikts fordert.

Darauf folgt eine Darstellung zur Entstehung und zum strukturellen Aufbau und zu den politischen Strömungen innerhalb der PLO. Es wird ihre Entwicklung aufgezeigt von einer Organisation unter überwiegendem Einfluß arabischer Staaten zu einer eigenständigen und selbstbewußten Widerstandsbewegung, die sich durch den Aufbau militärischer, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen fest in der verstreut lebenden palästinensischen Bevölkerung verankern konnte.
Die weitgehende Zerstörung dieser Strukturen im Libanon und seine Folgen für die palästinensische und libanesische Zivilbevölkerung sowie die Zerstreuung der palästinensischen Widerstandskämpfer nach ihrem Auszug aus Beirut auf die verschiedenen arabischen Länder und die Suche der PLO und ihrer Mitgliedsorganisationen nach neuen Standorten und Strategien werden in dem Artikel „Die PLO nach Beirut – Das Ende der libanesischen Epoche" dargestellt.

Der Schlußartikel des ersten Themenblockteils zeigt die Fortschreibung des Elends von palästinensischen Flüchtlingen in der BRD und den schonungslosen Umgang der Asylbehörden, die kaum einem der Antragsteller eine Chance bieten und damit – wie geschehen – Todesurteile für die zur Rückkehr gezwungenen in Kauf nehmen. Der Artikel kommt aus der „Asylantenstadt" West-Berlin und baut auf Erfahrungen aus der Betreuung von Flüchtlingen.
Für den zweiten Teil des Themenblocks, der in der Nr. 107 der „blätter" im Feb. 1983 erscheinen soll, sind folgende Themen geplant:

- *Rolle der BRD im Palästinakonflikt,*
- *Interessen der USA,*
- *Bedeutung des Libanon,*
- *Verhältnis der arabischen Staaten zum Konflikt,*
- *Diskussion von Lösungsvorschlägen und -möglichkeiten.*

Vorgesehen sind einige Rezensionen, sowie Hinweise auf Lektüre und andere Medien zum Palästina-Konflikt, um eine Weiterbeschäftigung mit dem Problem anzuregen.

Red.

Zur Entstehung des Palästina-Konflikts

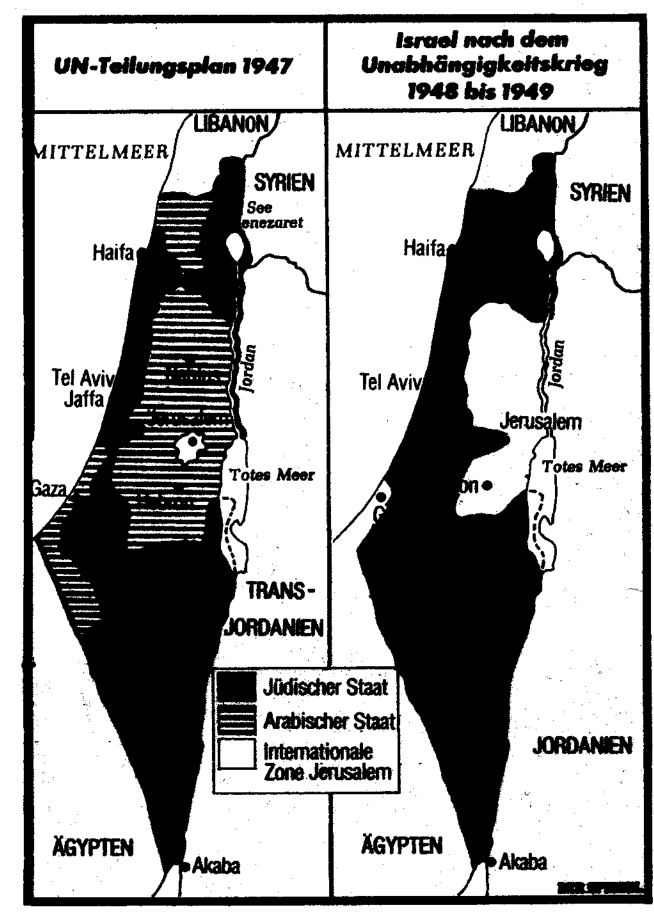
Seit dem Sommer 1982 fand und findet der 5. arabisch-israelische Krieg statt. Dieser Krieg unterscheidet sich von den vorhergehenden in einem ganz wesentlichen Punkt: 1956 (Sinai-Feldzug), 1967 (6-Tage-Krieg) und 1973 (Oktoberkrieg) führten Israel und die Armeen der arabischen Regimes Krieg gegeneinander. Im Sommer 1982 hingegen führte Israel Krieg gegen die bewaffneten Kärfte des palästinensischen Volkes. Erstmals seit dem 1. arabisch-israelischen Krieg (1948/49) wurde vor aller Weltöffentlichkeit der Kern des Nahost-Konflikts in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gerückt: die Frage der Zukunft des palästinensischen Volkes.

In den Jahren nach 1948/49 schien dieses Volk von der Bildfläche verschwunden. War 1947 von der UNO noch beschlossen worden, in Palästina zwei Staaten zu errichten – einen jüdischen und einen arabischen –, so ging Israel aus dem 1. Krieg als die alleinige Staatsgründung auf dem Boden des historischen Palästinas hervor. 1967, im 3. Krieg, gelang den Israelis zudem noch die Eroberung der restlichen Teile Palästinas. – Die Niederlage des palästinensischen Volkes schien perfekt, sein Anspruch auf einen eigenen Staat in seiner historischen Heimat – 1947 von der UNO noch beschlossen – schien für alle Zeiten eliminiert.

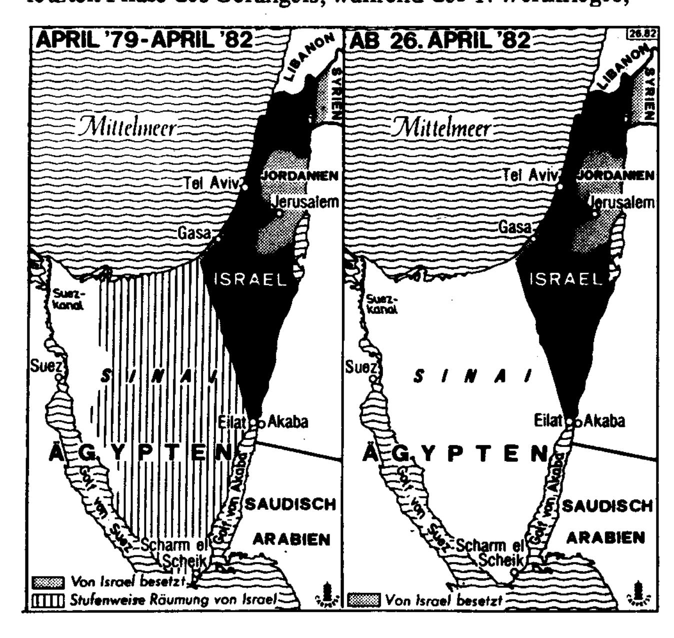
Doch zugleich markiert der Krieg von 1967 einen Wendepunkt in der Geschichte:
–Einmal war Israel bis 1967 durch die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und die Besiedlung durch jüdische Einwanderer ein fast rein-jüdischer Staat mit nur einer kleinen palästinensischen Minderheit, die zudem von ihrer arabischen Umwelt isoliert war. Seit dem damaligen Krieg aber herrscht Israel über mehr als eine Million Palästinenser in den besetzten Gebieten; und die nunmehr auf nahezu 600.000 Köpfe angewachsene palästinensische Minderheit in Israel steht nicht nur im Kontakt mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten, sondern mittels derer auch mit jenen im Exil in den arabischen Ländern.
– Zum zweiten hatte sich schon vor dem Krieg von 1967 der palästinensische Widerstand gebildet, der nun – nach der vernichtenden Niederlage der arabischen Regimes, allen voran Nassers – rasch an politischer wie militärischer Bedeutung gewann. Mit der Formierung dieses Widerstandes unter dem politischen Dach der PLO im Jahre 1969 und der Wahl Yassir Arafats zu deren Vorsitzenden verfügt das palästinensische Volk erstmals in seiner Geschichte über eine authentische politische und damit nationale Führung und Repräsentanz.
Damit war und ist gleichsam der 'Alleinvertretungsanspruch' der Zionisten[1]) auf Palästina zerstört. Israel mußte und muß fortan alle Versuche unternehmen, diese PLO *politisch* zu zerschlagen, um wieder den 'idyllischen' Zustand zwischen dem Ende der 40er und der Mitte der 60er Jahre herzustellen, wo niemand von einem palästinensischen Volk sprach. Der Krieg im Libanon im Sommer 1982 war der Versuch der Israelis, dieses *politische* Ziel mit *militärischen* Mitteln zu erreichen; der Versuch ist gescheitert, die PLO hat – zunächst jedenfalls – politisch überlebt. Der Kampf um Palästina ist keineswegs entschieden.
Doch wie konnte es überhaupt zu dieser Konstellation kommen, in der konkurrierende Ansprüche auf Palästina erhoben werden: von den einwandernden Zionisten wie von den seit Menschengedenken dort lebenden palästinensischen Arabern? Und wie konnten letztere so leicht in eine Defensivsituation manövriert werden, in der sie sich trotz aller zwischenzeitlicher Erfolge bis heute befinden?

Zionismus und Palästina

Eines sei vorausgeschickt: Die Masse der heute in Israel lebenden Juden bzw. deren Vorfahren sind nicht wegen des Zionismus nach Palästina gekommen. – Die Zionistische Organisation war unter der Leitung von Theodor Herzl im Jahre 1897 in Basel gegründet worden; 1902 folgte die Gründung des Jüdischen Nationalfonds, der mit dem systematischen Bodenkauf für die Zionisten begann und der in seiner Satzung bis heute vorschreibt, daß einmal von Juden in Palästina erworbener Boden nie wieder an Nicht-Juden zurückverkauft werden darf (der Nationalfonds verwaltet heute 90 Prozent des israelischen Territoriums). 1920 folgten der Aufbau des Gründungsfonds, der auf dem vom Nationalfonds erworbenen Boden für eine jüdische Infrastruktur sorgte, und die Gründung des zionistischen Gewerkschaftsverbandes Histadruth, der die Politik der Zionisten durchsetzte, daß jüdischer Boden nur von jüdischen Arbeitern bestellt werden durfte. 1929 bildete die Gründung der Jewish Agency den Schlußstein für die Institutionalisierung der zionistischen Siedlungskolonie in Palästina während der vor-staatlichen Phase; die Agentur wurde von der britischen Mandatsregierung als das offizielle Organ der Zionisten in Palästina anerkannt, das für den Aufbau der Siedlungskolonie verantwortlich war und darüber wachte, daß die zionistischen Grundsätze – 'Wiederverkaufsverbot', 'Jüdische Arbeit', '(Kauft nur) Jüdische Produkte' – in der Kolonie eingehalten wurden.



Obwohl damit schon 1929 der institutionelle Rahmen des knapp 20 Jahre später gegründeten Staates Israel abgesteckt war, war der zionistische Plan, in Palästina einen *exklusiv-jüdischen* Staat zu errichten, in jenem Jahr kurz vor dem Scheitern: denn es kam nicht – wie die Zionisten es nannten – das 'Menschenmaterial', das gewissermaßen das Fleisch für das bestehende zionistische Knochengerüst darstellen sollte. 1929 wanderten mehr Juden aus Palästina aus als ein.
Überhaupt war es den Zionisten bis dahin nicht gelungen, wesentliche Teile der jüdischen Gemeinschaften in der Welt von ihren Plänen zu überzeugen; die Zionisten waren eine Minderheit unter den Juden geblieben. Zum Beispiel waren von den rund vier Millionen Juden, die vor den Verfolgungen in Osteuropa zwischen 1880 und 1929 geflüchtet waren, ganze 120.000 nach Palästina gegangen; die meisten emigrierten nach Nord- und Südamerika und nach Westeuropa, um sich in die jeweiligen Gesellschaften zu integrieren.
Erst mit der faschistischen Judenverfolgung in Deutschland erlebte der Zionismus seinen Durchbruch. Auf einmal schien es, als hätten die Zionisten die ganzen Jahre hindurch, in denen sie nicht beachtet worden waren, recht gehabt; auf einmal wurde für viele Verfolgte die zionistische Kolonie in Palästina zur einzigen und letzten Zuflucht. Restriktive Einwanderungsbestimmungen (nach der Weltwirtschaftskrise) in den Ländern der westlichen Alliierten taten ihr übriges: Palästina wurde zu *dem* Fluchtpunkt der Juden Mittel- und Osteuropas; und der Zionismus wurde zu *der* vorherrschenden Ideologie in den jüdischen Gemeinschaften der Welt.
Welches war nun der Kerngedanke der zionistischen Pläne; und warum fanden diese Vorstellungen zunächst kein Gehör?
Der politische Zionismus, wie er von Theodor Herzl im Büchlein „Der Judenstaat" 1896 formuliert worden ist, läßt sich auf eine Grundidee zurückführen; die Zionisten sagen: Der Antisemitismus – wie er sich seit dem vorigen Jahrhundert zunächst in Ost- dann auch in Mitteleuropa ausweitete – sei ein nicht-aufhebbares Phänomen; jeder Jude werde zu allen Zeiten den Antisemitismus *als jüdischer Mensch* auf sich ziehen; der Antisemitismus sei historisch-politisch nicht bekämpfbar. Die Schlußfolgerung der Zionisten war, alle Juden der Welt müßten aus ihren vielen kleinen Ghettos, in denen sie permanenten Drangsaliereereien und Verfolgungen ausgesetzt sind, in ein einziges großes Ghetto überführt werden, wodurch die Reibungsoberfläche zur nicht-jüdischen Welt minimalisiert würde. – Mit anderen Worten:
Die Zionisten verlangten nach einem eigenen jüdischen Staat – eine Schlußfolgerung, wie sie jeder bürgerlicher Politiker (und die Zionisten waren bürgerliche Politiker) im Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts bei vergleichbarer und wenn auch nur vermeintlicher Problemstellung gezogen hätte. Zur territorialen Verwirklichung dieser Überlegungen richtete sich der Blick sogleich auf die kolonisierten Gebiete in Lateinamerika, Afrika und Asien. Im Gespräch waren zunächst Argentinien und Uganda. Schließlich fiel die Entscheidung 'zugunsten' Palästinas, „unsere unvergeßliche historische Heimat" (Herzl), weil man meinte, mit dem religiös verbrämten Argument, es ginge um die Rückkehr in das biblische Land der Vorväter, leichter die religiös-orthodoxen Juden und vor allem die Rabbinerschaft für den Zionismus gewinnen zu können. Gerade aus der Rabbinerschaft in Westeuropa wie überhaupt aus den Kreisen des assimilierten jüdischen Bürgertums aus Mittel- und Westeuropa kam scharfer Widerstand gegen die zionistischen Vorstellungen. Seit dem Code Civil 1804[2]) waren sie in ihren Ländern zu gleichberechtigten Bürgern geworden; der Assimilierungsprozeß der westeuropäischen Juden war abgeschlossen – deutsche Juden zum Beispiel waren zu gleichberechtigten deutschen Staatsbürgern geworden. Die zionistischen Pläne schienen hierfür eher eine Gefahr; denn könnten mit der Bildung eines jüdischen Staates in Palästina die Juden in ihren Heimatländern nicht auf einmal zu Ausländern erklärt werden, die gefälligst nach Palästina, in 'ihren' Staat zu gehen hätten?
Mit der faschistischen Judenverfolgung in Deutschland trat genau diese Situation ein. Der ganze Kampf um Assimilierung in der nicht-jüdischen Umwelt und um Gleichberechtigung war umsonst gewesen. Seit 1933 wurde in Deutschland Tag für Tag der Beweis für die zionistische Theorie nachgeliefert. – Palästina erlebte eine große Welle jüdischer Einwanderung.
Daß dennoch die Zionisten schon vor dieser Einwanderungswelle ihre Institutionen in Palästina aufbauen konnten, war nur möglich geworden, weil sie sich die Unterstützung einer europäischen Großmacht, England, sichern konnten. Seit Jahrzehnten gab es ein Gerangel zwischen den europäischen Großmächten, wem welcher Teil zufällt, wenn das völlig marode Osmanische Reich[3]) endlich zusammenbrechen würde. Palästina war ein Teil dieses Reichs. In der letzten Phase des Gerangels, während des 1. Weltkrieges,



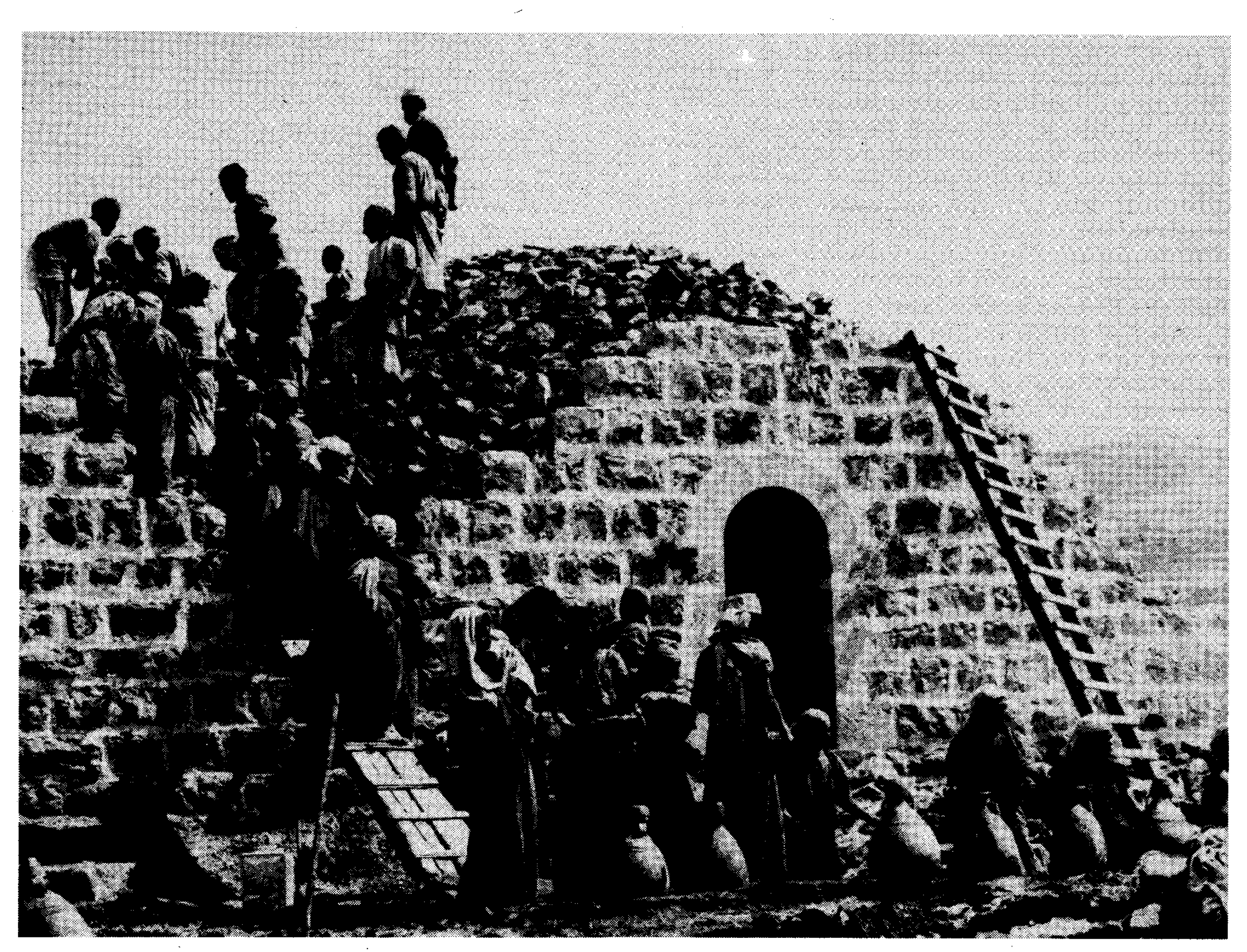
stritten sich England und Frankreich um Palästina. Um Frankreich aus dem Rennen zu werfen und aus der Absicht, die Juden der Welt für die britischen Kriegsziele in Europa zu vereinnahmen, preschte die Regierung in London im November 1917 vor: Durch ihren Außenminister Balfour ließ sie der Zionistischen Organisation eine Deklaration zukommen, in der sie dieser die „Errichtung einer nationalen Heimstatt für das jüdische Volk in Palästina" versprach. Gut einen Monat später marschierten die britischen Truppen in Jerusalem ein. Im Jahre 1922 erteilte der Völkerbund Großbritannien offiziell das Mandat über Palästina (Frankreich erhielt den Libanon und Syrien).
In die Präambel des Mandatstextes hat der Völkerbund die wesentlichen Passagen der Balfour-Deklaration wortwörtlich übernommen: Damit erhielt England den völkerrechtlich verbindlichen Auftrag, für die „Errichtung einer nationalen Heimstatt für das jüdische Volk in Palästina" zu sorgen; und erst mit diesem Rückhalt wurde es den Zionisten möglich, ihre Strukturen in Palästina zu festigen und auszubauen.
Wenn sich heute eine israelische Regierung auf ihre 'biblischen Rechte' in Palästina beruft, so ist das eher plumpe Propaganda nach innen. (Im übrigen sprechen die Zionisten – aus ebensolchen propagandistischen Gründen – nicht von Palästina sondern von 'Eretz Israel': 'Land Israel'.)
Wenn allerdings eine israelische Regierung von den israelischen 'Rechten' spricht, so deutet sie sehr wohl auf den harten Kern ihrer Ansprüche: Der jüdische Staat in Palästina ist seit 1922 verbrieftes Völkerrecht; auch die UNO als Rechtsnachfolgerin des Völkerbundes hat in ihren Beschlüssen bis heute nichts daran geändert.
Allerdings muß Israel – und das völlig zurecht, legt man moderne Maßstäbe an – darum fürchten, daß es beim 'Völkerrecht' von 1922 nicht bleibt. Denn wurde in der Balfour-Deklaration die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina ausdrücklich garantiert, so wurde die damals dort lebende 90prozentige arabische Bevölkerungsmehrheit lediglich als „nicht-jüdische Gemeinschaften" bezeichnet, deren bürgerliche und religiöse Rechte nicht tangiert werden sollten. Schon nach den Prinzipien der Charta der UNO wäre diese arabische Bevölkerungsmehrheit nach Kräften zu unterstützen gewesen. Aber erst 1973, zu einem Zeitpunkt, als die Präsenz der PLO unübersehbar wurde, und quasi im Vorfeld des Auftritts von Yassir Arafat 1974 vor der Generalversammlung der UNO taucht in einer Resolution dieser Versammlung der Begriff vom „Selbstbestimmungsrecht und den gleichen Rechten für das Volk Palästinas" auf. – Spätestens ab diesem Zeitpunkt muß Israel, müssen die Zionisten fürchten, daß sie in jenen 'Rechten' beschnitten werden, die sie zur Blütezeit des europäischen Kolonialismus den Siegermächten des 1. Weltkrieges, allen voran den Engländern, abgerungen haben.

Das arabische Volk Palästinas – der ungleiche Kampf gegen die zionistische Kolonisierung

Will man die auffällige Unfähigkeit der Palästinenser begreifen, mit der konzertierten Herausforderung seitens der Zionisten und Großbritanniens fertigzuwerden, muß man sich die Ausgangsposition verdeutlichen, in der sich die arabisch-palästinensische Gesellschaft zu Ende des vorigen Jahrhunderts befand. Die Zionisten kamen nach Palästina mit der dezidierten – europäischen – Vorstellung, dort einen eigenen Staat zu gründen. Zu dem Zeitpunkt waren in der arabisch-islamischen Welt wie in weiten Bereichen der palästinensischen Gesellschaft Vorstellungen von 'Nationen', von 'Staaten' kaum verbreitet. Die Palästinenser lebten in der Gemeinschaft der Muslime; sofern die türkische Regierung des Osmanischen Reichs Ansätze eines modernen Staates zeigte (durch Steuereinziehung und Bodenregistrierung), wurden diese als Fremdkörper, als ausbeuterisches Joch empfunden. Überlegungen, sich im Rahmen einer 'Arabischen Nation' zu formieren, bestanden in einer kleinen Schicht städtischer Bürger, die zumeist christlichen Glaubens waren und über ein bestimmtes Maß europäischer Ausbildung verfügten. Aber auch deren Vorstellungen zielten nicht auf einzelstaatliche Gündungen in der arabisch-islamischen Welt. Orientiert an den Mustern europäisch-säkularer Staatsformen strebten sie nach einer einheitlichen 'Arabischen Nation', die sich von türkischer wie europäischer Bevormundung lösen sollte.
Die palästinensische Bevölkerung bestand zumeist aus Fellachen, also kleinen Bauern, Pächtern und Landarbeitern, denen selbst solche Überlegungen fremd waren. Zwischen ihnen bestand kein nationaler Zusammenhalt. Sie lebten gebunden in ihren Familienclans von der Bewirtschaftung des Bodens. Letzteres – die Wirtschaftsform – war der bestimmende Faktor ihrer 'Einheitlichkeit': die Gemeinsamkeit der Sprache, der Religion (die Fellachen waren in der Regel Muslime) und der Gebräuche. Die Verbundenheit mit ihrem Land, dem Boden, von dem sie lebten, war Kennzeichen ihrer Gemeinsamkeit, der Dorfgemeinschaftsbesitz vielfach Grundlage des Wirtschaftens.
Aber ansonsten war diese Gesellschaft in Familienclans geteilt. Und darüber hinaus zerfiel sie grundlegend in drei sehr unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen: die Fellachen, die Stadtbewohner und die Beduinen. Hiervon bil-



Herbergen waren der Mittelpunkt des sozialen Lebens (der Männer), wo sich die Dorfbewohner trafen und jeden unterhielten, der das Dorf besuchte oder auf der Durchreise war. Sie gehörten oft den angesehenen Familien im Ort – in größeren Dörfern oder kleinen Städten waren es meistens mehrere Herbergen, die verschiedenen Familien oder Clans (Großfamilien) gehörten. Eine gut ausgestattete Herberge zu unterhalten vermehrte das Ansehen des Besitzers.



Ein Steinhaus in einem Dorf im Bergland wird gebaut. Die Konstruktion des Daches war ein festlicher Akt, an dem sich alle Nachbarn beteiligten. Sowohl Frauen als auch Männer halfen, Steine und Mörtel herbeizuschleppen und sie den Arbeitern auf das Dach anzureichen, unter der Aufsicht des Maurermeisters. Auf dem Fest, an dem die Vollendung des Hauses gefeiert wurde, bekam er ein Geschenk überreicht – meistens ein Mantel oder ein Umhang.

deten die Fellachen die zahlenmäßig bedeutendste Gruppe: noch am Ende des britischen Mandats waren zwei Drittel der Palästinenser Fellachen. Den Stadtbewohnern – gleichermaßen in Clans gespalten wie die Fellachen – fiel in der Auseinandersetzung mit den einwandernden Zionisten zunächst ganz zwangsläufig die politisch führende Rolle zu. Die Beduinen – in ständiger kriegerisch-räuberischer Auseinandersetzung mit den Fellachen – haben in der palästinensischen Gesellschaft nie die große Bedeutung gehabt wie etwa in anderen Gebieten des arabischen Ostens. Diese in sich zersplitterte Gesellschaft mit ihren sehr unterschiedlichen sozialen Gruppen verfügte daher zu dem Zeitpunkt, als die Zionisten nach Palästina ausgriffen, nicht über das notwendige Instrumentarium, um den zionistischen Kolonisationsprozeß aufzuhalten, zu begrenzen oder zumindest in verträgliche Bahnen zu lenken: Dieser Gesellschaft fehlte ein eigener Staat, der mit eigenen gesetzlichen und Machtmitteln zum Beispiel das von den Zionisten quasistaatlich gehandhabte 'Wiederverkaufsverbot' hätte unterbinden können.
Die Zionisten nutzten diese Schwäche der arabisch-palästinensischen Gesellschaft skrupellos aus: Da seit dem Jahre 1558 im Osmanischen Reich im Zuge einer – letztlich von den europäischen Großmächten geforderten – Bodenreform der Privatbesitz an Grund und Boden eingeführt worden war, war seitdem auch in Palästina eine neue Schicht von Großgrundbesitzern entstanden. Viele dieser Grundbesitzer waren reiche Geschäftsleute in den Städten – davon wiederum viele nicht aus palästinensischen Städten sondern aus den anderen Handelsmetropolen des Vorderen Orients, wie Beirut und Damaskus. Dieser neureichen Schicht von Großgrundbesitzern kauften die Zionisten die Böden ab. Die seit Jahrhunderten die Böden bearbeitenden Fellachenfamilien, inzwischen zu Pächtern oder Landarbeitern der Grundbesitzer geworden, wurden von ihrem Land vertrieben: teilweise geschah dies durch die arabischen Grundbesitzer selbst noch vor der Transaktion oder unmittelbar danach durch zionistische paramilitärische Gruppen.
Mit der endgültigen Zerschlagung des Osmanischen Reichs formierten sich in Palästina wie allenthalben im Vorderen Orient arabisch-nationale Bestrebungen; ihre schwache soziale Basis hatten sie in erster Linie in den großen Familien der Städte. Aber die Formierung einer politischen und damit nationalen Führung in der arabisch-palästinensischen Gesellschaft blieb immer wieder in Ansätzen stecken. Zum einen lag das an der Zerrissenheit der Gesellschaft, an den Rivalitäten zwischen den großen Familien – vor allem denen aus Jerusalem. Zum anderen hatte die sich formierende palästinensische Nationalbewegung es seit dem Ende des 1. Weltkrieges mit zwei kooperierenden Gegnern zu tun: den zionistischen Kolonisten und der britischen Mandatsmacht. Zum Beispiel bestand lange Jahre Uneinigkeit zwischen den Fraktionen/Familien in den Städten, ob der Kampf gegen die jüdische Einwanderung zugleich ein Kampf gegen die Briten sein sollte, oder ob nicht vielmehr die Briten auf die arabische Seite gezogen werden sollten,

damit sie selbst die Einwanderung beendeten.
Der aktive Kampf gegen Zionisten und Briten während des Mandats wurde letztlich von einer anderen sozialen Gruppe geführt: den Fellachen. Sie, die die übergroße Mehrheit der Bevölkerung stellten, waren die Hauptbetroffenen der zionistischen Landnahme; sie waren die sozialen Träger der großen Aufstände von 1921 in Jaffa, von 1929 in Jerusalem und der Rebellion von 1936 bis 1939 im ganzen Land. Aber zugleich war diese Gruppe und soziale Schicht am wenigsten gerüstet, mit den ausgeklügelten Methoden der Zionisten und ihrer britischen Protektoren fertigzuwerden. Schon der halbjährige Generalstreik zu Beginn des Bürgerkrieges 1936 verfehlte sein Ziel völlig: anstatt, wie beabsichtigt, die Wirtschaft des gesamten Landes – sowohl den israelischen als auch den palästinensischen Sektor – lahmzulegen, ging der jüdische Sektor aus dem Streik und den Bürgerkriegsjahren gestärkt hervor, indem er gezwungen war, Selbstversorgung zu gewährleisten und eigene Infrastrukturen aufzubauen. Er war autark geworden, weitgehend unabhängig von seiner arabischen Umgebung. Gleichwohl mußten die Engländer zum Ende des Bürgerkrieges große Truppenkontingente nach Palästina verlegen, um die arabische Rebellion endgültig zu zerschlagen.
Zugleich war dies das Ende aller – wenn auch bescheidenen Ansätze zu einer palästinensischen nationalen Führung: viele Führer waren in der Rebellion gefallen, die Überlebenden wurden entweder von den Briten deportiert oder waren geflohen. Einer der geflüchteten, der Mufti von Jerusalem, diskreditierte den jungen palästinensischen Nationalismus überdies vor der Weltöffentlichkeit, indem er nach Berlin ging und sich an Hitler wandte.
Damit war für die Zionisten ein möglicher Konkurrent für die Staatsgründung in Palästina nach dem Abzug der Briten ausgeschaltet. Sie brauchten nur noch auf einen günstigen Moment zu warten. Und in der Tat erwies sich 1948, daß die Palästinenser ihre Niederlage von 1939 nicht verkraftet hatten. Ohne eigene Führung und umgeben von arabischen Staaten, die entweder nicht fähig oder nicht willens waren, ihnen zu helfen, waren sie den Angriffen der zionistischen Streitkräfte und der aus ihnen hervorgehenden israelischen Armee schutzlos ausgeliefert. Noch vor der Proklamation des Staates Israel am Abend des 14.5.1948 verübten die Zionisten gezielte Terrorüberfälle auf die arabische Bevölkerung; die Nachricht vom Massaker in Deir Yassin, einem palästinensischen Dorf am Rande Jerusalems, wo Begins Untergrundgruppe Irgun am 9.4.1948 etwa 250 alte Männer, Frauen und Kinder ermordet hatte, löste überall dort panikartige Flucht der palästinensischen Bevölkerung aus, wohin die israelischen Truppen fortan stießen. Andere arabische Dörfer und Städte wurden von den Zionisten systematisch evakuiert. Ergebnis dieses 1. arabisch-israelischen Krieges war, daß rund 900.000 Palästinenser zu Flüchtlingen geworden waren; nur 160.000 Palästinenser blieben im israelischen Staatsgebiet zurück. Da allein in den ersten Jahren nach dem Krieg etwa eine Million Juden nach Israel einwanderten, hatten die Zionisten ihr Ziel praktisch erreicht: die Etablierung eines *exklusiv-jüdischen* Staates im historischen Palästina.

Einige von ihnen

Zwischenfälle Ortsnamen Jahreszahlen
Deir Yassin – bis 1948
ein palästinensisches Dorf
dann 350 Tote
(nach israelischen Quellen nur 254)

Quibia am 14.10.53
Das ganze Dorf
Frauen und Kinder und Männer
Vergeltung für eine jüdische Frau und zwei Kinder
ermordet in Jahud
nach deren Mördern sogar schon
Glubb Pascha und die jordanischen Behörden
suchten und um die Hilfe Israels baten
Die Hilfe Israels war was mit Quibia geschah

Kafr Kasem 1956
Curfew, Ausgehverbot, verkündet mitten am Tag
Die Bauern waren schon draußen auf ihren Feldern
Sie wußten nichts vom Ausgehverbot und sie kamen
zurück von der Arbeit – da stellte man sie an die Wand
56 Menschen – Es erforderte mehrere Salven

Bahr Al Baquar 1970
Die Schule war groß, die einzige weit und breit
überfüllt mit Kindern
ein Volltreffer für die Bombe
niemand weiß genau wieviel Kinder es waren,
Dann waren nicht mehr viel Kinder
in der Gegend von Bahr Al Baquar

Und Abu Saabal 1970
70 Arbeiter bei einem Luftangriff
Und Nahr el Barid 1972
wieder tote Kinder im zerschossenen Flüchtlingslager
Und 1972 auf der Straße nach Juwayeh
im südlichen Libanon, das zerdrückte Taxi
überrollt von einem israelischen Panzer
sieben Zivilpersonen –
ein Kind von acht Jahren.

Zwischenfälle
Alles nur Zwischenfälle
Terror ist das
was Palästinenser tun

Erich Fried

Die zionistische Strategie der Landnahme – Wandel der Optionen

In der vor-staatlichen Phase geschah die zionistische Landnahme in Palästina – wie schon erwähnt – auf dem Wege des Bodenkaufs. Zwar verfügten die Zionisten am Ende des Mandats nur über 6,8 Prozent der Gesamtfläche Palästinas, aber immerhin über 20 Prozent des kultivierbaren und über 50 Prozent des bewässerbaren Bodens; zudem waren die jüdischen Ländereien durchweg strategisch günstig gelegen.
Die in der vor-staatlichen Phase den Zionismus beherrschende Fraktion des Arbeiterzionismus [4]) war stets darauf bedacht, das Siedlungswesen und damit ein Stück jüdisches Territorium in Palästina nur soweit zu vergrößern, wie dieser Boden auch von Juden bearbeitet werden kann. Auf dem – mit 'Wiederverkaufsverbot' belegten Land – wurden kollektive Wirtschaftsformen eingeführt, um so die Verbundenheit des neueingewanderten Kolonisten mit dem Boden zu befördern.
Als durchaus ähnlich kann das Vorgehen des Arbeiterzionismus, der mit dem Block der Arbeiterparteien von 1948 bis 1977 die israelische Regierung stellte, vor, während und nach dem 1. Krieg von 1948/49 verstanden werden. Der israelische Staat wurde auf einem Gebiet in Palästina gegründet und im Krieg ausgeweitet, das einmal durch die zionistischen Streitkräfte von Palästinensern 'gesäubert'

und zum zweiten von jüdischen Neueinwanderern besiedelt werden konnte. Nur durch diese Vorgehensweise war die Chance gegeben, daß ein Staat Israel in Palästina sowohl *exklusiv-jüdisch* wie auch nach westlichen Maßstäben *demokratisch* sein konnte. Für diese Strategie stehen Namen wie Chaim Weizmann, David Ben-Gurion, Golda Meir und der heutige Oppositionsführer in der Knesseth, Schimon Peres.
Gegen diese Strategie des Arbeiterzionismus hat sich stets die Fraktion der Revisionisten[5]) gewandt, die dann 1935 wegen unübewindlicher Meinungsverschiedenheiten aus der Zionistischen Organisation ausgetreten war. Die Revisionisten forderten die militärisch-politische Machtergreifung des Zionismus in einem Teil des Vorderen Orients, den sie 'Eretz Israel' nannten und der in etwa der Ausdehnung des biblischen Reiches Salomons entspricht.
Das Problem der dort lebenden Araber (neben den Palästinensern auch relevante Teile er Libanesen, Syrer und Jordanier) war für die Revisionisten insofern nicht wichtig, da für sie, die sich am italienischen Faschismus orientierten, die Frage der Demokratie in 'Eretz Israel' nicht zur Debatte stand. Die in 'Eretz Israel' lebenden Araber wurden von ihnen stets als billige Arbeitskraft für die jüdische Wirtschaft gesehen. – Die Untergrundorganisation der Revisionisten war bis 1948 die Irgun, aus der dann die Cherut-(Freiheits-) Partei gebildet wurde. Seit 1977 stellt die Cherut als die führende Partei im regierenden Likud-Block den israelischen Ministerpräsidenten, Menachem Begin, der die Revisionisten schon seit dem Anfang der 40er Jahre führt.
Der Arbeiterzionismus hat letztlich schon im Juni 1967, zehn Jahre bevor er die politische Macht in Israel einbüßte, seine eigene Strategie untergraben. Denn seit der damaligen Eroberung der restlichen Gebiete Palästinas, Westbank und Gaza-Streifen, sind die Zionisten von der Etablierung eines exklusiv-jüdischen Staates in Palästina wieder weit entfernt.

Seitdem lebt in den von Israel kontrollierten Gebieten – dem israelischen Staatsgebiet von 1948 und den neuerlich besetzten Gebieten – eine beträchtliche palästinensische Minderheit. Sollte sich an dieser Situation nichts ändern, werden die Palästinenser wegen ihres hohen Bevölkerungswachstums schon um das Jahr 2.000 herum wieder die Mehrheit im historischen Palästina sein.

Wollen die Zionisten also den jüdischen Charakter ihres Staates und damit überhaupt ihr gesamtes Vorhaben nicht in Frage stellen, bleiben ihnen nur drei Optionen:

1. Rückzug aus den besetzten Gebieten.
2. Weitere Vertreibung des palästinensischen Volkes aus Palästina.
3. Nichtgewährung demokratischer Rechte für die unter israelischer Herrschaft lebenden Palästinenser.

Seit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Revisionisten 1977, geht die israelische Regierung konsequent den dritten Weg: die Formel von der 'Autonomie' für die Palästinenser soll dafür sorgen, daß diesen bei der geplanten Annexion der besetzten Gebiete nicht die israelische Staatsbürgerschaft gewährt werden muß. –
Der zweite Weg wird zwar schleichend betrieben, indem mehr und mehr Palästinensern in den besetzten Gebieten die wirtschaftliche Grundlage entzogen wird und sie so zur Auswanderung bewogen werden. Allerdings verbieten sich Massenausweisungen und sind auch in Zukunft nicht wahrscheinlich: dies weniger wegen möglicher Reaktionen der Weltöffentlichkeit als wegen der unkalkulierbaren Risiken für die israelische Wirtschaft. Denn besonders seit 1967 stellen die Palästinenser für diese Wirtschaft ein unersetzbares Kräftereservoir dar.

Die erste Möglichkeit – der Rückzug – wird von den Israelis heftig zurückgewiesen. Früher wurden dafür nur allgemeine Sicherheitserwägungen geltend gemacht; heute weist auch die israelische Regierung selbst auf den Kern des Problems: Ein Rückzug aus den besetzten Gebieten würde einen PLO-Staat entstehen lassen. Damit gestehen die Zionisten seit einigen Jahren offen ein, daß sie ein wesentliches Ziel nicht erreicht haben: die Verhinderung einer nationalen Führung des palästinensischen Volks. Spätestens die noch von der Regierung der Arbeiterparteien 1976 in den besetzten Gebieten abgehaltenen Kommunalwahlen haben gezeigt, über welch breite Zustimmung und Unterstützung die PLO bei den Palästinensern verfügt.

Dem Eingeständnis dieser für die Zionisten verheerenden Niederlage im Jahre 1976 ließen sie nun im Sommer 1982 die schon seit langem erwarteten Taten folgen. Mit der Liquidierung der PLO sollte die Palästinensische Bevölkerung ihrer nationalen Führung beraubt und zermürbt werden, um so die Voraussetzungen für die Verwirklichung von Annexion und 'Autonomie' der 1967 besetzten Gebiete zu schaffen und gegenüber der Weltöffentlichkeit eindrucksvoll den zionistischen 'Alleinvertretungsanspruch' auf das historische Palästina zu unterstreichen.

Friedhelm Ernst

Anmerkungen:
1) Vertreter des Zionismus, der die Herstellung eines jüdisch-nationalen Staates in Palästina anstrebt.
2) Das von Napoleon eingesetzte Bürgerliche Gesetzbuch, das u.a. die Rechtsgleichheit aller Bürger garantierte.
3) Herrschaft der Türken, die seit dem 14. Jahrhundert ihren Machtbereich zeitweilig auf Osteuropa, den Vorderen Orient und Nordafrika ausgedehnt hatten. 1918 zerfällt das Osmanische Reich endgültig.
4) Der Arbeiterzionismus hat seine Ursprünge im wesentlichen in der polnischen jüdischen Arbeiterbewegung. Im Zentrum seiner Strategie der zionistisch-jüdischen Landnahme in Palästina stand und steht der Siedlungskolonialismus. Nach diesem Verständnis sollte jüdisches Territorium in Palästina dort geschaffen werden, wo das Land ausschließlich von Juden kolonisiert wird und die Araber auf Dauer verdrängt werden. Dazu der israelische Sozlologe S. N. Eisenstadt: „Die Stärke der Arbeitergruppen... wurzelte in der Tatsache, daß sie imstande waren, in der Diaspora politische Anhänger zu finden, die auch gewillt waren, nach Palästina auszuwandern und Siedlungen von zentraler Bedeutung zu errichten; diese hinwiederum konnten als Basis für die Absorption weiterer Einwanderer und für die Ausdehnung der Ansiedlung dienen" (Die israelische Gesellschaft, Stuttgart 1973, S. 58).
5) Die Revisionisten (im Unterschied zu den Arbeiterzionisten, vgl. Anm. 4) stellten in das Zentrum ihrer Strategie eine allgemeine militärisch-politische Machtergreifung durch die Zionisten in Palästina und in weiteren Teilen des Vorderen Orients. In ein so erobertes Gebiet sollten dann mittels politischer Agitation möglichst viele Juden zur Einwanderung bewogen werden. Hierzu S. N. Eisenstadt: „... die Revisionisten ... (versuchten), ein politisches Klima zu schaffen, das der Entwicklung eines Nationalheims durch eine rein politische Bewegung günstig wäre; diese sollte sich mit politischer Agitation, Organisation der Massen (in der Diaspora; F. E.) und Einwanderung befassen, jedoch nicht auf dem Gebiet der Ansiedlung arbeiten, da dies, so wurde versichert, die Intensität der politischen Arbeit nur schwächen würde" (a.a.O., S. 54).



Zeittafel:

Palästina bis zur Proklamation des Staates Israel

1300 v. Chr. bis 1100 n. Chr. Jüdische Stämme erobern das „Gelobte Land"

Spätes 11. Jh. v. Chr. Saul gründet das erste jüdische Königreich

930 v. Chr. Sauls Königreich zerfällt in zwei Teile: in das Königreich Israel, das 721 v. Chr. zerstört wird, und in das Königreich Judäa, das 586 v. Chr. zerstört wird. Folge ist die jüdische Diaspora im vorderasiatischen Raum

539/538 v. Chr. bis 70 n. Chr. Periode des „Zweiten Tempels". Nach dessen Zerstörung folgt die europäische Diaspora.

70 bis 634 Palästina ist Teil des römischen Reiches. Nach dessen Auflösung fällt es ans oströmische Reich (Byzanz).

634 bis 1099 Herrschaft der Araber

1099 bis 1253 Periode der Kreuzzüge

1253 bis 1516 Herrschaft des (ägyptischen) Mameluken

1516 bis 1917/18 Palästina gehört zum osmanischen Reich (türkische Herrschaft)

1896 Theodor Herzl veröffentlicht seine Schrift „Der Judenstaat". Beginn des modernen politischen Zionismus.

1897 Der erste Zionistenkongreß in Basel definiert das Ziel des politischen Zionismus: die Wiedererrichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina. Die nun einsetzende jüdische Nationalbewegung unterscheidet sich insofern von anderen Nationalbewegungen, als sie nicht etwa Autonomie für die jüdischen Zentren Europas fordert, sondern einen eigenen Staat in einem Gebiet, das zwar für die jüdische Religion wichtig ist, in dem aber bisher nur wenige Juden leben.

1913 In Paris tritt im Zeichen einer erwachenden arabischen Nationalbewegung ein arabischer Kongreß zusammen, der vom türkischen Reich mehr politische Rechte fordert, nicht aber dessen Auflösung.

1915/16 Großbritannien sieht die Möglichkeit, den erwachenden arabischen Nationalismus für seine kolonialistischen Ziele einzusetzen. Der britische Hochkommissar Mac Mahon bietet dem Sherif von Mekka, Hussein, als Lohn für einen Aufstand gegen die türkische Herrschaft ein großarabisches Reich an, dessen Grenzen allerdings nur unverbindlich angedeutet werden.

1916, Mai Großbritannien und Frankreich schließen das nach den beiden Unterhändlern/benannte Sykes – Picot-Geheimabkommen, das den Vorderen Orient in Machtsphären aufteilt. Die Gründung eines souveränen arabischen Staates wird dadurch illusorisch.

1917, 2. Nov. Die Briten befürworten in der Balfour-Deklaration die „Errichtung eines Nationalheims für das jüdische Volk in Palästina" mit der Absicht, die zionistische Bewegung für ihre imperialistischen Interessen im Nahen Osten einzusetzen. Die britische Imperialismus-Diplomatie dieser und der folgenden Zeit, die rücksichtslos Zionisten und arabische Nationalisten gegeneinander ausspielt, ist eine der Hauptursachen für das Entstehen der Palästina-Frage und damit des Nahost-Konflikts.

1919, Juli In Damaskus tritt der erste syrische Nationalkongreß zusammen und proklamiert einen großsyrischen Staat, der die heutigen Gebiete Syrien, Libanon, Jordanien und Israel umfaßt. Dieser Schritt erfolgt in Anlehnung an das britische Versprechen, den Arabern nach dem I. Weltkrieg Unabhängigkeit zu gewähren.

1920, März Der zweite syrische Nationalkongreß ernennt in Damaskus König Feisal zum König Großsyriens.

24. April Als Reaktion auf das großsyrische Unabhängigkeitsstreben findet die San Remo-Konferenz statt, auf der Frankreich und Großbritannien das von den Arabern konzipierte Großsyrien untereinander aufteilen. Im Juli werden die kolonialen Mandatsverwaltungen etabliert: Frankreich erhält den Libanon und Syrien, Großbritannien Palästina und Transjordanien. König Feisal muß von Damaskus nach Bagdad wechseln und wird dort von den Briten inthronisiert (1921).

Nachdem den Arabern die Mehrgleisigkeit europäischer Kolonialpolitik deutlich wird, kommt es zu ersten antijüdischen Ausschreitungen. Die Araber befürchten nicht zu Unrecht, daß ein mit englischer Hilfe in ihrer Mitte errichteter Judenstaat ihre eigenen nationalen Ambitionen gefährdet.

Dezember Der gewerkschaftliche Dachverband „Histadrut" wird in Haifa gegründet. Im Gegensatz zu anderen Gewerkschaftsbewegungen geht es der Histadrut nicht nur darum, die jüdische Arbeiterschaft Palästinas zu organisieren, sondern sie erst einmal aufzubauen. Den nationalistischen zionistischen Parolen „Eroberung der Arbeit", „Eroberung des Bodens" (für die Juden) Rechnung tragend, werden keine Araber in die Histadrut aufgenommen.

1921, Mai Araber greifen die zionistische Einwanderungszentrale in Jaffa an. Es kommt zu einem landesweiten arabischen Aufstand, den die Briten nur mit Mühe unterdrücken. Um den wachsenden arabischen Widerstand gegen die britische Kolonialmacht zu schwächen, besetzen die Briten Schlüsselpositionen ihrer Kolonialverwaltung mit Familienmitgliedern von gegeneinander intrigierenden Familienclans: Bürgermeister von Jerusalem wird Ragib Nashashibi, Amin Husseini wird Mufti (oberster moslemischer Rechtsberater).

1922, 15. Mai Transjordanien wird von Palästina abgetrennt und formal unabhängiger Staat unter britischer Mandatsherrschaft.

1929 Auf dem 16. Zionistenkongreß in Zürich wird die Jewish Agency mit der Intention gegründet, nichtzionistische jüdische Institutionen und Einzelpersonen – insbesondere wohlhabende amerikanische Juden – für die zionistische Besiedlung Palästinas zu gewinnen. Die Jewish Agency erweist sich als das effektivste Instrument der zionistischen Kolonisation Palästinas und stärkt die jüdische Position gegenüber der britischen Kolonialmacht erheblich.

August Bisher gewalttätigste antizionistische Unruhen in Palästina, denen 133 Juden und 116 Araber zum Opfer fallen.

1936, 19. April Die Kolonialarmee zerschlägt eine antibritische Massendemonstration in Jaffa, was einen sechsmonatigen Landesweiten Generalstreik zur Folge hat. Der arabische Aufstand setzt sich mit kurzen Unterbrechungen bis zu Beginn des II. Weltkrieges fort.

1937, 7. Juli Eine von Lord Peel geführte britische Untersuchungskommission schlägt die Teilung Palästinas in eine jüdische und in eine arabische Zone vor. Aber bereits am 9. November 1938 läßt Großbritannien diesen Teilungsplan fallen (Woodhead Kommission).
Obgleich es britische Kolonialpolitik ist, Zionisten und arabische Nationalisten gegenseitig auszuspielen, wird die zionistische Bewegung vom britischen Imperialismus bevorzugt gefördert. Denn beide betreiben Palästina-Politik unter der Zielsetzung, palästinensisch-arabische Unabhängigkeitsforderungen zu neutralisieren.

Die Zionisten, um durch expansive Siedlungspolitik eine breite territoriale Basis für ihr Staatsprojekt zu schaffen (auf Kosten der arabischen Bewohner, die vielfach verdrängt oder vertrieben werden); die Briten, um ihren Status als Kolonialmacht nicht zu schwächen. Daher duldet London u.a. den Aufbau jüdischer Militärverbände (Haganah, Irgun), die Gründung der Histadrut, die Aktivitäten der Jewish Agency. Die Araber Palästinas hingegen dürfen nicht einmal auf lokaler Ebene ihre Führer wählen. Durch den arabischen Aufstand (1936 – 1939) wird Großbritannien jedoch zu Konzessionen an die Araber gezwungen:

1939, 17. Mai London verspricht im neuen Weißbuch (Mc Donald White Paper) den Arabern Palästinas innerhalb der nächsten zehn Jahre Unabhängigkeit. Die jüdische Einwanderung wird für die nächsten fünf Jahre auf 75 000 beschränkt, für die Folgezeit sogar von der Zustimmung der arabischen Seite abhängig gemacht.

1942, 6. bis 11. Mai Die Außerordentliche Zionistische Biltmore Konferenz (benannt nach dem New Yorker Tagungshotel) weist dieses Weißbuch zurück und fordert die Aufhebung der britischen Einwanderungsbeschränkung, eine eigenständige jüdische Armee und ein jüdisches Gemeinwesen in Palästina.
Um ihre Abhängigkeit von Großbritannien zu verringern, wenden sich die Zionisten in zunehmendem Maße an die USA.

1945, 22. März Die Arabische Liga wird gegründet.

1946, 22. März Die Briten beenden offiziell ihr Mandat über Transjordanien, das zur unabhängigen Monarchie unter König Abdallah (seit 1921 im Amt; Sohn des Sherifen von Mekka, Hussein; Bruder König Feisals in Bagdad) proklamiert wird

22. Juli Die 1938 von den Revisionisten gegründete Militärorganisation Irgun Zwai Leumi (Etzel), die durch terroristische Überfälle berüchtigt wird, sprengt den Teil des Jerusalemer King David Hotels, in dem sich die Regierungsämter der Briten befinden. Kommandeur der Irgun ist Menachem Begin.

(Revisionismus: ideologische Strömung innerhalb der zionistischen Bewegung, die eine kompromißlose Haltung gegenüber den Arabern einnimmt und einen jüdischen Staat in Palästina und Transjordanien anvisiert. Die Revisionisten sind heute vor allem in Begins Cherut-Partei vertreten).

1947, 2. April Großbritannien legt einer Sondersitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Palästina-Frage vor.

28. April Eine Sondersitzung der Vereinten Nationen beschließt, eine mehrere Staaten umfassende Sonderkommission, die United Nations Special Commission on Palestine (UNSCOP), einzurichten, um die Palästina-Frage zu untersuchen. Der Mehrheitsvorschlag der Sonderkommission sieht die Teilung Palästinas in einen jüdischen und in einen arabischen Teil vor; Jerusalem soll internationale Zone werden.

29. November Mehr als zwei Drittel der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen – einschließlich der USA und der UdSSR – befürworten in der UNO-Resolution 181 diesen UNSCOP-Teilungsplan.
Es kommt aus verschiedenen Gründen nicht zur Einlösung der Teilungsresolution. Die reaktionär-feudalistische politische Führung der Palästinenser interessiert sich nur bedingt für einen Palästinenserstaat (insbesondere der Husseini-Clan). Die Husseini-Anhänger bilden jedoch weder politisch noch militärisch ein Gegengewicht zur Nashashibi-Fraktion, die – ganz in König Abdallahs Sinn – eine Konföderation Ost-Palästinas mit Jordanien anstrebt. König Abdallah von Transjordanien wiederum führt während der von Dezember 1947 bis Februar 1949 andauernden Kampfhandlungen in Palästina kontinuierlich Geheimgespräche mit zionistischen Führern (David Ben Gurion, Mosche Dajan, Golda Meir). Gemeinsam teilen sie das Gebiet untereinander auf, welches laut Teilungsplan – den die Zionisten offiziell anerkannten – für den palästinensischen Staat vorgesehen war.

1948, 14. Mai Ministerpräsident David Ben Gurion verliest in Tel Aviv Israels Unabhängigkeitserklärung. Allen israelischen Bürgern soll ohne Ansehen von Religion, Rasse oder Geschlecht Gleichberechtigung gewährt werden. Israels Grenzen werden nicht festgelegt.

15. Mai Die Briten beenden ihre Kolonialzeit in Palästina. Die Arabische Liga, die den UNO-Teilungsplan ablehnte, entsendet Truppen nach Palästina. Sie können sich allerdings nicht gegen die gut organisierten jüdischen Militärverbände behaupten, denn die arabischen Streitkräfte verfügen über kein vereintes Kommando, und ihre militärisch am stärksten vertretenen Staaten, Ägypten und Transjordanien, sind untereinander zerstritten. Infole des israelisch-transjordanischen Geheimabkommens sorgt König Abdallah dafür, daß keine von israelischer Seite beanspruchten Gebiete von arabischen Truppen besetzt werden. Die Israelis besetzen ihrerseits keine von Transjordanien beanspruchten Gebieten.

Der Krieg in Palästina hat eine Massenfluchtbewegung der Palästinenser zur Folge, die durch den Überfall von Begins Terrorkommando Irgun auf das Dorf Deir Yassin am 9. April 1948, bei dem 254 Araber ermordet werden, maßgeblich initiiert wird. Etwa 900 000 Palästinenser fliehen aus Gebieten unter zionistischer Herrschaft. Es ist gezielte zionistische Politik, die arabischen Bewohner Palästinas zu vertreiben, um so eine solide jüdische Bevölkerungsmehrheit im entstehenden Israel sicherzustellen.

Nach: Palästinaprotokolle – Bestandsaufnahme und Perspektive, Hrsg. D. Bednarz/N. Lüders, Hannover 1982

Zionismus – Versuch einer politischen Begriffsbestimmung

Der Begriff „Zionismus" ist inzwischen zu einem Schlagwort verkommen. Er wird nicht nur, aber vor allem zur Denunziation israelischer Politik im Palästinakonflikt verwandt. Dabei wird oft übersehen, daß dieser Begriff von Juden in der Diaspora weitgehend positiv besetzt ist und die unterschiedlichsten Inhalte haben kann. In Israel selbst bedeutet Zionismus nichts anderes als die Aufrechterhaltung eines jüdischen Nationalstaates in diesem Gebiet, was mit der Unterdrückung und Diskriminierung der arabischen Bevölkerung verbunden sein muß – Antizionismus die Ablehnung aller Gesetze, Maßnahmen und Institutionen, die aufgrund der Politik der Aufrechterhaltung eines jüdischen Nationalstaates die arabische Bevölkerung von der gleichberechtigten Teilnahme am Gemeinwesen ausgrenzt.
Von der israelischen Realität abgesehen, war mit Zionismus historisch eine Reaktion auf den Antisemitismus in Europa und in Anlehnung zu den nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts die programmatische Vorstellung verbunden gewesen, auch den Juden einen eigenen Nationalstaat zuzusprechen. Die Lage der Juden um die Jahrhundertwende war in den drei Hauptkulturkreisen, in denen sie lebten, jeweils verschieden – und damit auch ihr Selbstverständnis.
Die Juden Osteuropas, die im Bereich der sich nicht-national bzw. dynastisch legitimierenden Vielvölkerreiche der Habsburger und Romanows lebten, begriffen sich weitgehend als Volk mit nationalen Attributen, die von der Religion, die sich im Osten kaum konfessionalisiert hat, nicht abgelöst sein konnte.
Dagegen hatten die Juden Westeuropas aufgrund von Aufklärung und Emanzipation stärker als jene Osteuropas ein Selbstverständnis entwickelt, das die Religion als Konfession in die Privatsphäre verlegte und die nationale Zugehörigkeit als Deutsche, Franzosen, Holländer etc. zum jeweiligen Staatsvolk betonte.
Die Juden des Orients wiederum, Juden, die im Rahmen der islamischen Zivilisation lebten, unterschieden sich von beiden anderen Gruppen dadurch, daß sie sich weder im europäischen Sinne als religiös-konfessionell noch als westlich-national verstanden, sondern ein Selbstverständnis pflegten, daß der orientalisch-islamischen Kultur ihrer Umgebung angemessen war – nämlich eine besondere religiös-kulturelle Gemeinschaft zu sein. Darin unterschieden sie sich nicht von allen anderen Gruppen dieser Zivilisation.

Die Idee des Zionismus und ihr Hintergrund

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verwehrte der neu aufgekommene, rassisch sich begründende Antisemitismus in Steigerung des traditionellen christlichen Antijudaismus den Juden qua Geburt jegliche Integration und denkbare Gleichheit. Dies ließ bei einem Teil der Juden Europas einen geschichtsphilosophischen Pessimismus aufkommen, der sich in zionistischer Theorie niederschlägt. Zionistische Denker und Publizisten prognostizierten in ihren Schriften und Aufrufen so etwas wie eine Unüberwindbarkeit des Antisemitismus – trotz Emanzipation und Aufklärung. Manche sprachen von dem sicheren Eintritt einer Katastrophe, die die Juden Europas treffen wird.
Wie immer die einzelnen zionistischen Begründungen sich theoretisch in Prognose und Einschätzung der Lage der Juden und der europäischen Zivilisation voneinander unterschieden haben mochten – sie trafen sich in der Gemeinsamkeit eines eigenen jüdischen Gemeinwesens als Lösung der Judenfrage. Damit sollte den Antisemiten sowohl die vermeintlichen Gründe ihrer Judenfeindlichkeit genommen werden, als auch den Juden ein Hort der Sicherheit gewährt werden. In der Welt der Nationalstaaten lag es nahe, eine dementsprechende kollektive Organisationsform auf einem Territorium anzustreben – einen Judenstaat.
Der frühe Zionismus der Jahrhundertwende hatte sich dabei noch nicht auf Palästina als Ort einer solchen Nationalstaatsgründung verlegt. Es ging ja vor allem um ein Territorium schlechthin. Daß die Wahl auf Palästina fiel bzw. die palästinaorientierten Zionisten sich in der zionistischen Bewegung gegen den Territorialismus durchsetzten, der jedes denkbare Gebiet für jüdische Ansiedlung in Betracht zog, ist über die religiös-kulturelle Bindung begründet, die Juden immer noch mit ihrem Usprungsland verband.



Der Holzschnitt aus dem 15. Jahrhundert zeigt, wie die Juden der Stadt Köln lebendig verbrannt wurden.

Historische Gründe der Ablehnung des klassischen Zionismus

Die zionistische Absicht, Juden, die sich vor allem in Osteuropa als Volk verstanden, in eine territoriale Nation durch Kolonisation umzuwandeln, stieß bei der Mehrheit der Juden auf Ablehnung. Viele, vor allem die Juden in Westeuropa befürchteten, daß ihre Integration und Gleichbehandlung durch die zionistischen Pläne einer Nationalstaatsgründung gefährdet werden würde. Religiöse Juden sahen in der Absicht der Gründung eines Judenstaates in Palästina eine Blasphemie, eine Vorwegnahme des messianischen Versprechens durch die im wesentlichen säkularen Zionisten. Universalistisch gesonnene und internationalistische Juden, vor allem jene, die in der Arbeiterbewegung aktiv waren, beurteilten die Absicht einer jüdischen Nationalstaatsgründung als einen Rückfall in Lebensformen, die durch den Prozeß des historischen Fortschritts und der durch den Kapitalismus dynamisch vorwärtsstrebende Amalgamierung der Nation und Nationalitäten zu einer einheitlichen und in jeder Hinsicht unterschiedslosen Menschheit bereits als überwunden schienen. Auch jüdische Organi-

sationen, die mit einem national-kulturellen Selbstverständnis auftraten, wie der Jüdische Arbeiterbund in Polen, Litauen und Rußland, der die Sehnsüchte der proletarischen jüdischen Massen Osteuropas verkörperte, lehnte die zionistische Vorstellung einer national-territorialen Konzentration ab. Seine programmatische Vorstellung war, obwohl oder gerade weil sich die Bundisten als Juden mit einer nationalen und sozialistischen Identität begriffen, überall dort Antisemitismus und Ausbeutung zu bekämpfen, wo sie sich befanden.
Alle jüdischen Ablehnungen des Zionismus sowie alle Kritik seitens der Arbeiterbewegung am Zionismus, war – mit wenigen Ausnahmen – vor allem gegen die Absicht der Zionisten gerichtet, die Judenfrage national-territorial, also nationalistisch lösen zu wollen. Auffällig ist, daß damals kaum Kritiker des Zionismus auftraten, die jenes national-kolonisatorische Unternehmen mit den Argumenten bekämpften, die für den Palästinakonflikt und damit für den gegenwärtigen Antizionismus entscheidend sind: nämlich, daß mit dem Kolonisationsprojekt ein fundamentales Unrecht an der arabischen Bevölkerung Palästinas begangen wird.
Dem Zionismus kam im Bewußtsein der Zeitgenossen, vor allem auch der linken, zugute, daß Kolonisation und die Einführung einer „höheren Produktionsweise" in Ländern mit einem kolonialen Status nicht unbedingt als verwerflich angesehen wurde – im Gegenteil. So unterstützten auch Sozialisten das zionistische Unternehmen. Diejenigen, die es verwarfen, bezogen sich weitgehend nicht auf das damit verbundene Unrecht an der arabischen Bevölkerung, sondern hatten andere Vorstellungen von der Lösung der Judenfrage. Auch die Sowjetunion, die nach einer jahrzehntelangen Ablehnung des Zionismus 1948 aktiv die Schaffung des Staates Israel mitbetrieb, legitimierte dies damals mit dem Argument, hier ständen sich Fortschritt und feudale Reaktion gegenüber, wobei mit Fortschritt der Staat Israel gemeint war und mit Reaktion die damaligen arabischen Regime. Die internationalistische Kritik am Zionismus, wie sie in den zwanziger und dreißiger Jahren etwa in der Kommunistischen Internationale üblich war, hatte mehr das zionistische Zusammengehen mit England im antiimperialistischen Visier, weniger die zionistische Kolonisation im Lande gegen die arabische Bevölkerung.

Wandel in der Begriffsbestimmung: Zionismus als politische Struktur Israels

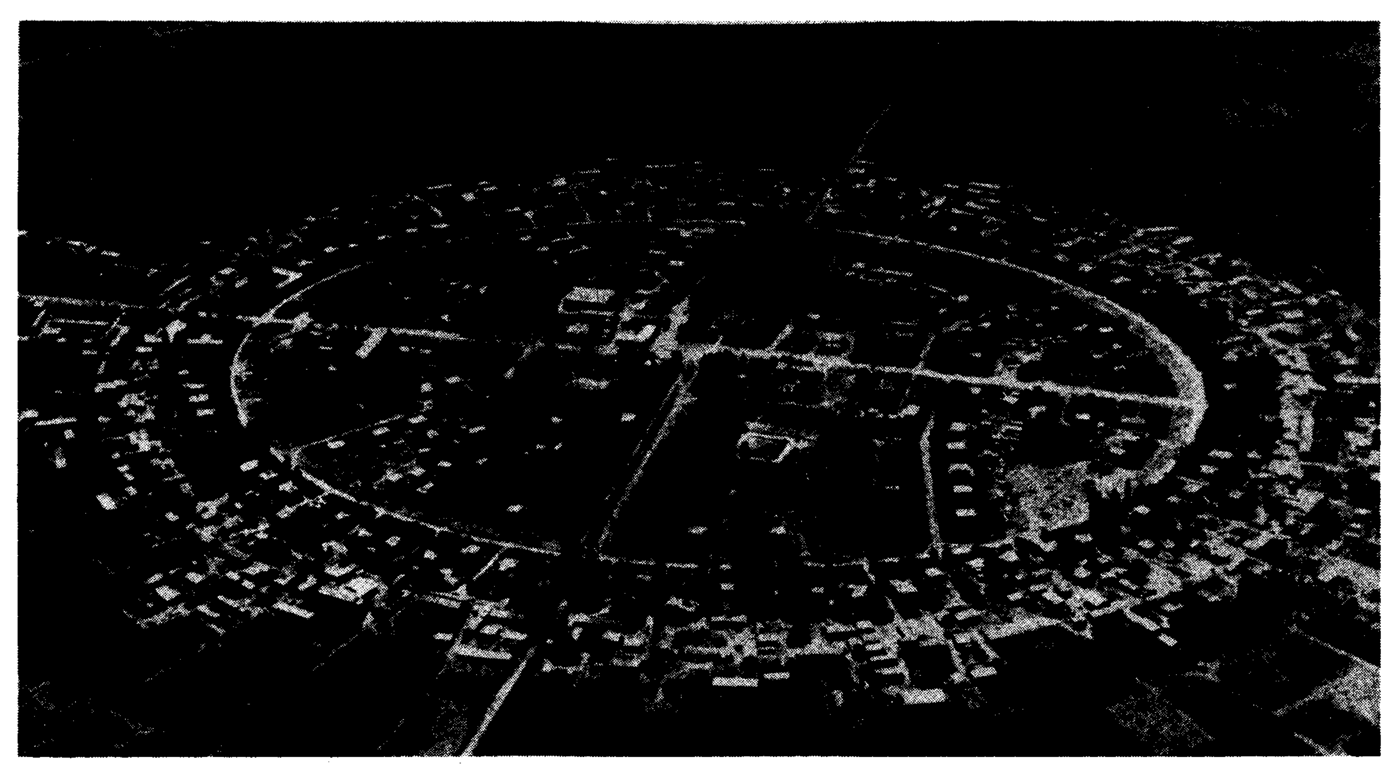
Zionismus ist aufgrund der europäischen und innerjüdischen Diskussion vorläufig nichts anderes, als das Vorhaben einer Herstellung eines jüdischen Nationalstaates. Die Judennot war ein praktisches und überzeugendes Argument. Problematisch wird die zionistische Absicht freilich dann, wenn man nicht blinden Auges bestrebt ist, an den Bedingungen einer solchen Nationalstaatsgründung in Palästina vorbeizugehen, eine Blindheit, die lange bei aktiven Zionisten, die nach Palästina als „Pioniere" abwanderten und passiven Prozionisten, die jenes Unternehmen ideell und materiell unterstützten, ohne selbst nach Palästina abzuwandern, sprichwörtlich war. Denn eine jüdische Nationalstaatsgründung in Palästina stieß auf eine Schranke: Das Land war bewohnt, von einer Bevölkerung anderer Sprache, anderer Kultur und Identität. Die Herbeiführung eines jüdischen Staates, ein Staat für die Juden in der Welt, mußte demnach in einen unvermeidbaren Konflikt mit der am Ort lebenden arabischen Bevölkerung münden. Nachdem aber in Palästina auch durch den Zionismus eine jüdisch-hebräische Gemeinschaft gewachsen war und der Konflikt am Ort in das Zentrum des Interesses trat, d.h. die F o l g e n des Zionismus und weniger sein U r s p r u n g an Bedeutung gewannen, trat in der Verwendung des Begriffs Zionismus eine Sinnverschiebung ein. Es handelte sich zwar immer noch um die Idee und die praktische Absicht einer jüdischen Nationalstaatsbildung –, bezog sich aber immer mehr auf die Praxis seiner Durchsetzung anhand einer Kritik der Methoden, die zur Herbeiführung und Aufrechterhaltung des jüdischen Staates g e g e n die arabische Bevölkerung – den Palästinensern als den ursprünglichen Bewohnern des Landes – Verwendung fanden und finden. So etwa das Verbot, arabische Arbeiter in Lohn zu nehmen, um eine homogene jüdische Ökonomie als eine Bedingung des Nationalstaates herzustellen; zionistischer Bodenkauf und das Verbot, daß sich arabische Menschen wieder auf den Boden niederlassen, um darüber ein jüdisches Nationalterritorium zu garantieren, etc. Bis in die Gegenwart hinein sind im Staate Israel Gesetze und Maßnahmen gültig, die genau zu jenem Zwecke die arabische Bevölkerung des Landes diskriminieren. Antizionismus in Israel bedeutet heute, auf eine Aufhebung jener politischen S t r u k t u r e n hinzuwirken, die beide nationale Gruppen im Lande, Juden wie Araber voneinander scheiden.



Nach einem Pogrom verlassen die Juden ihren Heimatort in Podolien (westliche Ukraine)

Diskriminierung in Israel: Folge der zionistischen Struktur

An diesen Maßnahmen, die zur Trennung der arabischen Bevölkerung von der jüdischen Gesellschaft in Israel führen, knüpft sich die Frage an, ob der Zionismus rassistisch ist. Vom Ursprung und der Idee sicherlich nicht, die sich ja allein auf die Gründung eines jüdischen Nationalstaates bezog. Die Juden galten den Zionisten auch nicht als besser oder schlechter als andere Menschen. Der Zionismus wollte die Juden „nur" analog der bestehenden Nationen- und Staatenwelt „normalisieren". So waren innerhalb der zionistischen Bewegung Parteien und Fraktionen mit unterschiedlichen politischen Konzepten anzutreffen – von sozialistischen Fraktionen mit marxistischem Selbstverständnis über bürgerlich-liberale Gruppen zu autoritären und faschistoiden Strömungen.
In einer Frage waren sie sich aber einig: Das Ziel der Her-



Die Siedlung Nhalal entstand 1921 in der Ebene Jesreel als eine der Wehrsiedlungen

stellung eines Nationalstaates war höher zu werten, als die damit verbundenen Folgen für die am Ort der jüdischen Nationalstaatsgründung lebenden arabische Bevölkerung. Dies bedeutet konkret: Ausgrenzung und im Widerstandsfalle Unterdrückung und gar Vertreibung der arabischen Bevölkerung Palästinas wurden aktiv betrieben, bestenfalls in Kauf genommen.

Mit dieser Unterscheidung von Ursprung und Folgen des Zionismus soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Ausgrenzung der arabischen Bevölkerung des Landes ursprünglich nicht aus Gründen eines Überlegenheitsdünkels erfolgte, der sich an Herkunft und Geburt festmachte, sondern Folge der jüdischen Nationalstaatsgründung in Palästina wird, das national arabischen Charakters war. Um jeden arabischen Charakter des Landes zurückzudrängen und den jüdischen duchzusetzen, werden Juden Privilegien eingeräumt und die arabische Bevölkerung daher diskriminiert.

Dieses Privileg zum Zwecke der Herstellung und Aufrechterhaltung eines jüdischen Nationalstaates in arabischer Umwelt hat aber im Laufe des Konflikts auch vor dem israelischen Bewußtsein nicht haltgemacht. Das nationale Privileg hat nicht zuletzt auch die Gesellschaft in Israel mit sozial organisiert. Die arabische Bevölkerung im Lande ist zunehmend in Bereichen einfacher Handarbeit anzutreffen, in Berufssparten also, die schlechter bezahlt und auf der Sozialskala unterbewertet sind. Langsam stellt sich eine Überlagerung von ethnischen und sozialen Merkmalen her, die im vom Privileg geprägten Bewußtsein den Eindruck erweckt, die andere Bevölkerungsgruppe – die arabische – sei von Geburt her schlechter bzw. weniger wert. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß sie aufgrund der zionistischen Staatsverfassung, die den Staat Israel als jüdischen Nationalstaat definiert, notwendig ausgegrenzt wird und daß daher auch ihre soziale Stellung Ausdruck und Ergebnis einer Diskriminierungist, die ihrem gegenwärtigen Zustand freilich politisch vorgeschaltet ist. Insofern entwickelt sich bei der jüdischen Bevölkerung des Landes aufgrund der kolonialen Verhältnisse von Privilegien und Diskriminierung auch ein rassistisches Bewußtsein. Es ist also nicht in der Idee des Zionismus vorausgesetzt, sondern Ergebnis der Praxis, die nichts mehr will, als die Herbeiführung eines Nationalstaates unter der frei lich notwendigen Anwendung kolonialer Mittel.

Antisemitismus und Antizionismus: Probleme von Grenzüberschreitung

Die politische Alternative zu dem gegenwärtigen kolonialen Verhältnis, des aufgrund der zionistischen Struktur des Staates Israel hervorgebracht wird, ist die Aufhebung aller Gesetze und Maßnahmen, die jene Diskriminierung herbeiführen – formelle Gleichheit von Juden und Arabern in einem Land. Damit aber kehren wir wieder an den Ursprung des Konfliktes zurück. Denn eine Aufhebung der Unterscheidung von Juden und Arabern in Palästina/Israel, die Aufhebung von Diskriminierung und Privileg, würde nicht nur die bestehende Ungleichheit aufheben, sondern dabei auch den nationalen Charakter des jüdischen Staates Israel. Und gerade daher stößt man politisch auf eine weitere Barriere, nämlich die Barriere des jüdischen Bewußtseins nach dem Holocaust.

Denn die Absicht, einen jüdischen Nationalstaat herzustellen als Antwort und Reaktion auf den Antisemitismus in Europa, scheint durch den Verlauf der jüngeren Geschichte bestätigt worden zu sein. Der traditionelle Antisemitismus hatte sich sogar von einer ursprünglichen Verfolgung der Juden zu ihrer Vernichtung gesteigert, eine Vernichtung, die vom deutschen Nationalsozialismus total betrieben wurde. Insofern hat sich die pessimistische Geschichtsdeutung der Zionisten für das jüdische Bewußtsein bewahrheitet. Seither, seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, empfinden sich fast alle Juden in der Welt mit der nationalstaatlichen Perspektive in Gestalt des Staates Israel verbunden. Ohne, wie der Zionismus dies ursprünglich forderte, selbst nach Palästina überzusiedeln, sind sie mit dem Staate Israel in einer proto-zionistischen Weise identitätsmäßig verbunden und damit auch politisch solidarisch.

Dies bedeutet, daß nach dem Holocaust eine Unterscheidung zwischen Juden und zionistischen Juden bzw. Zionisten kaum noch möglich sein kann. Und gerade das macht die Kritik am Staate Israel und am Zionismus so schwierig. Denn ohne eine klare und bewußte Bestimmung dessen, was h e u t e unter dem Begriff Zionismus noch verstanden werden kann, läuft man aufgrund des nach 1945 bestehenden proto-zionistischen Bewußtseins fast aller Juden in der Welt Gefahr, die dünne Linie zum Antisemitismus zu überschreiten; dann etwa, wenn das jüdische Schicksal ignorierend, selbstgerecht und definitionsheischend den Juden in der Welt, trotz ihres heute überwiegend national-kulturellen Selbstverständnisses, nur religiöse Attribute im Sinne der privaten Konfession zugestanden werden; oder wenn die Kritik am Zionismus die europäisch-antisemitischen Bedingungen jüdischer Emigration nach Palästina standhaft übersieht und statt dessen die dortige Anwesenheit von Juden auf ein zionistisches „Komplott" zurückgeführt wird – kurz: die Juden für ihr Schicksal selbst verantwortlich gemacht werden. Solche Argumentationsmuster zielen ideologisch darauf ab, den Juden in der Welt einen Identitätscharakter abzusprechen, der über das konfessionelle hinausgeht und sich einer volks- und nationsähnlichen Bestimmung annähert.
Den Juden eine über das Konfessionelle hinausgehende Existenz zu verweigern ist wesentlich dahingehend instrumentell, als damit die zionistische Realisierung eines nationalen jüdischen Anspruchs in Palästina gemeint wird – nach dem gegenzionistischen Motto: Wenn die Juden keinen besonderen Gruppen- oder Nationalcharakter aufweisen, haben sie auch kein Anrecht auf einen Nationalstaat – und darüber wäre der israelische Staat als illegitim anzusehen. Durch diese Logik wird jedoch nicht wahrgenommen, daß man sich bereits in spiegelverkehrter Weise auf das zionistische Argumentationsmuster eingelassen hat, das von einem abstrakten „Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes" ausgeht und darüber den Kolonisationsprozeß gegen die Palästinenser rechtfertigt. Die Diskussion über den Charakter der Juden – Volk, Nation, Religion – ist für die Palästinafrage unerheblich und gleitet in Bereiche ab, die in Untiefen führen können, in denen meist kultureller antisemitischer Bodensatz aufgewühlt wird. Deshalb der Umkehrschluß, der alle Definitionen hinsichtlich dessen, was die Juden nun seien – auf die Palästinafrage bezogen – tatsächlich ins Abseits stellt: Wären die Juden tatsächlich eine Nation im modernen Sinne und wäre ihnen daher ein nationales Recht auf Selbstbestimmung zuzugestehen, wäre dann der Kolonisationsprozeß gegen die arabische Bevölkerung legitim, die Unterdrückung und Vertreibung der Palästinenser rechtens?

Kollektive Gleichheit der Nationalitäten im Lande: Ergebnis der Dezionisierung Israels als politische Aufgabe

Wie lassen sich die verschiedenen, ja widerstrebenden Momente von Bewußtsein und Realität im Palästinakonflikt zusammenfügen? Die Aufrechterhaltung eines jüdischen Nationalstaates im Bereich des historischen Palästina ist gewollt oder ungewollt mit der Diskriminierung, Unterdrückung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung verbunden. Dies ist objektiv und von Anfang an im zionistischen Projekt in Palästina angelegt gewesen. Eine Leugnung dieser historischen Zwangsläufigkeit kommt der Quadratur des Kreises gleich, will das zionistische Unternehmen im Prinzip rechtfertigen und letztendlich die Palästinenser für ihr Schicksal selbst verantwortlich machen. Andererseits ist die Bedeutung von Antisemitismus, Judenverfolgung und Judenvernichtung, die dem Projekt einer jüdisch-nationalen Staatsgründung die Menschen überhaupt erst zutrieb, als subjektiv wirksamer, damit aber nicht geringer realer Faktor im Palästinakonflikt inhaltlich zur Kenntnis zu nehmen und als bedeutendes Bewußtseinselement in die auf Veränderung gerichteten politischen Absichten zu integrieren. Daraus ergeben sich unmittelbare Konsequenzen, die, wie folgt, in einem Definitionskatalog zusammengefaßt werden sollen:

1. Zionismus ist die Absicht der Herstellung eines jüdisch-nationalen Staates in Palästina. Als Idee entstammt er dem 19. und dem beginnenden 20. Jahrhundert. Bis zum Holocaust waren die Zionisten unter den Juden in einer Minderheitsposition. Nach der Massenvernichtung sind fast alle Juden proto-zionistisch, also wesentlich proisraelisch im Sinne der Aufrechterhaltung des Staates Israel. Dies ist integraler Bestandteil ihres gegenwärtigen Selbstverständnisses.
2. Die Realisierung einer jüdischen Nationalstaatsgründung in Palästina führt notwendig zur Diskriminierung, Unterdrückung und Vertreibung der arabischen Palästinenser. Diese Ausgrenzung ist zentraler Bestandteil und Ausgangspunkt des Konfliktes. Eine Aufhebung jener Ausgrenzung, die sich in der Anerkennung der individuellen und kollektiven Rechte der Palästinenser niederzuschlagen hat, stellt notwendig den jüdischen Nationalstaat in Frage. Ohne eine solche Aufhebung der zionistischen Struktur Israels wird der Konflikt weder in Gegenwart, noch in Zukunft beendet werden können – mit allen entsetzlichen Folgen für beide beteiligten Volksgruppen. Die Gleichheit der Palästinenser, in individueller und kollektiver Form und demnach auch ihr Recht auf Selbstbestimmung, ist daher eine zwingende Forderung.
3. Die Aufhebung der exklusiven Nationalstaatlichkeit Israels als jüdischer Staat, d.h. als Staat aller Juden in der Welt und seine Umwandlung in einen Staat seiner Bevölkerung – Juden wie Araber – ist zu verbinden mit der Forderung nach einer Anerkennung einer kollektiven Existenz der jüdischen Israelis im Lande. Damit wären zwar die Folgen des Zionismus und der jüdischen Flüchtlingsimmigration akzeptiert, nicht aber seine weitere Aufrechterhaltung oder gar Fortsetzung in Gestalt einer kolonialen politischen Struktur.
4. Der nötigen Klarheit wegen und um in der Palästinafrage nicht in die Nähe antisemitischer Argumentationszusammenhänge zu gelangen, ist es sinnvoll, in das Zentrum der Kritik die zionistische S t r u k t u r des Staates Israel zu stellen und den historischen Zionismus als eine jüdische Reaktion auf den Antisemitismus in der Diskussion um die Palästinafrage hintenanzustellen. Dann handelt es sich um veränderbare politische Verhältnisse im Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordanfluß, die im Sinne der Gleichheit der dort lebenden Menschen auch durchgeführt werden können.

Dan Diner



Israel nach dem Libanon-Krieg

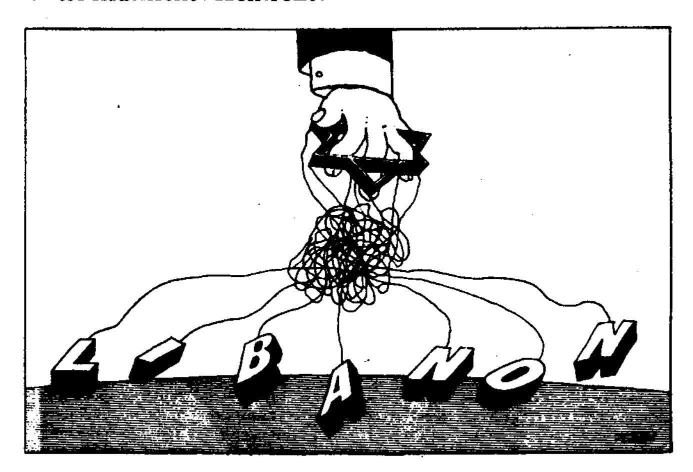
Das Ende des nationalen Konsens

Die Annektion der seit 1967 besetzten Gebiete Westbank und Gazastreifen stellte sich in den letzten Jahren immer deutlicher als Ziel israelischer Politik heraus. Stationen auf diesem Weg waren der Friedensvertrag von Camp David (1978) mit dem „Autonomie"-Versprechen für die Palästinensische Bevölkerung sowie die Versuche Israels, durch eine 'Politik der starken Hand' die Bevölkerung einzuschüchtern und durch den Aufbau entsprechender Verwaltungsstrukturen die Annektion vorzubereiten.
Das israelische Vorgehen stieß auf heftigen Widerstand der palästinensischen Bevölkerung, die sich eindeutig mit der palästinensischen Nationalbewegung, repräsentiert durch die PLO, solidarisiert.
Der Libanonkrieg im Sommer 1982 war die nächste Station auf dem Weg zur Annektion. Das Ziel war die militärische und politische Zerschlagung der PLO. Die Vernichtung der organisierten palästinensischen Nationalbewegung sollte den Widerstand in den besetzten Gebieten gegenstandslos machen.
Der bisher bestehende Konsens in Israel – bei der Lösung des Palästina-Konflikts allein auf die militärische Stärke zu bauen – ist durch den Libanonkrieg ins Wanken geraten. Das brutale Vorgehen der israelischen Streitkräfte gegen die palästinensische und libanesische Zivilbevölkerung und nicht zuletzt die eigenen Kriegsopfer haben bei einem großen Teil der israelischen Bevölkerung Zweifel an Israels Politik der Stärke aufkommen lassen. Erstmals hat in Israel eine breite Oppositionsströmung gegen diese Politik protestiert und politische Lösungen des Konflikts gefordert.

Ernsthafte Zweifel an ihrer Absicht, die seit 1967 besetzten arabischen Gebiete dem israelischen Staatsgebiet einzuverleiben, hat die Führung in Jerusalem seit ihrem Regierungsantritt 1977 nie auftauchen lassen. Zwar hat die internationale politische Lage bisher eine formelle Annektion dieser Gebiete nicht zugelassen – obwohl die Annektion des arabischen Ost-Jerusalems und der Golan-Höhen nur schwachen internationalen Protest auslöste –, doch die seit 1967 zu beobachtende sog. "schleichende Annektion" wurde durch die Regierung Begin in den letzten Jahren erheblich forciert. Sie vollzieht sich nach dem bewährten zionistischen Prinzip der Schaffung vollendeter Tatsachen, dem auch durch die zwischen Israel, Ägypten und den USA getroffenen Vereinbarungen von Camp David (1978) kein Einhalt geboten werden konnte.

Die „Autonomielösung"

Die Abkommen von Camp David und der daraus resultierende israelisch-ägyptische Friedensvertrag vom März 1979 stellten entgegen allen Behauptungen der Beteiligten ein Separatabkommen dar, dessen Kern in einem Gebietstausch bestand: Für die Rückgabe des bis April 1982 besetzten Sinai an Ägypten erhält Israel freie Hand in den besetzten Gebieten Westbank und Gaza-Streifen. Dieser Kern der Vereinbarungen konnte durch die für diese Gebiete vorgesehene Einführung einer „Autonomie" für die palästinensische Bevölkerung nur notdürftig verschleiert werden. Jahrelange ergebnislose Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten haben gezeigt, daß eine Einigung über die Autonomie zwischen den Parteien nicht möglich ist. Zu weit liegen die Vorstellungen auseinander: Während Ägypten die Einführung der Autonomie als Übergangsregelung versteht, die der Errichtung eines wie auch immer staatsrechtlich konzipierten palästinensischen Gemeinwesens und damit dem Ende der israelischen Herrschaft über diese Gebiete vorausgehen soll, interpretiert Israel die Verträge als eine Festschreibung der israelischen Souveränität über die besetzten Territorien; Autonomie nach israelischer Lesart bedeutet lediglich die Einführung einer sehr beschränkten Form von Selbstverwaltung für die palästinensische Bevölkerung, die aber die israelische Hoheits- und Verfügungsgewalt über das Gebiet und seine Ressourcen in keiner Weise berührt.
Die israelische Regierung hat sich nun durch diese Vereinbarungen in keiner Weise davon abhalten lassen, die Politik der „schleichenden Annektion" fortzusetzen, im Gegenteil: Das Attribut „schleichend" erscheint für die in den besetzten Territorien betriebene Politik als Untertreibung. Seit dem Friedensschluß mit Ägypten hat Israel in verstärktem Maße die Errichtung jüdischer Siedlungen in der Westbank vorangetrieben. In weit über hundert Siedlungen leben heute etwa 20.000 bis 30.000 Israelis – ausgenommen Ost-Jerusalem, das seit der Annexion 1967 verwaltungstechnisch – und damit auch statistisch – dem israelischen „Kernland" einverleibt worden ist. Die israelischen Siedler machen in der Westbank und im Gaza-Streifen zwar kaum 2% der Bevölkerung aus, jedoch befinden sich schon etwa 30 bis 40% des Bodens unter israelischer Kontrolle.



Die faktische Annektion schreitet aber auch auf anderen Ebenen voran. So wurde für die israelischen Siedlungen eine Selbstverwaltung eingerichtet, so daß für diese Ansiedlungen und deren Bewohner innerstaatliches israelisches Recht Geltung hat. Nach dem offensichtlichen Scheitern der Autonomieverhandlungen hat Israel sich entschlossen, die Autonomie einseitig der palästinensichen Bevölkerung aufzuoktroyieren. Im November 1981 wurdedie seit 14 Jahren bestehende Militärverwaltung für die besetzten Gebiete offiziell abgeschafft und durch eine Zivilverwaltung ersetzt. Die verwaltungstechnische Veränderung dokumentiert jedoch nicht etwa ein Nachlassen der israelischen Ansprüche auf die Gebiete, vielmehr wollte die Regierung in Jerusalem dadurch deutlich machen, daß es sich nicht um die militärische Beherrschung besetzter Gebiete handelt, sondern um eine ganz „normale" Form der Ver-

waltung. Die „Entmilitarisierung" der Verwaltung bestand somit im wesentlichen in der Ersetzung des Militärgouverneurs durch einen Zivilgouverneur. Der Etikettenschwindel, der sich faktisch hinter der Einführung der Zivilverwaltung verbirgt, hat deshalb auch nicht zur Verminderung der politischen Unterdrückung in den besetzten Gebieten geführt. Die Palästinenser in der Westbank haben das israelische Vorgehen sehr richtig als einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Annektion verstanden und in wochenlangen Streiks und Demonstrationen sich gegen die Zivilverwaltung gewehrt. Bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen haben im Winter 81/82 zu mehr Toten geführt als alle Demonstrationen in der vierzehnjährigen Besatzungszeit vorher.



Jugendliche demonstrieren in der Westbank gegen die Herrschaft Israels, ziehen mit der palästinensischen Fahne um und schreien: „Mein Land, mein Land, mein Land! Dir gebührt meine Liebe, und mein Herz ist dein – Palästina, du bist die Opfererde."

Ein wesentliches Hindernis für die israelische Besatzungsmacht bei der Realisierung ihrer Annektionspläne war die lokale politische Führung in den besetzten Gebieten. Fast alle 1976 gewählten Bürgermeister und Stadträte in der Westbank machten aus ihrer Sympathie für die PLO keinen Hehl. Sie bekräftigten immer wieder den politischen Führungsanspruch der Palästinensischen Befreiungsorganisation und verweigerten im allgemeinen jede Form der Zusammenarbeit mit der neuen Zivilverwaltung und der Beteiligung an Gesprächen, die die Einführung der Autonomie zum Ziele hatten. Die konkrete Verweigerung jeglicher Kooperation mit der neuen Verwaltung des Zivilgouverneurs, des israelischen Professors für arabische Literatur, Menachem Milson, nahm die Regierung dankbar zum Anlaß, fast alle Bürgermeister abzusetzen – darunter insbesondere die bekannten Bürgermeister von Nablus, Bassam Schaka, und von Ramallah, Karim Chalaf, die seit Jahren zu Symbolen des palästinensischen Widerstands gegen die Besatzung geworden waren. Doch nicht nur die politische Führung der Palästinenser in den besetzten Gebieten wurde kaltgestellt. Gleichzeitig arbeitete die neue Zivilverwaltung konsequent auf ihr Ziel hin, eine „alternative", israelischen Wünschen gefügigere politische Führung aufzubauen. Unter Ausnutzung der auch heute noch bestehenden sozialen Widersprüche zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung in einer weitgehend agrarisch strukturierten Gesellschaft unterstützt die Besatzungsmacht die Bildung sogenannter Dorfligen. In diesen Dorfligen, die inzwischen in fast allen zentralen Regionen der Westbank gegründet wurden, vereinigen sich viele der alten, meist reaktionären Notablen der Dörfer mit ihren Familien. Sie sind in den letzten Jahren der Formierung des politischen Widerstands gegen die Besatzung weitgehend ihrer Führungsrolle beraubt worden. Die massive finanzielle und militärische Unterstützung durch die Besatzungsmacht, die Übertragung wichtiger kommunalpolitischer Funktionen durch die Zivilverwaltung und die Absetzung der Bürgermeister und Stadträte verleiht diesen Kräften zwar wieder eine gewisse politische Macht, doch bis heute haben sie gegen die vehemente Ablehnung durch den Großteil der palästinensischen Bevölkerung zu kämpfen. Den Einfluß der abgesetzten politischen Führung und die Unterstützung der Palästinenser für die PLO konnten diese Vereinigungen politischer Kollaborateure bis heute kaum gefährden (vgl. auch 'blätter des iz3w' Nr. 102, Juni 1982).

Ein Feldzug zur Vernichtung der PLO

Die fortschreitende „Judaisierung" der besetzten Gebiete und die Ausschaltung der politischen Führung der besetzten Gebiete – gekoppelt mit dem Aufbau einer „alternativen" lokalen Führerschaft – stellen jedoch nur die ersten beiden Schritte in der Annektionsstrategie der israelischen Regierung, die besonders von dem Verteidigungsminister Scharon konzipiert wurde, dar. Der nächste Schritt war die Eröffnung der militärischen Offensive gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation im Libanon. Durch die militärische und politische Vernichtung der PLO sollten vor allem zwei Ziele erreicht werden: Die Unterbrechung des Prozesses der wachsenden internationalen Anerkennung der PLO und die Ausschaltung des Einflusses der PLO auf den Widerstand der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten.
Im Sommer 1981 war es schon zu erheblichen militärischen Auseinandersetzungen im Süden des Libanon zwischen Israel auf der einen und palästinensischen wie syrischen Truppen auf der anderen Seite gekommen. Auf Vermittlung des amerikanischen Sonderbauftragten Philip Habib kam es zu einem Waffenstillstand u.a. zwischen Israel und der PLO. Die Tatsache, daß – wenn auch nur indirekt – zum ersten Mal ein Abkommen zwischen der israelischen Regierung und der PLO abgeschlossen wurde, hat Jerusalem zwar immer energisch bestritten, doch im Widerspruch zu ihren früheren Erklärungen versuchte Ministerpräsident Begin den Einmarsch im Libanon nicht zuletzt mit Waffenstillstandsverletzungen durch die PLO zu rechtfertigen. Die Verletzung eines Waffenstillstandsabkommens kann man aber nur jemandem vorwerfen, mit dem man auch eine solche Vereinbarung getroffen hat.

Immer lauter wurden im Winter und Frühjahr 1982 Stimmen im palästinensischen Lager, die sich für eine Strategie des Dialogs einsetzten. Prominente Führungsmitglieder der PLO wie z.B. Issam Sartawi betonten immer wieder die Notwendigkeit von Gesprächen mit friedensbereiten Kräften auf der israelischen Seite. Sogar der Vorsitzende der PLO, Yassir Arafat, bekannte sich öffentlich zu den Gesprächen „mit progressiven demokratischen Kräften" aus Israel. Zum anderen wurde immer deutlicher von verschiedenen PLO-Repräsentanten die Bereitschaft unterstrichen, „einen unabhängigen palästinensischen Staat auf jedem Teil des befreiten Palästinas" zu gründen. Dies bedeutet eine Abkehr von dem bis 1974 als ausschließlichem Ziel verkündeten „demokratischen säkularen Staat" in ganz Palästina und kommt einer indirekten Anerkennung des Existenzrechts des israelischen Staates gleich. Besonders durch diese Bekundungen zur Gesprächsbereitschaft und zur Errichtung eines palästinensischen Teilstaats neben Israel wuchs das internationale Ansehen der PLO. Die Frage der gegenseitigen Anerkennung wurde immer wie-

der heftig diskutiert, da eine Anerkennung Israels durch die PLO das noch immer in der Palästinensischen Nationalcharta verankerte Ziel der Vernichtung des zionistischen Staates quasi außer Kraft setzen würde. Obwohl vor kurzem erst der Führer der Demokratischen Volksfront, Nayef Hawatmeh, sich für eine Anerkennung Israels aussprach – allerdings im Zusammenhang mit der Gründung eines palästinensischen Teilstaats – bestehen innerhalb der PLO gegen eine Anerkennung erhebliche Widerstände. Bedeutet eine Anerkennung Israels nicht eine nachträgliche Legitimierung des Unrechts, das Israel dem palästinensischen Volk zugefügt hat?

Nichts ist jedoch gefährlicher für die gegenwärtige israelische Regierung als eine zu Friedensverhandlungen bereite PLO. In den letzten Jahren hat Israel immer wieder die mangelnde Gesprächsbereitschaft der PLO für das Scheitern jeglicher Friedensbemühungen im Nahen Osten verantwortlich gemacht. Die offen erklärte Bereitschaft der PLO, Israel anzuerkennen, würde die Regierung Begins international in Zugzwang bringen.
Um also zu verhindern, daß die von immer mehr Staaten in aller Welt anerkannte einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes politisch auch für die USA „salonfähig" wird, war eben nicht nur die militärische, sondern auch politische Vernichtung der PLO notwendig. Diesem Ziel diente die Beschuldigung, die PLO verletze an der Nordgrenze Israels ständig den Waffenstillstand, obwohl es noch nie so ruhig in Galiläa war wie vor dem Einmarsch in den Libanon im Juni 1982. Diesem Ziel diente auch der Versuch Israels, für jeden Terrorakt gegen israelische oder jüdische Einrichtungen und Personen in aller Welt die PLO verantwortlich zu machen.
Durch die Zerschlagung der PLO als militärische Organisation erhoffte sich die israelische Regierung jedoch nicht nur, die politische Bedeutung der palästinensischen Vertretung auf internationaler Ebene zu erschüttern. Die militärische Niederlage sollte die PLO auch als Symbol des palästinensischen Widerstands und der palästinensischen Hoffnungen zerstören, um damit ihre Unterstützung durch die Bevölkerung in der Westbank und im Gaza-Streifen zu schwächen. Eine ihrer politischen Repräsentantin beraubte Bevölkerung in den besetzten Gebieten würde den Aufbau einer neuen politischen Führung der Palästinenser und die Durchsetzung der Annektions-(Autonomie-)Pläne erleichtern.

Der verlorene Sieg

Von diesen Kriegszielen konnte die israelische Regierung bisher keines erreichen. Der Abzug der PLO aus West-Beirut stellt sicherlich eine militärische Niederlage für die palästinensische Befreiungsorganisation dar, doch sie konnte weder militärisch noch politisch vernichtet werden. Zwar bedeutete die PLO für Israel niemals eine ernsthafte militärische Bedrohung; Israels Überlegenheit im Nahen Osten ist nicht gefährdet und dessen ist sich die Führung in Jerusalem durchaus bewußt. Der langanhaltende Widerstand der palästinensischen Kämpfer gegen die Einnahme West-Beiruts durch die israelische Armee – aus militärischen u n d besonders auch politischen Gründen – hat, obwohl er mit dem Abzug der PLO endete, auf palästinensisch-arabischer Seite den Eindruck verstärkt, daß allein die Palästinenser entschlossen sind, der israelischen Militärmaschinerie Paroli zu bieten. Trotz der erheblichen militärischen Schwächung der PLO hat das Image dieser Organisation, alleiniger Sachwalter der palästinensischen Interessen zu sein, in keiner Weise gelitten.

Unverkennbar ist gleichzeitig die politische Aufwertung, die die PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes in aller Welt erfahren hat. Die vielen Verlautbarungen israelischer Minister über die „Eliminierung der PLO" und der angestrebten militärischen und politischen Zerstörung der palästinensischen Infrastruktur im Libanon haben deutlich gemacht, daß die israelische Regierung nicht eine politische Lösung des Palästina-Konfliktes anstrebt, sondern kraft ihrer militärischen Übermacht den politischen Rivalen auszuschalten sucht.
Die Hoffnungen Jerusalems, durch Vernichtung der PLO das Palästina-Problem endgültig von der politischen Tagesordnung zu verbannen, haben sich nicht erfüllt. Das Gegenteil ist der Fall: Der Notwendigkeit, eine wie auch immer geartete friedliche Regelung des Konflikts herbeizuführen, können sich die Beteiligten – auch die USA, wenn auch nur widerstrebend und aus sehr unterschiedlichen Interessen – nach dem Libanon-Krieg noch weniger entziehen als vorher.

Die Zerstörung des nationalen Konsenses in Israel

Auch innenpolitisch hat der Einmarsch in den Libanon für die Regierung Begins gefährliche Auswirkungen. Zum ersten Mal in der israelischen Geschichte hat es während eines Krieges heftigen und massenhaften Protest gegen die Regierung gegeben. Hunderttausende sind auf die Straße gegangen, um ihre Ablehnung gegen die Strategie der Vernichtung der PLO zum Ausdruck zu bringen.
Schon in den ersten Wochen nach dem Einmarsch entstand das „Komitee gegen den Krieg im Libanon". Dieser Zusammenschluß von Intellektuellen, Publizisten, Professoren und Studenten stellt ein relativ breites Bündnis links-liberaler zionistischer und nicht-zionistischer Kräfte dar.
Es war in den letzten zwei Jahren insbesondere als „Komitee gegen die Schließung der (palästinensischen) Universität Bir Zeit (in der Westbank)" mit Aufrufen, Demonstrationen und spektakulären Aktionen gegen die israelische Besatzungspolitik hervorgetreten.
Immer wieder formierten sich von der Front im Libanon zurückkehrende Soldaten zu Gruppen, die in Briefen und öffentlichen Manifestationen ihre Opposition gegen den Krieg und insbesondere auch gegen die Kriegsführung und die damit verbundene Informationspolitik der Regierung ausdrückten. Angesichts des Vernichtungstraumas der jüdischen Bevölkerung kann man die öffentliche Wirksamkeit derartiger Proteste von Soldaten, zum Teil auch hohen und verdienten Offizieren, nicht unterschätzen. Versuche der Regierung, gerade derartige Proteste als Vaterlandsverrat zu diffamieren und eine Dolchstoßlegende zu konstruieren, mußten fehlschlagen. Aufgrund dieser Opposition, die in allen Medien einen breiten Raum einnahm, sah sich die Regierung nach der ersten Kriegswoche zu dem Versuch veranlaßt, durch eine Nachrichtensperre und eine sehr eingeschränkte Informationspolitik die zunehmende Kritik an ihrem Vorgehen im Libanon zu verhindern.
Die außerparlamentarische Opposition hat im Verlaufe des Krieges an Ausmaß und Vehemenz zugenommen. Auch die Bewegung „Frieden jetzt", eine linken Neigungen unverdächtige breite Protestbewegung, die sich seit Ende der 70er Jahre immer wieder gegen die unnachgiebige Haltung der Regierung Begins gewandt hatte, schloß sich den Protesten an. Die neue Qualität der Proteste lag und liegt insbesondere in den deutlicher als jemals zuvor proklamierten politischen Zielen. Die Proteste beschränkten sich in den letzten Jahren im wesentlichen auf den Appell an die Regierung, in den Verhandlungen mit Ägypten eine größere Kompromißbereitschaft

Gruppen des israelischen Friedenslagers

Die „**Demokratische Front für Frieden und Gleichheit**" („Chadasch") wurde vor den Wahlen 1977 gegründet und stellt eine Koalition dar aus der „Israelischen Kommunistischen Partei Israels", dem Hauptteil der orientalisch-jüdischen Protestbewegung der „Schwarzen Panther", den Linkssozialisten („Schassi"), der inzwischen aufgelösten Unabhängigen Kommunistischen Opposition („Aki") und unabhängigen Intellektuellen. Dominierendes Element in dieser mit vier Abgeordneten im Parlament vertretenen „Demokratischen Front" ist die Kommunistische Partei, die als Moskautreu gilt und trotz ihres jüdischen Vorsitzenden, Meir Vilner, im wesentlichen die arabische Minderheit von ca. 16% in Israel repräsentiert.
Den Kommunisten nahe steht das 1974 gegründete „**Komitee für gerechten Frieden zwischen Israel und den arabischen Staaten**". Dieses im wesentlichen aus nichtzionistischen Politikem, Publizisten und Intellektuellen bestehende „Komitee" setzt sich seit Jahren für die gegenseitige Anerkennung des israelischen und palästinensischen Volkes ein.
In der Partei „**Frieden und Gleichheit für Israel**" („**Schelli**") ist ein breites Spektrum linkszionistischer Kräfte vereinigt. Prominente Mitglieder sind der liberale Publizist Uri Avnery, der ehemalige Generalsekretär der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Lova Eliav, und der sozialistische Reserveoberst Meir Pail. „Schelli" ging aus einer Verbindung verschiedener Splittergruppen und -parteien 1977 hervor und entsandte bis 1981 zwei Abgeordnete in das israelische Parlament.
So wie die „Demokratische Front" und das „Komitee" den nichtzionistischen Flügel der Friedenskräfte repräsentieren, so stehen „Schelli" und der „**Israelische Rat für israelisch-palästinensischen Frieden**" für den linkszionistischen Teil des Friedenslagers. Vorsitzender ist der Reservegeneral Mattityahu Peled. Der „Rat" forciert seit Jahren – wie auch das „Komitee" – Gespräche mit Vertretern der PLO und setzt sich für eine Teilstaatslösung ein.

„**Frieden jetzt**" („**Schalom Achschav**") ist als breite Protestbewegung gegen die Politik Begins Ende der 70er Jahre entstanden. Diese Bewegung ist ein lockerer politischer Zusammenschluß ohne organisatorische Struktur und ausformuliertes politisches Programm. Unter der Losung „Schalom Achschav" protestierten Hunderttausende gegen die unnachgiebige Politik Begins, darunter – neben den traditionellen Friedensgruppen – auch viele Wähler und Mitglieder der Arbeiterparteien.
„**Os Veschalom**" („**Kraft und Frieden**") ist eine Vereinigung religiöser Juden, die der Ansicht sind, daß die Verwirklichung des religiösen Zionismus mit der Bewahrung des jüdischen Charakters und des ethischen Niveaus der israelischen Gesellschaft Hand in Hand gehen muß. Der Arbeitskreis, dessen Mitglieder zu einem großen Teil der an der Regierungskoalition beteiligten Nationalreligiösen Partei angehören, sieht in einem auf territorialem Kompromiß beruhenden Friedensschluß einen unumgänglichen Schritt zur Verwirklichung dieses Ziels.
Während die zionistischen Friedenskräfte eine Lösung anstreben, die die Existenz eines unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite eines fortbestrebenden jüdisch-zionistischen Staates vorsieht, fordern die nichtzionistischen Kräfte des Friedenslagers auch die Entzionisierung des israelischen Staates, da nach ihrer Ansicht nur ein nichtzionistischer Staat ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Juden und Arabern garantieren kann. Die trotzkistisch ausgerichtete Gruppe „**Matzpen**" fordert tendenziell die Auflösung des israelischen Staates. Führende Mitglieder riefen vor mehr als einem Jahr die Aktion „**Brfreites Gebiet**" ins Leben, die mit Anzeigen in der israelischen Tagespresse gegen die Besatzungspolitik Begins protestierte.
Die scharfe Trennung von zionistischen und nichtzionistischen Friedenskräften, die viele Gruppierungen in Israel immer wieder spaltet oder deren Zusammenarbeit erschwert, wenn nicht verhindert, wurde im „**Komitee gegen den Krieg im Libanon**" um und setzte sich an die Spitze der Proteste gegen den Einmarsch. Die Arbeit besteht weniger in der Formulierung politischer Programme als in der Organisation des Protestes.

zu zeigen, ohne daß die Formulierung eines politischen Programms aufgrund der breiten politischen Basis möglich gewesen wäre. Bei den großen Demonstrationen in Tel Aviv und Jerusalem nun wurden zum ersten Mal Verhandlungen mit der PLO, die Anerkennung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts und teilweise sogar ein palästinensischer Teilstaat neben Israel gefordert. Was somit vor dem Libanon-Krieg nur von einigen kleinen außerparlamentarischen Gruppen und der Kommunistischen Partei Israels als politisches Programm formuliert worden war, ist jetzt zum Inhalt der politischen Vorstellungen einer breiteren Oppositionsbewegung geworden.
Diese Opposition begnügt sich nicht mehr mit unverbindlichen Appellen an die Friedens- und Verständigungsbereitschaft der Regierung, sondern nähert sich in ihren politischen Forderungen immer mehr der Programmatik des traditionellen Friedenslagers in Israel an. Dessen unterschiedliche und teilweise untereinander rivalisierende Gruppen und Parteien werden angeführt von dem „Israelischen Rat für einen israelisch-palästinensischen Frieden", der im wesentlichen von der links-zionistischen Partei SCHELI angeführt wird, dem „Komitee für gerechten Frieden zwischen Israel und den arabischen Staaten", in dem die Kommunistische Partei Israels dominiert, und der Gruppe Matzpen, die mit der Aktion „Befreites Gebiet" in den letzten Monaten eine breiter angelegte politische Initiative ergriffen hatte. Einig sind sich diese Gruppierungen in den Forderungen nach Anerkennung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts, nach Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den besetzten Gebieten, nach Errichtung eines palästinensischen Staates auf dem Gebiet der Westbank und des Gaza-Streifens und nach Verhandlungen mit der PLO (zu Gruppierungen s. Kasten).

Die große Anzahl israelischer Gruppen, die auf der Basis der genannten Forderungen eine friedliche Regelung des Palästina-Konfliktes anstreben, dokumentiert jedoch nicht die Stärke der israelischen Friedenskräfte, sondern lediglich deren Zerstrittenheit. Noch immer gelingt eine auch nur punktuelle Zusammenarbeit zwischen zionistischen, nicht-zionistischen und anti-zionistischen Gruppen lediglich in wenigen Fällen. Alle Versuche, diese Kräfte

durch organisatorische Vereinigung zu einem innenpolitischen Machtfaktor zu machen, sind bisher gescheitert. Auch die gemeinsame Opposition gegen den Feldzug im Libanon hat einen engeren organisatorischen Zusammenschluß – gar in Form einer „Friedenspartei" – nicht herbeiführen können. Die machtvollen Demonstrationen der außerparlamentarischen Opposition während der letzten Wochen und Monate dürfen deshalb über die Schwäche der Protestbewegung nicht hinwegtäuschen.
Tatsache ist, daß diese Opposition gegen den Krieg eine Zerstörung des nationalen Konsens in Israel dokumentiert. Die weitgehende Einigkeit fast aller politischen Parteien in Israel, die einen vollständigen Abzug aus den besetzten Gebieten und eine Rückgabe des arabischen Ost-Jerusalems ebenso ablehnen wie die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Teilstaats neben Israel und Verhandlungen mit der PLO, ist erschüttert. Hier zeigen sich Risse in dem einstmals so homogen erscheinenden Block gemeinsamer zionistischer Überzeugungen. Inwieweit diese Risse sich ausweiten, breite Kreise der Bevölkerung berühren und schließlich die politische Landschaft in Israel verändern, bleibt abzuwarten.

Über 300 000 Israelis

fordern Rücktritt Scharons

Demonstration vor Begins Amtssitz

Unruhe in Israels Militär

Massenprotest gegen die Regierung Begin

Aufbegehren in Israel

Soldaten erheben Vorwürfe

TEL AVIV, 24. Oktober (AFP). Das „Recht auf Gehorsamsverweigerung" haben Reservisten der israelischen Streitkräfte sowie Juristen und Lehrer bei einer öffentlichen Versammlung in Tel Aviv verteidigt.

Erstarkung der Friedensbewegung

Ein Beobachter hat die Situation der Friedenskräfte mit dem Anwachsen von der Marginalität zur Minorität beschrieben. Die echte Opposition gegen den Krieg wird im wesentlichen von außerparlamentarischen Gruppierungen getragen. Nach dem die links-zionistische Partei SCHELI bei den Wahlen im Sommer 1981 einen starken Einbruch erlebte, ist lediglich die Kommunistische Partei Israels als ein Repräsentant des Friedenslagers mit vier Abgeordneten im israelischen Parlament vertreten. Die eigentliche parlamentarische Opposition, die Arbeiterparteien, war nicht in der Lage sich an die Spitze der Protestbewegung zu setzen. Ihre halbherzige Ablehnung des Krieges – ja zum Einmarsch bis zu einer Sicherheitszone von ca. 40 km, nein zur Stürmung West-Beiruts –, ihre innere Zerstrittenheit und die fortdauernde Rivalität zwischen dem Oppositionsführer Schimon Peres und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Yitzchak Rabin haben die Wahlaussichten erheblich beeinträchtigt. Es gelang den Arbeiterparteien nicht, sich als eine alternative politische Kraft darzustellen. Ihre politische Haltung zum Libanon-Krieg erinnert fatal an die hilflose „So-nicht"- und „Jetzt-nicht"-Opposition der deutschen Christdemokraten gegen die Ostpolitik.
Auch in den sozialdemokratischen Arbeiterparteien gibt es Kräfte, die in ihren politischen Überzeugungen den Friedenskräften sehr nahestehen. Diese „Epplers" und „Baums" der israelischen Parteienlandschaft, die sogar auch in den Koalitionsparteien der Regierung zu finden sind, stehen jedoch im innerparteilichen Abseits und eine politische Wirksamkeit kann nicht festgestellt werden. Wer also aufgrund der oppositionellen Bewegungen in Israel sich Hoffnungen auf einen raschen Regierungswechsel macht, muß enttäuscht werden. Ministerpräsident Begin sitzt – das beweisen alle Meinungsumfragen der letzten Zeit – fester im Sattel als jemals zuvor. Er darf sich bei den sich abzeichnenden Neuwahlen im Frühjahr oder Sommer 1983 Hoffnungen auf eine solide parlamentarische Mehrheit machen.
Auch die Ereignisse in den Palästinenserlagern Sabra und Schatila und die politische Mitverantwortung der israelischen Regierung für die Massaker haben seine Position in keiner Weise gefährdet. Hinzu kommt, daß selbst ein Regierungswechsel kaum zu einer grundlegenden Wende der israelischen Politik führen würde: „Kontinuität mit neuen Akzenten" nennt man wohl derartiges heutzutage.

Ethnische Spaltung

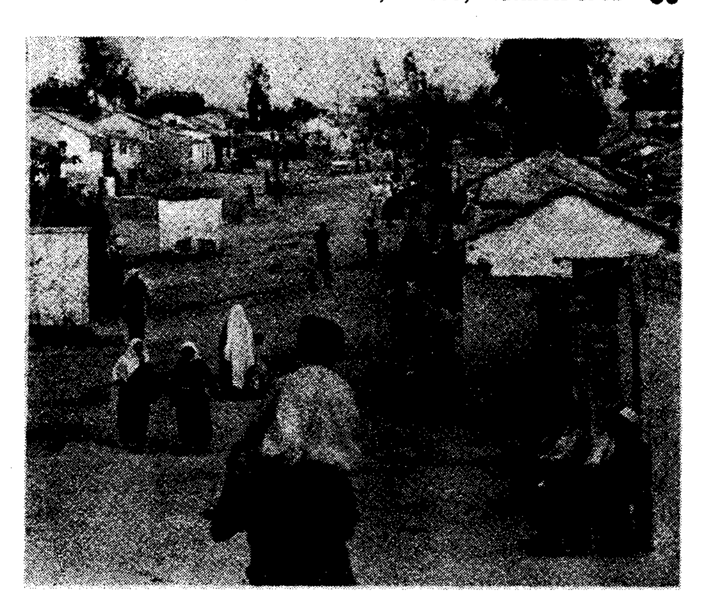
Für den ausländischen Beobachter erstaunlich ist der Umstand, daß das israelische Wahlverhalten nur zu einem geringen Teil von der Haltung zu Fragen des Palästina-Konfliktes bestimmt wird. Die Parlamentswahlen im Sommer 1981 haben bewiesen, daß die israelische Gesellschaft von einer tiefen ethnischen Spaltung gekennzeichnet ist, die das Wahlverhalten viel wesentlicher beeinflußt als alle noch so brisanten politischen Probleme.
Die israelischen Arbeiterparteien waren seit vierzig Jahren die bestimmende politische Kraft in der zionistischen Bewegung und haben den Aufbau des jüdischen Staates seit seiner Gründung dominiert. Bei diesem Prozeß spielten die Parteien eine wesentlich bedeutendere Rolle für den einzelnen als wir dies in der Bundesrepublik kennen. Die Mitgliedschaft in den Arbeiterparteien – und der von ihnen beherrschten Gewerkschaftsbewegung Histadrut – verschafft dem israelischen Bürger einen Arbeitsplatz, eine Wohnung, Kranken- und Sozialversicherung etc. Alle gesellschaftlichen Institutionen sind aufs engste mit den Parteien verflochten. Da aber die Führung und die Funktionäre sich immer im wesentlichen aus den europäischen Juden (Aschkenasim) rekrutierten, gelten diese Parteien bis heute als Repräsentanten dieses fast alle gesellschaftlichen Strukturen bestimmenden Establishments.
Weit über 60% der israelischen Bevölkerung sind heute jedoch orientalischer Abstammung (Sefardim), d.h. kommen aus arabischen Ländern bzw. sind Nachkommen von jüdischen Eltern dieser Herkunft. Diese Sefardim bilden das Proletariat. Alle Versuche israelischer Regierungen, die tiefe soziale Kluft zwischen diesen orientalischen und den aschkenasischen Juden überbrücken zu können, haben sich als trügerisch erwiesen. Im Gegenteil: Die Kluft ist immer größer geworden.

Ministerpräsident Begin, obwohl selbst europäischer Herkunft – er stammt aus Polen –, ist es nun gelungen, sich als Sachwalter der Interessen dieses orientalischen Bevölkerungsanteils darzustellen. Aufgrund seiner jahrzehntelangen Oppositionsrolle gegenüber den herrschenden Ar-

beiterparteien wird er der Kumpanei mit dem sozialdemokratischen Filz nicht verdächtigt. Er kann darauf verweisen, daß es gerade die Politik der Arbeiterparteien in den letzten Jahrzehnten war, die es nicht vermochte, die soziale Benachteiligung des orientalischen Teils der jüdisch-israelischen Gesellschaft zu mildern oder gar aufzuheben. Menachem Begin, dessen demagogische Qualitäten von niemandem bestritten werden, ist auf diese Weise zum Symbol des Protestes der orientalischen Juden gegen das aschkenasische (europäische) Establishment geworden.
Das Paradoxon israelischer Innenpolitik liegt nun darin, daß – pointiert ausgedrückt – die Millionäre die Arbeiterparteien wählen, die Arbeiter jedoch für die konservativ-reaktionäre, wirtschaftspolitisch einen liberalistisch und außenpolitisch einen chauvinistischen Kurs steuernde Parteiverbindung LIKUD des Menachem Begin stimmen.
Die wirtschaftliche Situation Israels war schon unter den Regierungen der Arbeiterparteien sehr kritisch, doch die Regierung Begin war bisher nicht in der Lage, eine Wende herbeizuführen. Trotz seines Wählerpotentials konnte er sich leisten, die Lasten seines wirtschaftlichen „Gesundungsprogramms" gerade den armen und ärmsten Schichten aufzubürden. Keinen Widerspruch findet z.B. auch seine Siedlungspolitik, die gewaltige Finanzmittel in den Bau von israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten steckt, jedoch die katastrophale Wohnungsnot in den israelischen Städten nicht behebt.
Obwohl sich also die Lage der orientalischen Juden in Israel seit dem Regierungsantritt 1977 nicht verbessert hat, ist die Position Begins als „orientalischer Volkstribun" gefestigt. Der Protest gegen seine Politik bleibt auf die aschkenasischen Juden – eine Minderheit – beschränkt. Die ethnische Spaltung der israelischen Gesellschaft läßt somit einen politischen Wandel auf absehbare Zeit als sehr unwahrscheinlich erscheinen, zumal sich in den Arbeiterparteien keine Anzeichen beobachten lassen, die zu einer Revision dieser Entwicklung beitragen könnten.

Zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten

Die israelischen Friedenskräfte haben es bisher nicht verstanden, die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Politik in die Diskussion einzubeziehen. Jahrelang hat man sich der Illusion hingegeben, Menachem Begin sei 1977 allein aufgrund eines einmaligen Protestwählerpotentials an die Macht gekommen und stelle mithin nur ein temporäres Problem dar. Die tiefe ethnische Spaltung der israelischen Gesellschaft und deren politische Implikationen wurden auch bei den Wahlen 1981 nur teilweise zur Kenntnis genommen. Folgerungen für den politischen Kampf hat man daraus nicht gezogen. Völlig abgehoben von den realen gesellschaftlichen Verhältnissen werden Friedenskonzepte diskutiert und entworfen, deren politische Realisierungschancen gering erscheinen. Welche wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in Israel herbeigeführt werden müßten, um die Basis für ihre politischen Vorstellungen vergrößern zu können, wird nicht gefragt.
In der israelischen Gesellschaft vollziehen sich ökonomische und soziale Prozesse, deren Folgen in Zukunft das zionistische Projekt in Palästina in Frage stellen könnten. In zunehmendem Maße ist – ein Grundproblem Israels – die Wirtschaft von ausländischem Kapital abhängig. Angesichts der wachsenden politischen Differenzen mit dem amerikanischen Bündnispartner und vor allem auch mit der jüdischen Diaspora wird der weitere Zufluß dieser Gelder ungewiß. Die Wirtschaft des Landes ist von Stagnation gekennzeichnet. Das kleine, rohstoffarme Land ist besonders auf den Export angewiesen, doch auf dem Agrarsektor



Flüchtlingslager am Stadtrand von Gaza

macht sich auf den Märkten der EG immer stärker die Konkurrenz anderer mediterraner Länder bemerkbar.
Der notwendigen Erschließung von neuen Absatzmärkten für hochentwickelte Industriegüter sind gerade auch aus politischen Gründen Grenzen gesetzt. Lediglich der Rüstungssektor verzeichnet bedeutende Zuwachsraten und gehört inzwischen zu den wichtigsten drei Exportfaktoren. Absatz finden israelische Flugzeuge, Waffen und elektronisches Gerät besonders in Mittel- und Südamerika. Die Dankbarkeit zentralamerikanischer Diktaturen für israelische Lieferungen von Waffen und militärischem Know How manifestiert sich immer mal wieder in den Stimmabgaben dieser Staaten gegen Verurteilungen Israels in den Vereinten Nationen.
Zwar ist die Arbeitslosigkeit innerhalb Israels noch relativ gering (2% laut Bad. Zeitg. v. 26.11.82). Doch der Regierung ist es bisher nicht gelungen, die gallopierende Inflation mit Preissteigerungsraten von 120 bis 130% in den letzten Jahren wesentlich zu mindern. Selbst einschneidende Kürzungen im Sozialbereich – besonders die weitgehende Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel – konnten die wachsende Verschuldung des Staatshaushaltes, der durch gewaltige Militärausgaben belastet wird, nicht verhindern.
Der Libanon-Krieg hat diese Situation natürlich verschärft. Auf absehbare Zeit wird die israelische Armee den Süden des Libanon besetzt halten, was wiederum mit enormen Kosten verbunden ist. Zudem werden der Wirtschaft durch die Einberufung von Reservesoldaten dringend benötigte Kräfte entzogen. Israels Ökonomie erhält damit zunehmend die Züge einer Kriegswirtschaft. Der Abzug ausländischen Kapitals und die Einstellung finanzieller Unterstützung aus dem Ausland würde das zerbrechliche israelische Wirtschaftssystem wie ein Kartenhaus zum Einsturz bringen. Versuche, sich den Süden des Libanon als neuen Absatzmarkt für agrarische und industrielle Güter zu erschließen, bleiben in diesem Zusammenhang von geringer Bedeutung.

Möglichkeiten politischer Veränderungen?

Die israelische Armee, die im wesentlichen aus Reservesoldaten besteht, ist in der jüdischen Bevölkerung fest verwurzelt. Es gibt wohl kaum eine Armee auf der Welt, deren Existenz in Staat und Gesellschaft derart ungebrochen akzeptiert wird. Diese Situation hat sich auch durch



Palästinenser in Israel

den Einmarsch in den Libanon nicht geändert. Zwar ist der Protest gegen den Krieg im allgemeinen und gegen die Kriegsführung im besonderen nie so vehement gewesen wie im Sommer 1982, zwar wurde der Protest ganz entscheidend von Offizierskreisen initiiert und getragen, doch kaum jemand in Israel stellt deshalb die Armee als solches in Frage. Selbst die Offiziere und Soldaten, die sich weigerten, in den besetzten Gebieten oder im Libanon zu dienen, bezweifeln nicht die Existenzberechtigung der Armee (kein Militär wurde übrigens wegen seines Protestes an die Wand gestellt, nur wenige sitzen deshalb im Gefängnis). Natürlich bestimmen in Israel militärische Überlegungen – oder wie es dort heißt: „Probleme der Sicherheit" – sehr wesentlich politische Entscheidungen. Dies kann jedoch nicht auf den beherrschenden Einfluß der Militärs zurückgeführt werden. Noch nie in der israelischen Geschichte saßen so wenige Generäle in der Regierung wie unter Menachem Begin. Die „Festungsmentalität", das „Sicherheitstrauma" – welchen Ausdruck man auch immer für das Gefühl breiter Kreise, sich allein auf die militärische Stärke zu verlassen, finden mag – sind tief verwurzelt. Sie sind das Produkt historischer Erfahrungen u n d zionistischer Politik in den letzten Jahrzehnten. Der Krieg hat die Bereitschaft zur Revision dieser Politik jedoch bei vielen erhöht. Diese Umstände gilt es bei der Entwicklung einer politischen Perspektive für das israelisch-jüdische und das arabisch-palästinensische Volk einzubeziehen.

Eine gemeinsame Perspektive für beide in Palästina existierenden Völker, die auf jedwede Ausschließlichkeitsansprüche verzichtet, ist nur als Prozeß denkbar. Der Libanonkrieg und seine bisher absehbaren Folgen haben diesem Prozeß neue Impulse gegeben. Israels Rolle im Nahen Osten ist einem tiefgreifenden Wandel unterzogen. Der Krieg im Libanon hat auch gezeigt, daß einer Realisierung einseitiger Ansprüche auf der Basis militärischer Überlegenheit Grenzen gesetzt sind. Trotz aller Skrupellosigkeit, mit der die israelische Führung im Libanon ihre Vorstellungen von der „Lösung" der Palästinafrage durchzusetzen versuchte, bleibt festzustellen, daß sie ihr Ziel – die Vernichtung der PLO – nicht erreichen konnte. Der Krieg und seine Folgen wirken sich in verstärktem Maße nachteilig für Israel aus. Besonders auf israelischer Seite – aber auch auf palästinensischer – sind durch die Ereignisse des Sommers 1982 Prozesse politischer Verunsicherung eingeleitet bzw. verstärkt worden, die bisher nicht zu beobachten waren. Auf dieser Grundlage an der Entwicklung gemeinsamer Perspektiven für beide Völker im Nahen Osten weiterzuarbeiten, ohne sich der trügerischen Hoffnung auf schnelle Wandlungen hinzugeben, bleibt Aufgabe der Friedenskräfte auf beiden Seiten.

Christian Sterzing

Perspektiven in Palästina – Foto - Ausstellung

„Perspektiven in Palästina" ist eine Ausstellung des holländischen Fotografen Oscar van Alphen. Sie ist der Versuch, die Lebenssituation des palästinensischen Volkes mit Bild und Text zu dokumentieren. Die Ausstellung gibt Einsichten, bietet Perspektiven in die Probleme einer zerstückelten Nation. Sie will helfen, Vorurteile abzubauen, den Blick freizumachen für längerfristige Perspektiven in Palästina: für ein friedliches Neben- und Miteinander von Juden und Arabern in einem Land.

Die Ausstellung
Thematisch gliedert sich die etwa 250 Fotos umfassende Ausstellung in mehrere Schwerpunkte: a) Die GESCHICHTE der Palästinenser und ihrer Gesellschaft zwischen 1880 und 1946 (eine Auswahl historischer Fotos aus dem gleichnamigen Buch von Sarah Graham-Brown). b) Die palästinensiche FAMILIE. c) das Leben in den Flüchtlingslagern im LIBANON UND DIE PLO; eine Dokumentation über die Aktivitäten jener sozialen, kulturellen und medizinischen Einrichtungen, die im Sommer 1982 während des Krieges zerstört worden sind. d) die Situation der PALÄSTINENSER IN ISRAEL, die als Minderheit im eigenen Land leben; der Kontrast zwischen dem alten arabischen und dem neuen jüdischen Nazareth in Galiläa. e) Die verschiedenen ethnischen, nationalen und religiösen Gruppen in JERUSALEM, der Stadt, in der Palästinenser, das zionistische Israel und antizionistische Juden aufeinandertreffen; die strategische Einkesselung der arabischen Altstadt durch moderne israelische Trabantenstädte. f) Die Palästinenser in der BESETZTEN WESTBANK und die zionistischen Siedlungen; die Behinderung der arabischen Landwirtschaft durch die Besatzer; das Problem der palästinensischen „Gastarbeiter", die jeden Tag nach Israel zur Arbeit fahren; die Bildungseinrichtungen der Palästinenser, die Birzeit Universität; die politischen und sozialen Auseinandersetzungen, die Formen des Protestes und des Widerstandes, die Reaktion der Besatzungsmacht.

In jeden Themenschwerpunkt wird mit einem Text eingeführt; zusätzlich sind die jeweils fotografisch dargestellten Situationen durch einen begleitenden Text erläutert.

Technisch besteht die Ausstellung aus acht freistehenden Einheiten (Boxen, zusammengefügt aus selbsttragenden Wänden), die jeweils etwa 4 qm einnehmen; insgesamt ist eine Stellfläche von 120 qm erforderlich. Das Gesamtgewicht der Ausstellung beträgt etwa 500 kg; für den Transport wird ein Kleinlaster benötigt.

Ausstellungen sollten schon wegen der Höhe der entstehenden Kosten in Zusammenarbeit mit Museen, kommunalen Institutionen, Kirchen, Verbänden etc. organisiert werden. Die Stellzeit sollte drei Wochen nicht unterschreiten; eine Betreuung ist erforderlich.

Anfragen nach freien Ausleihterminen usw.
an Friedhelm Ernst, Frankfurter Str. 38, 6100 Darmstadt.

Die nächsten Ausstellungsorte und Kontaktadressen:

Dez./25. Jan. 1983	Freiburg (Jos. Fritz, Wilhelmstraße 15, 7800 Freiburg, Telefon 0761 – 26877).
Febr./März 1983	Berlin (Conrad Bölicke, AStA der TU, Marchstr. 6, 1000 Berlin 10, Telefon 030 – 3145683)
April/Mai	Ruhrgebiet: Bochum, Essen/ Münster (Mohamed Turki, Am Sandershof 21, 4350 Recklinghausen, Telefon: 02361 – 47639).
Juni	Hannover (Jürgen Strempel, Gretchenstr. 25, 3000 Hannover, Tel. 0511 – 319310).

Die Ausstellung „Perspektiven in Palästina" ist ein Versuch, zu einem gewissen Maße das verzerrte und fast unauslöschliche Bild von den Palästinensern als Terroristen zurechtzurücken.
Um dies zu tun, gehe ich nicht von der Gewalt aus: weder von der Gewalt, welche die Palästinenser selbst anwenden, noch von der Gewalt, die ihnen angetan wird. Das soll nicht bedeuten, daß die Bedrohung durch Gewalt nicht sichtbar wird. Ihr auszuweichen wäre nicht nur unmöglich, sondern auch völlig irreal gewesen: dafür ist sie viel zu bestimmend im täglichen Leben der Palästinenser.
Aber gerade dieses in vieler Hinsicht so zerrissene tägliche Leben hat mich am stärksten beeindruckt. Das gilt sowohl für die Flüchtlingslager im Libanon, in Jordanien und andernorts, wo die Palästinenser die Möglichkeit haben, ihre Gemeinschaft aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen – nur darin sehen sie selbst eine Garantie für die Zukunft der kommenden Generationen. Und das gilt auch für die besetzten Gebiete, in denen sie im vollen Bewußtsein ihrer Rechte und unter einer bisweilen unerträglichen Spannung von gegenwärtiger oder drohender Gewalt trotz allem nicht von lauter Haß auf Israel und das jüdische Volk beherrscht sind.
Eines ist mir sehr deutlich geworden: die Palästinenser haben kein Bedürfnis nach einer ihnen eigenen Form von „Exklusivität", dafür sind sie sich zu sehr der Berechtigung ihrer Ziele bewußt. Ich hoffe, daß die Ausstellung zu dieser Einsicht beitragen wird.

Oscar van Alphen



Entstehung und Struktur der PLO

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) wurde 1964 gegründet und ist die Dachorganisation aller palästinensischen Organisationen. In ihr sind die Vertreter der bewaffneten Widerstandsorganisationen (Fedayin-Verbände), die Vertreter von Gewerkschaften und Berufsorganisationen, sowie palästinensische Persönlichkeiten aus den verschiedenen palästinensischen Gemeinschaften im Exil und in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten zusammengeschlossen, um für die Durchsetzung der nationalen Ziele der Palästinenser zu arbeiten.

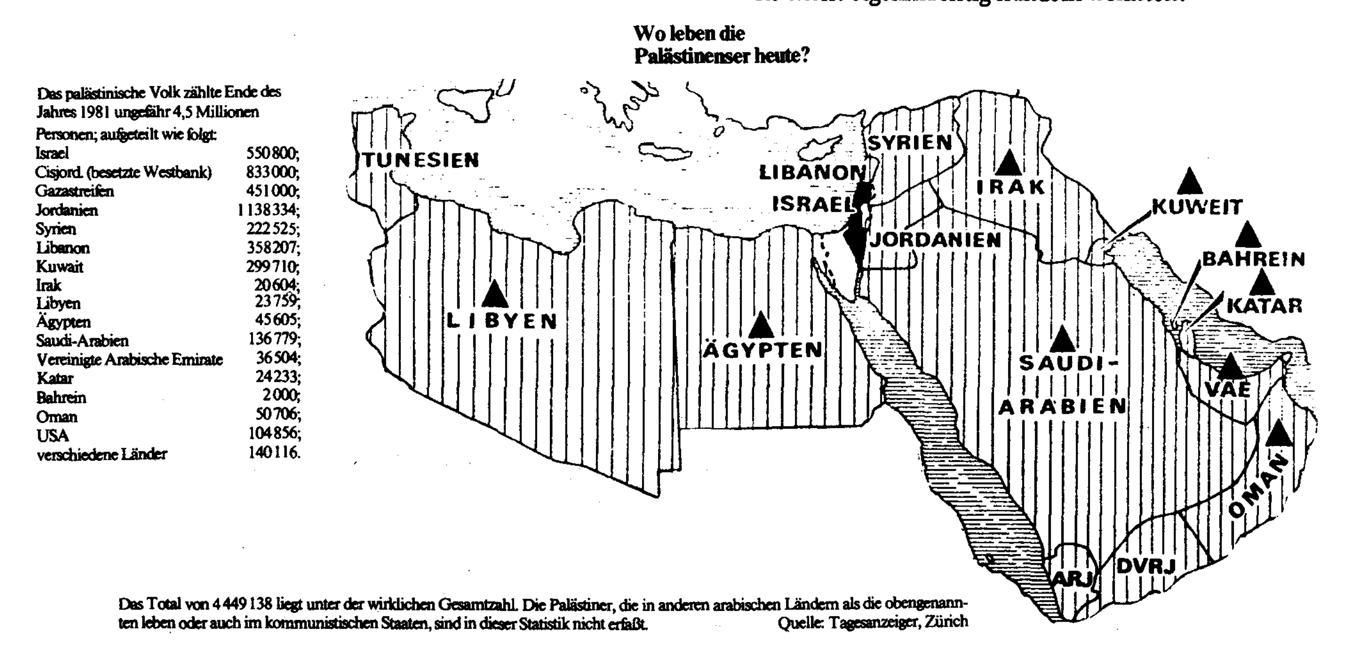
Die Gründung der PLO

Seit die traditionelle Führung der Palästinenser in der Durchführung der Interessen ihres Volkes versagt hatte, fand in den 50er und beginnenden 60er Jahren palästinensische Politik vor allem in den Reihen der arabischen nationalistischen Parteien statt. Die Palästinenser suchten ihre nationale Identität in der arabischen Nation und glaubten an die tiefe Verbundenheit der pan-arabischen Bewegung mit der palästinensischen Sache.
Drei Ereignisse markieren eine Veränderung dieser Politik:

- 1961 zerbrach die Vereinigte Arabische Republik (VAR), ein Zusammenschluß zwischen Syrien und Ägypten. Die VAR war ein Höhepunkt in der Entwicklung des pan-arabischen Nationalismus, ihr Scheitern erschütterte den Glauben an die Möglichkeiten der arabischen Einheit.
- 1962 erreichte Algerien seine Unabhängigkeit von Frankreich und erbrachte damit den augenfälligen Beweis, daß die arabische Einheit nicht unbedingt Voraussetzung jeglicher Befreiung im arabischen Raum war.
- In der inner-arabischen Diskussion erhielt die Palästina-Frage erneut Gewicht, als der irakische Premierminister Kassem 1961 öffentlich die Schaffung eines palästinensischen Staates forderte.

1964 unternahm die 1. Arabische Gipfelkonferenz erste Schritte zur Gründung der PLO. Auf der Konferenz wurde in einem Kommunique angekündigt, man wolle „praktische Resolutionen verabschieden, um das palästinensische Volk zu befähigen, seine Rolle in der Befreiung seines Heimatlandes und der Bestimmung seines Schicksals wahrzunehmen". Im Februar 1964 bereiste Achmed Schukeiry, damals ein profilierter palästinensischer Politiker, der vom Rat der Arabischen Liga zum Vertreter für Palästina gewählt worden war, im Auftrag der Gipfelkonferenz die arabischen Länder und kündigte an, im Mai 1964 werde in Jerusalem ein Palästinensischer Nationalrat einberufen. Vorbereitungskomitees und Unterausschüsse, die Schukeiry ins Leben gerufen hatte, wurden mit der Aufgabe betraut, die Liste der künftigen Ratsmitglieder zusammenzustellen und die Nominierung vorzunehmen, denn es war unter den damaligen Umständen nicht möglich, die Volksvertreter zu wählen. Der Palästinensische Nationalrat setzte sich aus insgesamt 422 Delegierten zusammen. Die Verteilung der Sitze entsprach ziemlich genau der geographischen Verteilung der Palästinenser.
Der Rat verabschiedete in seiner Schlußsitzung vom 1. Juni 1964 einige wichtige Resolutionen, durch die eine Infrastruktur in den folgenden Sparten geschaffen werden sollte: Politik, Finanzen, Militär und Verwaltung. Die Palästinensische Befreiungsorganisation wurde offiziell ins Leben gerufen. Höchstes souveränes Organ innerhalb der PLO wurde der Palästinensische Nationalrat, der regelmäßig tagen sollte. Als Verfassung wurde eine National-Charta und ein Grundgesetz verabschiedet. Ein Exekutiv-Ausschuss wurde ernannt. Man kam überein, zur Finanzierung der PLO einen palästinensischen Nationalfonds zu schaffen (s. Kasten). Zur Durchsetzung der militärischen Ziele gründete die PLO die Palästinensische Befreiungsarmee (PLA), deren Verbände den Armeen Ägyptens, Syriens und des Irak unterstellt wurden, so daß sie nicht eigenmächtig handeln konnten.

Wo leben die Palästinenser heute?



Das palästinische Volk zählte Ende des Jahres 1981 ungefähr 4,5 Millionen Personen; aufgeteilt wie folgt:

Land	Personen
Israel	550 800;
Cisjord. (besetzte Westbank)	833 000;
Gazastreifen	451 000;
Jordanien	1 138 334;
Syrien	222 525;
Libanon	358 207;
Kuwait	299 710;
Irak	20 604;
Libyen	23 759;
Ägypten	45 605;
Saudi-Arabien	136 779;
Vereinigte Arabische Emirate	36 504;
Katar	24 233;
Bahrein	2 000;
Oman	50 706;
USA	104 856;
verschiedene Länder	140 116.

Das Total von 4 449 138 liegt unter der wirklichen Gesamtzahl. Die Palästiner, die in anderen arabischen Ländern als die obengenannten leben oder auch im kommunistischen Staaten, sind in dieser Statistik nicht erfaßt. Quelle: Tagesanzeiger, Zürich

Der *Palästinensische Nationalfond,* 1964 unter Shukairi begründet, bezieht seine Finanzen durch
a) einer den Palästinensern in den arabischen Ländern auferlegte Steuer (10% ihres Einkommens),*
b) Sonderbriefmarken, die in arabischen Ländern ausgestellt werden,
c) Spenden,
d) Zuwendungen von arabischen und befreundeten Staaten,
e) sonstige vom Nationalrat gebilligte Quellen.
M. Lüders, PLO: Geschichte, Strategie, aktuelle Interviews, Hann. 1982, S. 77.

*(Nach anderen Quellen beträgt die Einkommensteuer nur 5%, s. Abdallah Frangi, PLO und Palästina, Frankfurt a.M., 1982, S. 218; Red.).

Zwischen 1964 und 1967 propagierte die PLO ihr Anliegen in der arabischen Welt und auf dem internationalen Parkett mit diplomatischen Mitteln. Diese Politik fand nicht die Zustimmung der Fedayin-Organisationen. Diese kritisierten die Abhängigkeit der PLO von der Diplomatie der arabischen Regierungen, welche die palästinensische Sache für ihre Zwecke benutzten, und führten bereits zwischen 1965 und 1966 an der PLO vorbei Guerilla-Operationen gegen Israel durch.
Durch den Juni-Krieg 1967 erfuhren die Kräfteverhältnisse in der PLO eine entscheidende Veränderung. Israel hielt nun ganz Palästina besetzt, dazu Teile von Ägypten und Syrien. Guerilla-Aktionen der Palästinenser gegen Israel, die bisher von allen arabischen Regierungen abgelehnt worden waren, erschienen als einzige Alternative zu den konventionellen Taktiken der arabischen Armeen, die gerade eine empfindliche Niederlage erlitten hatten.
Dies eröffnete jenen palästinensischen Organisationen, die schon vorher auch militärisch gegen Israel operiert hatten, neuen Spielraum und verlieh ihnen Gewicht auch innerhalb der palästinensischen Befreiungsorganisation. Im Dezember 1967 mußte Schukeiry, der als Vertreter Nassers die arabische Einflußnahme gesichert hatte, seinen Posten abgeben. Nach seinem Rücktritt verabschiedete die neue PLO-Führung eine Erklärung, welche die PLO und die politisch-militärischen Organisationen einander näher bringen sollte. Nach einem Treffen zwischen Vertretern der PLO, El-Fatah und der Volksfront zur Befreiung Palästinas im März 1968 in Beirut kam man überein, daß die Kommando-Verbände fortan mit mehr als der Hälfte der Sitze im Palästinensischen Nationalrat repräsentiert sein sollten.
Die nächste Tagung des Palästinensischen Nationalrates fand im Februar 1969 statt. Dort wurde Yasser Arafat, damals Sprecher von El-Fatah, zum Vorsitzenden des neuen Exekutiv-Ausschusses der PLO gewählt. Zu jener Zeit entstand die Grundstruktur und Zusammensetzung der PLO in ihrer heutigen Form.

Struktur der PLO

Der *Palästinensische Nationalrat* ist die höchste Instanz der PLO. Er entspricht gewissermaßen einem Exilparlament der Palästinenser. Die Mitglieder werden von einem Komitee bestimmt, das von der jeweils vorangehenden Versammlung des Nationalrates gewählt wurde und seine Wahl nach eingehenden Konsultationen mit den Kampforganisationen, den palästinensischen Vereinigungen, den Gewerkschaften und einzelnen führenden palästinensischen Persönlichkeiten trifft. Das Ziel ist, eine Sitzverteilung zu gewährleisten, die alle palästinensischen Organisationen und Einzelpersönlichkeiten berücksichtigt.
Der Nationalrat erarbeitet die Politik und die Programme der PLO. Seine Amtszeit ist auf zwei Jahre begrenzt, und er ist verpflichtet, in ordentlichen Versammlungen auf Verlangen des Exekutivkomitees oder eines Drittels seiner Mitglieder regelmäßig zusammenzutreten. (Zum Aufbau des Nationalrates: s. Grafik)
Der Nationalrat wählt aus seinen Mitgliedern das *PLO-Exekutivkomitee.* Die Mitglieder des Komitees wählen ihrerseits den Vorsitzenden. Das Komitee ist gegenüber dem Nationalrat für die Durchführung der politischen Beschlüsse, Pläne und Programme des Nationalrates verantwortlich. Jedes Mitglied hat, wie in einem Kabinett auch, sein eigenes Ressort (z.B. Außenpolitik, Information, Besetzte Gebiete, Erziehung, Kultur, Verteidigung usw.). Es verwirklicht die Finanzpolitik der PLO und erarbeitet das Budget. (Zu den Aufgaben des Exekutivkomitees: s. Grafik)
Den einzelnen Ressorts des Exekutivkomitees angegliedert sind diejenigen Institutionen, die vor allem im zivilen Leben der palästinensischen Gesellschaft im Exil verankert sind. Die bekanntesten davon sind: Der Palästinensische Rote Halbmond (vergleichbar den nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften in anderen Ländern), welcher der Abteilung für Gesundheit angeschlossen ist. Die Abteilung für Finanzen unterhält eine Reihe von Institutionen für soziale Angelegenheiten und Wohlfahrt, z.B. SAMED, einen Verbund palästinensischer Wirtschafts-Betriebe, der vor allem dem Unterhalt von Hinterbliebenen gefallener palästinensischer Kämpfer dient. Die Abteilung für Information und Koordination betreibt die palästinensische Nachrichtenagentur „Wafa" und das Zentralorgan der PLO „Falastin Al-Thaura".
Diese Struktur, die Organisationen mit den unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern in die Arbeit der PLO einbezieht, ermöglicht es der Befreiungsorganisation, die palästinensische Gemeinschaft als Ganzes zu erfassen und zu vertreten.

Unterschiedliche politische Strömungen

Die PLO ist ein Bündnis verschiedener Organisationen, die sich unter ihrem Dach eine einheitliche organisatorische Struktur gegeben haben, ohne dabei allerdings ihre politische Eigenständigkeit aufzugeben oder ihre politisch ideologischen Unterschiede zu beseitigen.
Die Organisation mit dem größten Gewicht in der PLO ist *El Fatah.* El Fatah verfügt nicht nur über einen starken militärischen Apparat, sondern vor allem auch über ein weit verzweigtes Netz sozialer Institutionen, das die Organisation stark in der palästinensischen Bevölkerung verankert. El Fatah ist eine nationalistische Bewegung: ein Bündnis von Kräften unterschiedlichster politischer Herkunft, als Organisation politisch und ideologisch eher diffus und nach allen Seiten hin offen. „Revolution bis zum Sieg" heißt die Parole von El Fatah, wobei von sehr vielen unter Revolution und Sieg zugleich die Befreiung Palästinas verstanden wird, nicht aber eine soziale Umwälzung. Gegenüber den arabischen Regierungen verfolgt El Fatah offiziell eine Linie der Nichteinmischung und der freundschaftlichen Beziehungen.
Die älteste palästinensische Widerstandsorganisation nach El Fatah ist die *„Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PFLP).* Die Volksfront versteht sich als marxistisch-leninistische Organisation. Ebenso wie El Fatah ist sie gleichzeitig militärisch und politisch aktiv. Im Gegensatz zu El Fatah kämpft die Volksfront nicht ausschließlich für die Befreiung Palästinas, sondern auch gegen „den Imperialismus und die reaktionären Kräfte in der arabischen Welt". Ihr Programm zielt auf eine Revolution im gesamten arabischen Raum, was dazu führt, daß die PFLP nicht wie El Fatah die Unter-



Palästinenser-Kinder in jordanischem Lager

stützung rechter arabischer Regierungen genießt.
Die *„Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas" (DFLP)* hat sich 1969 von der Volksfront abgespalten. Die Spaltung vollzog sich über die Frage der Beziehungen zu den arabischen Staaten: während die PFLP Beziehungen zu fortschrittlichen arabischen Regierungen befürwortete, forderte die DFLP den Bruch mit allen arabischen Staaten. Ebenso wie die PFLP will die DFLP die Revolution im gesamten arabischen Raum vorantreiben – auch deshalb, weil sie davon ausgeht, daß die palästinensischen Widerstandsorganisationen alleine nicht in der Lage sind, Israel mit militärischen Mitteln zu schlagen, andererseits dafür aber auch gegenwärtig nicht auf die Hilfe irgendeines arabischen Landes hoffen können. Im Unterschied zu den anderen palästinensischen Organisationen ist die DFLP heute militärisch nicht mehr aktiv.
Eine weitere Organisation von einigem Gewicht in der PLO ist *As-Saika*. As-Saika ist militärisch wie politisch eng mit der Baath-Regierung in Syrien verbunden.
Die restlichen Gruppen sind die Arabische Befreiungsfront (ALF), das irakisch-orientierte Volksfront-Generalkommando (PFLP-GC), die Palästinensische Befreiungsfront (PLF) und die Palästinensische Volkskampffront (PPSF). Außerdem hat der Nationalrat eine ganze Reihe unabhängiger Mitglieder, die verschiedene palästinensische Gemeinschaften im Exil und die Palästinenser der von Israel besetzten Gebiete vertreten.

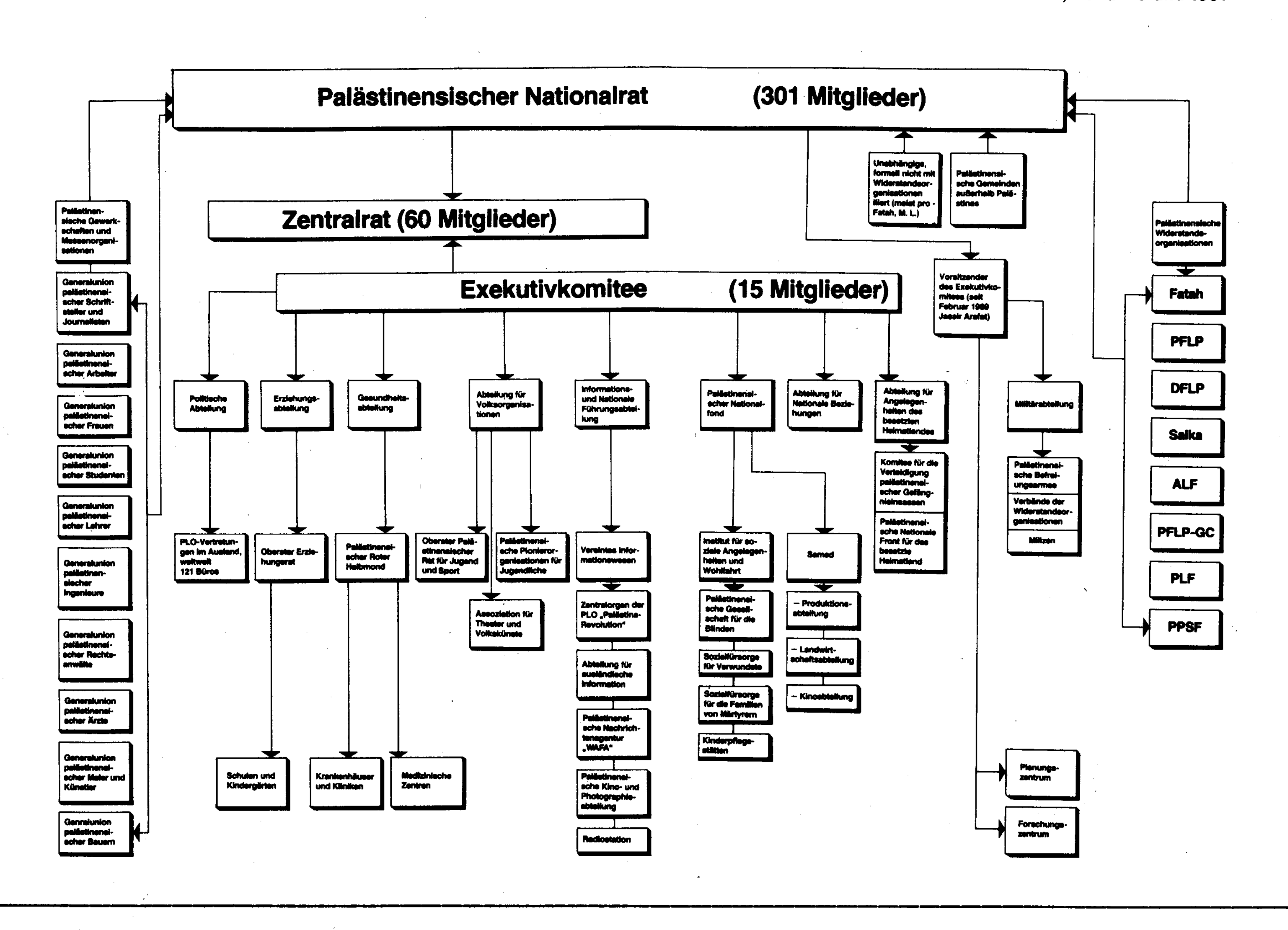
Probleme der politischen Vertretung

Es ist wichtig zu berücksichtigen, daß es auch innerhalb der palästinensischen Gesellschaft sehr unterschiedliche Interessen gibt – zumal die Palästinenser heut aufgrund ihrer Zerstreuung in sehr verschiedenen Situationen leben. Das läßt sich am Beispiel eines palästinensischen Staates neben Israel, ein Schlüsselproblem der innerpalästinensischen Diskussion in den letzten Jahren, leicht verdeutlichen. Für die meisten Palästinenser, die 1948 ihre Heimat verlassen mußten, wäre ein solcher Staat keine akzeptable Lösung, selbst wenn mit seiner Gründung eine Entschädigung für verlorengegangenes Eigentum verbunden wäre. Sie wollen in ihre Heimatorte zurückkehren, die auf dem Gebiet Israels in den Grenzen von 1948 liegen. Für einen anderen Teil der palästinensischen Gesellschaft, nämlich für diejenigen, die im Westufergebiet und im Gazastreifen leben, wäre ein palästinensischer Staat in diesem Gebiet eine entscheidende Verbesserung: sie erleben die israelische Okkupation täglich am eigenen Leib und erfahren, wie die Annektionsbemühungen Israels ihr Land verändern.
Die PLO hat insofern nicht nur die politischen Unterschiede ihrer Mitgliedsorganisationen aufzufangen, sondern gleichzeitig muß sie auch die Interessen der verschiedenen palästinensischen Bevölkerungsgruppen zum Ausgleich bringen und nach außen hin vertreten.

Nachbemerkung:
Dieser Artikel beruht in weiten Teilen auf einer Zusammenfassung eines Aufsatzes von Sabri Jiryis, Wer ist die PLO? – Eine Selbstdarstellung, in: P. Braunschweig u.a., Nahost – einander leben lassen, Basel (Z-Verlag) 1981. Die Graphik ist aus: Michael Lüders. PLO – Geschichte, Strategie, aktuelle Interviews, Fackelträger-Verlag, Hannover 1982, S. 78 f:

Struktur der PLO

Quelle: PLO Abteilung für ausländische Informationen, Beirut · Stand 1981



Aus: Lüders, PLO: Geschichte, Strategie, Aktuelle Interviews, Hannover 1982.

Die PLO nach Beirut

Das Ende der libanesischen Epoche

Am 1. September 1981 verließen die letzten von insgesamt 10.876 palästinensischen Widerstandskämpfern (Fedayin) die libanesische Hauptstadt, die über zehn Jahre lang Sitz der PLO-Führung und Zentrum der palästinensischen Befreiungsbewegung gewesen war. Auf acht arabische Staaten (Syrien, Jordanien, Irak, Algerien, Tunesien, Nord- und Südjemen und Sudan) wurden die PLO-Kämpfer verteilt, größtenteils weit von der „Front" entfernt in Militärlager gebracht, in denen sie von der Bevölkerung isoliert bleiben. Die Aufnahmeländer beeilten sich zu versichern, daß sie ein neues Beirut, eine in ihrer Bewegungsfreiheit kaum eingeschränkte PLO, in ihren Staaten nicht dulden würden. Die Palästinenser ihrerseits hofften, daß diese neuerliche Vertreibung (einige von ihnen hatten bereits 1947-49 Palästina, 1967 die Westbank und 1970 Jordanien verlassen müssen) nur vorübergehend in die Diaspora führen würde.

Nach dem relativen politischen Erfolg der PLO, die sich in Beirut siebzig Tage lang des israelischen Ansturms erwehrt hatte, schien eine Regelung am Verhandlungstisch denkbar, die die Rechte der Palästinenser berücksichtigt und zumindest einen ersten Schritt in Richtung auf den unabhängigen Palästinenserstaat darstellen könnte. US-Präsident Reagans Plan eines „erweiterten Camp David"(1), der eine palästinensische „Selbstregierung" in den 1967 besetzten Gebieten in Konföderation mit Jordanien vorsieht, enthielt immerhin auch von der PLO als positiv empfundene Punkte: die Forderung nach einem israelischen Rückzug aus den Westbanks und dem Gazastreifen sowie die nach einem Stopp der Siedlungspolitik. Eine rasche Lösung erschien aus Sicht der PLO wünschenswert, um das gewonnene politische Ansehen auszunützen.

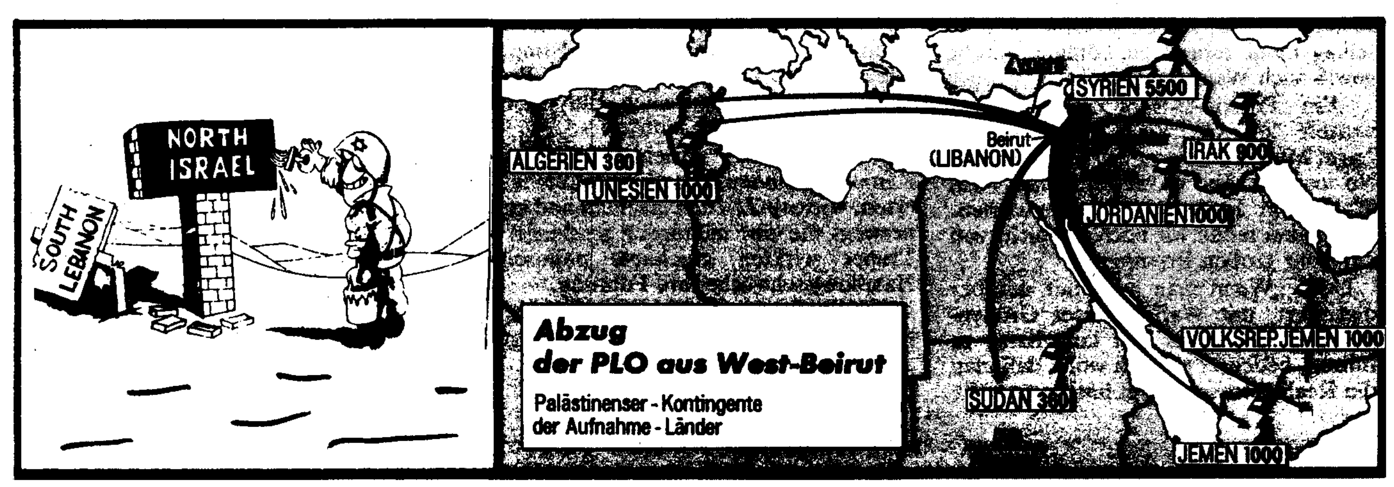
Das Massaker in den Flüchtlingslagern

Nur ein paar Wochen später jedoch, kaum hatten die Fedayin die ihrem Schutz unterstehenden Lager verlassen, wurden palästinensische (und libanesische) Zivilisten in den Beiruter Flüchtlingslagern Sabra und Shatila von falangistischen Milizionären (2) niedergemetzelt – allen internationalen Garantien für ihre Sicherheit zum Trotz. Der Mord an Hunderten wurde zur Demütigung von Hunderttausenden, von Tausenden von Kämpfern, die ihre Familien und Freunde in Beirut hatten zurücklassen müssen. Der politische Erfolg der PLO hatte die palästinensische Bevölkerung nicht schützen können.

Politische Anerkennung und politische Versprechungen hatten sich als nur von begrenztem Wert erwiesen angesichts einer israelischen Politik, die den Bruch internationaler Vereinbarungen zum Programm erhoben zu haben scheint. Mehr noch: obwohl die internationale Verurteilung des Gemetzels die Forderung nach palästinensischer Selbstbestimmung verständlicher machte, hat die nunmehr zu Recht im Vordergrund stehende Frage nach der israelischen Verantwortung für diesen Massenmord die Aufmerksamkeit von den Rechten der Palästinenser abgelenkt. Während von der israelischen Untersuchungskommission eine Reihe von Beweisen für die Schuld der politischen und militärischen Führer ausgebreitet wurden, geht die beschleunigte Siedlungspolitik in eben den Gebieten, die in Reagans Plan für eine „Selbstregierung" vorgesehen waren, beinahe ungestört vonstatten. Reagans Initiative wird durch diese Siedlungs-Expansion derart torpediert, daß die Weigerung der USA, durch Sanktionen zumindest eine Mäßigung der Begin-Regierung zu erzwingen, den Schluß nahelegt, der US-Administration sei der fortgesetzte Versuch, das Palästinaproblem mit Gewalt zu lösen, ebenso recht wie eine Verhandlungslösung.

Widersprüche über den neuen Kurs der PLO

Von der PLO werden in dieser Situation neue Strategien gefordert. Einstweilen jedoch sind Widersprüche über den politischen Kurs in der Öffentlichkeit das bestimmende Element. Yassar Arafat reiste zu ausführlichen Gesprächen nach Jordanien, wo König Hussein eine modifizierte Version des Reagan-Plans entworfen hatte, demzufolge ein palästinensischer Staat in Konföderation mit Jordanien gebildet werden sollte.
Syrien und damit die prosyrischen PLO-Gruppen wie As-Saika hingegen lehnten den Reagan-Plan kategorisch ab und erhoben offen ihre Stimmen gegen Arafat und dessen Jordanien-Gespräche.
„Volksfront" (PFLP) und „Demokratische Front" (DFLP) rückten nachdrücklich von Syrien ab. Nayef Hawatmeh, Vorsitzender der DFLP, der vordem als Verbündeter Syriens galt, kündigte gar an, dem palästinensischen „Nationalrat" (Exilparlament) eine Resolution zur gegenseitigen Anerkennung zwischen der PLO und Israel vorschlagen zu wollen.
Elias Freij, palästinensischer Bürgermeister von Bethlehem, drängte zur Annahme des Reagan-Plans, denn „in dem





Palästinensische Fedayin beim Abzug aus Beirut

Rhythmus, in dem unser Land in den Westbanks zerschlagen wird" gebe es in zwei oder drei Jahren „nichts mehr zu verhandeln." Hawatmeh hingegen lehnte den Hussein-Plan ab, da er mit den Plänen von Reagan, Begin und dem israelischen Oppositionsführer Peres gemein habe, daß er das unveräußerliche Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit beschlagnahmen wolle.
Gegensätzliche Äußerungen auch über die mehr als kühlen Beziehungen zwischen Syrien und der PLO-Zentrale: Während Syriens Staatschef Assad die Politik Arafats offen hintertreibt und sich wiederholt weigerte, mit dem PLO-Vorsitzenden auch nur zusammenzutreffen, forderten in Damaskus ansässige PLO-Spitzenpolitiker die Wieder-Annäherung an die syrische Führung.
Der Nationalrat, der die Beschlüsse über neue politische Orientierungen der PLO fällen müßte, sollte ursprünglich schon im September einberufen werden, wird aber nicht vor Januar 1983 stattfinden können. Unterschiedliche Auffassungen treffen schon bei der Wahl des Tagungsortes aufeinander, die eine politische Vor-Entscheidung beinhaltet: Damaskus, der traditionelle Versammlungsort, würde einen entsprechenden Einfluß der syrischen Politik sichern; in Tunis (Tunesien) wäre größtmögliche Unabhängigkeit von den arabischen Staaten gegeben, aber auch die Gefahr der Isolation; Algier (Algerien) eignet sich als Kompromißlösung.
Die Weichen für die politischen Beratungen des Exilparlaments hätte eigentlich der 60köpfige PLO-Zentralrat (3) stellen sollen, dessen Sitzung Ende November in Damaskus ebenfalls erst nach wiederholter Vertagung – der palästinensisch-syrischen Spannungen wegen – abgehalten werden konnte. Doch der kreißende Berg gebar eine Maus: Außer einer Kritik am Reagan-Plan, weil dieser das unveräußerliche Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat unter Führung der PLO negiert, und einer Aufforderung an Ägypten, den Friedensvertrag mit Israel zu kündigen, gab es keine Antwort auf die offenen Fragen, keine Klärung der Widersprüche.
Widersprüchliche Äußerungen, auch eine Vielfalt einander widersprechender Stellungnahmen und Konzepte sind nicht einmalig in der Geschichte der PLO. Die demokratische Struktur der PLO erlaubt politische Kontroversen und fördert sie zumal in Zeiten, in denen sich das regionale Kräfteverhältnis schwerwiegend geändert hat. Das hatte nach dem Oktoberkrieg 1973 sogar zur Abspaltung der „Volksfront" und anderer Gruppen zur sog. „Ablehnungsfront" geführt, als diese Minderheit das Konzept nicht mittragen wollte, „auf jedem Meter palästinensischen Bodens, der befreit oder zurückgegeben wird," einen palästinensischen Staat zu errichten, weil damit von der Forderung nach einem ganz Palästina umfassenden Staat abgerückt würde. Inzwischen ist ein solcher Teilstaat und auch die in der arabischen „Charta von Fes" indirekt enthaltene Anerkennung des israelischen Teilstaats in Palästina kein Streitpunkt mehr. Die Meinungsverschiedenheiten entstehen nach dem 1982er Krieg vielmehr an der Frage der Bündnispolitik (Syrien oder die „konservativen" Staaten), und werden zusätzlich genährt von den unterschiedlichen Interessen der Palästinenser in den besetzten Gebieten und denen in der Diaspora. Während erstere zu Kompromissen drängen, um die drohende Annektion durch Israel abzuwenden, befürchten viele der Palästinenser in den arabischen Staaten, die PLO könne schrittweise zur Aufgabe von elementaren Positionen gezwungen werden.
Der Zentralrat hat eine Spaltung, die durch die Durchsetzung einer Mehrheitsposition entstanden wäre, vermieden.



Die weiterbestehenden Kontroversen sind jedoch lähmend in einer Situation, in der einheitliche und deutliche Stellungnahmen nötig wären, um das politische Kapital, das im Widerstand in Beirut erworben wurde, nicht zu verspielen. Es ist, als habe die palästinensische Dachorganisation mit dem Verlust ihres Zentrums in Beirut auch einen Teil jenes inneren Gleichgewichts eingebüßt, das die PLO durch Interessenunterschiede, Kontroversen und durch Jahre inner-arabischen Intrigenspiels geführt hat.

Bedeutung der „libanesischen Epoche" für Palästinenser und PLO

Zwei Faktoren machten die palästinensische Präsenz und die Palästinenserlager im Libanon so bedeutsam für die PLO: die fast uneingeschränkte politische und militärische Bewegungsfreiheit sowie das Bündnis mit einer starken einheimischen Kraft, der von Kamal Junblat gegründeten „Nationalen Bewegung".

Im Cairoer Abkommen von 1969 (4) war den Fedayin die Freiheit zu Operationen vom libanesischen Territorium aus gewährt worden, durch ein Zusatzprotokoll aus dem Jahre 1971 – nachdem Tausende von PLO-Mitgliedern nach dem



„Schwarzen September" 1970 (5) aus Jordanien in den Libanon gekommen waren – wurden die Palästinenserlager parktisch der Autorität der PLO unterstellt.

Dadurch konnten sich vor allem die großen Palästinenserlager des Südlibanon zu Organisationsbasen des palästinensischen Widerstandes mit einer Vielzahl von sozio-ökonomischen und politischen Selbstverwaltungsstrukturen entwickeln. Der israelische Schlag gegen die PLO im Juni 1982 galt daher auch zunächst diesen Lagern, die wahllos bombadiert und anschließend systematisch zerstört wurden.

In den Camps hatte sich eine Identität der Palästinenser im Exil gebildet, die untrennbar mit dem Namen der PLO verbunden war, die für die Bevölkerung sorgte, bald auch einer der größten Arbeitgeber des Landes war. Dort waren die „Keimformen des zukünftigen palästinensischen Staates (6) entstanden. Darin bestand freilich auch die Gefahr, den Libanon zum „Staatsersatz", die PLO zum „Staat im Staate" werden zu lassen. Bürokratie und Selbstorganisation gerieten mehr und mehr zum Selbstzweck, bewaffnete Palästinenser patroillierten häufiger auf libanesischen Straßen als daß sie Guerillaaktionen im besetzten Palästina durchführten. Tatsächlich wurde die palästinensische Bewegungsfreiheit im Libanon von den Fedayin immer wieder mißbraucht; die effektive Macht, die die bewaffneten Fedayin ausübten, wirkte sich trotz aller offiziellen Ermahnungen ab und an auch zum Nachteil der libanesischen Bevölkerung aus. So waren die Palästinenser am Ende bei den Bewohnern des Südlibanon, die unter ständigen israelischen Angriffen zu leiden hatten, auch aus eigenem Verschulden „nicht sehr beliebt"(7).

Das Bündnis mit der libanesischen „Nationalen Bewegung" war bis an die Grenze des Ruins strapaziert worden. Diese Allianz, begonnen als palästinensische (auch bewaffnete) Unterstützung für die moslemischen Unterschichten und das benachteiligte moslemische Bürgertum in der Auseinandersetzung mit der christlich-maronitischen Elite (8) des Landes, verkörperte lange Zeit die letzte Hoffnung des (pan-) arabischen Nationalismus. Camp David hatte mit dem Ausscheren Ägyptens aus dem arabischen Lager das Kräfteverhältnis in der Region grundlegend zu dessen Ungunsten verändert, einzig der Libanon blieb seine Enklave. Das durch den Bürgerkrieg von 1975/76 desorganisierte Beirut wurde ein ‚enfant terrible' der arabischen Welt, mit in den Nachbarländern ungekannter kultureller und politischer Freiheit, aber auch geprägt von den Intrigen aller angrenzender Mächte. Die Palästinenser – zu schwach, um die Macht zu übernehmen (was die PLO-Mehrheit aufgrund ihrer Beziehungen zur arabischen Welt und der Angst vor Isolation auch nicht wollte), und zu stark, um ihre Rolle in der Innenpolitik gänzlich aufzugeben – fanden sich in einer verfahrenen Situation.

„Es ist uns gelungen, uns mit den progressiven Gruppen der Nationalen Bewegung zu verbünden, aber wir haben sie weniger als Alliierte denn als Hilfstruppen betrachtet. Dadurch haben wir zur Schwächung ihres Ansehens in der eigenen Bevölkerung beigetragen, die mehr um ihre täglichen Probleme besorgt war als um unsere Sache"(9).

In seinem Schwebezustand der Staats-Losigkeit und als Freiraum für arabische Revolutionäre war der Libanon zum Hindernis für eine „Normalisierung" im Sinne der dominierenden amerikanischen Interessen in der Region geworden. Wenn die Palästinenser und die libanesische Linke von einer „internationalen Verschwörung" sprechen, der sie zum Opfer gefallen seien, dann ist es diese stillschweigende Übereinkunft zwischen Israel, den USA und den arabischen Staaten, das Unruhepotential im Libanon und die dort manifeste Unabhängigkeit der PLO zu beseitigen. „Die Araber sollten aufhören mit ihrer Heuchelei", beklagte Walid Junblat, Vorsitzender der „Nationalen Bewegung". „Warum erkennen sie nicht gleich die Tatsache des israelischen Staates an und dann ist Schluß? Warum immer die teure Rechnung bezahlen für die angebliche Verteidigung der palästinensischen Rechte?" (10). In der Tat zeugt die atemberaubende Geschwindigkeit, mit der die arabischen Staaten nach Beirut ihren Friedenswillen bekundeten, vom dringenden Wunsch, nicht mehr wegen der Palästinenser, die ihre Rolle als Märtyrer gespielt hatten, eine kostspielige Konfrontation vortäuschen zu müssen.

Die „libanesische Epoche" ist für die Palästinenser, die nach Massaker und Massenverhaftungen Angst und Unsicherheit verspüren, mit derselben schmerzhaften Deutlichkeit zu Ende wie für die PLO, der Präsident Assad gleich bei der Ankunft in Syrien auf den Weg gab: „Damaskus war nie und wird auch nie Beirut."

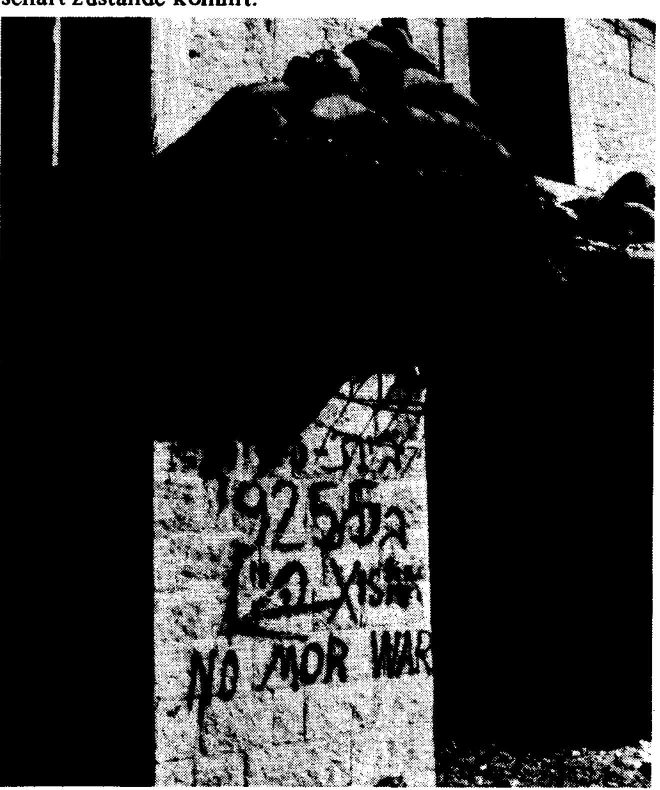


Auf der Suche nach neuen Strategien

In Syrien dürfen die Palästinenser sich nicht mit Waffen auf der Straße zeigen – für ein Volk ohne Staat, dessen Identität sich zu einem beträchtlichen Teil über den bewaffneten Kampf hergestellt hat, eine nicht unerhebliche Einschränkung. Zivilisten ist es untersagt, irgendetwas zu unternehmen, das der syrische Staat für unvereinbar mit seinen eigenen Interessen erklärt.

Die nach Tunesien evakuierten Fedayin leben in abgeschlossenen Militärlagern außerhalb der Stadt, zu der sie in der Regel keinen Zutritt haben; in Jordanien nehmen die Behörden regelmäßig die Pässe der PLO-Funktionäre ein. Der Radiosender „Stimme Palästinas" sendet von Irak aus, das PLO-Zentralorgan „Falestin el Thaura" erscheint auf Zypern. Die palästinensischen Berufsverbände, die sozialen und kulturellen Organisationen befinden sich im Wartestand, da noch nicht endgültig beschlossen ist, wo die PLO ihre Zentrale, deren Sitz laut Charta der PLO Jerusalem ist, installieren wird.

Tunis, Damaskus oder Amman – auch das ist eine Frage nach den Optionen, für die die PLO sich entscheidet. Die Epoche nach Beirut ist nicht nur eine der langwierigen Re-Organisationen unter erschwerten Bedingungen, sondern auch eine nach politischen Orientierungen in einer Phase, in der zahlreiche denkbare Alternativen durch das Kräfteverhältnis im Nahen Osten verbaut sind. Während der in alle Richtungen zerstreuten PLO die Massenbasis entzogen ist, entpuppen sich Überlegungen aus den USA oder Europa als Eintagsfliegen ohne bleibenden Wert. Frankreich hat einstweilen zugunsten des Reagan-Planes auf die Verfolgung eigener Initiativen verzichtet; Großbritannien läßt eine Gesprächsrunde mit dem vom Arabischen Gipfel gebildeten „Siebener-Komitee" (11) an der Frage der Beteiligung eines PLO-Vertreters platzen; die Reagan-Initiative scheint von ihren Initiatoren selbst auf Eis gelegt, da die Regierung Begin keine Anstalten macht, ihre Politik des „Eretz Israel" aufzugeben. Eine Anbindung der PLO an die UdSSR oder eine PLO-Initiative für eine internationale Konferenz sind chancenlos, da die USA jede Regelung verhindern werden, die nicht unter ihrer alleinigen Schirmherrschaft zustande kommt.



Mittlerweile muß auch die von der PLO geforderte Absichtserklärung, Israel anzuerkennen (wenn die Palästinenser einen Staat haben – vorher wäre eine solche Erklärung völkerrechtlich völlig unverbindlich), als Ablenkungsmanöver erscheinen.

Bislang ist dafür keinerlei amerikanische oder israelische Gegenleistung in Sicht, vielmehr steht zu befürchten, daß ein kompromißunwilliges Israel eine solche Erklärung nur zum Anlaß für neue Gewaltakte nehmen würde, die die dialogbereiten Palästinenser in Verruf bringen würden und eine Spaltung der PLO in einen „gemäßigten" und einen „radikalen" Flügel zum Ziel hätten. Eine solche Spaltung aber muß die PLO bemüht sein, mit allen Mitteln zu verhindern, da dann neben der Mehrheits- eine leicht von arabischen Regimes zu beeinflussende oder fernzusteurnde Minderheits-PLO entstehen würde, der es möglicherweise gelänge, politische Erfolge der Palästinenser auf Dauer zu torpedieren.

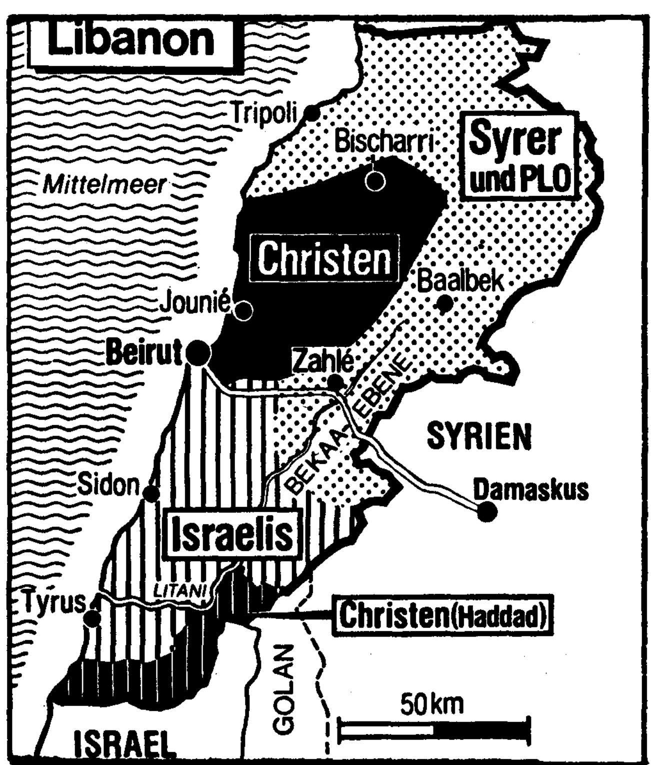
Yassar Arafats Kurs, durch Gespräche mit allen arabischen Staaten Gegengewichte vor allem zur syrischen Politik zu schaffen, die die Führungsrolle bei allen Lösungsversuchen, zu Lasten der Palästinenser, beansprucht, ist gerade darauf gerichtet, größtmöglichen Handlungsspielraum von den einzelnen arabischen Staaten zu gewinnen. Dabei arbeitet die Zeit gegen ihn, die Gefahr einer palästinensischen Zersplitterung wächst in dem Maße, wie die arabischen Staaten „ihre" PLO-Kontingente unter Kontrolle zu bekommen trachten, und wie israelische und amerikanische Unnachgiebigkeit alle Zugeständnisse blockieren.

Die Vereinheitlichung der PLO ist einer der dringendsten Wünsche ihrer Führung. Abu Jihad, Militärkommandant der „Fateh", warnt davor, daß „äußere Spaltungen sich im Innern niederschlagen" könnten, und er möchte „nur einen PLO-Sprecher" sowie eine Zusammenfassung der verstreuten Fedayin unter ein einheitliches Kommando (12). Das jedoch setzt politische Einheit voraus, zumindest eine Verständigung darüber, wo und in welcher Form vereinheitlicht werden soll. Die – ungünstigen – Alternativen lassen sich auf eine „jordanische" und eine „syrische" Option reduzieren.

„Syrische" oder „jordanische Option"

Die Forderung nach Re-Organisation der PLO und ihrer Truppen in Syrien wird derzeit nicht nur von den erklärt pro-syrischen Fraktionen vertreten, sondern auch von einem Teil der palästinensischen Linken. Sie fürchten andernfalls eine zu starke Einbindung der PLO ins konservative arabische Lager, da nicht davon auszugehen sei, daß Saudi-Arabien oder Ägypten die USA positiv beeinflussen können, sondern eher über diese Staaten den USA ein unbotmäßiger Einfluß auf die PLO-Politik eingeräumt würde. Syrien bleibt bei dieser Überlegung als Garant dafür, daß keine unnötigen Zugeständnisse gemacht werden – zumindest solange die syrische Führung von den amerikanischen Friedensplänen ausgespart bleibt. Die „syrische Option" ist eine Absage an alle Hoffnung auf kurzfristige diplomatische Erfolge; ihr Preis wäre zweifellos ein fortwährender Kampf um die Unabhängigkeit der palästinensischen Befreiungsbewegung, die das syrische Regime in der jüngsten Geschichte immer wieder – notfalls durch Unterstützung terroristischer Splittergruppen wie der von Abu Nidhal – einzuschränken versucht hat.

Die „Fateh"-Mehrheit, aber auch die linke PFLP (Volksfront) zieht dieser Lösung die Konzentration auf Jordanien vor. Dabei schwebt Abu Jihad eine Re-Organisation der Truppen in Jordanien unter dem Dach der „regulären" PLA (Palästinensische Befreiungsarmee) vor; andere, vor allem von der „Fateh"-Führung vertretene Argumente zielen auf die von Jordanien aus noch gegebenen Möglichkei-



ten diplomatischer Schritte zum Palästinenserstaat, wobei von Amman (Jordanien) die Unterstützung durch fast alle arabischen Staaten zu organisieren wäre. Die PFLP betont die in Jordanien – aufgrund des hohen palästinensischen Bevölkerungsanteils – gegebene Massenbasis, die „Jordanien zur natürlichen und entscheidenden Basis unseres Kampfes macht".

Dabei schwingt aber auch das von der PFLP, nach den schlimmen Erfahrungen mit der arabischen Untätigkeit während der Belagerung Beiruts aber auch von „Fateh"-Kadern befürwortete Konzept einer „gesamt-arabischen Revolution" mit: „Die Bedingungen für die Einrichtung einer nationalen und demokratischen Regierung sind in Jordanien günstiger als anderswo" (13). In der Tat scheint Jordanien sich sowohl für ein diplomatisches wie für ein Guerilla-Konzept zu eignen. Die Gefahr besteht darin, daß aus einer jordanischen Option der PLO die „jordanische Option" des israelischen Verteidigungsministers Sharon werden könnte, der Jordanien für „den Palästinenserstaat" hält. Einiges deutet darauf hin, daß die USA darauf spekulieren, die PLO in machtpolitische Auseinandersetzung mit arabischen Regimes zu treiben, die diese Staaten dann – notfalls mit amerikanischer Unterstützung – gewinnen würden. Gerade König Hussein weiß um die Bedrohung seiner Herrschaft, wenn er der PLO Spielraum im Lande läßt; er würde sich im Gegenzug anschicken, die PLO in den Würgegriff zu nehmen. Seine Träume, selbst als Repräsentant der Palästinenser aufzutreten, sind keineswegs inaktuell.

„Gebt uns einen Staat und wir leben mit dem Teufel zusammen", ist heute die Stimmung vieler Palästinenser, die sie sowohl den Bund mit Jordanien (dessen Armee der traurige Ruhm ziert, die ersten Fedayin umgebracht zu haben) als auch eine Anerkennung Israels akzeptieren ließe.

Ob die Entscheidung für die jordanische Option jedoch zu einer kurzfristigen Zwischenlösung (palästinensisch-jordanische Föderation als Etappe auf dem Weg zum eigenen Staat) oder zu einer „Strategie des langen Atems" führen wird – einer Verbindung von Guerillaoperationen, diplomatischen Initiativen und Dialog mit der (schwachen) israelischen Opposition – liegt nur zum geringsten Teil in der Hand der PLO. Der israelische Libanon-Feldzug hat die PLO in ihrer bisherigen Struktur zumindest militärisch zerschlagen – die Idee der palästinensischen Identität und den Willen, dafür zu kämpfen, mit Sicherheit nicht.

Reinhard Hesse

Anmerkungen:

1) Die USA, Ägypten und Israel unterzeichneten am 17. Sept. 1978 das Camp David-Abkommen. Die wichtigsten Punkte:
Es wird ein ägyptisch-israelischer Friedensvertrag geschlossen, die beiden Staaten nehmen diplomatische Beziehungen miteinander auf, Israel zieht sich bis zum 25. März 1982 stufenweise aus dem Sinai zurück.
In der West Bank und dem Gaza-Streifen soll eine fünfjährige Übergangsphase eingeleitet werden, um dann den Palästinensern Selbstverwaltung zu gewähren, nicht aber nationale Selbstbestimmung. Die Modalitäten dieser Selbstverwaltung (Autonomie) müssen noch ausgehandelt werden. In bestimmten Gebieten wird Israel weiterhin militärisch präsent bleiben.
Für die Palästinenser sind diese Autonomievorstellungen unannehmbar. Sie werden als „Fortsetzung der Okkupation unter einem anderen Namen" betrachtet. Sadats Hoffnung, auf der Grundlage der Vereinbarungen von Camp David längerfristig eine für die Palästinenser akzeptable Autonomie herbeiführen zu können, erweist sich als Trugschluß. Die Israelis weigern sich konsequent, den Palästinensern das Recht auf nationale Selbstbestimmung zu gewähren (Palästina Protokolle, D. Bednarz u. M. Lüders (Hg), Hannover 1981, S. 201).
2) Die Falangisten sind die Milizionäre der rechten Kataeb-Partei.
3) Da der Nationalrat nur alle 2-3 Jahre zusammentritt, hat er sich ein Gremium geschaffen, den Zentralrat der PLO. Er hat beratende Funktion und überwacht die Verwirklichung der Beschlüsse des Nationalrats durch das Exekutivkomitee (s. dazu die Graphik zur Struktur der PLO).
4) Ein Beschluß der arabischen Staaten unter Einbeziehung der libanesischen Regierung.
5) In Jordanien bricht der Bürgerkrieg aus (Sept. 1970–Juli 1971). Der Einfluß der PLO war in Jordanien kontinuierlich gewachsen. Die PLO hatte sich zu einem Staat im Staat entwickelt und forderte dadurch König Husseins Herrschaft heraus, die sich vor allem auf Beduinentruppen stützte. Gestärkt durch Waffenlieferungen aus den USA liquidiert König Hussein die palästinensische Widerstandsbewegung in Jordanien. Mehr als 20.000 Palästinenser bezahlten den Krieg mit ihrem Leben.
Die palästinensische Widerstandsbewegung verlagerte ihre Basis in den Libanon (D. Bednarz u. M. Lüders, a.a.D., S. 192).
6) Abdallah Frangi, PLO und Palästina, Frankf. a.M. 1982, S. 219.
7) So Abu Iyad, einer der Führungsmänner von Al Fatah im Spiegel v. 6.9.82.
8) Die Maroniten bilden die große Mehrheit unter den Christen Libanons vor den griechisch-orthodoxen und einigen kleineren Glaubensgemeinschaften. Ihre Vorherrschaft über die moslemische Mehrheit der Bevölkerung (Sunniten, Schiiten, Drusen) stützt sich auf ihre politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der ehemaligen Mandatsmacht im Libanon, Frankreich (s. 'blätter des iz3w', Nr. 96, Sept. 1981).
9) Ein höherer Kader von Al Fatah in einem Interview mit Eric Rouleau von der Pariser 'Le Monde' v. 19.11.82.
10) TAZ, 27.8.82
11) Das auf dem arabischen Gipfeltreffen von Fes (Sept. 1982) gebildete Komitee, in dem sechs arabische Staaten und die PLO vertreten sind. Das Komitee war beauftragt, mit den ständigen Mitgliedern des Weltsicherheitsrates über den arabischen Friedensvorschlag zu beraten.
12) Le Matin, 15.10.82.
13) Le Monde, 17.11.82.

AUFRUF ZUR "HILFE FÜR DEN LIBANON"

Die durch die Kriegsereignisse im Libanon entstandene Situation von Flucht, Gefangenschaft, materieller Not und medizinischer Unterversorgung hat sich bis zum heutigen Datum wenig verändert.
Immer noch sind Menschen auf der Flucht oder nur notdürftig untergebracht, befürchten weitere Massaker und Verfolgung und auch die Gefahren der Winterwitterung.
Die unerhörte Fortdauer dieses Zustandes ist ebenso ein politisches wie ein materielles Problem. – Die politische Tragödie resultiert aus der erklärten Absicht der libanesischen wie der israelischen Regierung, die Anwesenheit der Palästinenser im Libanon auf die Zahl von 50 000 Menschen „herunterzudrücken". Eine willkürlich zu schaffende Tatsache, die nur durch weitere verschärfte Verfolgung und Vertreibung durchgesetzt werden kann. Hinzu kommt, daß zwar alle offiziellen Stellen die Bereitschaft betonen, zur Abwehr der Gefahren des kalten libanesischen Winters gewisse Vorsorgemaßnahmen zu erlauben, daß praktisch aber so gut wie nichts geschieht.
Beim geplanten Aufbau von schützenden Fertighäusern stoßen die internationalen Hilfsorganisationen deshalb auf große Schwierigkeiten: da besonders die libanesische Regierung jede erneute Seßhaftigkeit der Flüchtlinge verhindern will, die ihrerseits darauf bestehen, nicht in Zelten eine unsichere Existenz fristen zu müssen, sondern stabile und dauerhaft feste Häuser verlangen. Aus Angst vor einer Wiederholung des schmerzlich erfahrenen Zeltlager-Daseins in der Periode um 1948.
Von daher appellieren wir an die israelische, die libanesische und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, deren Kanzler in absehbarer Zeit einen offiziellen Besuch in Israel absolvieren möchte, sich unverzüglich dafür einzusetzen, daß folgende humanitäre Forderungen erfüllt werden:

– allen Obdachlosen und Bedürftigen des Libanon ein menschenwürdiges Aufenthalts- und Existenzrecht anzuerkennen, solange nicht an anderer Stelle von diesen akzeptierte Aufenthaltsorte gefunden werden.

– daß alle in Gefangenschaft befindlichen Menschen eine Behandlung im Sinne der Vorschriften der Genfer Konvention erfahren. Daß internationalen Hilfsorganisationen und Institutionen zu allen Lagern und Camps ungehinderter Zutritt ermöglicht wird. Daß im übrigen sämtliche Gefangenenlager baldmöglichst aufgelöst werden.

Wir betonen schließlich die Notwendigkeit weiterer materieller Hilfe für den akuten Bedarf: zur Abwendung der aktuellen Gefahren in der Lager- und Wintersituation. Gleichzeitig rufen wird dazu auf, den Libanesen und Palästinensern beim Aufbau langfristig wirksamer sozialer und medizinischer Strukturen zu helfen, die ihnen nicht nur unmittelbare Hilfe bedeuten, sondern auch dazu beitragen, ihnen Unabhängigkeit und menschenwürdige Existenz im Rahmen einer demokratischen Entwicklung des Libanon zu garantieren.
Ein wichtiger Schritt dazu ist die Förderung und Entwicklung eines allgemeinen und frei zugänglichen Gesundheitssystems, dessen Benutzung nicht mehr an clandestine Zugehörigkeit und im übrigen an die Bedingung der privaten Aufbringung der immensen medizinischen Kosten gebunden ist.
Wenn es gelingt – in möglichst kurzer Zeit – Organe und Strukturen weitgehender Selbsthilfe zu entfalten, dann ist jede dieser Strukturen auch ein konkreter politischer Beitrag gegen jegliche Fremdbestimmung und gegen Annektionsgelüste gegenüber dem Libanon.
Gerade aus diesen Gründen bitten wir j e t z t um die Fortsetzung und Weiterentwicklung der materiellen Hilfe, wo es um die Einrichtung langfristiger Projekte und Hilfsmaßnahmen geht:

– um den Aufbau und die Einrichtung medizinischer Stationen
– um Ausbildung von Pflegern und Ärzten
– um Rehabilitationsmaßnahmen für Verwundete und körperlich Behinderte
– um Betreuung von Frauen und Kindern
– um Bereitstellung von Decken, Schlafsäcken und warmen Kleidern
– um die Entwicklung kleinerer, selbstverwalteter Produktionseinheiten im medizinisch-technischen Bereich.

Unsere Aufforderung, j e t z t für diese Vorhaben Geld zu spenden, ist nicht zu messen an einer konjunkturellen Katastrophenberichterstattung in der Presse, sondern an den tatsächlichen und langandauernden Bedürfnissen und Notwendigkeiten von Menschen in einer Situation, die wie kaum eine andere unsere entschiedene Hilfe erforderlich macht.

Medico international e.V.

SPENDENKONTO 1800,
Stadtsparkasse Frankfurt:
Stichwort „Libanon"

Weitere Informationen bei medico international,
Hanauer Landstraße 147-149, 6000 Frankfurt/M.

Palästinensische Flüchtlinge in der BRD

Es besteht kein Rechtsanspruch...

August 1982. Während West-Beirut noch unter vollem Beschuß der israelischen Belagerungsmacht liegt, mehren sich hier die Hilferufe palästinensischer Asylsuchender aus dem Libanon. Die Stimmung ist ohne Frage an Verzweiflung nicht zu übertreffen; Sorge und Unsicherheit über das Schicksal der im Libanon verbliebenen Familienangehörigen werden in vielen Fällen noch forciert durch die just in diesen Tagen erfolgte Ablehnung zahlreicher Asylgesuche, per Post zugestellt zusammen mit einer in der Regel auf 4 Wochen befristeten Aufforderung zur Ausreise.
Absurd genug: war doch zu dieser Zeit ohnehin jeglicher Flugverkehr von und nach Beirut eingestellt, somit sowohl eine freiwillige Ausreise als auch eine Abschiebemaßnahme seitens der hiesigen Behörden verunmöglicht.
Ungeachtet einer später erfolgten Zusicherung des Berliner Senats, keine Palästinenser und Libanesen in den Libanon abzuschieben, solange deren Sicherheit und persönliche Unversehrtheit dort nicht gewährleistet seien (1), wird die Aufenthaltserlaubnis für die Betroffenen von Seiten der Ausländerbehörde lediglich in zweiwöchigem Rhythmus verlängert. Unberücksichtigt bleiben hierbei die Verunsicherungen und Ängste der Leute, die nun tagtäglich mit ihrer Ausreise zu rechnen haben, deren Schicksal gerade nach dem Bekanntwerden der Massaker von Sabra und Schatila zweifelsohne von keiner der verantwortlichen Behörden mehr in Frage gestellt werden dürfte.

Dennoch haben sie nach Meinung des Berliner Innensenats in ihrer augenblicklichen Situation mit derartigen Unsicherheiten zu leben, es bestehe keinerlei „Rechtsanspruch" auf einen weitergehenden Aufenthalt in Berlin, ihr nicht-anerkannter Flüchtlingsstatus lasse dies zumutbar erscheinen. (2)

Hieran ändert auch nichts, daß von dieser Situation neben Einzelpersonen auch vollständige Familien, mit zum Teil 6- oder mehrjähriger Vergangenheit in West-Berlin betroffen sind. Nach erregten öffentlichen Debatten und spektakulären Vorfällen in der Abschiebehaft wird die Ausreisefrist zwar pauschal bis zum Ende dieses Jahres verlängert (3), doch wem hilft ein solches Zugeständnis, das im Grunde nur ein halbherziges und inkonsequentes Aufschieben des Problems bedeutet?

Ein krasses Beispiel für solche psychichen Unsicherheiten stellt die neunköpfige Familie E., die bereits seit mehr als sechs Jahren in West-Berlin lebt und nun, wie viele andere, mit der Ablehnung ihres Asylantrages auch die Aufforderung zur Ausreise erhalten hat. Im Gegensatz zu den sonst üblichen offiziellen Darstellungen und publizistischen Verleumdungskampagnen läßt Familie E. sich ganz und gar nicht unter die Kategorie der Sozialhilfe-schmarotzenden Wirtschaftsflüchtlinge subsumieren. Herr E. arbeitete bis zu diesem Tag in einer Kunststoffabrik, die Familie war also während der Dauer des Verfahrens von öffentlichen Mitteln unabhängig. Alle Kinder besuchten deutsche Schulen, die älteste Tochter studiert; die Kinder sind den hiesigen Lebensbedingungen vertrauter als denen ihrer Heimat, und gerade an ihnen wird – neben der Gefahr



einer momentanen Rückkehr in den Libanon – die Absurdität solcher Maßnahmen auf typische Weise deutlich.
Bliebe noch zu erwähnen, daß Frau E. bereits zu Anfang dieses Jahres im Libanon war, um dort – zunächst alleine – eine neue Lebensgrundlage auszumachen und später den Rest der Familie nachzuholen. Frau E. ist nach grausamen Erfahrungen wieder nach Berlin zurückgekehrt. (4)

Der Forderung von Seiten der Alternativen Liste und Teilen der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus nach einer längerfristigen Aufenthaltssicherung für palästinensische Flüchtlinge konnte nicht entsprochen werden: hier entpuppen sich ganz offensichtlich die Ängste und Befürchtungen der politisch Verantwortlichen. Eine solche Zusicherung könnte Ströme von Palästinenser-Flüchtlingen nach sich ziehen (5) bzw. für Tausende, die ohnehin in den nächsten Monaten neu zu erwarten sind, quasi eine Sicherheit und einen Anreiz bieten...
Es bleibt also bei einer kurzfristigen Duldung, der bedrohlich nahen Abschiebung, die wohl spätestens dann erfolgen wird, wenn die moralische Enttäuschung über die Massaker an Palästinensern in die Phase des Leerlaufs eingetreten sein wird.

Die Auseinandersetzung mit den „Kriminellen"

So bleibt zunächst festzustellen, daß die Art und Weise der Behandlung viele Asylbewerber in ein kriminelles Milieu zwingt. Als Gründe wären hier zu nennen: 2-jähriges Arbeitsverbot, Verbot zur Aufnahme eines Studiums oder einer Ausbildung; die Zwangsunterbringung in Heimen mit Gefängnischarakter; reduzierte Sozialhilfe bzw. ein monatlicher Taschengeldbetrag von DM 45,– in Berlin; und zuletzt die für Berlin typische Unterbringung in ehemaligen Bordellbetrieben im Bereich der Innenstadt, vornehmlich in der Potsdamer Straße, was gleichzusetzen ist mit „Strich" und Drogenscene. Gerade das Hineinverpflanzen in dieses Milieu treibt viele jugendliche Asylbewerber zum Dazuverdienen durch Drogenhandel – kaum zu verdenken, könnte man doch bei Unterbringung, Versorgung und Behandlung dieses Personenkreises auch von einem indirekten Zwang hierzu sprechen. Tatsache bleibt auch, daß es sich wohl bei den meisten dieser Rauschgiftdelikte nur um äußerst geringe Vergehen handelt – oftmals reine Zubringerdienste, in die viele teilweise auch aus Naivität und Unwissenheit hineinschlittern.

Auch bei den im Sommer dieses Jahres in Abschiebehaft eingewiesenen Asylbewerbern betrugen die verbüßten und die noch ausstehenden Haftstrafen maximal 4 Jahre, durchschnittlich 1 1/2 Jahre. Dies läßt aller Voraussicht nach auf einen Besitz von jeweils nur wenigen Mengen an Rauschgift schließen. (6)
Und so stehen diese Leute in der sog. „Abschiebe" nun Tag für Tag vor der einzigen Telefoneinrichtung Schlange, um Kontakt zur Außenwelt aufzunehmen, zu Familienangehörigen, Freunden, Rechtsanwälten. Geholfen werden kann jedoch nicht, sie sind nach Ansicht der Innenverwaltung ohne Rücksicht auf Verhaftung und Verfolgung nach einer Rückkehr in den Libanon abzuschieben. „Das ist ein Risiko, was sie selbst einzugehen wußten," argumentiert Senatssprecher Birkenbeul. (7)

Grundlage hierfür ist die erst kürzlich erfolgte Änderung des Ausländergesetzes durch das neue Asylverfahrensgesetz, das u.a. besagt, daß Asylanten nur aus Gründen der schwerwiegenden Gefährdung von Sicherheit und Ordnung ausgewiesen werden dürfen (8). Und bei einer dergestalt rigiden Auslegung in puncto der Schwere der begangenen Straftaten wird der ansonsten hilfreichen Einschränkung des Ausländergesetzes, die besagt, daß ein Ausländer nicht in einen Staat abgeschoben werden dürfe, in dem „...sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist" (9), keine Rechnung getragen.

Stand diese Position noch im Gegensatz zur Meinung des ehemaligen Bundesinnenministers Baum – zumindest was Abschiebungen von Straftätern ohne rechtskräftig abgeschlossenes Asyl anbelangte –, so stößt sie in der neuen Bonner Regierung nun auf eine positive Ressonanz für eine rigorose Durchführung gesetzlicher Vorschriften. Denn nachdem im Oktober per Gerichtsentscheid die Aufhebung der Abschiebehaft für zwei Straffällige bewirkt worden war, um Abschiebehaft nicht zu einer Form der Vorbeugehaft verkommen zu lassen, beschloß Berlins Innenverwaltung ein zügigeres Vorgehen – ungeachtet der Tatsache, daß bereits zwei Selbstmordversuche und ein Hungerstreik stattgefunden hatten. Die Angst vor der Auslieferung, daneben Nachrichten über die Massaker und die Ermordung von Familienangehörigen im Libanon, führte zu affektartigen Reaktionen wie Selbstverstümmelungen und Selbstmorddrohungen. „Lummer soll Särge bereitstellen lassen. Bevor wir uns abschieben lassen, hängen wir uns alle auf." (10)

Ergebnis bundesdeutscher Asylpraxis:
Abgelehnter Asylant wurde in Beirut ermordet

Heidelberg –, (taz) – Sabar Ali Khativ, dessen Asylantrag vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abgelehnt worden war, wurde bei den Massakern in den Lagern Sabra und Shatila erschossen. Dies teilten in der BRD lebende Angehörige seinem ehemaligen Anwalt Dr. Gerhard Härdle mit.
Am Morgen des 26.2.1981 wurde der staatenlose Palästinenser Sabar Ali Khativ auf Anordnung der Ausländerbehörde Mühlacker festgenommen, zum Flughafen gebracht und trotz telefonischer Intervention des Rechtsanwalts Härdle und des Verwaltungsgerichts Karlsruhe nach Beirut abgeschoben.
Im Juli 1975 hatte Sabar Ali Khativ einen Asylantrag gestellt, aus Angst vor einer Verfolgung im Libanon. Seit 1970 hatte er bei der El Fatah gedient und war auch gegen die christlichen Falangisten eingesetzt worden. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof lehnte den Asylantrag im August 1980 in letzter Tatsacheninstanz ab.
In der Begründung des Urteils hieß es, daß es sich, „soweit sich der Kläger durch die Falangisten, eine christliche Miliz im Libanon, bedroht fühlt, um keine asylrechtlich beachtliche staatliche Verfolgung handelt. Denn die Falangisten üben im Libanon keine staatliche oder staatsähnliche Gewalt aus; es kann auch nicht angenommen werden, daß diese Kräfte politisch oder militärisch die Oberhand gewonnen hätten und künftig das Geschehen im Libanon bestimmen würden."
Als Rechtsanwalt Härdle von der Festnahme und geplanten Abschiebung seines Mandanten informiert wurde, teilte er unverzüglich der Ausländerbehörde der Stadt Mühlacker mit, daß er gegen die Abschiebung Widerspruch einlegen und einen Antrag beim Verwaltungsgericht Karlsruhe stellen werde.
Er bat, in Anbetracht der zur Verfügung stehenden knappen Zeit, die Abschiebungsaktion sofort zu stoppen. Dasselbe tat der Vorsitzende der 5. Kammer des Verwaltungsgerichts in Karlsruhe, Dr. Breunig. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Sabar Ali Khativ noch im Polizeiwagen auf dem Weg nach Frankfurt, es wäre also noch möglich gewesen, den Flughafen telefonisch zu erreichen und so die Deportation zu verhindern.
Doch zwei Stunden später meldete die Ausländerbehörde lediglich, Sabar Ali Khativ sei im Flugzeug nach Beirut unterwegs.

ks

(TAZ v. 29.11.82)

Särge bereitstellen

Und wirklich handelt es sich bei diesen Äußerungen nicht nur um lautstarke, kraftstrotzende Drohgebärden. Am 15.10. findet die erste Abschiebung statt; die offiziell als 'freiwillig' deklarierte Ausreise nach Damaskus, für die der Betroffene eben wegen jenes Flugziels sein Einverständnis gegeben haben soll, nahm beim Umsteigen in Frankfurt einen nicht gerade unbeträchtlichen Kurswechsel. Von dort wurde der 'freiwillige' Passagier nämlich mit einer Maschine der Middle East Airlines nach Beirut transportiert, wie durch einen Vertreter von Amnesty International dort beobachtet. (11) Für die darauffolgende Woche war eine Sammelabschiebung angekündigt.
Schließlich und endlich eskalierten diese Spannungen am 19. Oktober zu einem äußerst spektakulären, kollektiv durchgeführten Selbstmordversuch in der Abschiebehaft.

Nach einigen Stunden wird dieser 'Aufstand' durch Eingreifen von Feuerwehr und einer Spezialtruppe der Polizei beendet. Einer Beauftragten der Alternativen Liste und einem Vertreter von Amnesty International wurden Zutritt und Kontaktaufnahme mit den Häftlingen verwehrt. Innensenator Lummer sah in dem gesamten Vorfall nichts weiter als eine „ferngesteuerte Aktion" und konnte die Sache somit ad acta legen. (12)

Im Schnellverfahren wurden die Beteiligten dann in Einzelhaft verlegt, mit allen einem Schwerverbrecher gebührenden Sicherheitsvorkehrungen, so beispielsweise einem auch gegenüber offiziellen Vertretern verhängtem Besuchsverbot (13). Dies fand statt, nachdem ein Großteil der Betroffenen sog. „Folgeanträge" zu ihrem abgeschlossenen Asylverfahren gestellt hatten.

Die Möglichkeit eines erneuten Asylantrags ist dann gegeben, wenn der Antragsteller sog. Nachfluchtgründe vorweisen kann. Wird ein solcher Antrag dann als – im Sprachgebrauch des Erfinders – „beachtlich" angesehen, so muß er unverzüglich dem Bundesamt für die Anerkennung politischer Flüchtlinge zugestellt und dort erneut überprüft werden. (14)

So auch in diesem Falle geschehen: von den 15 Beteiligten stellten 9 Personen Folgeanträge – was natürlich eine weitere Abschiebung am nächsten Tag nicht mehr verhindern kann (15). Von den Anträgen werden ganze sechs als beachtlich weiterbearbeitet, wobei bereits in vier Fällen eine rechtskräftige Ablehnung vorliegt. Und so ließe sich die Reihe fortsetzen.



Die Farce des Verfahrens

Es kann gesagt werden, daß ein Palästinenser in der Regel kaum die Möglichkeit einer Anerkennung als politischer Flüchtling besitzt. Sind diese Chancen schon für die Allgemeinheit der Asylsuchenden gering (nach Schätzungen liegt die Anerkennungsquote derzeit bei etwa 5 bis 7%) und sanken mit dem Ansteigen der Asylantragszahlen und der zunehmenden wirtschaftlichen Rezession (16), so sind sie für die Volksgruppe der Palästinenser aus dem Libanon noch um ein Vielfaches reduziert. Daher sollten ein paar bemerkenswerte Prinzipien der Rechtssprechung, die die juristische Position palästinensischer Flüchtlinge im Asylverfahren aussichtslos erscheinen lassen, hier nicht unerwähnt bleiben.
Die schlechte Ausgangslage ergibt sich vornehmlich aus dem Tatbestand der Kollektivverfolgung bzw. Unterdrückung als Volksgruppe, die der Tatsache einer Individualverfolgung,

wie sie nach gängiger Rechtsprechung erhoben wird, grundsätzlich widerspricht.

Allgemein wird der Nachweis einer gezielten Verfolgung verlangt. Ein solcher Nachweis wird für den Antragsteller dann erschwert, wenn die Verfolgungsgründe nicht primär das Individuum, sondern den Einzelnen in seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe betreffen. Kann der Antragsteller nicht – über das Maß der kollektiven Verfolgung hinausgehend – gesonderte Verfolgungsgründe geltend machen, so existiert lediglich die Sachlage einer Kollektivverfolgung mit „unerheblichem" Charakter.(17)
Absurd genug, daß Verfolgungsgründe doch weitgehend als „gezielte Maßnahmen des Heimatstaates" definiert werden, wobei eben die Gefährdung „...insbesondere über die Beschränkungen hinausgehen (muß, d.V.), denen infolge des herrschenden politischen Systems die Allgemeinheit der Bevölkerung ausgesetzt ist bzw. ganze Personengruppen unterliegen."(18)

Insofern dürften nach hiesiger Rechtsprechung auch bei gezielten Vernichtungskampagnen keine ausreichenden Gründe vorliegen, wurde doch auch in Sabra und Schatila wahllos gemordet.
Und umso weniger kann sich demnach infolge einer bürgerkriegsähnlichen Situation im Herkunftsland ein ausreichender Verfolgungsgrund ergeben.

„Das Unvermögen eines Staates, seine Bewohner vor einer Gefährdung durch rivalisierende Gruppen, die ihrerseits keine legitime staatliche Macht ausüben, wirksam zu schützen, kann jedoch einer asylrechtlichen beachtlichen Verfolgung durch diesen Staat selbst nicht ohne weiteres gleichgesetzt werden."(19)

Hier schließt sich der Kreis. Der Kern dieses Urteils legt in beeindruckender Form offen, wie per eng eingegrenzter und starr fixierter Definition bei einer rigiden Auslegung derselben – jenseits von Gut und Böse – dem Flüchtling ein Riegel vorgeschoben wird.
So bleibt – als letzte Möglichkeit – die Berufung auf eine Verfolgung durch die eigene Organisation, die PLO mit ihren verschiedenen Gruppierungen.

Dies ist in der Tat die Begründung einer Vielzahl von Anträgen, die jedoch auch – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – nie zum Erfolg einer Anerkennung führte.
Kernpunkt für eine eventuelle Anerkennung war in solchen Fällen der sog. 'Staat im Staate', der den Betroffenen aufgrund nicht vorhandener Einflußmöglichkeiten der libanesischen Regierung rigoros den Sanktionen und Machenschaften der kontrollierenden Gruppen hätte ausliefern können. Wesentlich war die Distanzierung von einer Volksvertretung, deren Vorgehensweisen aufgrund ihres nichtanerkannten Status durch die bundesdeutsche Regierung in die Kategorie des völkerrechtswidrigen Verhaltens fällt. (20)

Und ironischerweise wird gerade bei den derzeitigen Abschiebungen auf derlei Begründungen aufgebaut: denn wo liegen die Verfolgungsgründe, nachdem die PLO ja offiziell abgezogen ist? Wo liegen in asylrechtlicher Hinsicht relevante Gründe, wenn die Vorgehensweisen der Falange zwar bedauert werden, doch in einem Verfahren keinerlei Bedeutung haben dürften?

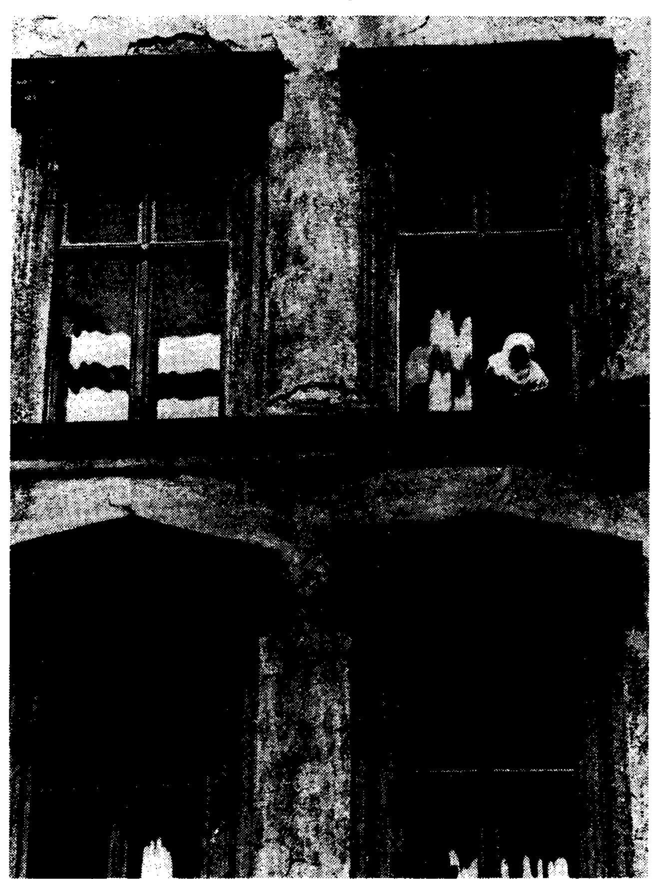
Es darf angenommen werden, daß die Verfolgung durch die PLO für die Mehrzahl der hier Zuflucht suchenden Palästinenser keine herausragende Rolle gespielt haben mag, daß die maßgebenden Gründe in den Schikanen der libanesischen Behörden, den Drohungen durch die Milizen und den permanenten Angriffen der israelischen Armee zu suchen sind. Die Berechtigung einer Flucht vor solchen Lebensbedingungen bleibt auch im Widerspruch zur herrschenden Rechtsprechung moralisch unanfechtbar.

Die Fortsetzung des Lagerlebens, der Alltag

Inwieweit der Flüchtling, nachdem er durch das offene Tor Berlin Friedrichstraße den „Goldenen Westen" betreten hat, hier wirklich eine bessere Existenz vorfindet, kann aufgrund der sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtemden Bedingungen und Chancen (21) nur schwerlich bejaht werden. Über die Formalhürden eines Asylverfahrens und die entwürdigenden Existenzmöglichkeiten (Sozialhilfereduzierung, Arbeitsverbot, Zwangsarbeit) ist schon viel gesagt und geschrieben worden, wenig Einblick besteht jedoch in den konkreten Alltag der Asylbewerber, in Inhalte und Strategien zur Bewältigung: wie verkraften sie die Existenz hier, wie schlagen sie die künstlich produzierte Freizeit tot...

Einer der wohl markantesten und spürbarsten Unterschiede für einen Asylbewerber aus dem arabischen Raum ist der Verlust der Familie im weitesten Sinne. Für ein Individuum aus dem abendländischen, westeuropäischen Kulturkreis bleibt diese Lebensform in ihrer Eingebundenheit in solch eine feste Struktur familiären bzw. kollektivistischen Zusammenlebens wohl zeitlebens unverständlich. Konkret zeigt sich dieser Unterschied vor allem an festgelegten Rollenstrukturen, die jedem einzelnen Mitglied seinen festen Platz zuweisen. Weitgehend spürbar wird jedoch auch das Gefühl verbindlicher Sicherheit und Geborgenheit innerhalb dieses Netzes – sofern Rollen und Normen eingehalten werden. Zum Vergleich wäre der für uns fast naturgegeben erscheinende individualistische Anspruch auf Rückzug, Alleinsein und Selbstbezogenheit innerhalb dieses Verbandes nicht nur unmöglich, sondern überflüssig. (22)

Dieser Unterschied wird dem Flüchtling hier schon nach kürzester Zeit deutlich, der Verlust spürbar, das Leben hier bleibt anonym, unverständlich, ja bedrohlich. Verstärkt



wird dieser Identitäts- und Orientierungsverlust, der für den Eintreffenden unweigerlich nach den ersten 'atemberaubenden' Impressionen einer westeuropäischen Großstadt eintreten muß, durch bewußte Strategien zur Erschwerung des täglichen Lebens, bis hin zur Kasernierung. Bestand bis vor kurzem in Berlin, trotz miserabler Bedingungen, für Asylbewerber noch zeitweise die Möglichkeit, durch privates Wohnen ihren Lebensbereich persönlich zu gestalten und zumindest innerhalb dieser Sphäre ihre kulturelle Identität zu wahren, so ist dies spätestens mit Verkündung des neuen Asylverfahrensgesetzes im Juli dieses Jahres verhindert. „Ausländer, die einen Asylantrag gestellt

haben, sollen in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden." (23) Dieser Satz klingt bei weitem nicht so brutal wie seine Auswirkungen auf die Praxis, die ohnehin schon seit Jahren von Ländern und Gemeinden ausgeübt oder vorangetrieben wurde. Der rationell-sachlich klingende Terminus 'Gemeinschaftsunterkunft' verbirgt weiten Teilen der Öffentlichkeit Ausübung und Auswirkungen dieses neuen Produkts 'made in Germany', das bedauerliche Parallelen zur jüngsten Geschichte aufweist. Ein effektives und teures Mittel zur systematischen Abschrekkung ungewollter 'Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlinge'; das 2-jährige Arbeitsverbot und die Sozialhilfereglementierungen tun ihr übriges.

Das Gros der Sammelunterkünfte steht in Charakter und Organisation herkömmlichen Haftanstalten nicht nach. Oft herrscht striktes Besuchsverbot, am Eingang wird Kommen und Gehen überwacht, Kontrolle durch Heimausweise ist die Regel. Manche Heime zeichnen sich aus durch feste Öffnungs- und Schließungszeiten, der einzelne ist sogar in seinen zeitlichen Planungen eingeschränkt. Gängige Form der Verpflegung ist die Verköstigung aus Gemeinschaftsküchen oder Kantinen, die Qualität des Essens ist meist miserabel und spricht den von den Sozialämtern gezahlten Beträgen Hohn. (24) Die Schlafräume beherbergen oft 6 oder mehr Personen. Es gibt innerhalb solcher Heime keine Möglichkeit zum Rückzug, zur Freizeitgestaltung, in den seltensten Fällen die Betreuung durch Sozialarbeiter. Schikanen von Seiten der Heimaufsicht sind nicht selten.

Die körperliche und psychische Verelendung vieler Asylbewerber wächst vom Tag ihrer Ankunft kontinuierlich und unübersehbar. Die in Gesprächen am häufigsten geäußerten Beschwerden sind Magengeschwüre, Nervosität und Kopfschmerzen. Als eindeutig durch die Kasernierung bedingte Symptome wurden festgestellt: Einschlafstörungen, Appetitlosigkeit, Depressionen, Müdigkeit, Schlafzwang, Alkoholmißbrauch, Aggressivität. (25) Apathie und Handlungsunfähigkeit stellen sich ein, mehr oder weniger schnell.
Das Arbeits- und Ausbildungsverbot, die Vorenthaltung sprachlicher Förderung, die Verhinderung einer Teilnahme am öffentlichen und kulturellen Leben durch minimale Taschengeldbeträge (in Berlin derzeit DM 45,-- mtl.), die öffentliche Diskriminierung durch das an Stelle von Bargeld von den Sozialämtern eingeführte Wertgutscheinsystem, das durch die Medien aufgeheizte aggressive Klima – all dies sind gezielte Maßnahmen zur Desintegration und zur Schaffung eines Prügelknaben im Bereich der Ausländerpolitik. Eine, wenn auch zeitlich begrenzte Integration widerspräche vollends dem Prinzip der Abschrekkung.
Der Zwang zum Warten und Nichtstun ist wohl der entwürdigendste Aspekt; der Tag endet so wie er begonnen hat, ohne daß für den Einzelnen die Perspektive einer Veränderung auf Jahre hin in Aussicht gestellt wäre. Nur wenige finden Alternativen zum sinnlosen Umherirren in der Stadt. Eine zusätzliche Problematik liegt in der Konzentrierung vieler Asylantenwohnheime im Bereich der Innenstadt.

Die Rolle der Frau

Ist die Rolle der Frau in arabischen Ländern fast ausschließlich definiert durch ihre Funktion als Hausfrau und Mutter, so erfährt sie hier ein Frauenbild, das sie nicht nur irritiert, sondern in seinen Erscheinungsformen oft verunsichert und erschreckt. Gleichzeitig besteht an sie weiterhin das Postulat, im Einklang mit den islamischen Regeln ihre traditionelle Rolle zu erfüllen. Die Angst des Mannes, seine Frau könnte inmitten einer moralisch zerstörten Umwelt ihren „guten Ruf" verlieren, wirft diese noch stärker auf den Wohnbereich zurück und zwingt sie in starke soziale Isolation. Durch die miserable materielle Situation und das mangelnde Selbstwertgefühl, das oft vor allem den Mann betrifft, kommen Schläge und Kindesmißhandlungen häufiger vor.

Somit wird die Frau auch durch Maßnahmen wie die Zwangsunterbringung ungleich viel härter getroffen. In Heimen mit Gemeinschaftsverpflegung verliert sie zusätzlich die gewohnte Aufgabe der Essenszubereitung und der Pflege des Haushalts. Außenkontakte existieren kaum. Ihr Wirkungskreis beschränkt sich somit auf eine einzige, von der ganzen Familie zu nutzende Räumlichkeit. (26) Dagegen besteht für den Mann weiterhin die Möglichkeit, entsprechend der Rollenverteilung die Kontakte nach außen zu pflegen und wahrzunehmen. Westliche Verhaltensmuster werden von ihm schneller internalisiert, es entstehen oft tragische Konflikte, zumal sich auch die Kinder der neuen Umgebung eher anpassen.
Eine Alternative zur Zwangsunterbringung gibt es nicht. Die Einweisung erfolgt mittels eines Kostenübernahmescheines vom Sozialamt, das jeweilige Heim ist somit zwingend vorgeschrieben. Macht eine Person hiervon keinen Gebrauch, so entfallen sämtliche Unterstützungen und Leistungen inclusive des Taschengeldbetrages. Die umfassende Abhängigkeit von Almosen und der Zwang zur langsamen Verelendung sind in den meisten Fällen unausweichlich.

Anmerkungen

1) Spandauer Volksblatt, 9.10.82
2) Der Tagesspiegel, 6.11.82
3) ebda.
4) Spandauer Volksblatt, 11.10.82
die Tageszeitung (TAZ), 11.10.82
5) Der Tagesspiegel, 6.11.82
6) TAZ, 14.10.82
7) TAZ, 19.10.82
8) vgl. § 39,3 AsylVfG; § 11 AuslG
9) vgl. § 14,1 AuslG
10) vgl. Der Tagesspiegel, 13.10.82
TAZ, 14.10.82
11) TAZ, 18.10.82
12) TAZ, 19.10.82
13) TAZ, 28.10.82
14) vgl. §§ 7–14 AsylVfG
15) TAZ, 20.10.82
16) vgl. zu diesem Komplex auch 'blätter des iz3w', Nr. 89, November 1980
17) vgl. Reinhard Marx, Ausländergsetz, Baden Baden 1981, S. 347
18) vgl. VG Ansbach, U.v. 9.12.76, DÜV 1977, 637 und VG Ansbach, U.v. 28.9.77, AN 0644-X/77 aus Marx, S. 353
19) BayVGH, U.v. 7.7.76, Nr. IX 76, aus Marx, S. 279 f
20) vgl. hierzu Marx, S. 404 ff
21) vgl. hierzu Spaich (Hg.), Asyl bei den Deutschen, Hamburg 1982
22) vgl. Kossmann, Scharenberg (Hg.), Palästinensische Frauen, Berlin 1982
23) § 23 AsylVfG
24) Die Tagessätze für Berliner Wohnheime liegen z.Zt. zwischen DM 25 und DM 31 täglich, dies entspricht einem monatlich gezahlten Betrag von mindestens 800 DM.
25) vgl. Henning/Wießner (Hg.), Lager und menschliche Würde, Tübingen 1982
26) vgl. Maria Jäger, Situation von Asylsuchenden in Berlin, in: Palästinensische Frauen

KOLUMBIEN

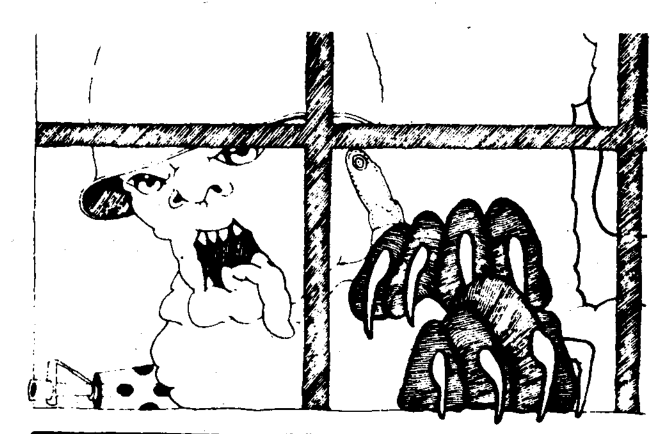
Überlegungen zum Tag des Politischen Gefangenen

Der „Tag des politischen Gefangenen" wird in Kolumbien alljährlich am 15. Oktober zur Erinnerung an diejenigen durchgeführt, die wegen ihres politischen Engagements in Gefängnissen sitzen, umgebracht wurden oder verschwunden sind. Am 15. Oktober 1973 war der Gewerkschaftsführer Luis Carlos Cardenas von staatlichen Sicherheitskräften entführt und ermordet worden. Seitdem wird dieser Tag zum Anlaß genommen, um auf nationaler Ebene über Gewerkschaftsorganisationen und Gefangenensolidaritätskomitees in Protest- und Informationsaktionen über die Situation der politischen Gefangenen aufzuklären.

So oft erhalte ich Nachrichten über Verhaftungen, Verschwinden, Folter und Tod aus Kolumbien, daß meine anfängliche Empörung und mein Entsetzen allmählich einem Gefühl der Resignation und vielleicht sogar der inneren Distanzierung Platz gemacht haben. Ich spüre meine eigene Machtlosigkeit, und meine einzige Möglichkeit, noch aktiv zu reagieren, ist schon fast zu einem Akt der Routine geworden: durch eine zähe Öffentlichkeitsarbeit einen winzig kleinen Teil der BRD-Bevölkerung immer wieder darauf hinzuweisen, wie die alltägliche Repression und der Widerstand dagegen in einem Land der Dritten Welt aussehen. Ich merke selber, daß durch die ständige Wiederholung der bekannten Tatsache, wie Menschen physisch und psychisch zerstört werden - sei es durch die ganz konkret sichtbaren Zugriffe des Staates und seiner Sicherheitsorgane, sei es durch die Beschränkung der notwendigsten Lebensgrundlagen bis unters Minimum - das Schicksal der einzelnen hinter der Anonymität von Namenslisten verschwindet. Solidarität, die einmal aus innerer Beteiligung, aus Trauer, Wut und auch Begeisterung entstanden ist, wird zur Pflichtübung. Neue Phantasie und Ideen in die Solidaritätsarbeit zu bringen - das würde ich mir wünschen und habe doch selber kein Konzept, keinen Vorschlag dazu. Mein Gefühl, wirklich angesprochen zu sein, es nicht mit Fremdem, weit Entfernten zu tun zu haben, bekommt immer wieder dann neue Nahrung, wenn ich mich an Ort und Stelle begebe, wenn ich die Menschen, deren Schicksal ich hier in abstrakter Form aufs Papier bringe, hören, sehen, spüren kann.

Kürzlich erhielt ich die Nachricht vom Tod Camilo Restrepos, der unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis von Villanueva (Cali), wo er eine mehrjährige Haftstrafe abgesessen hatte, vom MAS (Muerte a los Secuestra dores = Tod den Entführern, eine paramilitärische Gruppe) entführt, anschließend von den Sicherheitskräften des F 2 verhört und am nächsten Tag auf offener Straße in Anwesenheit seiner Mutter niedergeknallt worden ist.

Diese Nachricht hat mich aus meiner oben beschriebenen Distanz aufgeschreckt. Sie hat mir plötzlich einen Sonntagnachmittag im August vor zwei Jahren ganz plastisch vor Augen geführt, an dem ich den etwa 20-jährigen Camilo kennenlernte. Einige Familienangehörige von politischen Gefangenen, die zum großen Teil der Zugehörigkeit zur Guerrilla angeklagt waren, hatte mich zum sonntäglichen Besuch nach Villanueva eingeladen. Im Vergleich zu anderen Gefängnissen, die ich vorher gesehen hatte, erschien mir dieses noch trostloser. Hier waren die politischen Gefangenen weitaus isolierter, ihre Zellen lagen in verschiedenen Gebäudeteilen, so daß ihr Kontakt untereinander sehr erschwert war.





Besonders deprimierend war die Situation der Indianer oder Bauern, die so gut wie nie von ihren weit entfernt lebenden Angehörigen Besuch bekamen.

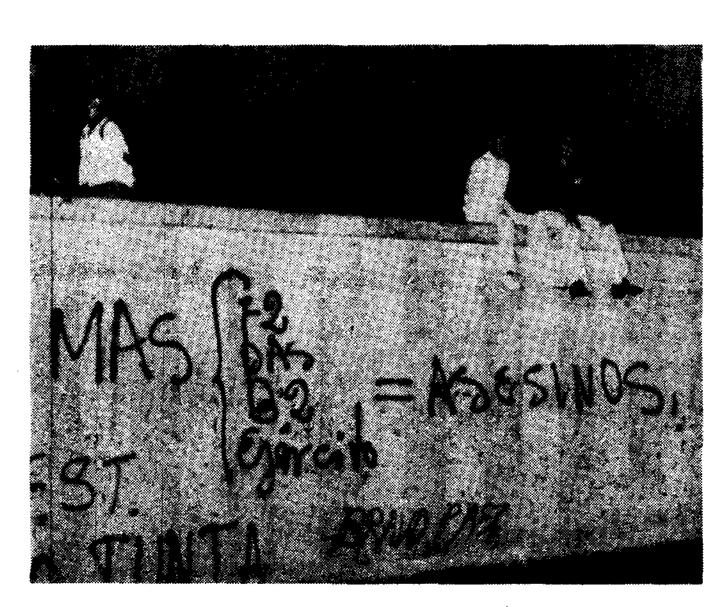
Ich hatte die Möglichkeit, mit Camilo und dem gleichzeitig mit ihm verhafteten Oscar Fernando ein Interview zu machen.

Camilo, Oscar und Jorge Marco Zambrano waren Anfang 1980 verhaftet und gefoltert worden. Während Camilo und Oscar die Folter überlebt haben, ist Jorge auf bestialische Weise zu Tode gefoltert worden. (Um an seinen Tod zu erinnern, gaben sich die Besetzer der dominikanischen Botschaft – Frühjahr 80 – den Namen „Kommando Jorge Marco Zambrano".)

In einem Kriegsgericht wurden beide wegen Zugehörigkeit zur Guerilla-Gruppe M 19 und mutmaßlicher Beteiligung an einer Entführung zu 48 Monaten Gefängnis verurteilt.
In dem Prozeß gegen 2 Militärangehörige, die Marco Zambrano getötet hatten, sagte Camilo als Hauptbelastungs-, weil Augenzeuge aus und zog sich so, wie es in einem Brief einer Gefangenengruppe heißt, „die Feindschaft der verantwortlichen Brigade" zu.
Camilo und Oscar erzählten mir von ihrer Festnahme, der Folter, ihrem Gefängnisaufenthalt, aber auch von ihren politischen Zielen, ihrem Engagement, im Gefängnis Überlebensstrategien zu entwickeln, ihre politische Arbeit auch unter diesen extremen Bedingungen in Form von Diskussionen untereinander nicht abzubrechen, den Kontakt zur Außenwelt aufrechtzuerhalten. Wieder spürte ich die gleiche Energie und Zuversicht wie bei meinen anderen Gefängnisbesuchen.
Außer mir waren auch noch die Mütter der beiden und die Mutter von Jorge Marco Zambrano zu Besuch.
Mariela setzt sich seit dem Tod ihres Sohnes für alle politischen Gefangenen ein, fährt jedes Wochenende zu den am weitesten entfernten Gefängnissen, um auch diejenigen zu unterstützten, die von niemandem besucht werden. Zu jener Zeit führte sie gerade einen Prozeß gegen die Militärs, die ihren Sohn umgebracht hatten. Das Urteil lautete: Unschuldig.
Anders als Mariela verhielt sich Camilos Mutter. Sie war innerlich vollkommen zerstört darüber, ihren Sohn, den sie christlich erzogen hatte, wie einen Verbrecher im Gefängnis zu wissen.
„Sei glücklich", erinnerte sie Mariela „daß dein Sohn lebt. Es ist keine Schande, für seine Überzeugung im Gefängnis zu sitzen, und es ist keine Schande, dafür zu sterben."
Camilo ist inzwischen tot.
Oscar Fernando, der auch seine Haft abgesessen hat, hat nach seiner Entlassung Asyl in der mexikanischen Botschaft gesucht, um sich vor seiner ständigen Verfolgung und Bedrohung zu schützen.
Wie gesagt, sind Camilo Restrepo und Oscar Fernando zwei von vielen Fällen, die sich täglich ereignen.
In Bogota hat sich im Juli die „Grupo de Enlace con los Comites Colombia" – bestehend aus den verschiedenen Menschenrechts- und Solidaritätskomitees – gebildet.
Sie steht in Kontakt mit den ausländischen Kolumbienkomitees (Frankreich, Illionois, London, Leuwen, Mexiko), die sie regelmäßig mit den neuesten Informationen versorgt.
Obwohl der neue konservative Präsident Belisario Betancur formal den Ausnahmezustand aufgehoben hat, hat der Terror im ganzen Land nicht nachgelassen.
Zwar sind viele politischen Gefangenen von der Zuständigkeit der Militärjustiz in die der zivilen Justiz übergegangen und mehrere Gefange auf freien Fuß gesetzt worden. Es mehren sich andererseits die Berichte von Exekutionen, vor allem auf dem Lande. Es heißt, die Militärs zögen es vor, „kurzen Prozeß zu machen", ihre sog. Gegner lieber umzubringen als sie zu verhaften und durch einen zivilen Prozeß die Möglichkeit ihrer Freilassung zu riskieren.
Es muß befürchtet werden, daß auch andere aus der Haft Entlassene das Schicksal Camilo Restrepos teilen müssen.
So fand man z.B. in Cali im August den Leichnam (mit Anzeichen schwerer Folter) eines Gewerkschaftsführers an einem Baum aufgehängt. Auch er war vorher schon einmal von den Militärs verhaftet und gefoltert worden. In unmittelbarer Nähe der Leiche hatte der MAS seine Initialen hinterlassen. Auch in Caratago sind drei Studenten verhaftet, gefoltert und ermordet worden, von denen zwei schon einmal verhaftet gewesen waren.

Die Terroraktionen des MAS

Besonders beängstigend ist bei vielen Morden dieses Jahres die Präsenz des MAS. Gewerkschaftsführer, Verteidiger politischer Gefangener und Intellektuelle stehen in erster Linie auf ihren schwarzen Listen.
So wurde Ende August der Professor und Verteidiger von Studenten und politischen Gefangenen Alberto Alave Montenegro vor der Uni nacional in Bogota am hellichten Tag von einem MAS-Mitglied erschossen. Im Laufe von vier Jahren war er dreimal verhaftet und der Folter ausgesetzt gewesen. In diesem Jahr hatte er mehrere Todesdrohungen vom MAS erhalten und wollte Anfang September nach Canada gehen.
Wiederum in der Nähe von Cali fand man die Leiche eines Gewerkschaftsführers und eines Studenten, die vorher von der Polizei festgenommen worden waren, auch wieder mit den Insignien des MAS versehen.
Doch auch die Bauernschaft ist in die Schußlinie des MAS geraten.
Ende August wurden die verstümmelten Leichen von vier Bauern im Caucagebiet (Mechi) – erschossen vom MAS – aufgefunden.
Anfang August fand man in einem kleinen Dorf in Antioquia die Leichen von 7 Bauern mit Anzeichen entsetzlicher Folter (Verätzungen durch Säure, Augen und Zunge waren herausgerissen, eine Frau war vergewaltigt worden) die von einer Militäreinheit verschleppt worden waren. Ein auf dem Boden liegendes Handtuch mit der Beschriftung „Ejercito de Columbia" gibt Aufschluß über die Täter.
In letzter Zeit sind auch Fälle von Exekutionen in Gefängnissen selber bekannt geworden.
Es scheint offensichtlich, daß der MAS mit Teilen offizieller Sicherheitsorgane zusammenarbeitet.



Am Justizpalast

Mitte Dezember 1981 hat der MAS offiziell seine Gründung bekanntgegeben. In einem Kommunique heißt es, daß 223 Mafia-Chefs sich zusammengetan hätten, um Entführer und Subversive zu exekutieren, und zwar innerhalb und außerhalb der Gefängnisse. Im Falle eines Fehlschlagens einer Aktion würde die Rache auf andere Gefangene oder auf Familienangehörige zurückfallen. Seine personelle Zusammensetzung charakterisiert der MAS folgendermaßen: „hervorragende und wilde Ex-Militärs und Ex-Agenten, fähige zivile paramilitärische Experten, zivile Verteidigung, ausländische Söldner (Vietnam, Südafrika), großartige

Sportler und Schießexperten, Karabinieris, Spezialeinheiten der Polizei, Größen aus dem F 2, Krieger des B 2 (militärische Abteilungen), Mitglieder des Geheimdienstes, des Grenzschutzes, der Luftwaffe und der Marine." Es folgt eine Aufzählung der zur Verfügung stehenden Waffengattungen, Spionage- und Kommunikationssysteme.
Die Aussagen von durch den MAS entführten und dann wieder freigelassenen Personen und die Bestätigungen einiger Militärs der Brigadeinstitute BIM – die anschließend widerrufen wurden – beweisen die enge Verknüpfung zwischen MAS, Militär und Geheimdiensten.
Der kolumbianische Staatspräsident distanziert sich natürlich von dieser paramilitärischen Gruppierung und verspricht, eine Untersuchung einzuleiten. Gleichzeitig kommt aus den Reihen hoher Militärs die Forderung, mit „harter Hand" gegen Entführer vorzugehen. (Die Namensgebung MAS = Tod den Entführern ist makaber-ironisch. Die Hauptaktivität des MAS ist, alles und jeden, der ihnen im Weg steht, zu entführen.)
Damit sind allerdings weniger die Entführer innerhalb des MAS als Guerilleros gemeint. Insofern gibt es also Interessengleichheit zwischen Teilen des Militärs und dem MAS. Gefährlich für Staat und Militär wird der MAS allerdings, wenn er zu einer unkontrollierbaren, selbständigen Machtorganisation wird.
Welche gesellschaftlich relevante Gruppierung steht nun hinter dem MAS, und welche Interessen verfolgt sie?
Gemäß einer Einschätzung aus Kolumbien (s. Colombia en Lucha, Nr. 10) ist der MAS die Stoßtruppe eines Teils der Export-Handelsbourgeoisie, deren Einnahmen aus dem illegalen Anbau und der Vermarktung von Marihuana, Kokain sowie Smaragden etc. stammen. Der illegale Charakter dieser Geschäfte bringt zwangsläufig ganz besondere, der Mafia eigene Durchsetzungsmethoden mit sich. Perfekt ausgestattete, skrupellos vorgehende Sondereinheiten, deren ausführende Organe sich aus Kriminellen oder auch verarmten Bauern und Arbeitslosen rekrutieren, führen die Drecksarbeit durch. Die Spitze der Organisation hat enge Verbindungen zu Richtern, Politikern, Militärs, Presse.
Der MAS kann dieser Einschätzung zufolge als eine Organisation angesehen werden, die zur Verteidigung der Interessen eben dieser Teile des Großkapitals (s.o.) ins Leben gerufen wurde. Seine Gewaltakte richten sich gegen alle diejenigen, die mit den verschiedensten Kampfformen-, Streiks, faire Prozeßführung, politische Aufklärungsarbeit, bewaffneter Kampf gegen das System Widerstand leisten.
Ein Teil der Taktik des MAS ist in einer ersten Phase die Verbreitung von Terror. Die Opfer werden nicht immer gleich ermordet, sondern erhalten Todesdrohungen in Form einer Todesanzeige, in der „die Familie ... bedauert, den Tod ihres lieben ... bekanntzugeben", versehen mit den Initialen der Organisation. Oder die in Frage kommenden Personen werden entführt, gefoltert, ihre Wohnungen verwüstet – dies alles als erste oder zweite Warnung. Vertreter von Menschenrechtsorganisationen, Journalisten, u.a. Garcia Marquez stehen auf der schwarzen Liste.
Der MAS hat in Kolumbien verschiedene Vorläufer. Schon in den 30er Jahren mordeten die von den Großgrundbesitzern bezahlten „Pajaros" auf dem Land, aber auch in den Städten. Die Violencia (1948 – 1958) war die Blütezeit der für Geld mordenden Banden. In den 60er Jahren entstand in den Städten die MANO NEGRA, während auf dem Land bewaffnete Gruppen mit Polizisten und Ex-Polizisten mit staatlichen Geldern Jagd auf Kommunisten und Guerilla machten.
Im Augenblick sorgen mehrere Organisationen für Angst und Unsicherheit: das Todesschwadron, das AAA (Alianza anticomunista americano, nach argentin. Vorbild), „Blut und Feuer", „Schwarze Mützen", „Alfa 82" und „Schwarze Hand".
Ob sich hinter diesen Gruppen nun der MAS verbirgt, oder mit ihnen gemeinsame Sache macht oder in Konkurrenz zu ihnen steht, darüber gibt es nur Spekulationen.
Sicher ist nur, daß es sehr schwer ist, diesen Organisationen beizukommen, weil sie einerseits offenbar von einflußreichen Stellen gedeckt werden, andererseits die noch lebenden Opfer aus Angst selten bereit sind, Aussagen zur Aufdeckung der Verbrechen zu machen.

ILA – Seminar „ARBEITSSITUATION DER FRAUEN IN LATEINAMERIKA"

Wenn frau/mann über die internationale Arbeitsteilung diskutiert, Gewerkschaftsbewegungen, Arbeitskämpfe oder landwirtschaftliche Projekte unterstützt, übersieht mensch gerne die besondere Situation der arbeitenden Frauen in Lateinamerika.
Wir Frauen in der ILA wollen deshalb dieses Thema in einem Seminar am 29./30.1.1983 in Bonn aufgreifen. In kleinen Diskussionsgruppen soll auf folgende Aspekte eingegangen werden:
1) Darstellung und Diskussion von Theorien zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, Subsistenz- und Reproduktionsarbeit und zur industriellen Reservearmee
2) Diskussion über Arbeitsbereiche von Frauen anhand von Beispielen aus verschiedenen Ländern
3) Hat sich die Situation der Frau in Ländern im nachrevolutionären Prozeß geändert?
4) Unser Problem als Frauen in linken Organisationen
Es soll gezeigt werden, welche Beziehungen zwischen den Problemen der Frauen in Lateinamerika und hier bestehen. Die Wirtschaftskrise und das dazu passende neue BILD DER FRAU der Herren Kohl, Blüm und Geissler werden in nächster Zeit die Arbeitslage der Frauen in der BRD noch erheblich verschlechtern.
50 % der Bevölkerung können nicht unter den Tisch der Gesellschaft gekehrt werden (denn wir lassen uns nicht mehr kehren) und darum wünschen wir uns als weiterreichendes Ergebnis des Seminars, daß unsere Diskussionen hineinwirken in die Interpretation wirtschaftspolitischer Ereignisse in Lateinamerika und hier und letztlich auch unsere aktuelle politische Arbeit beeinflussen werden.

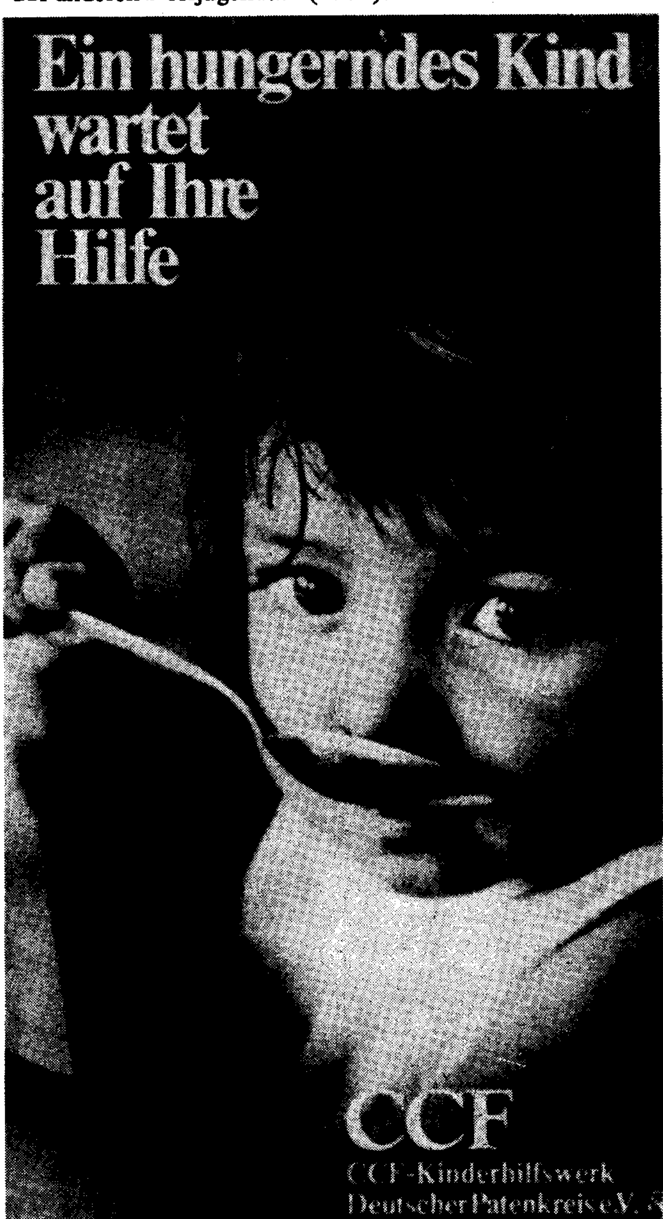
Meldet Euch (Frauen und Männer) möglichst bald bei der ILA an! Die Seminarkosten betragen max. 30 DM und enthalten Übernachtung und volle Verpflegung (bitte Schlafsäcke mitbringen). Außerdem besteht die Möglichkeit der Kinderbetreuung (Kinder bitte mitanmelden).



Die verkauften Kinder
Patenschaften – eine Hilfe für die Dritte Welt?

Angelika Farnung (Hg.), Wupptertal: Jugenddienstverlag 1982, 160 S., DM 9,80

In der Bundesrepublik wird massiv für persönliche Heimpatenschaften zugunsten von Kindern in der Dritten Welt geworben. Die in ihrem Spendenaufkommen wachsenden Patenschaftsorganisationen und ihre theologischen und psychologischen Verfechter haben – von Geld und „Spenderwillen" blind geworden – in den letzten fünf Jahren alles daran gesetzt, die nicht minder wachsende Kritik an den Zwängen der persönlichen Patenschaft und der Heimerziehung in das belächelte Abseits linksideologischer westlicherArroganz zu drängen. Das ist ihnen nicht gelungen, obwohl nach wie vor einige ihrer kirchlichen „Partner" in Übersee gefügig in das Horn ihrer Geldgeber tuten.
Die Sozialpädagogin Angelika Farnung, vor 7 Jahren Mitautorin einer vom Diakonischen Werk in Auftrag gegebenen Untersuchung zu Heimpatenschaften und deren Wirkung in Übersee, erbringt einen Beweis dafür: Sie hat die unzähligen Dokumente und Argumente der widerstreitenden Gruppen und Institutionen, besonders der „Kindernothilfe" und ihrer Kritiker, gesichtet, die wesentlichsten anschaulich geordnet und der Öffentlichkeit in einer Art Lesebuch vorgelegt. Im Vorwort fragt Prof. Dr. Reinhart Lempp, „Zentrum für Psychiatrie und Neurologie" der Universität Tübingen, stellvertretend für alle Kritiker der Heimpatenschaften: „Könnte man nicht helfen und den Kindern dabei ihre Familie und ihre gewohnte Umwelt erhalten und sie instand setzen, sich innerhalb ihres Lebensraums selbst zu helfen? Könnte man nicht helfen, ohne zu schaden?" (S. 6)
Im Mittelpunkt des Buches steht nicht nur der Konflikt in der Bundesrepublik um Motive der Spender und um Arbeitsweise der Patenschaftsorganisationen (1. und 2. Teil), sondern auch die Kritik von äthiopischen und indischen Fachleuten (2. und 6. Teil), die sich bereits 1974 als erste zur institutionellen Kinderfürsorge und zur Heimerziehung in ihrem Land äußerten: „Es ist bekannt, daß Heime Abhängigkeiten schaffen ... auch soziologischer Art, weil die Kirche notgedrungen ständig Gelder von nationalen und internationalen Hilfswerken erbitten muß, um diese Heime aufrechterhalten zu können – und dies auf Kosten der christlichen Gemeinschaft als ganzer" (Mekane Yesus Kirche, Äthiopien; S. 16). Und: „Das Ziel der Heimerziehung ist die Entwicklung einzelner. Die Erfahrung aber hat gezeigt, daß ein solches System unüberbrückbare Barrieren zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft schafft" (Bengal Social Service, Indien; S. 17 f.).
Angelika Farnung hat besonders im 3. bis 5. Teil an die Gruppen und Gemeinden gedacht, die hoffentlich mit dem Buch arbeiten werden: Zunächst spiegelt die Fotogeschichte „Wir haben ein Patenkind" die Situation einzelner Paten in der Bundesrepublik wider und regt zur Diskussion an (S. 37 ff.). Zu den historischen Hintergründen der europäisch vorgeprägten Heimerziehung in den Ländern der Dritten Welt und zur Werbewirksamkeit des Patenschaftssystems gibt es reichlich Aufschlüsse im 4. Teil. Die Darstellung von „Berufsausbildung und Arbeitsmarkt der Entwicklungsländer" (S. 67 ff.) deutet das ökonomische und soziale Dilemma für die Heimkinder an: „Sie fanden weder in der Stadt Arbeit ... Sie sind im Dorf vollkommen entwurzelt, sie haben keine Kontakte mehr zur anderen Dorfjugend..." (S. 67).



Typisches Werbebeispiel

Zu wenig wäre es, wenn nur die Kritiker zu Wort kämen und nicht gleichzeitig aufgezeigt würde, wie sinnvolle Hilfe aussehen kann, Hilfe, die den Hilfsbedürftigen und ihn samt seiner Lebensgemeinschaft – Familie, Dorf, Distrikt. – eigenständig macht. Die Heimpatenschaft – die 8000-km-„Verwandtschaft" – tut es offensichtlich nicht, folgt man der reichen Materialsammlung von Vorträgen und Briefen im 6. Teil und den Fallstudien aus Indien (S. 31 ff.). Sie ist „Hilfe, die Not schafft" (S. 30); bestenfalls stillt sie den exotischen Hunger des Westlers, der sich durch einen künstlichen Briefkontakt („,... weil die Briefe durch die Hände der leitenden Stellen gehen" S. 30) über seine Einsamkeit und seine kulturelle Langeweile hinwegzutäuschen vermag.

Der 7. Teil nennt „Alternativen zur Heimpatenschaft". Eigentlich sind es gar nicht „Alternativen", sondern längst praktizierte Gemeinwesenprogramme unter den Ärmsten der Armen. Diese Programme rücken die Eigeninitiative der betroffenen Bevölkerungsgruppen oder Dorfgemeinschaften und die Bemühung um soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt.
Das kostet nicht so sehr „schnelles Geld" in Form der Spende als vielmehr Phantasie, Mut und Geduld der Betroffenen. Und beim nicht selten mißtrauischen Spender kostet es zuallererst ein Umdenken, Mitdenken und ein solidarisches Mittragen der Anstrengungen einer lokalen Gemeinschaft anderswo, auch wenn ihm nicht alles sofort verständlich erscheinen mag. Die Befürworter der Gemeinweseninitiativen unterstreichen diese Solidarität, damit Geld nicht die wesentliche oder gar einzige Achse ist, um die sich die Beziehungen zu überseeischen Gruppen und Institutionen drehen. Angelika Farnung nennt als Beispiel die beiden bisherigen Patenschaftsorganisationen, die umgedacht haben und künftig nur noch Gemeinwesenprogramme fördern: Terre des Hommes, Osnabrück; Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Berlin. Es ließen sich noch andere Organisationen nennen, die dies von Anfang an taten: Brot für die Welt, Aktion Selbstbesteuerung, beide Stuttgart. Ein brasilianisches Sprichwort (S. 152) umreißt die Hoffnung derer, die dort wie hier – in einer Welt ungerechter Abhängigkeiten – solidarisches Handeln lernen wollen:

> „Träume ich allein, ist es nur ein Traum.
> Träumen wir zusammen, beginnt die Wirklichkeit".

Wolfgang Gern

Lesley Doyal; Den Tod verhindern – ohne das Leben zu verbessern
Zum Widerspruch imperialistischer Medizin in der Dritten Welt
medico international, Hanauer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1982, 80 Seiten, Preis: 9,– DM

Während sich die bisherigen Publikationen in deutscher Sprache zu diesem Thema auf die genaue Analyse der gegenwärtigen Gesundheitsstruktur und auf Statistiken über Sterblichkeitsraten etc. beschränkten, gibt das nun auf deutsch erschienene Buch zum erstenmal detailliert Auskunft über die geschichtliche Entwicklung der medizinischen Versorgung nach westlichem Vorbild in den Entwicklungsländern. Lesley Doyal hat hervorragend die Ziele und Auswirkungen der kurativen Medizin in Afrika während der britischen Kolonialzeit recherchiert und beschreibt dies sehr anschaulich und leicht verständlich.
Die westliche Medizin kam mit den ersten Kolonialisten nach Afrika. Der Aufenthalt der Europäer und ihre Tätigkeit in den Kolonien forderte viele Opfer. Die Soldaten waren durch epidemisch auftretende Krankheiten großer Gefahr ausgesetzt. Außerdem mußten auch die in der Kolonialverwaltung und im Handelswesen tätigen Europäer medizinisch versorgt werden, damit die Interessen der Kolonialmächte gesichert blieben. In der frühen Phase der Kolonialzeit waren nur wenige Ärzte für die Erhaltung der Gesundheit der Europäer zuständig. Entweder waren die Ärzte direkt von den Handelsgesellschaften angestellt oder sie waren Armeeangehörige. Später wurden auch die einheimischen Eliten sowie die wenigen Arbeiter von der kolonialen Medizin mitversorgt. Die Kolonialverwaltung war immer bemüht, die Kosten dafür auf ein Minimum zu beschränken. Im weiteren beschreibt die Autorin des Buches die Entwicklung der medizinischen Versorgung bis zur Zeit der Unabhängigkeit der ostafrikanischen Staaten. Sie belegt die Abhängigkeit der bestehenden Medizinsysteme der Entwicklungsländer von den Industrieländern, die durch die koloniale Gesundheitspolitik festgelegt wurde. Dazu hat sie dokumentarisches Material für jeden Schritt der zunehmenden Verbreitung der westlichen Medizin aufgearbeitet.
Das vorrangige Ziel der frühen kolonialistischen Gesundheitspolitik, die Erhaltung der Gesundheit der Europäer, wurde durch das System der Rassentrennung getragen. Die Afrikaner und Asiaten wurden in eigenen Stadt- bzw. Wohnvierteln untergebracht, die geographisch genau festgelegt waren. Öffentliche Gesundheitseinrichtungen wurden der nicht-weißen Bevölkerung strikt verweigert. Als die Pest in Ostafrika sich immer mehr ausbreitete – nach Doyal wurde sie wahrscheinlich mit Lieferungen für die ugandische Eisenbahn eingeschleppt – errichtete die koloniale Gesundheitsbehörde einen Schutzgürtel (cordon sanitaire) um die farbigen Viertel, anstatt Maßnahmen gegen die unhygienischen und beengten Wohnverhältnisse zu ergreifen. Die Europäer wurden vergleichsweise nur in geringem Maße von den epidemischen Krankheiten betroffen, da sie aufgrund der privilegierten Lebensbedingungen gut geschützt waren. Malaria und die Schlafkrankheit bildeten dabei eine Ausnahme. Dies war der Grund für das zunehmende internationale Interesse, diese Krankheiten zu bekämpfen. Die Forschung konzentrierte sich auf die Entdeckung der Überträger bzw. Krankheitserreger und auf die Bekämpfung der Parasiten durch geeignete chemische Mittel und eine medikamentöse Therapie. Das Ziel war die Behandlung einzelner und nicht die der gesamten Bevölkerung.
Als in den 30er Jahren das Scheitern der kolonialen Gesundheitspolitik nicht mehr zu verheimlichen war, kannte man die Ursachen der verheerenden Krankheitssituation bereits. Obwohl es einige Anstrengungen gab, diese Erkenntnisse in der Gesundheitspolitik umzusetzen, veränderte sich kaum etwas.
Die Weltwirtschaftskrise stärkte die Position der Vertreter, die sich gegen eine Änderung der Gesundheitspolitik aussprachen.
Durch die neu eingeführte Eingeborenenverwaltung der einheimichen Eliten wurde zwar eine Gesundheitspoli-

tik auf dem Lande ermöglicht. Die durchgeführten Maßnahmen waren wenig effektiv und sinnvoll und im Grunde dienten sie mehr ideologischem Zwecke, als wirklich der Hilfe. Gleichzeitig wurden Gesundheitsvorschriften erlassen, mit denen der Arbeitsprozeß kontrollierter und die Produktion gesteigert werden sollte. Die Eroberung war abgeschlossen und daher rückte die Ausbeutung der agrarischen, mineralischen und menschlichen Ressourcen in den Vordergrund, weshalb auch die Erhaltung der einheimischen Arbeitskraft notwendig wurde.
Oftmals wird argumentiert, die Kolonisation hätte zwar eindeutig unseren Macht- und Wirtschaftsinteressen gedient, die medizinische Hilfe und Versorgung jedoch, die die Kolonialmächte der Bevölkerung zukommen ließen, sei als positiver Beitrag anzusehen. In gleicher Weise war die Missionsarbeit der Kirchen im Gesundheits- und Bildungsbereich eingestuft. Gerade die Missionsstationen wurden in abgeschiedenen Gebieten aufgebaut und erreichten somit einen Teil der Bevölkerung, der ohne jene Arbeit der „Nächstenliebe" unberücksichtigt geblieben wäre.
Doyal weist anhand von Dokumenten nach, daß die Medizin im Interesse der Kolonialmächte eingesetzt wurde.
Der „sanfte Einfluß medizinischen Wirkens" wurde – wie ein Missionar 1899 feststellte – als äußerst effektives Mittel betrachtet, um den Boden für die imperialistische Herrschaft zu ebnen. Die Kirchen gingen mit dem Staate eine Interessenskoalition ein, da sie ebenfalls erkannt hatten, daß für die Ausbreitung des Christentums wie für die Sicherung der Kolonien eine Zerstörung der einheimischen Kultur und Sitten notwendig war. Als Beispiel schildert Lesley Doyal sehr anschaulich die Maßnahmen zur Durchsetzung der monogamen Ehe.
Dieses Buch schlüsselt am Beispiel Afrikas die Funktion der westlichen Medizin auf und läßt keinen Zweifel daran, daß die medizinische Versorgung ein Mittel zur Durchsetzung der kolonialen Machtinteressen war.
Im zweiten Teil beschreibt Doyal die Entwicklung des Medizinsystems bis zur heutigen Zeit, in der die kurative Medizin immer noch den wichtigsten Bestandteil der Gesundheitspolitik darstellt, wie z.B. die kostenintensive, an europäischen Curricula orientierte Ärzteausbildung. Die Industriestaaten ziehen daraus auch heute noch ihren Nutzen. Ärzte, die in Entwicklungsländern ausgebildet wurden, arbeiten in Europa, angeworben oder angezogen durch die besseren Verdienst- und Arbeitsmöglichkeiten.
Das vorliegende Buch ist die Übersetzung eines Kapitels des 1979 in London erschienenen Werkes „The Political Economy of Health" (Politische Ökonomie der Gesundheit) von L. Doyal und I. Pennell.
Da sich das Buch auf den Herrschaftsbereich des britischen Kolonialreiches beschränkt, gibt es dem deutschen Leser wenig konkrete Hinweise und Materialien für die deutsche koloniale Gesundheitspolitik. Trotzdem ist dieses Buch auch für die deutsche Kolonialpolitik wichtig, da die Ziele und Zwecke der kolonialen Gesundheitspolitik die gleichen sind, auch wenn einzelne Maßnahmen sich unter britischer und deutscher Herrschaft unterscheiden. mm

Unterdrückt, aber nicht besiegt. Die bolivianische Bauernbewegung von den Anfängen bis 1980

Liu Kohler, Hrsg. Informationsstelle Lateinamerika (ILA) Bonn 1981

Diese historische Übersicht ist reich an Details und ein empfehlenswertes Buch zur Einführung. Es eignet sich auch speziell für jene, die sich mit der Bauernfrage befassen.
In der Serie der neueren deutschsprachigen Publikationen zu Bolivien ist dieses Buch eine wichtige Ergänzung.
Seine Schwächen liegen im Bereich der Gliederung und der Aufmachung. Es ist aber die erste derart ausführliche und objektive Darstellung der gesamten bolivianischen Bauernbewegung.
Bei der Lektüre spürt man die Nähe des Autors zur Materie.
In seinem Überblick über die bolivianische Bauernbewegung geht Kohler bis in die Vor-Inka-Zeit zurück. Er bringt die Lebensbedingungen der Bauern, die jeweiligen Bauernorganisationen in Zusammenhang mit den politischen und wirtschaftlichen Bedingungen der Vor-Inka-Zeit, der Inka-Zeit, der Kolonialherrschaft und der Zeit der Republik. Dadurch erhält der Leser einen guten Einblick in die gesamte Geschichte Boliviens unter dem Aspekt der Bedeutung der Bauernbewegungen.
Der jeweiligen Epoche werden die historischen Widerstandsaktionen der Bauern gegenübergestellt: Die Aufstände von 1780/82 (unter Tupaj Katari) und von 1899, die Revolution von 1952.
Die Darstellung der Revolution 1952 unter der Führung des MNR (Nationalrevolutionäre Bewegung) nimmt breiten Raum ein. Kohler dehnt hier seine Untersuchung auf die Partei, den Gewerkschaftsbund und die allgemeine wirtschaftliche und politische Entwicklung aus. Allerdings wäre hier ein genaueres Eingehen auf das Verhältnis zwischen dem Gewerkschaftsverband (COB) und den Bauernorganisationen wünschenswert gewesen. Die Agrarreform, 1952 als Teil der Revolution von den Bauern erkämpft, wird von vielen Seiten beleuchtet und realistisch problematisiert; Kohler hat dabei allerdings andere Schwerpunkte gesetzt als andere Autoren. So ging er beispielsweise nur am Rande auf die Problematik der Besitzurkunden ein (vgl. Freisinger, Berlin 1981).
Im letzten Teil ist die Epoche der Militärdiktaturen ab 1964 beschrieben, in der die Bauernorganisationen entweder von der Regierung vereinnahmt und instrumentalisiert wurden oder im Untergrund arbeiteten. Auch auf die Genossenschaften und ihre Problematik wird eingegangen. In der Beschreibung der Vielfalt der Bauern- und Indioparteien wird Klarheit geschaffen.
Leider ist dort, wo auf die jüngste Entwicklung eingegangen wird, die Gliederung nicht mehr stringent. Die Fülle der Daten, Personen und Organisationen hätte besser mit einer Graphik oder einer schematischen Darstellung vermittelt werden können. Bei der Beschreibung der jüngsten Ereignisse hätte die Beziehung zu den Bauern stärker herausgearbeitet werden müssen.

Besonders gelungen ist dagegen die anschauliche, klare und differenzierte Zusammenfassung am Schluß.
Das Buch enthält einen bemerkenswerten anhang. Er enthält eine Auswahl aktueller wichtiger Dokumente (in deutscher Übersetzung). Eine Zeittafel und ein ausführliches Glossar mit den wichtigsten Begriffen sowie eine Literaturübersicht runden das Buch ab.
Leider lassen Aufmachung und Druckqualität des Buches zu wünschen übrig. Die umfangreiche Arbeit des Autors wäre einen ansprechenderen Rahmen wert gewesen. Allerdings ist das Buch dafür auch bei 160 Seiten und zahlreichen Graphiken für nur DM 6.80 zu haben.
Okt. 82 Theo Mutter

LESERBRIEFE

Der Kreislauf des Gifts
in: blätter des iz3w Nr. 104, S. 42 ff

Liebe Freunde!
Zum Artikel „Der Kreislauf des Gifts" noch einige Ergänzungen.
Der dort erwähnte „rabiate Vertreter der Chemieinteressen" ist MdB unseres Wahlkreises, in dem auch das Werk BAYER Dormagen liegt. In puncto Dritte Welt sind kritische Organisationen wie „medico international", Infobüro Nicaragua etc. „moskaubezahlt". Napoleon Duarte sein persönlicher Freund (er hat ihn immerhin dreimal gesehen!) und wir als IG „Dritte Welt" moralisch mitschuldig am Tod von vielen tausend Menschen in El Salvador.
Was die konkreten Chemiebelange angeht, so ist Dr. Hüsch des öfteren im Dormagener BAYER-Werk zu Gast und trifft sich dort auch u.a. mit dem Vorsitzenden des Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie. Das wird selbstverständlich in der Lokalpresse gebührend gewürdigt. Hüsch wird nicht nur in Bezug auf die Pflanzenschutzmittel eine hartnäckige Position beziehen, sondern er wird – wenn er Gelegenheit dazu hat – auch massiv versuchen, die Tierschutznovelle zu blockieren und Gesetzesänderungen – die unter der jetzigen „Regierung" sowieso nicht relevant sind – im Bereich der Medikamentenproduktion und des -exportes zu verhindern versuchen. Die Argumentationslinie wird die der „Arbeitsplätze" sein und natürlich, daß man nicht das Vertrauen in die Arzneimittelindustrie erschüttern dürfe. Sein besonderes Augenmerk wird er dabei auf die BUKO-Pharmakampagne werfen.

Solidarische Grüße
Ralf Classen

Giftgas in Eritrea
in: blätter des iz3w Nr. 105, November 1982, S. 59

Jürgen Ostrowsky aus Marburg hat Euch zum Thema Giftgas Falschinformation vorgeworfen, und Ihr habt Euch mit Recht gewehrt.
Vor mindestens vier Jahren schon hat nach meinem Eindruck der Einsatz von Giftgasen in Eritrea stattgefunden. Mir ist eine Frau bekannt, die vor Ankunft in der BRD (1978) aktiv an vielen Kämpfen teilgenommen hat. Sie berichtet von Gas-Einsätzen der äthiopischen Armee, bei denen ihre Mitkämpfer „einfach umfielen und tot waren". Sie selbst sei bei einem derartigen Gas-Einsatz dabeigewesen, habe ihn aber überlebt. Eine Folge dieses Einsatzes steht ihr buchstäblich ins Gesicht geschrieben: großflächige Hautpigment-Störungen, die vorher nicht existierten.
Nach Auskunft eines Pharmakologen unserer Universität die typische Folge einiger Giftgase.

Ludger Albers

Zur Rezension eingetroffene Bücher

W. Bierter, Ch. Gaegauf, Holzverglasung – Umweltfreundliche und effiziente Energieholznutzung, Reihe 'Alternative Konzepte', Bd. 39, Karlsruhe 1982, 112 S., 9,80 DM

* * *

S. Braeucker, Frauenwiderstand in Lateinamerika, Libertäre Assoziation, Hamburg 1982, 306 S., 25 DM

* * *

A. Datla, Ursachen der Unterentwicklung – Erklärungsmodelle und Entwicklungspläne, Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 269, München 1982, 144 S., 16,80 DM

* * *

U. Delius, Tahiti – Französisch Polynesien: Südseeparadies unter dem Atompilz, Reihe pgrom Nr. 93/94, Göttingen 1982, 174 S., 7,80 DM

* * *

Hrsg.: Dienste in Übersee, Journaliste erleben die Dritte Welt – Studienreisen des kirchlichen Entwicklungsdienstes, Texte 29 zum kirchlichen Entwicklungsdienst, 1982, 152 S., 12,– DM

* * *

Ch. Driss, Die Zivilisation Mutter, Roman aus Marokko, Unionsverlag, Reihe Dritte Welt, Zürich 1982, 150 S., 12,80 DM

* * *

Hrsg.: Dritte Welt Haus e.V. Bielefeld, Teile und herrsche, Landarbeiter und Kleinbauern als Opfer der Landreform in El Salvador, 33 S., 3,– DM

* * *

Hrsg.: P. Fornallaz, Ganzheitliche Ingenieurausbildung, Verlag C. F. Müller, Karlsruhe 1982, 188 S., 9,80 DM

* * *

A. Frangi, PLO und Palästina – Vergangenheit und Gegenwart, Fischer Verlag 1982, 312 S., 29,80 DM

* * *

A. Fugard, Tsotsi, Roman, Stuttgart 1982, 222 S.

* * *

Grosch, Lünzer, Vogtmann, Ökologischer Landbau, Daten Fakten, Zusammenhänge 1982/83, Broschüre, 2 DM, ab 10 St. 1,60 DM, ab 50 St. 1,30 DM

* * *

Hamburger Arbeitskreis Asyl, Asyl – Ratgeber zum Asylverfahrensgesetz Nr. 2., 24 S., 3,– DM

* * *

Hrsg.: Informationsbüro Nicaragua e.V., Nationale Revolution und indianische Identität – Der Konflikt zwischen Sandinisten und Miskito-Indianern an Nicaraguas Atlantikküste, Edition Nahua Nr. 4, Wuppertal 1982, 211 S., 18 DM

* * *

Hrsg.: Informationsstelle El Salvador e.V., El Salvador Dossier, München 1982, 44 S., 5,– DM

* * *

Ders.: El Salvador – Universität im Widerstand, München 1982, 20 S.

* * *

Hrsg.: Israel-Palästina-Komitee Wien, Libanon 1982 – Der israelisch-palästinensische Krieg, Eine Dokumentation, Junius-Verlag, Hamburg 1982, 89 S.,

* * *

O. Bayer, E. Galeano, D. Sölle, Wenn ich einmal groß bin, CON Bremen 1982, 61 S., 6,80 DM

* * *

Hrsg.: Lateinamerikakomitee Augsburg, Wenn ich groß bin werde ich Lehrer – Die salvadorianische Lehrergewerkschaft Andes 21. Juli, 44 S., Bestelladresse: LAK Augsburg, c/o P. Heijl, Holbeinstr. 1, 8900 Augsburg

* * *

H. Melber, It is no more a cry – namibian poetry in exile, Basler Afrika-Bibliographien, Basel 1982, 60 S., 7 sfr.

* * *

J. Mercer, Die Haratin – Mauretanniens Sklaven, Reihe pogrom Nr. 91, Göttingen 1982, 110 S.

* * *

E. Tashiro, K. Jannes, Hiroshima – Menschen nach dem Atomkrieg, dtv-Sachbuch Nr. 10098

* * *

UNICEF av-Medien, Dorftechnologie, Unterrichtsmaterialien 1982

* * *

DEVELOPMENT DEBACLE
Die Weltbank in den Philippinen
Walden Bello, David, Kinley, Elaine Elinson

Während der letzten Dekade hat die Weltbank mehr als 2,6 Milliarden US-Dollar in Entwicklungsprojekte in den Philippinen gesteckt. Das Ergebnis: mehr Hunger, mehr Eigentum konzentriert in wenigen Händen, schärfere Diktatur.
Das Buch DEVELOPMENT DEBACLE, bis jetzt leider nur in Englisch, zeigt an Hand der geheimen Papiere der Bank auf, daß die ehrgeizigen Pläne der Bank genau denjenigen Leiden und Armut bringen, denen sie eigentlich helfen sollten, nämlich den Armen in der Dritten Welt.
Die Studie demonstriert, wie die totale Kontrolle der philippinischen Wirtschaft durch die Weltbank zu wirtschaftlichem und sozialem Elend von 50 Millionen Filippinos führt. Das Buch kritisiert die Strategien der Entwicklungspolitik für die Dritte Welt und gewährt einen provokativen Einblick in die größte multilaterale Kreditanstalt der Welt.
Die Autoren: Walden Bello ist der Direktor der Congress Task Force of the Philippine Solidarity Network (PSN), David Kinley ist Koautor von dem Buch „Aid as Obstacle" und Elaine Elinson ist nationale Koordinatorin von PSN. Es ist eine gemeinsame Publikation von PSN und dem Institute for Food and Development Policy. 270 S., footnotes ISBN 0-935028-12-9; 7,95 US-Dollar; zu beziehen bei Institute for Food and Development Policy, 1885 Mission Street, San Francisco, CA 94103, USA.

SONDERDRUCKE

von Themenblöcken aus den „blättern des iz3w"
je Heft 2 DM + Porto

____ Unterdrückung der Indios, 20 Seiten — Juni 77
____ Landwirtschaft in der 3. Welt (1), 40 S. — Dez. 77
____ Landwirtschaft in der 3. Welt (2), 40 S. — Feb. 78
____ Indien, 32 S. — Nov. 78
____ Mexiko, 32 S. — Nov. 78
____ Mozambique, 20 S. — Dez. 78
____ Sri Lanka, 20 S. — Feb. 79
____ UNCTAD 5 — Entwicklung für wen, 20 S. — März 79
____ Kolumbien, 32 S. — Mai 79
____ Patenschaften i. d. 3. Welt, 20 S. — Juni 79
____ Ausländer i. d. BRD, 20 S. — Juni 79
____ ASEAN — Südostasien, 32 S. — Mai 80
____ Frauen in der 3. Welt, 32 S. — Aug. 80
____ Angepasste Technologie, 32 S. — Sept. 80
____ alle Sonderdrucke zusammen z. Preis von 20 DM (14 Hefte) incl. Porto und Verpackung

THEMENPAKETE

enthalten Zusammenstellungen von verschiedenen Ausgaben der „blätter des iz3w"
Die „Themenpakete" sind um mind. 20% ermäßigt und inklusive Porto und Verpackung

____ **ASIEN** — Malaysia, Indien, Sri Lanka, Indochina, Afghanistan, ASEAN, China, 7 Hefte **15 DM**
____ **Afrika** — Zimbabwe, Tanzania, Mozambique, Eritrea, Guinea-Bissau, 5 Hefte **10 DM**
____ **Lateinamerika** Landreform in Kolumbien, Widerstand in Chile, Repression in LA, Indios, Argentinien, Chile, Mexiko, Kolumbien 8 Hefte **15 DM**
____ **Gesundheit/Ernährung/Ökologie/Technologie** Medizin, Landwirtschaft (2), Angepaßte Technologien, Pflanzengifte, Pharmakonzerne, 6 Hefte **15 DM**
____ **Ökonomie / Rüstung / Entwicklungspol. / Tourismus,** Multis, Ausbau in befr. Ländern, UNCTAD 5, Tourismus (2), Rüstung f. d. 3. Welt, 6 Hefte **15 DM**

JAHRGÄNGE

Die Jahrgänge von 1978 – 80 sind noch vollständig lieferbar, die Preise sind um 30% ermäßigt und inklusive Porto und Verpackung.

____ **Jahrgang 1978** (davon 6 Sonderdrucke) **12 DM**
____ **Jahrgang 1979** (3 Sonderdrucke) **21 DM**
____ **Jahrgang 1980** (davon 2 Sonderdrucke) **21 DM**

BÜCHER, BROSCHÜREN

Stück	Autor / Titel	Einzelpreis DM
____	Hg.: iz3w und OK Südl. Afr., **„Das Volk von Zimbabwe befreit sich selbst",** Dokumente und Materialien der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) Juli 1976, 52 S.	1,50
____	Eduardo Fereirra, **Amilcar Cabrals Theorie der Befreiung und die Hintergründe seiner Ermordung,** 12 S.	-,60
____	S. Gervasi, **Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika** (UNO-Bericht) 1972, 124 S.	1,—
____	**Ökonomischer Völkermord in Chile,** Offene Briefe an den Nobelpreisträger Milton Friedman von André Gunder Frank. Hg.: iz3w Sept. 1977, 65 S.	2,—
____	iz3w, **Einführung in die Dritte-Welt-Problematik für Schüler der Sekundarstufe I,** Mai 1978, 41 S.	1,50
____	Rudolf H. Strahm: **„Überentwicklung — Unterentwicklung".** Ein Werkbuch mit Schaubildern und Kommentaren über die wirtschaftlichen Mechanismen der Armut; 4. Auflage 1980, 136 S.	8,—
____	Frances Moore Lappé und Joseph Collins, **Zehn Legenden um den Hunger in der Welt „Food First" Comic,** 1977, 94 S.	3,50
____	iz3w, **Entwicklungpolitik, Hilfe oder Ausbeutung?** Die entwicklungspolitische Praxis in der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe, Oktober 1978, 320 S.	10,80
____	Bernauer / Freitag, **Poder popular in Chile am Beispiel Gesundheit,** 1974, 168 S.	6,80
____	Plakat **„Rohstoffe in der Dritten Welt"**	2,—
____	Plakat **„Welthandel"**	2,—
____	Plakat **„Ordnung muß sein"**	2,—

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

ZEITSCHRIFTENÜBERSICHT

ila-info Nr. 61, Dezember 1982
Schwerpunktthema: Wahlen in Brasilien und Uruguay: Mehr als nur Fassadenreinigung? • Lateinamerika: Ecuador – Der Ausnahmezustand als Beruhigungspille; Honduras oder Nicaragua: wer rüstet offensiv?; Genscher, Reagan und Honduras: „Geheimkrieg gegen Nicaragua"; • Ländernachrichten: El Salvador – Verhandlungen oder Intervention? • Solidaritätsbewegung: Kolumbien – zum Tag des politischen Gefangenen; In Brasilien wie bei uns: Die Macht der Männer von Mannesmann; „Wir sind die Ameisen der Bewegung" – Bericht von der Frauentagung vom 29.10. – 1. 11.1982 in Dortmund; Die Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik; Offener Brief des Franziskaner Missionskongresses an den US-Präsidenten; Honduras – „Was nützt denn ein militärisches Engagement der Bundesregierung!"; Nachtrag zum Fall Herterich: Beihilfe zur Endlösung; Seminarankündigungen, Buchbesprechungen, Zeitschriftenschau, Materialliste.
Einzelpreis DM 2,50, ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Solidarität Nr. 72, November 1982
• Nahost: Auferstanden aus den Ruinen? • Brasilien: Zu den gegenwärtigen Wahlen, Verschuldung am Beispiel Brasiliens, Konflikt zwischen Kirche und Staat, Interview mit Dom Luis, Bischof von Campina Grande, Sicherheitspolitik im Südatlantik: Was haben die Malvinas mit Brasilien zu tun? • Nachlese zum Tod von Steve Biko und zu den Folterungen an Dumitile Makande • Bücher • Dossier Schweiz-Trikont • Diskussion um Palästina-Protestaktion des SKAAL o
24 Seiten, sfr 2,50, SKAAL, Postfach 2009, 4001 Basel

EPK 4/82: ZIMBABWE
mit den Themen: Politische Lage des heutigen Zimbabwe (Analysen und Interviews) • Landpolitik, Genossenschaften, Entwicklungsprojekte • Rechtlich-soziale Stellung der Frauen • Bildungspolitik: Erziehung mit Produktion • 52 S., Preis: 4,60 DM, EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

FORUM KONTROVERS (Nov. 82)
Zur Außenpolitik der UdSSR in Eritrea: Jürgen Ostrowsky (AIB, Marburg): Die Eritrea-Frage – Nationale Selbstbestimmung und revolutionäre Entwicklung in Äthiopien • Klemens Ludwig: Kriterien für die Solidaritätsarbeit konkretisiert am Beispiel Eritrea, Diskussionspapier der Gesellschaft für bedrohte Völker.
Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

FORUM NR. 62 (Nov. 82)
BUKO-Eritrea: Giftgas im PR-Einsatz • Anmerkungen zu „Göttinger Eritrea-Diskussion" • Freire-Brief • Hunger: Volkshochschule: Erfahrungen mit „Spetemberweizen" • Stillen – aber nicht stillhalten • Münster: Kontakte zur EG • Frieden: Dritte Welt und Friedensbewegung • Multinationale Konzernideologie für die Schule
Magazinverlag..., 3 DM, Abo (12 Hefte) 36,–/50,– DM

MITTELAMERIKA-MAGAZIN Nr. 23 (Nov. 82)
Schwerpunkt: Wirtschaftliche Lage in Mittelamerika. • Wirtschaftshilfe: Zuckerbrot für El Salvador und Guatemala • Peitsche für Nicaragua – Costa Rica: Die Bienen und der große Imker • Nicaragua: Wirtschaftskrise – die Auswirkung auf die Armen • El Salvador: Am Tropf der USA • El Salvador: Meldungen • Guatemala: Von der Unmöglichkeit, mit Massakern Politik zu machen • Honduras: Volksorganisationen in Honduras • Soliarbeit: Mit Franz Alt, Günter Grass und Johann Strasser in Nicaragua • Bücher: Aus dem Tagebuch Salvador Cayetano Carpios
Magazin-Verlag..., 2,50 DM, Abo (6 Hefte) 15/25 DM

PERIPHERIE Nr. 9 (3. Jahrgang/Sommer 1982)
Jan-Heeren Grevemeyer: Traditionale Gesellschaften und Wandel der politischen Kultur in Afghanistan 1919 - 1979 • Jürgen Golte: Kultur und Natur in den Anden • Heiko Freitag/ Juan Martinez Alier: Proalcool – ein Energieprogramm für Brasilien? Energiebilanzierung als Analyseinstrument • Florian Steinberg: Zur Rolle der Selbsthilfe bei der Wohnungsversorgung in unterentwickelten Ländern – Ein Schlüssel zur Lösung der Wohnungsfrage oder zur politischen Emanzipation der städtischen Armen?
Redaktionsadresse: c/o Institut für Soziologie, Bispinghof 5 - 6, 4400 Münster
Bezug und Vertrieb: PERIPHERIE c/o FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Lateinamerikanachrichten Nr. 108, November 1982
Guatemala: „new deal" des Präsidenten • US-Propaganda gegen ai • Argentinien: Wo sind die Verschwundenen? • Brasilien: Wahlen • Mexiko: Zur Situation der Volksbewegungen • Chile: Nahrung von der Müllkippe – Geheimdienstskandal • Kolumbien: Selbsthilfe in einem Elendsviertel

---

Lateinamerikanachrichten Nr. 109/110, Dezember 1982
Nicaragua: Intervention auf allen Ebenen – Revolution in Nicaragua – auch für Frauen • Chile: Das Exil ohne Ende – Situation der politischen Parteien • Guatemala: Verfolgung der Intellektuellen • Costa Rica: Costa Rica rüstet auf • Solidarität: Protest gegen Entwicklungshilfe für El Salvador
Lateinamerka-Nachrichten c/o FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Preis DM 3,00, Doppelnummer DM 5,00

1983: 

Tagungshinweise

„Spiele zur Entwicklungspolitik-Seminar für Spielleiter", 14.–16.1.83, 7417 Pfullingen, Information und Anmeldung: Brot für die Welt, Postfach, 7000 Stuttgart 1

Erstes Lernfest der Volksuni Hamburg, 11.–13.2.83, Information und Anmeldung bei Volksuni Hamburg eV, Jarrestr. 20–26, 2000 Hamburg 60

„Umkehr zum Frieden", 27.12.82–8.1.82, Internationales Kulturzentrum Achberg, 8991 Achberg-Esseratsweiler (Information und Anmeldung dort)

Seminare in der Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion, Kirchstr. 14, 3131 Wustrow:
– „Was kommt nach der Nachrüstung", 7.–9.1.83
– „Theater und gewaltfreie Aktion", 28.–30.1.83
– „Soziale Verteidigung", 31.1.–4.2.83
– „Einführung in gewaltfreie Aktion", 11.–13.2.83
– „Hunger-Projekt", 18.–20.2.83
– „Soziale Verteidigung", 25.–27.2.83

Gabi MEIER

Hinterkirchstr. 7

78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

